

Dokumente

1672

Gesandter Herzfeld an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 42/Pol.

AdR

Gesandtschaft Sofia

Z. 40837/13

Sofia, 27. Juli 1936

Bei meinem heutigen Abschiedsbesuche beim Ministerpräsidenten besprach dieser das österreichisch-deutsche Abkommen¹ und meinte, dass die gewaltige Bedeutung dieses Ereignisses in der Annäherung zwischen Deutschland und Italien erblickt werden müsse, wodurch die Grundlage für eine Stabilisierung der Verhältnisse in Europa geschaffen worden sei. Seiner Ansicht nach würden die günstigen außenpolitischen Wirkungen sich bald zeigen. Frankreich allerdings sei momentan in einer unangenehmen Lage, da seine Bindungen zu England nicht so enge seien wie man häufig annehme. Wenn es vielleicht etwas verfrüht sein mag von einem fertigen italienisch-deutsch-österreichisch-ungarischen Block zu sprechen, so werde, seiner Ansicht nach, sich von diesen Mächten zu Frankreich-England eine Brücke schlagen lassen, die den europäischen Frieden gewährleisten werde. Nach seinen Informationen seien die deutschen Absichten gegenüber Österreich aufrichtige, da Deutschland endlich eingesehen habe, dass sein ureigenstes Interesse ihm den Anschluss geradezu verbiete. Die Brücke zu Italien – die im Moment der Annexion Österreichs fallen würde – würde es Deutschland ermöglichen sich anderen lebenswichtigen Zielen zuzuwenden. Auf meine Frage, welche diese Ziele seien, antwortete der Ministerpräsident z.B. die Kolonialfrage. Ein intimes moralisches Einvernehmen zwischen beiden deutschen Staaten sei eine Selbstverständlichkeit und im europäischen Interesse geradezu wünschenswert. Auf die kleine Entente übergehend meinte der Minis-

¹ Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640; zur bulgarischen Reaktion darauf siehe bereits ADÖ 10/1657 und ADÖ 10/1660.

terpräsident, dass die häufig geäußerte Ansicht wonach diese jetzt ihre offenen oder latenten Gegensätze zurückstellen und sich enger zusammen schweißen werde, wohl irrtümlich sei, da die Interessengegensätze zwischen ihren Mitgliedern z.B. unter Anderem in der österreichischen und in der russischen Frage nicht auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können. Die Beziehungen zwischen Bulgarien und Jugoslawien seien gute. Man arbeite weiter in dieser Richtung, von irgendeiner Bindung könne in absehbarer Zeit jedoch keine Rede sein. Die bulgarische Politik lasse sich mit wenigen Worten wiedergeben: „Bewegungsfreiheit nach allen Seiten“.

In kurzer Besprechung der Meerengen-Frage meinte der Ministerpräsident, dass Bulgarien die unentbehrlichen Sicherungen durchgesetzt habe; durch seine Unterstützung der Türkei, die weitergehender gewesen sei als die Unterstützung Rumäniens, seien die Beziehungen zur Türkei ganz ausgezeichnete geworden. Die Lage der Türkei sei außerordentlich schwierig gewesen, da sie bei dem englisch-russischen Gegensatz für keine der beiden Mächte direkt Partei nehmen konnte und riskierte den Einen oder den Anderen vor den Kopf zu stoßen. Das Entgegenkommen Englands habe die Lösung wesentlich erleichtert. Die Türkei habe ihr Ziel erreicht: „Anlehnung an Russland im Schwarzen Meer, Anlehnung an England im Mittelländischen Meer“.

1673

Legationsrat Rotter an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 152/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Großbritannien 15/6
Z. 40804/13

Rom, 27. Juli 1936

Am 24. d. M. haben die hiesigen diplomatischen Vertreter Frankreichs, Englands und Belgiens, wie ein Communiqué der „Agenzia Stefani“ besagt, dem Außenminister, Grafen Ciano, den Text des Communiqués über die englisch-französisch-belgische Zusammenkunft in London überreicht und hiebei „der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die darin enthaltene Einladung von der italienischen Regierung angenommen werden würde“.

Ich bin am darauffolgenden Tage von dem Herrn Minister des Äußeren und von dem Herrn Unterstaatssekretär für Äußeres, bei denen ich mich nach der Abreise des Herrn Gesandten hatte anmelden lassen, empfangen worden. Sowohl Graf Ciano als auch Herr Bastianini äußerten sich mit einem bemerkenswerten Optimismus über die Lage, wobei von beiden besonders betont wurde, dass in

der eingetretenen Entspannung in den österreichisch-deutschen Beziehungen¹ der Ausgangspunkt für eine Klärung der Atmosphäre in Europa zu erblicken sei. Am gleichen Tage hatte die deutsche Regierung hier durch ihren Botschafter erklären lassen, dass die deutsche Gesandtschaft in Addis Abeba aufgehoben und durch ein Generalkonsulat ersetzt werden würde. Graf Ciano ließ sich die Befriedigung über diese Erklärung deutlich anmerken. Die Kommentare, die die hiesige Presse in diesem Zusammenhange gebracht hat, fordern unwillkürlich zu einem Vergleich heraus. Ein größerer Kontrast, wie zwischen diesen Kommentaren und der Sprache, die die italienische Presse am gleichen Tage vor zwei Jahren Deutschland gegenüber geführt hat, lässt sich schwerlich denken.

Zu den Mitteilungen, die der französische Botschafter und die Geschäftsträger von England und Belgien betreffs der Londoner Besprechungen hier gemacht haben, bemerkte der Herr Unterstaatssekretär für Äußeres, Graf Ciano habe für die an die italienische Regierung gerichtete Einladung zu einer Konferenz der fünf Locarno-Mächte gedankt und neuerlich betont, dass Italien bereit sei, einen konkreten Beitrag zur Befriedigung Europas zu leisten. Die zwei Voraussetzungen, unter denen sich Italien an gemeinsamen Besprechungen der Unterzeichner des Locarno-Vertrages beteiligen werde, seien bekannt: die Zuziehung Deutschlands und die Beseitigung der durch die englische Beistandserklärung an die Türkei, Griechenland und Jugoslawien geschaffenen Lage im Mittelmeer. In beiden Hinsichten schein man, wie Herr Bastianini bemerkte, dem italienischen Standpunkt Rechnung tragen zu wollen. Deutschland sei zu der geplanten Locarno-Konferenz eingeladen worden und man erwarte für die nächsten Tage eine Italien befriedigende Erklärung Herrn Edens hinsichtlich der von England eingegangenen Verpflichtungen im Mittelmeer. Mit einiger Reserve äußerte sich Herr Bastianini, allerdings in einem anderen Zusammenhang, über Frankreich, dessen Vorgehen in Spanien deutlich erkennen lasse, dass das gegenwärtige Regime „seine Direktiven von der III. Internationale erhalte“. Für absehbare Zeit könne man daher wohl auch mit einer Änderung der Einstellung Frankreichs gegenüber Deutschland nicht rechnen.

Der politische Generaldirektor im Palazzo Chigi äußerte sich im Verlaufe eines Gespräches, das ich heute mit ihm hatte, gleichfalls eher zuversichtlich über die Lage. Mit Befriedigung hob Gesandter Buti hervor, dass in dem Communiqué über die Londoner Besprechungen keine Anklänge an eine „Front der drei demokratischen Staaten“ zu finden seien, sondern dass sich im Gegenteil der ernsthafte Wunsch nach gemeinsamer Zusammenarbeit der fünf interessierten Mächte erkennen lasse. Vor Allem werde es notwendig sein, dass die kommende Konferenz entsprechend vorbereitet und auf diplomatischem Wege eine Einigung über die wesentlichen Grundsätze erzielt werde. Dies habe die Aufgabe

¹ Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

der nächsten Wochen zu sein. In den Beziehungen zwischen England und Italien sei eine merkliche Entspannung eingetreten. Die italienische Regierung habe in Ankara, Belgrad und Athen beruhigende Erklärungen abgeben lassen, um es dadurch Herrn Eden zu erleichtern, die mit der ungewissen Lage im Mittelmeer begründeten Beistandsverpflichtungen Englands außer Wirksamkeit zu setzen. Es bleibe allerdings dann immer noch eine von Seiten der Türkei England gegenüber eingegangene Beistandsverpflichtung in Kraft, während mit Jugoslawien und Griechenland nur eine einseitige Verpflichtung Englands bestanden habe, die England auch wieder einseitig aufheben könne. Gesandter Buti scheint aber einem eventuellen Weiterbestand der türkischen Beistandsverpflichtung mit Bezug auf die geplante Locarno-Konferenz keine besondere Bedeutung beizumessen, jedenfalls machte er in diesem Zusammenhange die Bemerkung, dass die Türkei schließlich und endlich mit Locarno direkt nichts zu tun habe. [...]

1674

Gesandter Hoffinger an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 104/Pol. (vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland
Z. 41322/13

Warschau, 12. August 1936

Nach der Rückkehr vom Urlaub habe ich den Herrn Außenminister, der beinahe zu gleicher Zeit von seinem mehrfach unterbrochenen Urlaub an der polnischen Seeküste zurückgekehrt war, aufgesucht und neben einigen laufenden administrativen Angelegenheiten die wichtigsten politischen Ereignisse dieses Sommers zur Sprache gebracht.

In erster Linie wurde bei unserem tour d'horizon die österreichisch-deutsche Erklärung vom 11. Juli berührt, zu der sich der Herr Minister sehr erfreut und befriedigt äußerte.¹ Seine Äußerungen bewegten sich ungefähr im Rahmen der mit Bericht Legationsrat Strautz vom 18. v. M. Z. 97/POL/36 vorgelegten Äußerung der „Information Politique“.² Der Minister betonte insbesondere, dass die zwischen Österreich und Deutschland erzielte Entspannung ein Beweis für die Richtigkeit der von ihm – dem Minister – mit Vorliebe angewandten Methode

¹ Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

² Der zitierte Bericht Strautz über die polnische Reaktion auf das Juliabkommen datiert tatsächlich vom 14. Juli 1936 – ADÖ 10/1657.

der direkten Aussprache sei, die er allen kollektiven Systemen und jeder Art von Arbitrage oder Mediation dritter Staaten vorziehe. Ich lenkte die Aufmerksamkeit des Ministers noch besonders auf die volle und rückhaltlose Anerkennung der österreichischerseits stets als Grundlage für die Aussöhnung mit dem Reiche aufgestellten Vorbedingungen seitens der Deutschen Regierung und betonte, dass Österreich demgemäß die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zum Reiche mit keinerlei Konzession auf dem Gebiet seiner Unabhängigkeit und Selbständigkeit erkaufte habe, ferner, dass auch die Grundlagen der österreichischen Außenpolitik – wie aus der Erwähnung der Römer Protokolle³ in den Erklärungen vom 11. Juli hervorgehe – unverändert bleibe. Der Minister interessierte sich noch für die Stellungnahme Italiens, worauf ich auf den unmittelbar nach der Verlautbarung getätigten Telegrammwechsel zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Duce hinwies.⁴

Als ich dann noch erwähnte, dass ein Teil der polnischen Presse dieses politische Ereignis ziemlich übertrieben und missverständlich kommentiert habe, bemerkte der Minister, dass diesen Presse-Äußerungen, die überdies vielfach durch auswärtige mehr oder weniger direkt auf kominternliche Inspirationen zurückgehende Pressekommentare veranlasst seine, keinerlei Bedeutung zukomme. Er nahm dann noch Bezug auf die ebenfalls von Legationsrat Strautz unter Zahl 100/POL/36⁵ einberichtete Kontroverse mit der tschechoslowakischen Presse über die polnische Aufnahme der österreichisch-deutschen Vereinbarung, und äußerte bedauernd, die Tschechen könnten eben nichts in einfacher und normaler Weise auffassen, sie müssten überall sensationelle Kombinationen und Hintergründe suchen. Die Sache liege doch seines Erachtens sehr einfach: „zwei Staaten, die bisher in einer für den europäischen Frieden gefährlichen Spannung gelebt hätten, hätten sich unmittelbar verständigt; was wäre natürlicher, als dass sich alle näher oder ferner an den Fragen Mitteleuropas Beteiligten darüber freuen würden, denn es gäbe leider in Europa genug des Unerfreulichen und Besorgniserregenden. Die österreichisch-deutsche Aussöhnung sei ein konstruktives Element ‚dans la vague du négativisme‘, die Europa überschwemme“. [...]

³ Römische Protokolle vom 17. März 1934 – ADÖ 9/1437.

⁴ Siehe dazu u.a. ADÖ 10/1642.

⁵ Legationsrat Strautz an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten. Bericht Nr. 100/Pol., Warschau 18. Juli 1936 – AdR, NPA Deutschland 1/12, Z.40728/13.

1675**Amtserinnerung Gesandter Hornbostel
(streng vertraulich)**AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 41752/13

[Wien,] 31. August 1936

Botschafter von Papen hat am 28. d. M. dem Herrn Staatssekretär Dr. Schmidt gegenüber gesprächsweise die Bemerkung fallen lassen, dass die deutschen Sicherheitsbehörden angewiesen worden seien, reichsdeutschen Juden den zur Reise nach Österreich berechtigenden Vermerk über den Geltungsbereich des Reisepasses nicht zu erteilen.

1676**Gesandter Marek an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 441/Pol.

AdR
Gesandtschaft Prag
Z. 42119/13

Prag, 10. September 1936

Da der Herr Präsident der Republik in der Slowakei Aufenthalt genommen hat und ich erst später in der Lage sein dürfte, mit ihm zu sprechen, habe ich heute die mir vom Herrn Gesandten Hornbostel mündlich vermittelten Weisungen des Herrn Bundeskanzlers in Bezug auf einige Bemerkungen Herrn Dr. Beneš (mein Bericht vom 24. Juli Zl. 389/Pol.)¹ bei Herrn Außenminister Dr. Krofta vorgebracht. Dieser nahm mit besonderer Befriedigung zur Kenntnis, dass das deutsch-österreichische Entspannungsabkommen² keinerlei Spitze gegen irgendwen enthält und dass keine Geheimabkommen daneben bestehen; ferner, dass sich in unserem Verhältnis zur Tschechoslowakei durch dieses Abkommen gegen früher nichts geändert habe und dass wir auch weiterhin auf gut freund-nachbarliche Beziehungen, soweit es eben nur geht, Gewicht legen.

¹ ADÖ 10/1670.

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

Ich verhehlte bei dieser Gelegenheit nicht, dass diese Beziehungen getrübt werden könnten, wenn sich die immer wiederholenden Versuche marxistischer und kommunistischer Agitatoren, von der Tschechoslowakei aus in Österreich Unruhe zu stiften, anhaltend wiederholen würden. Ich verwies insbesondere auf die in Brünn erscheinende Arbeiterzeitung, deren zweite nur für Österreich bestehende Ausgabe fortgesetzt über die Grenzen geschmuggelt wird und auf andere illegale Druckschriften, deren Ursprung wir in Preßburg wohl mit Recht vermuten. Herr Dr. Krofta antwortete, dass ihm von einer zweiten Ausgabe der Arbeiterzeitung nichts bekannt sei, dass er aber durch die zuständigen Polizeibehörden Erhebungen pflegen und auch in Preßburg Nachschau halten lassen wolle.

Im Laufe unseres weiteren Gespräches zeigte es sich, dass Herr Dr. Krofta noch immer wegen unseres Dienstpflichtgesetzes³ verstimmt ist, er sagte ausdrücklich, er könne es nicht verwinden, dass wir den Einspruch der Kleinen Entente und die Rückfragen der Tschechoslowakei damals so bagatellisiert hätten. Auf meine Feststellung, dass ich ihm ja doch ausführliche Erläuterungen unseres Standpunktes zur Kenntnis gebracht hätte, bemerkte der Minister, dass man ihm doch nur eine Abschrift der an die französische Regierung gerichteten Note, aber keine eigene Antwort, zur Kenntnis gebracht habe. Nicht einmal das habe man der Tschechoslowakei oder der Kleinen Entente konzidiert, dass man sich über die Modalitäten der Durchführung unseres Dienstpflichtgesetzes hätte vernahmen lassen, was uns insbesondere die Jugoslawen sehr verübeln. Und damals habe man noch geglaubt, dass wir zur Aufrüstung geschritten sind, um uns gegen den deutschen Nationalsozialismus verteidigen zu können, jetzt aber, nach dem deutsch-österreichischen Abkommen, sehe die Sache wohl etwas anders aus.

Ich fragte den Herrn Minister, ob er es denn nicht begreifen könne, dass wir die bescheidene Ausgestaltung unserer Wehrmacht gerade auch aus innerpolitischen Gründen vornehmen mussten, weil die Bundesregierung ihren Gegnern nicht die Möglichkeit geben wollte, darauf hinzuweisen, dass den Nationalsozialisten im Reich alles erlaubt sei und Österreich bei Jenen, die sich von ihm losgetrennt haben, erst recht schön bitten müsse, um vielleicht irgend eine nicht-sagende Konzession zu erreichen.

Herr Dr. Krofta wollte auf diese Argumentation scheinbar nicht eingehen und schloss die Unterhaltung über dieses Thema mit einer resignierten Handbewegung ab.

Über den weiteren Inhalt meiner heutigen Unterredung mit dem Herrn Außenminister berichte ich gleichzeitig gesondert.

³ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1528, ADÖ 10/1604, ADÖ 10/1606, ADÖ 10/1610-ADÖ 10/1614, ADÖ 10/1616-ADÖ 10/1618 und ADÖ 10/1623.

1677**Amtserinnerung Gesandter Hornbostel**

AdR, NPA

Deutschland/Geheim I/III

Z. 43050/13

Wien, 13. Oktober 1936

Botschafter von Papen hat am 12. d. M. Herrn StS. Dr. Schmidt die mündliche Einladung der deutschen Reichsregierung zu einem Besuche in Berlin übermittelt und hiebei eindringlichst darauf hingewiesen, dass er (Papen) den Herrn StS. bereits wiederholt hiezu aufgefordert habe; auch Ministerpräsident Göring hätte erst kürzlich in Budapest die Einladung wiederholt. Der Herr StS. könne versichert sein, dass er auf das Freundschaftlichste in Berlin empfangen würde und auch Hitler habe Papen erst kürzlich die Wichtigkeit der Aufnahme des persönlichen Kontaktes mit Dr. Schmidt vor Augen geführt. Berlin würde den größten Wert darauf legen, dass der Herr StS. seinen Besuch vor der Römer Protokoll-Konferenz¹ in Wien absolviere. Am liebsten wäre es Berlin, wenn Dr. Schmidt sogar noch vor Conte Ciano nach Berlin käme.

Der Herr StS. hat Herrn von Papen ausführlich die Gründe auseinandergesetzt, warum er wegen Überlastung seines Kalendariums nicht daran denken könne, vor der Dreier-Konferenz der Einladung Folge zu leisten. Er nehme aber im Einvernehmen mit dem Herrn Bundeskanzler als Termin die Zeit zwischen 12. November und den letzten Tagen November in Aussicht², da in der letzten Novemberwoche voraussichtlich der Staatsbesuch des Reichsverwesers Horthy in Wien stattfinden werde und hiezu der Staatssekretär in Wien anwesend sein müsse.³ Herr von Papen hat diese Mitteilung zur Kenntnis genommen.

¹ Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten am 11. und 12. November 1936 – ADÖ 11/1694-ADÖ 11/1699.

² Tatsächlich fand der Besuch Staatssekretär Schmidts in Berlin vom 19.-21. November 1936 statt – ADÖ 11/1701-ADÖ 11/1703; dazu außerdem ADÖ 11/1683.

³ Der Besuch Horthys in Wien fand in Begleitung des ungarischen Ministerpräsidenten Darányi und des ungarischen Außenministers Kánya am 29. und 30. November 1936 statt – ADÖ 11/1706.

1678**Amtserinnerung Gesandter Hornbostel (geheim)**

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 43047/13

Wien, 13. Oktober 1936

Herr von Papen hat am 12. d. M. dem Herrn StS. f. d. AA. gegenüber die Frage der Normalisierung seines protokollarischen Verhältnisses zur Bundesregierung zur Sprache gebracht. Er stellte folgende Alternativen als gangbar in Aussicht, u. zw.:

Entweder würden die deutsche Reichsregierung und die Bundesregierung beschließen, ihre gegenseitigen diplomatischen Vertretungen zum Range von Botschaften zu erheben, oder

die Bundesregierung würde zustimmen, dass die deutsche Reichsregierung ihre Gesandtschaft in Wien zur Botschaft erhebe, sich ihrerseits aber unter Belassung der gegenwärtigen österreichischen Gesandtschaft in Berlin vorbehalte, in dem ihr geeignet erscheinenden späteren Zeitpunkt auch ihrerseits die österreichische Gesandtschaft in Berlin zu einer Botschaft umzugestalten, oder

die österreichische Bundesregierung würde der Beglaubigung Herrn von Papens als Botschafter ad personam bei der Bundesregierung zustimmen, ohne ihrerseits eine Veränderung bei der österr. Vertretung in Berlin eintreten zu lassen. Hiedurch würde eine Änderung lediglich hinsichtlich der Person Herrn von Papens und ausschließlich während dessen Verwendung in Wien eintreten, ohne das Amt der deutschen Gesandtschaft in Wien zu tangieren; der Nachfolger Herr von Papens würde daher selbstverständlich wieder nur den Rang eines Gesandten einnehmen.

Der Herr StS. hat Herrn von Papen zugesichert, diese Frage ehestens prüfen zu lassen und dem Ministerrat zu unterbreiten.¹

¹ Zu dieser Frage richtete der Gesandte Berger-Waldenegg in Rom am 19. Oktober 1936 ein Schreiben an Staatssekretär Schmidt: „Ich bitte zu gestatten, dass ich die nachstehende Angelegenheit in der Form eines offiziellen Privatbriefes behandle, sie scheint mir nämlich so heikel, dass ich es Ihnen, Herr Staatssekretär, überlassen zu müssen glaube, ihr jenen Aktenlauf zu geben, der Ihnen erwünscht erscheint. Graf Ciano, mit dem ich heute vor seiner Abreise nach Berlin eine längere herzliche Besprechung hatte, kam auf die Bestrebungen Herrn von Papens zu reden, der aus der deutschen Gesandtschaft in Wien eine Botschaft machen möchte. Der Herr Außenminister sagte mir, dass er diese Frage auch in Berlin in dem Sinn anschnitten wolle, dass er aus prinzipiellen Gründen gegen eine Botschaftsinflation sei. Wenn aber Berlin damit gewissermaßen den Ernst des Akkords vom 11. Juli [1936] unterstreichen wolle, so erfordere dies unbedingt vor allem die Reziprozität, das heißt, auch Österreich müsse in diesem Fall die Berliner Gesandtschaft zur Botschaft erheben. Sonst könnte eine einseitige

1679**Amtserinnerung Gesandter Hornbostel**

AdR, NPA

Deutschland/Geheim I/1

Z. 43138/13

Wien, 15. Oktober 1936

Inliegende Meldung ist dem H. StS. vom Generalsekretariat der V[aterländischen] F[ront] (StS. Zernatto) als aus einer „absolut sicheren Quelle stammend“ zugekommen. Hinsichtlich des ersten Absatzes ist nichts weiter zu veranlassen [...]. Nach einer aus verlässlicher Quelle stammenden Nachricht berichte ich: In Berchtesgaden hat eine Besprechung stattgefunden, bei welcher Hess, Goebbels, Rosenberg und Sepp Dietrich, Leopold anwesend waren. Hess übermittelte den Befehl des Führers, dass der Anschluss Österreichs an Deutschland unbedingt aber auf legalem Wege durchgeführt werden muss. Der Zeitpunkt hiezu und die Mittel sowie die einzuschlagenden Wege werden vom Führer nicht aufgegeben. Dies sei eine Spezialaufgabe von Hess. Hess sagte dann den Herren, um ihnen die Bedeutung des Befehles zu unterstreichen, dass die Befehle, die Hess in dieser Sache gebe dem Führer zur Kenntnis gebracht werden. [...].

Rangerhöhung der deutschen Mission in Wien im internationalen Auslande als Bestellung einer Art High Commissioners für Österreich gewertet werden. Weiters müsse Österreich aber auch dann das Recht haben, Botschaften bei anderen Regierungen zu errichten. Dafür gäbe es keine Schwierigkeiten, weil ja nicht die Größe eines Landes und die Bevölkerungszahl, sondern die Bedeutung für die Frage „Gesandtschaft“ oder „Botschaft“ maßgebend sei.“ – AdR, Gesandtschaft Rom (Quirinal), Z. 43345/13. Am 30. Oktober 1936 vermerkte Gesandter Hornbostel dazu pro domo: „Der Herr Staatssekretär hat diese Angelegenheit u.a. in Budapest Herrn von Kánya gegenüber zur Sprache gebracht, der gleichfalls der Auffassung war, dass der Wunsch Herrn von Papens nicht realisierbar ist. Vorläufig wäre in der Angelegenheit bis zu einer allfälligen Betreibung durch H.v. Papen nichts zu veranlassen.“ – AdR, NPA Deutschland /Geheim I/12, Z. 43345/13.

1680**Bundesminister Neustädter-Stürmer an
Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 114/Pol. (vertraulich)

AdR

Gesandtschaft Budapest

Z. 43195/13

Budapest, 15. Oktober 1936

Anlässlich meines Besuches beim Ministerpräsidenten v. Darányi am 14. ds. M. teilte mir der Ministerpräsident einiges über ein Gespräch mit Minister Göring vertraulich mit.

Minister Göring erwähnte, dass, obwohl die Frage des Anschlusses gar nicht aktuell sei, Deutschland auf ein enges handelspolitisches und außenpolitisches Zusammenwirken mit Österreich hinarbeiten werde. Es sei nicht möglich, dass ein Staat mit (wie Göring fälschlich annimmt) fünf Millionen Deutschen vollkommen unter italienischem Einfluss stehe.

Auf die Frage des Ministerpräsidenten, wie sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Rom gestalte, antwortete Minister Göring, dass die Beziehungen sehr gute seien und dass er hoffe, dass sich diese Beziehungen noch weiter verbessern.

1681**Amtserinnerung Gesandter Hornbostel**

AdR, NPA

Österreich/Geheim7/1

Z. 43306/13

Wien, 21. Oktober 1936

Herr von Papen hat gestern in seiner Unterredung mit dem Herrn StS. u.a. auf einen Zeitungsartikel (glaublich „Daily Telegraph“) hingewiesen, der die Nachricht enthielt, Botschafter von Papen werde als Beobachter bei der Wiener Römer Protokollkonferenz¹ fungieren. Herr von Papen fügte unter Hinweis auf diese Zeitungsnachricht bei, dass diese Anregung „eigentlich recht vernünftig“ sei, womit er zweifellos den Versuch unternehmen wollte, den Herrn StS. zu bewegen, diesen Gedanken aufzugreifen.

¹ Siehe dazu ADÖ 11/1682, ADÖ 11/1690 und ADÖ 11/1694-1699.

Der Herr StS. hat zunächst bemerkt, dass er vermute, dass diese „eigentlich recht vernünftige“ Anregung von Herrn von Papen selbst ausgehe, ihm der Gedanke aber nicht glücklich erscheine, da er zweifellos ein Präjudiz darstellen würde. Im Übrigen liege die Entscheidung ja nicht an Österreich, könnte vielmehr nur von allen drei Römer Protokollpartnern getroffen werden. Schließlich fragte der StS. Herrn von Papen, ob seine Anregung auf einen Auftrag von Berlin zurückzuführen sei, was Herr von Papen negierte.

Bemerkenswert ist, dass Herr von Papen, der im Vorzimmer des Herrn StS. mit dem italienischen Gesandten Senator Salata wenige Minuten zusammentraf, auch Salata gegenüber von seiner Idee, den deutschen Beobachter der Dreier-Konferenz abzugeben, Erwähnung getan hat. Salata dürfte daher dieses Gespräch mit Papen sicherlich seiner Regierung gemeldet haben.

Nachtrag [Wien, 29. Oktober 1936] :

Diese Angelegenheit wurde vom Herrn StS. auch in Budapest bei Herrn von Kánya und Ministerpräsident von Darányi zur Sprache gebracht. Auch die ungarischen Herren halten die Durchführung der Anregung Papens für nicht angängig u. zw. aus Gründen des Präjudizes, der ungünstigen Optik (Charakter eines Blocks und Aufsehen in Europa) wie auch Verfälschung des Zweckes der Wiener Konferenz.

1682

Amtserinnerung Gesandter Hornbostel

AdR, NPA

Deutschland/Geheim I/12

Z. 43307/13

Wien, 21. Oktober 1936

Laut Mitteilung des Herrn StS. Dr. Schmidt hat sich sein gestriges Gespräch mit Papen auf folgende Punkte bezogen:

1.) hat der Herr StS. Herrn von Papen vorgehalten, dass die deutsche Gesandtschaft sich am Frontappell in keiner Weise beteiligt habe. Dies sei selbstverständlich von den Gegnern des 11. Juli¹, insbesondere im diplomatischen Corps, mit Freude und Triumph aufgenommen worden. Es sei aber auch ein Verlust für die schließlich beiderseits angestrebte, weitere Besserung der Beziehungen. Die österr. Gesandtschaft in Berlin habe am Nürnberger Parteikongress teilgenommen, obwohl sie dort gewiss nicht davor sicher sein konnte, irgendwelche peinliche Eindrücke zu empfangen, was beim Appell der VF für den deutschen Vertreter

¹ Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

selbstverständlich von vornherein ausgeschlossen erschien. Der Abwesenheit einer deutschen Vertretung beim Amtswalter-Appell vom 18. d. M. sei natürlich auch zuzuschreiben, dass der Herr Bundeskanzler, der bekanntlich sehr impressionierbar sei, nicht noch sympathischere Töne für den 11. Juli gefunden habe. Befremdend hätten wir empfunden, dass Botschaftsrat von Stein, laut absolut verlässlicher Information, sich bezüglich der Frage der Teilnahme am Amtswalter-Appell beim nat. soz. Führer Leopold erkundigt habe. Es sei dies wohl äußerst merkwürdig und unverständlich, zumal doch angenommen werden müsse, dass Herr von Stein sich mit dem Botschafter darüber ins Einvernehmen gesetzt habe. (Herr von Papen quittierte letztere Bemerkung mit dem Einwurf, „dies werden Sie wohl aus der Überhörung des Telephons selbst wissen!“);

2.) machte der Herr StS. Herrn von Papen auf die unerquickliche Demonstration in Leoben vom 19. d. M. (reichsdeutsche Reiseautobusse, österr. Nazidemonstration und unkorrekte Haltung der Reichsdeutschen, die erklärten, überall wohin sie kämen, die gleichen Demonstrationen wiederholen zu wollen) aufmerksam;

3.) brachte der Herr StS. die Indiskretion in der Angelegenheit Hoffinger zur Sprache, wobei Herr von Papen behauptete, lediglich Minister Glaise-Horstenau gegenüber von der ihm kürzlich durch den Herrn StS. gewordenen Mitteilung Erwähnung getan zu haben.

4.) Schließlich brachte Herr von Papen seine unter Zl. 43306-13 gemachte Anregung, als Beobachter der Dreier-Konferenz in Wien zu fungieren, vor.²

1683

Gesandter Hornbostel an Gesandten Berger-Waldenegg (Rom)

Privatschreiben (geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/II
Z. 43308/13

Wien, 21. Oktober 1936

Zu dem Dir gleichzeitig zugehenden Erlass Zl. 43.308-13¹ darf ich Dir noch in aller Kürze den wahren Grund erklären, der uns zu diesem Erlass bewogen hat.

² Siehe ADÖ 11/1681. Zur Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten am 11. und 12. November 1936 – ADÖ 11/1690 und ADÖ 11/1694 – ADÖ 11/1699.

¹ Staatssekretär Schmidt an Gesandten Berger-Waldenegg (Rom/Quirinal). Erlass, Wien 21. Oktober 1936: „Auftragsgemäß beehre ich mich Ihnen zur Kenntnis zu bringen, dass Herr von Papen in der letzten Zeit wiederholt den Herrn Staatssekretär für die Auswärtigen

Wie wir hier hören, scheint Salata in dem Sinne herumzureden, als hätte er erst den Staatssekretär bewogen, seinen Berliner Besuch nach der Wiener Dreier-Konferenz zu absolvieren. Möglicherweise hat er auch in diesem Sinne nach Rom berichtet, um „seine persönlichen Verdienste zu mehren“. Selbstverständlich liegt die Sache aber so, dass Staatssekretär Dr. Schmidt überhaupt niemals daran gedacht hat, vor der Wiener Konferenz nach Berlin zu fahren und Salata von vornherein auch in diesem Sinne informiert und ihm mitgeteilt hat, dass Papen eine diesbezügliche Anregung gemacht habe. Es ist daher für einen Kenner des Charakters Deines Pendants sehr naheliegend, dass Salata auch diese kleine Konjunktur dazu benützt hat, um in Rom mit seinem mächtigen Einfluss und seiner diplomatischen Versiertheit zu paradieren. Sollten Dir gegenüber etwa ähnliche Andeutungen fallen, so mögest Du kategorisch im Sinne des Erlasses Dich vernehmen lassen.²

1684

Amtserinnerung Gesandter Hornbostel

AdR, NPA

Deutschland/Geheim I/12

Z. 43370/13

Wien, 23. Oktober 1936

Der Herr StS. hat dem Gefertigten Folgendes zwecks aktenmäßigen Festhaltens mitgeteilt:

Er habe gestern in Erfahrung gebracht, dass Papen bei Salata war. Gesandter Salata, vom Herrn StS. befragt, gab keine verwertbaren Auskünfte über dieses Gespräch, sondern behauptete lediglich, dass es sich um eine allgemeine Unterredung handle; allerdings habe Papen sich ziemlich scharf gegen den österreichischen Legitimismo ausgedrückt, wobei er zwar darauf hinwies, dass die Dynastie der Habsburger ein deutsches Geschlecht sei, eine Restauration aber

Angelegenheiten zu einem Besuch des Herrn Reichsaußenministers von Neurath eingeladen hat. Der Herr Staatssekretär hat schließlich vor einigen Tagen diese Einladung grundsätzlich angenommen, jedoch dem von Herrn von Papen ausgesprochenen Wunsch gegenüber, diesen Besuch womöglich vor der Wiener Dreier-Konferenz der Römer Protokollstaaten zu absolvieren, ausdrücklich betont, dass für ihn ein Termin vor dieser Konferenz keinesfalls in Frage kommen könne. Es besteht nun einvernehmlich die Absicht, dass der Herr Staatssekretär sich gegen Ende des Monates November zum Besuche Herrn von Neuraths nach Berlin begeben. Vorstehendes beehre ich mich Ihnen zu Ihrer streng vertraulichen Information und Verwertung gegenüber dem dortigen Außenamt für den Fall mitzuteilen, dass Sie hierauf angesprochen werden.“ – AdR, NPA Deutschland/Geheim I/II, Z. 43308/13.

² Dazu außerdem ADÖ 11/1677 und ADÖ 11/1701 – ADÖ 11/1703.

zum europäischen Kriege führen müsste, den Italien zu verhindern alles Interesse habe.

Der Herr StS. hat sohin auch Herrn von Papen interpelliert, der – im Gegensatz zu Gesandten Salata – zugab, mit Salata gesprochen und ihm gegenüber darauf hingewiesen zu haben, dass die innere Befriedung in Österreich seit dem 11. Juli¹ keine Fortschritte mache und dass es höchste Zeit sei, diese vorwärts zu treiben. Der Herr StS. hat Herrn von Papen hierauf erwidert, dass dies weder Herrn von Papen noch auch Gesandten Salata etwas angehe, sondern eine ausschließlich innerpolitische österreichische Angelegenheit sei; im Übrigen wolle er nur feststellen, dass es sich bei dieser inneren Befriedung um zwei Partner handle, nebst der Regierung auch um die nationalen Kreise, an deren Bereitwilligkeit zur Mitarbeit es eben fehle. Der StS. müsse nachdrücklichst feststellen, dass unsererseits keinerlei Verletzung der Abmachung vom 11. Juli vorgekommen sei, wir uns vielmehr aufs strengste daran hielten. Herr von Papen deutete auch an, dass es doch im Interesse beider Teile wäre, zu vermeiden, dass an die in den Abmachungen vorgesehene Beschwerdekommision appelliert werde.

1685

Gesandter Tauschitz an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 241/Pol. (geheim)

AdR

Gesandtschaft Berlin

Z. 43589/13

Berlin, 26. Oktober 1936

Ich beehre mich, zu berichten, dass ich heute dem Reichspropagandaminister Dr. Joseph Goebbels einen Besuch abgestattet habe, um ihn zum Konzert der Wiener Sängerknaben am 31. Oktober auf der Gesandtschaft einzuladen. Der Minister war über diese Einladung sehr erfreut und bedauerte sehr, dass er am gleichen Tage die Kundgebung „10 Jahre Gau Berlin“ in der Deutschlandhalle haben werde und daher zu seinem Bedauern voraussichtlich nur auf kurze Zeit wird zu der Veranstaltung kommen können. Aber seine Frau und er werden sich sehr freuen, wenigstens kurze Zeit anwesend sein zu können.

Hierauf bat mich Minister Goebbels, Ihnen, Herr Staatssekretär, mitzuteilen, dass er zu seinem größten Bedauern einen Film mit Frau Nora Gregor hier nicht zulassen könne. Es wäre vom Gesandten von Papen eine diesbezügliche Zuschrift an ihn mit dem Vermerk gekommen, dass Herr Staatssekretär darauf Wert legen

¹ Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

würde. Er glaube jedoch, gerade mit Rücksicht auf eine gute und schrittweise Verbesserung der Atmosphäre und Auswirkung des 11. Juli¹ den Film nicht zulassen zu sollen, weil genau wie vor etwa $\frac{3}{4}$ Jahren bei einem neuerlichen Film mit Frau Nora Gregor wegen der bekannten Freundschaft Demonstrationen zu erwarten wären. Es wäre unangenehm, auf Grund solcher Demonstrationen entweder dann den Film abzusetzen oder die Demonstration mit Polizeigewalt unterdrücken zu müssen. Er bat mich, dies mitzuteilen, weil der von Papen voraussichtlich längere Zeit nicht treffen werde und die Gründe nicht schriftlich bekanntgeben wolle. Ich sagte dem Minister lediglich, dass ich mit der Frage nicht befasst wurde, daher hiezu nicht Stellung nehmen könne und seine Mitteilung nach Wien geben werde. Im Anschluss daran sagte mir Dr. Goebbels, dass er bereit wäre, mit Österreich sofort ein Filmübereinkommen zu treffen, jedoch begreiflicherweise bei Wahrung des reichsdeutschen Grundsatzes, dass im Film keine Juden beschäftigt sein dürfen. „Ich werde niemals Österreich zumuten, dass es einen hier gedrehten Film in Österreich aufführen lässt, dessen Tendenz den weltanschaulichen Grundsätzen der österreichischen Regierung widersprechen würde und es kann genau so wenig Österreich von mir verlangen, dass ich in Österreich produzierte Filme hier laufen lasse, deren Buch von Juden stammt oder in denen jüdische Künstler namhaft und hervorragend beteiligt sind. Wenn ab und zu ein von einem Juden komponiertes Lied oder ein Schlager verwendet wird, dann sage ich meinem Referenten Durchlassen! Aber niemals werde ich einen Film, noch dazu einen deutschsprachigen Film zulassen können, der jüdische Künstler zu Mitarbeitern hat. Die Amerikaner und insbesondere auch die Franzosen, die zu uns bekanntlich nichtdeutschsprachige Filme liefern, wissen dies bereits und es kommt auch kein Antrag mehr zur Zulassung von Filmen, in welchen Juden mitgearbeitet haben. Die Franzosen versuchen dies zwar zu tarnen, es gelingt ihnen aber nicht.“ Ich verhielt mich bei dieser Frage mehr rezeptiv und habe dem Herrn Minister gesagt, dass ich über seinen Antrag meiner Regierung berichten wolle. Im Anschluss daran kamen wir auf das Übereinkommen vom 11. Juli zu sprechen und ich bat den Minister, doch auf die Presse entsprechend einwirken zu wollen. Wenn das Übereinkommen vom 11. Juli immer mehr und mehr wirksam werden sollte, so müsse eben auch die Presse in den Dienst der Sache, wie es auch im Übereinkommen heißt, gestellt werden und würde ich ihn bitten, Ausfälle und Rückfälle, wie sie in der letzten Zeit zu verzeichnen waren, zu verhindern. Ich würde es im Interesse eines Ausbaues des Abkommens vom 11. Juli und einer raschen Auswirkung sehr begrüßen, wenn mir die Möglichkeit geboten wäre, des öfteren Fragen, die in das Ressort des Propagandaministeriums fallen, also auf dem Gebiete der Presse, des Rundfunks, des Theaterwesens u.s.w. direkt mit ihm oder mit seinem Referenten zu besprechen.

¹ Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

Minister Goebbels erklärte sich hiezu gerne bereit, teilte meine Ansicht und sagte mir, dass er alles tun wolle, was im Interesse des Ausbaues des Übereinkommens vom 11. Juli stünde. Bezugnehmend auf meine Bemerkung über die letzten Ausfälle in der Presse wandte er sich an seinen hinter ihm sitzenden Präsidialisten und gab ihm den Auftrag, der Presse die Weisung zu geben, künftighin solche blödsinnigen Pamphlets zu unterlassen. Minister Goebbels bat mich, versichert zu sein, dass solche Artikel weder inspiriert, noch erwünscht seien, sondern lediglich in der Redaktionsstube der betreffenden Zeitung entstanden sind. Die Aussprache hatte einen sehr freundlichen Grundton, der natürlich nur auf Grund des Abkommens vom 11. Juli möglich war.²

1686

Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 196/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland
Z. 43567/13

Rom, 27. Oktober 1936

Graf Ciano ließ mich heute früh zu sich rufen, um mir – wie er mir ja vor der Abreise nach Berlin in Aussicht gestellt hatte – die Ergebnisse seiner Fahrt mitzuteilen.

Er äußerte sich ungeheuer befriedigt über seine ganze Reise, sowie seine Aussprachen und ebenso auch über alles, was er in Deutschland und von Deutschland gesehen habe. Über die Besprechungen, die zwischen ihm und Außenminister Neurath stattfanden, wurde ein Protokoll verfasst, dessen Original mir Graf Ciano zur Einsicht gab, indem er sagte, er wünsche, dass ich über seine Gespräche vollständig im Bilde sei. Das Protokoll, von den beiden Außenministern unterschrieben, enthält eine Präambel, die der unseres Zusatzprotokolls vom März zu den Römischen Protokollen¹ sehr ähnelt.

Dann folgen drei Vereinbarungen bzw. Feststellungen, und zwar:

Beide Staaten sind übereingekommen, in der Frage des Westpaktes nur im engsten Einvernehmen vorzugehen.

Ein weiterer Punkt regelt das Verhältnis der beiden Staaten zur Frage des Völkerbundes. Es werden zwei Fälle vorgesehen. Erster Fall: Italien bleibt im Völkerbunde. Dann wird es seine Völkerbundpolitik im Einvernehmen mit Deutschland

² Siehe weiter ADÖ 11/1691.

¹ ADÖ 10/1603A; dazu außerdem ADÖ 10/1603 und ADÖ 10/1604.

und auch für Deutschland interessenwährend führen. Zweiter Fall: Italien verlässt den Völkerbund. In diesem Falle wird es mit Deutschland eine gemeinsame Position gegenüber dieser Institution beziehen.

In der Frage „Spanien“ konstatieren beide Mächte, das gleiche Interesse an dem Siege der Nationalisten zu haben. Sie werden auch beide die Integrität des spanischen Staatsgebietes und der spanischen Kolonien beschützen. (Auf meine Frage, wie dies zu verstehen sei, antwortete mir der Herr Außenminister, dass Italien und Deutschland unter keinen Umständen die Etablierung einer Sowjetrepublik in Katalonien dulden werden und entschlossen sind, dies selbst mit Waffengewalt zu verhindern.)

Ein folgender Absatz beschließt die schärfste Bekämpfung der bolschewistischen Gefahr mit gemeinsamen Kräften und gemeinsamen Mitteln.

Italien anerkennt dann weiters die Gerechtigkeit der Ansprüche Deutschlands auf Kolonien und verlangt mit Deutschland eine gerechte Verteilung der Rohstoffe.

Italien begrüßt die durch den Akkord vom 11. Juli eingetretene Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich² und Deutschland und Italien erklären ihr paralleles Interesse an der Entwicklung im Donauraum.

Feststellung der wirtschaftlichen ebenfalls gleichgerichteten Interessen beider Staaten im Donauraum.

Anerkennung des italienischen Imperiums in Abessinien.

Festsetzung einer Collaboration économique générale zwischen beiden Ländern.

Dies ist der Hauptinhalt des in Berlin unterzeichneten Protokolls.

Natürlich sind in Berlin und ich glaube speziell in Berchtesgaden auch andere Gegenstände zur Sprache gekommen, von denen ich aus den Gesprächen, die ich mit Graf Ciano und später mit Minister Buti hatte, folgende herausgefunden zu haben meine.

Vor allem sind Fragen militärischer Natur gestreift worden. Man hat hier den Eindruck bekommen, dass Deutschland mit seiner Rüstung dank seiner ungeheuren Anstrengungen zwar schon sehr weit, aber noch nicht ganz fertig ist, dass vor allem noch nicht das Menschenmaterial vorhanden ist, um alles Maschinelle zu bedienen.

Dann ist auch die Frage der Kleinen Entente und der einzelnen Staaten dieses Gebildes scheinbar ziemlich eingehend erörtert worden. Nach den Äußerungen meiner Mitredner zu schließen, scheint eine jugoslawisch-italienische Annäherung das erstrebenswerte Ziel zu sein. Rumänien, dessen Beziehungen zu Jugoslawien sich in der allerletzten Zeit ganz besonders intim gestaltet haben, würde dann von selbst nachfolgen. Für die Tschechoslowakei scheint mir der Drucksatz für den Partezettel bereits fertiggestellt. Die Schwierigkeit des Programmpunktes „Jugoslawien“ wird vorläufig als bei Ungarn, speziell bei Herrn von Kánya liegend

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

angesehen, der ein nicht zu besiegendes Misstrauen gegen die Südslawen und den südslawischen Staat habe. Doch hofft man, dass es Graf Ciano in Budapest gelingen wird, die Ungarn von diesem parti pris abzubringen.

1687

Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 198/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA

Österreich/Geheim 7/1

Z. 43569/13

Rom, 27. Oktober 1936

Die Festsetzung eines förmlichen Programmes für die Besprechungen in Wien¹ stößt insoferne auf Schwierigkeiten, als mir sowohl Graf Ciano wie Gesandter Buti sagten, dass eigentlich keine neuen speziellen Fragen zwischen den Mächten der römischen Protokolle zu erörtern wären und dass es sich doch nur um einen allgemeinen tour d'horizon handle.

Ich erwiderte, dass ja auch wir im Klaren darüber sind, dass sich in unserem Verhältnis zu einander gottlob nichts geändert habe. Immerhin müssten wir aber der Umwelt doch ein sogenanntes Ergebnis vorzeigen oder vermuten lassen.

Über Wunsch des Außenministers besprach ich diese Frage dann des Näheren mit Gesandten Buti.

Wir kamen überein, dass der beste Modus der wäre, den man bei der Berliner Zusammenkunft gewählt habe: eine schon vorher vorbereitete, die innige Zusammenarbeit ausdrückende, in Einzelheiten aber nicht eingehende allgemeine Verlautbarung und daneben die Abfassung eines Protokolls, dessen Inhalt durch Deklarationen der Außenminister der Öffentlichkeit in der gewünschten Form zur Kenntnis gebracht werden könnte.

Ich machte Gesandten Buti darauf aufmerksam, dass ein solches Protokoll immerhin 4-5 bedeutsamere Punkte enthalten müsse, worin er mir vollkommen recht gab und nur meinte, dass er vorläufig, offen gestanden, diese Punkte auch noch nicht wisse. Wir haben nun über Wunsch Graf Cianos verabredet, über derartige Punkte nachzudenken und uns in wenigen Tagen wieder zu einem Gedankenaustausch zusammenzufinden.

Ich darf Sie, Herr Staatssekretär, ergebenst bitten, mir ehedemigtest Instruktionen darüber zukommen zu lassen, auf welche Punkte in einem solchen Protokolle wir Wert legen.

¹ Dazu außerdem ADÖ 11/1681, ADÖ 11/1690 und ADÖ 11/1694–ADÖ 11/1699.

Zum Schlusse darf ich noch beifügen, dass im Palazzo Chigi nicht daran gedacht wird, das durch die Römischen Protokolle² geschaffene bisherige Verhältnis der drei Signatarstaaten allenfalls in ein innigeres Verhältnis, wie es etwa Entente, Alliance etc. genannt werden könnte, umzuwandeln.

1688

Amtserinnerung Gesandter Hornbostel (streng geheim)

AdR, NPA
Ungarn/ Geheim I/III
Z. 43574/13

Wien, 29. Oktober 1936

Im Verlaufe der Besprechungen, die der Herr StS. mit Herrn von Kánya und MinPräs. von Darányi in Budapest am 26. u. 27. d. M. bezüglich der Bildung des Programms für die Beratungen der Wiener Konferenz¹ abführte, brachten die ungar. Herren mit auffallender Insistenz und wiederholt die Anregung vor, die Wiener Konferenz dazu zu benützen, um ein Militär-Abkommen zwischen Österreich und Ungarn sowie auch mit Italien zu schließen. Soweit aus den Äußerungen der genannten beiden ungar. Regierungsmitglieder und aus privaten Erläuterungen Generalsekretärs Baron Apor hervorging, scheint der ungar. Generalstab gegenwärtig konsequent und energisch darauf zu dringen, dass gewisse militärische Vorkehrungen für den Fall getroffen werden, dass es einmal doch zu einer kriegerischen Austragung zwischen Italien und Jugoslawien kommen sollte. Es scheint sich für den ungar. Generalstab in erster Linie darum zu handeln, durch vereinbarte Vorkehrungen wie z.B. feldmäßige Befestigungen, Sprengungs-Vorbereitungen u. dgl. gegebenenfalls das strategische Ziel der Jugoslawen, sich über österr. Gebiet mit den Tschechen zu vereinigen, wirksam zu vereiteln; insbesondere Baron Apor betonte immer wieder die Notwendigkeit einer „ausreichenden Abriegelung“ des Klagenfurter Beckens und behauptete, dass der ungar. Generalstab bereits vor Jahresfrist im Gegenstande mit dem österr. Generalstab in Fühlung getreten wäre, letzterer jedoch bisher nichts veranlasst hätte.

Der Herr StS. hat der ungar. Anregung eine Reihe von sehr triftigen Gegenargumenten gegenübergestellt, wie z.B. dass ein derartiges regelrechtes Militär-Abkommen unbedingt binnen Kürze auch den betroffenen fremden Staaten bekannt würde, daher wirkungslos wäre, ferner, dass der Charakter der Gruppierung der

² ADÖ 9/1437.

¹ Dazu ADÖ 11/1681, ADÖ 11/1687, ADÖ 11/1690 und ADÖ 11/1694–ADÖ 11/1699.

Römer Protokollstaaten dadurch eine vollkommene Änderung erführe, schließlich, dass es heute angesichts der freundschaftlichen Beziehungen aller drei Protokollstaaten zu Deutschland undenkbar wäre, ein solches Abkommen vor Deutschland geheim zu halten. Was es aber hieße, Deutschland eventuell miteinzubeziehen, benötige wohl kaum mehr eine ausführliche Erläuterung. Deutschland würde die Gelegenheit gewiss ergreifen, um sich Österreich wie auch Ungarn militär-politisch vollkommen unterzuordnen und in seine Pläne einzufügen, was Deutschland in Anbetracht seines unerhörten Rüstungsstandes durch andauernde und konsequente Ausrüstung der Wehrmacht Österreichs und Ungarns unschwer möglich wäre. Ein derartiges Militärabkommen zwischen Österreich, Ungarn und Italien würde daher zwangsläufig die Einbeziehung Deutschlands nach sich ziehen und zu einer politischen und militärischen Konstellation führen, die vollkommen der des Jahres 1914 gliche; da sich letztere schon einmal als gründlich verfehlt erwiesen habe, bestünde wahrlich kein Grund, diesen Fehler nochmals zu wiederholen; es sei für Österreich in höchstem Maße inopportun, sich in die Geschehnisse und allfälligen militärischen Konfliktmöglichkeiten unserer beiden großen Nachbarn soweit einbeziehen zu lassen.

Den obskizzierten Gegenargumenten des Herrn StS. Rechnung tragend, haben die ungar. Herren sodann ihre Anregung als solche zurückgezogen und mit dem Herrn StS. vereinbart, dass sie bei der Wiener Konferenz keinen Antrag auf Abschluss eines Militärabkommens stellen würden und sich einvernehmlich mit uns damit begnügten, folgende Punkte mündlich zu berühren:

1) dass Österreichs einziges Ziel die Wahrung einer absoluten Neutralität im Kriegsfall ist (Anmerkung: Hierbei berief sich Herr von Kánya auf Min. a. D. Berger Waldeneck, der ihm gegenüber angeblich mehrfach erklärt hätte, Österreich würde im Falle einer Konflagration nicht neutral bleiben!)

2) dass die österr. Bundesregierung entschlossen ist, die Wehrmacht Österreichs bis Frühjahr 1938 auf einen Mobilisierungsstand von 200-250.000 Mann zu bringen (mit Einschluss der Miliz);

3) dass auf der Wiener Konferenz mündlich vereinbart werde, Vertreter unserer Generalstäbe gelegentlich zusammenkommen zu lassen, behufs Erörterung des Ausbaues des an und für sich schon zum Teil bestehenden Informationsaustausches zwischen den Generalstäben, ferner behufs Kenntnisnahme der militärischen Wünsche und Interessen, schließlich zwecks Besprechung künftiger militärischer Eventualitäten;

4) könnte dann, gleichfalls mündlich, erklärt werden, dass wir beim Aufbau unserer Wehrmacht aus einer moralischen Verpflichtung heraus und ohne Bindung und vollkommen freiwillig auf die militärischen Interessen der beiden anderen Partner Rücksicht nehmen wollen.

5) dass die Neutralität Österreichs an und für sich unseren Freunden ja durch das absolute Durchmarschverbot durch Österreich einen erheblichen strategischen Vorteil biete.

Außerdem wurde Einvernehmen mit den ungar. Herren erzielt, dass außerhalb des offiziellen Programms noch die Frage militärischer Lieferungen besprochen werde. Hiebei betonte der Herr StS., dass wir keinesfalls Italien, das uns in bösen Tagen treu beigestanden habe, von unserem militärischen Material-Aufbau ausschließen würden, andererseits doch auch bis zu einem gewissen Grade mit Deutschland über diese Dinge zu reden vermöchten.

1689

Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt

Telegramm Nr. 1027

AdR, NPA

Österreich/ Geheim 7/1

Z. 43690/13

Rom, 3. November 1936

(11.00 Uhr)

Mit gestrigem Kurier eingelangtes Programm der Wiener Besprechungen¹ wurde sofort Gesandten Buti übergeben.

Dieser wiederholte, dass man hier – wie ich schon berichtete – wünscht, schon mit fertigem Text für ein Protokoll nach Wien zu gehen.

Italienische Regierung schlägt für dieses Protokoll vier Punkte vor:

1) Das Übereinkommen mit Deutschland vom 11. Juli und die Römischen Protokolle.²

2) Anerkennung Abessinien durch Österreich und Ungarn.

3) Abwehr des Kommunismus.

4) Collaboration économique.

Über Ersuchen italienischer Regierung bitte ich um umgehende Stellungnahme zu den vorstehenden Vorschlägen.

Der weitere Inhalt des herabgelangten Programms wurde als für die allgemeine politische Betrachtung geeigneter Wegweiser begrüßt.

Ungarischer Gesandter wurde italienischerseits im gleichen Sinne befasst.³

¹ AdR, Gesandtschaft Rom (Quirinal), Z. 43569/13; außerdem ADÖ 11/1681, ADÖ 11/1687, ADÖ 11/1690 und ADÖ 11/1694–ADÖ 11/1699.

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640; die Römischen Protokolle vom 17. März 1934 – ADÖ 9/1437.

³ Dazu weiter ADÖ 11/1690.

1690**Amtserinnerung Gesandter Hornbostel**

AdR, NPA

Österreich/ Geheim 7/1

Z. 43690/13

Wien, 4. November 1936

Amtserinnerung.

Noch vor Genehmigung der Telephondepesche in Ziffern unter gleicher Zahl¹ durch den Herrn StS. hat Gesandter Berger Waldenegg gestern abends 20 h telephonisch aus Rom angerufen und mitgeteilt, dass ihm Gesandter Buti bereits jetzt einen Entwurf für das Communiqué und das protocollo segreto mit der Bitte übergeben habe, es unverzüglich seiner Regierung vorzulegen und ihm bis Freitag den 6. früh die Stellungnahme der Bundesregierung hiezu bekanntzugeben. Das gleiche geschehe hinsichtlich Ungarns.

Gesandter Berger fügte bei, dass er von diesen Piecen je ein Pare mit Luftpost des 4. an das BKA(AA) gelangen lasse, ein anderes Pare Oberst Liebitzky mitgebe, der am 4. abends in Wien eintreffe. Berger bat eindringlichst, ihm bereits Donnerstag den 5. unsere Stellungnahme mitzuteilen.

Diese Gelegenheit wurde seitens des Unterfertigten dazu benützt, ihm im allgemeinen die in der nichtabgegangenen Telephondepesche enthaltenen Bedenken vor Augen zu führen und ihm eindeutig klarzumachen, dass wir keinesfalls gesonnen seien, Communiqué und Protokoll im Voraus endgültig festzulegen und dadurch der Wiener Konferenz nur den Charakter einer Formalität zu verleihen. Wir müssten darauf bestehen, dass alle Fragen in Wien ohne weiters noch zur Diskussion gestellt werden könnten und würden auch unseits Communiqué und Protokoll, an die Wünsche der Italiener angepasst, selbst entwerfen.

Gesandter Berger beharrte auf dem durch ihn übermittelten Wunsch Butis, durch Festlegung des Protokolls den Rahmen der diesbezüglichen Diskussion im Voraus zu fixieren und ging auf die h. o. Gegenargumente offensichtlich nicht ein. Er wies wiederholt darauf hin, dass das Communiqué in großen Zügen den gleichen Inhalt wie das Protokoll haben werde, dass letzteres aber in der Diktion gewisse Stellen enthalte, die nicht zur Veröffentlichung geeignet seien.

Infolge dieser Mitteilung wurde das hierseits entworfene Telegramm i. Z. an Gesandten Berger nicht abgesendet.

Wie der Herr StS. mitteilt, hat er gestern Herrn Salata gegenüber in ähnlicher Weise sich vernehmen lassen, worauf Salata noch spät abends, nach telephonischer Rücksprache mit Grafen Ciano, die Versicherung abgab, dass sowohl Protokoll

¹ ADÖ 11/1689.

als Communiqué auch italienischerseits als nicht endgiltig feststehend betrachtet würden, dass vielmehr beide Stücke selbstverständlich noch bei der Konferenz geändert oder ergänzt werden könnten, es aber Ciano zweckmäßig erscheine, den Rahmen der im Protokoll und Communiqué enthaltenen Fragen im Voraus abzustecken. Im Übrigen werde Salata im Laufe des Nachmittags des 4. den Herrn StS. voraussichtlich diese Dokumente bereits vorweisen können.

Der Gefertigte hat heute vormittags mit Generalsekretär Baron Apor in Budapest telephonisch Fühlung genommen, ihn in großen Zügen von Vorstehendem informiert und mit ihm vereinbart, die österreichische und ungarische Stellungnahme zu dem italienischen Entwurf auf telegraphischem Wege zu koordinieren, um weitgehende Diskrepanzen zu vermeiden. Bei diesem Anlasse erklärte Apor, dass sowohl Kánya wie er der Auffassung seien, dass es den Italienern lediglich darauf ankomme, die wichtigsten Punkte der Wiener Diskussionen im Voraus abzustecken, um Ungenauigkeiten und Missdeutungen, die leicht durch mangelhaftes Festhalten der Debatten entstehen könnten, vorzubeugen.

Sohin wäre das Eintreffen der von Gesandten Berger und Herrn Salata in Aussicht gestellten italienischen Entwürfe abzuwarten.

1691

Gesandter Tauschitz an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 243/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA

Deutschland/ Geheim I/12

Z. 43791/13

Berlin, 4. November 1936

Wie ich schon berichtet habe, stattete ich in der Vorwoche dem Ministerpräsidenten Göring einen Besuch ab. Göring sagte mir bei dieser Gelegenheit zu, das Konzert der Wiener Sängerknaben auf der Gesandtschaft mit seiner Frau zu besuchen. Am Nachmittag des 31. Oktober ließ er jedoch aufmerksam machen, dass es sich erst um 8 Uhr entscheiden werde, ob er kommen könne. Um 8 Uhr teilte mir sein Adjutant mit, dass sich die Verhandlungen, denen er vorsitze, so weit hingezogen haben, dass er mit Rücksicht darauf, am Sonntag sehr zeitlich nach Braunschweig fahren zu müssen, zu seinem Bedauern zum Konzert nicht kommen könne. Er wolle mir aber nach seiner Rückkehr aus Braunschweig sofort einen Besuch abstatten. Nachdem ich somit begründet annehmen konnte, dass das Gespräch mit Göring am 31.X. noch eine Fortsetzung haben werde, wollte ich erst nachher zusammenhängend berichten. Nachdem der Gegenbesuch aber vielleicht erst nächste Woche stattfinden wird, glaube ich doch über

mein Gespräch am 26. Oktober d. J.¹ gleich berichten zu sollen, da es immerhin einige interessante Äußerungen enthält.

Dass er sich für den Besuch des Herrn Staatssekretärs interessierte und einen solchen wünscht, habe ich bereits mitgeteilt. Im Anschluss daran meinte Göring, dass ihm die Habsburgerpropaganda in Österreich nicht gefalle. Davon sei doch gar keine Rede, dass im Abkommen vom 11. Juli² irgendwie ausgesprochen wurde, dass Deutschland eine Habsburgerpropaganda, die die Wiedereinsetzung dieser Dynastie zum Ziele habe, dulden müsse. Er könne mir nur das Eine offiziös mitteilen, dass das 7. Korps mit dem Luftkreis 7 für den Fall, dass in Österreich ein Habsburger in irgend einer Form, sei es als Kaiser, sei es als Reichsverweser, möge er Otto oder Eugen oder wie immer heißen, zur Herrschaft kommt, den Befehl habe, in Österreich einzumarschieren. Von Süden würden in diesem Falle die Jugoslawen kommen, das könne er mir ebenfalls auf das Bestimmteste sagen, denn er habe es ja mit ihnen ausgemacht. Italien würde höchstens mobilisieren, marschieren würde es keinesfalls, das glaube er nicht.

Ich erwiderte dem Generaloberst, dass die Frage der Staatsform, sowie alle Fragen der politischen Entwicklung, eine ausschließliche Angelegenheit der österreichischen Regierung sei. Es wäre selbstverständlich, dass sich keine Regierung in die inneren Angelegenheiten von einem zweiten Staat werde dreinreden lassen. Dieser Standpunkt der beiden Regierungen sei übrigens auch im Abkommen vom 11. Juli gegenseitig anerkannt und zugebilligt. Was einen Einmarsch nach Österreich anlangt, möchte ich betonen, dass es ein Irrtum wäre, zu glauben, dass ein solcher, von welcher Seite er immer kommen möge, ein Spaziergang sein würde. Was Italien anlangt, so habe ich Grund genug, darauf aufmerksam zu machen, dass es einem solchen Unterfangen nicht „Gewehr bei Fuß“ zusehen würde, abgesehen davon, dass Deutschland meines Erachtens auf eine positive Freundschaft Italiens nicht verzichten könne. Ich möchte aber bei aller Wahrung meines schon ausgesprochenen Standpunktes, dass diese Frage eine rein österreichische Angelegenheit darstelle, in meiner Antwort nicht so sehr Erwägungen anstellen, was geschehen würde, wenn in Österreich eine Habsburger-Restauration käme, sondern dass ein Anlass hiezu für die nächste Zeit nicht vorhanden sei. Der Herr Bundeskanzler habe in seinen Reden ausgesprochen, dass das Abkommen vom 11. Juli eine Abmachung, nach der die Propaganda des Legitimus verboten wäre, nicht enthalte und hat den Legitimistenführern erklärt, dass ihre Propaganda innerhalb der Vaterländischen Front möglich sei, wie denn überhaupt monarchistische Gesinnung im neuen Österreich kein Fehler sei.

¹ Siehe ADÖ 11/1685.

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

Generaloberst Göring ging hierauf gleich zu einer neuen Frage über und meinte, dass er bereit wäre, in der Überzeugung, dass Österreich in einer künftigen Verwicklung nur an der Seite Deutschlands sein werde, den Ausbau der österreichischen Flugwaffe zu übernehmen. „Sie können von mir alles haben, was Sie wollen, Maschinen, Material, die Ausbildung von Offizieren und Mannschaften u.s.w., u.s.w., aber unter bestimmten Voraussetzungen.“ Erstens müsse in Österreich eine geistige Wandlung eintreten, dass vor allem nicht jeder sofort wegen eines „Heil Hitler“ ins Loch muss. Dann würde er eine Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten dringend wünschen. Eine Kooperation auf außenpolitischem Gebiete halte er naturgemäß für selbstverständlich. Eine Erweiterung der Handelsbeziehungen würde er insbesondere in einer größeren Abnahme von deutscher Kohle gegen Vieh, Holz, Butter, Käse u.s.w., für die er ungeahnte Abnahmemöglichkeiten habe, wünschen. Was den Offiziersaustausch anlangt, würde er glauben, dass den Offizieren hier die deutsche Gage zukommen müsste, denn mit 190 Mark könnte natürlich ein Hauptmann hier nicht leben.

Ich erwiderte hierauf dem Ministerpräsidenten, dass die Frage des österreichischen Nationalsozialismus immer eine rein österreichische Angelegenheit war und auch bleiben werde und dass im Übereinkommen vom 11. Juli dieser österreichische Standpunkt auch von der deutschen Reichsregierung eindeutig zur Kenntnis genommen und anerkannt wurde. Göring meinte: „Ja, ja, ich weiß, Exzellenz, aber so kann es doch schließlich auch nicht weitergehen.“ Ich fahre fort und sage ihm, er möge doch nicht vergessen, dass der Ruf „Heil Hitler“ in Österreich zuerst ein parteipolitischer, später aber durch mehr als drei Jahre hindurch ein staatspolitischer Kampfruf und das Hakenkreuz ein ebensolches Kampfzeichen war. Man könne daher nicht verlangen, dass sich diesbezüglich in Österreich viel ändern werde. Im Übrigen sei meine feste Überzeugung, dass das neue Österreich, beseelt von einem unbändigen Selbständigkeitswillen dem Deutschen Reiche in seiner Selbständigkeit nicht nur wirtschaftlich, sondern insbesondere politisch mehr nützen könne, als ein Österreich in irgend einer Form, die ihm besser passen würde. Göring wendet mir ein, dass er für eine Übergangszeit dies gelten lasse, aber wenn Deutschland, was eben in der Zukunft der Fall sein werde, noch weiter immer mehr und mehr erstarke, dann werde doch auch in dieser Richtung ein Wandel geschaffen werden müssen. Ich verweise auf eine Rede des Herrn Bundeskanzlers, in der er ausgeführt hat, dass er zwar keine Politik auf tausend Jahre machen könne, dass es aber für seine Politik nur ein selbständiges und unabhängiges Österreich gebe. Was die wirtschaftlichen Fragen anlangt, so sind für Mitte November – mittlerweile, höre ich, wurde der Beginn auf den 24. November verlegt – Handelsvertragsverhandlungen zwischen den beiden Staaten anberaumt, die eine bedeutende Erweiterung des Handelsvolumens zum Ziele haben. Ich bin überzeugt, dass der Herr Staatssekretär mit seinem aufrechten Willen, das Abkommen vom 11. Juli weitgehendst wirksam zu

machen, auch erreichen werde, dass diese Vergrößerung des Volumens ein recht beträchtliches werde. Die Frage der Außenpolitik ist von den österreichischen Staatsmännern wiederholt eindeutig festgelegt worden.

Der Herr Bundeskanzler hat Österreich wiederholt als einen deutschen Staat erklärt; im Übereinkommen vom 11. Juli sei übrigens festgehalten, dass sich Österreich als deutscher Staat bekennt und wird daraus abgeleitet, dass die Außenpolitik Österreichs im allgemeinen und Deutschland gegenüber im Besonderen eine diesem Bekenntnis entsprechende sein wird. Die Römer Protokolle 1934 und deren Zusätze³ werden damit nicht berührt. Ich schloss mit der allgemeinen Bemerkung, dass, wenn ich auch allen Eifer daranlege, die Beziehungen so rasch als möglich zu verbessern, doch fürchten müsse, dass sie sich tatsächlich nur schrittweise verbessern lassen, dass ich aber überzeugt bin, dass die führenden österreichischen Staatsmänner, insbesondere der Herr Bundeskanzler, sowie der Herr Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten alles tun werden, um das Abkommen so rasch als möglich in die Tat umzusetzen. Es würde sich empfehlen, wenn er seinen Einfluss, der doch gerade durch seine Betrauung mit der Durchführung des Vierjahresplanes wieder ganz gewaltig, insbesondere nach der wirtschaftlichen Seite gestiegen ist, in diesem Sinne geltend machen würde. Göring erwiderte mir, dass ich mich darauf verlassen könne, er habe bereits den Leuten gesagt, dass jeder von ihm persönlich erledigt werde, der Österreich gegenüber etwa solche Dummheiten machen würde, wie das seinerzeit zu seinen größten Leidwesen geschehen sei und dass er auch in wirtschaftlicher Hinsicht jederzeit im Sinne des Abkommens eingreifen werde, wenn es nötig wird. Ministerpräsident Göring geht dann auf seinen Vierjahresplan ein; über seine Äußerungen habe ich bereits an anderer Stelle berichtet, und spricht schließlich von seinem kurzen Aufenthalt in Wien. Er habe sich dort nirgends lange aufgehalten, damit man ihn nicht feiern könnte, da er doch nicht wollte, dass die armen Kerle dafür eingesperrt werden. Ich bemerkte, dass man in Wien sicher solche Huldigungen nicht als Demonstration politischer Natur, sondern als Gunstbezeugung gegenüber einer distinguierten ausländischen Persönlichkeit von hohem Rang aufgefasst hätte, wie dies beim Besuch des Königs Eduard der Fall war. Schließlich machte er noch die Bemerkung, dass ihm die Leute in Wien vielfach den Eindruck der Verarmung gemacht hätten. Bei dieser Gelegenheit sagte er auch, dass ein Hauptmann mit 190 Mark auf unser Geld umgerechnet, doch miserabel bezahlt sei. Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass dies nach österreichischem Geld rund 400 S sind und die Kaufkraft des Schillings in Österreich gleich der einer Mark sei. Die Mietpreise lägen unvergleichlich niedriger als im Reich. Das Gespräch mit Göring war meines Erachtens aufschlussreich und bestätigte nur, das, was ich gelegentlich meines Wiener Aufenthaltes im September betont

³ Römische Protokolle vom 17. März 1934 – ADÖ 9/1437; Zusatzprotokolle vom 23. März 1936 – ADÖ 10/1603A.

habe, dass mit dem Übereinkommen vom 11. Juli der Plan eines Großdeutschlands noch nicht aufgegeben ist. Göring sagt einem so manches in der freundlichsten und liebenswürdigsten Weise, so dass man den Eindruck gewinnt, dass er es nicht schlecht meint, wenn auch manches hart klingt. Jedenfalls hat uns dieses Gespräch, wenn es auch kein konkretes Ergebnis hatte, näher zueinander gebracht. Ministerpräsident Göring hatte wirklich die feste Absicht, zum Konzert am 31. Oktober zu kommen und wurde, wie mir sein persönlicher Adjutant versicherte, nur durch die eingangs erwähnten Verpflichtungen hievon abgehalten. Jedenfalls werden Herr Staatssekretär bei Ihrem Berliner Besuch Gelegenheit nehmen müssen, sich mit Göring zu unterhalten.⁴

1692

Amtserinnerung Gesandter Hornbostel (sehr dringend)

AdR, NPA

Deutschland/ Geheim I/III

Z. 43880/13

Wien, 9. November 1936

Der aus Berlin zurückgekehrte deutsche Gesandte Herr von Papen hat heute den Herrn Staatssekretär aufgesucht und mit ihm bezüglich des bevorstehenden Besuches des Herrn Staatssekretärs in Berlin¹ in großen Zügen folgendes festgelegt: Der Herr Staatssekretär wird am 18. d. M. abends 7.10 per Bahn nach Berlin fahren. (Papen bietet dem Herrn StS. einen Salonwagen, der von München nach Wien dirigiert würde; Frage wäre noch zu klären.)

Begleitet wird der Herr StS. von Gesandten Dr. Wildner, Gesandten Hoffinger, Legationssekr. Löwenthal; separat Hofrat Weber der Amtl. Nachrichtenstelle und noch ein Presseemann, welcher letzterer noch zu bestimmen ist.

Aufsuchen wird der Herr StS. lediglich Hitler, Neurath, Goering; bei den anderen Ministern usw. werden Karten abgeworfen werden.

Aufenthaltsdauer: 19., 20. und Vormittag des 21. Der Vormittag des 21. stünde zur Verfügung, damit der Herr Staatssekretär irgend etwas, was ihn interessiere, besichtigen (Kriegsschiff in Kiel oder sonst irgendetwas Militärisches und Sozialpolitisches); die Rückreise würde per Flug am 21. nachmittags erfolgen.

⁴ Zum Berlinbesuch Staatssekretär Schmidt vom 19. – 21. November 1936 siehe u.a. ADÖ 11/1677, ADÖ 11/1683, ADÖ 11/1692 und ADÖ 11/ 1701 – ADÖ 11/1703.

¹ Zum Berlinbesuch Staatskanzler Schmidt vom 19. – 21. November 1936 siehe ADÖ 11/1667 und ADÖ 11/1683 sowie ADÖ 11/1701 – ADÖ 11/1703.

Gegenbesuch: Baron Neurath beabsichtigt seinen Gegenbesuch in der 2. Hälfte Jänner 1937 zu absolvieren.

Hinsichtlich der in Berlin zu pflegenden Aussprachen wurde im Allgemeinen vereinbart:

a) politischer tour d'horizon unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zu uns befreundeten Staaten wie auch zur Kleinen Entente (Tschechoslowakei)

b) Durchführung und Auswirkungen des 11. Juli² (Papen überbrachte diesbzgl. verschiedene von Neurath angedeutete Wünsche, so u.a. Zulassung des Hitlergrußes und des Parteiabzeichens für deutsche Reichsangehörige in Österreich; Aufhebung des Presseverbotes oder zumindest hinsichtlich einzelner weiterer Blätter; Einschränkung des Bücherverbotes – wobei charakteristischerweise Herr von Papen in allem Ernste meinte, es könnte das Verbot gegen „Mein Kampf“ aufgehoben werden; Austausch von Hochschulprofessoren)

Außer obigen Themen der Durchführung insistiere Berlin stark auf ehester Realisierung der ersten Staffel der Emigranten-Repatriierung (u. zw. des szt. mit Dr. Albrecht besprochenen Kontingentes, das laut Angaben Papen's mittlerweile auf 360 eingeschränkt sein soll).

c) Wirtschaftspolitisch.

1.) Das vom Herrn StS. immer wieder betriebene Geschäft zur Finanzierung des Wintersportverkehrs im Ausmaße von ca. 5.000.000 S soll bis dahin soweit vorbereitet werden, dass er es in Berlin abschließen kann. Es handelt sich um Devisen für Wintersportreisen gegen militärische Anschaffungen in gleicher Höhe österreichischerseits. (Diesbzgl. hat der StS. sofort Herrn Gesandten Dr. Schüller instruiert.)

2.) Besprechungen in großen Zügen der für den 25. November in Aussicht genommenen „großen Verhandlungen“, wovon auch in dem Berliner Communiqué Erwähnung getan werden soll. (In diesem Zusammenhang erklärte Papen, dass das Reichswirtschaftsministerium bereit sei, zur Vergrößerung des Handelsvolumens von der Alpinen Montan 1 Million Tonnen Erze und 500.000 t Roheisen aufzunehmen. Weiters bestünde Geneigtheit zur stärkeren Aufnahme von Holz und Agrarprodukten.)

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

1693
Unterredungen Staatssekretär Schmidt mit
italienischem Außenminister Ciano
am 9. und 10. November 1936 in Wien
Sprechprogramm (geheim, intern)

AdR, NPA
Österreich 7/11
(ohne Zahl)

o.O., o. D.

A. Politische Themen.

- 1) Mitteilungen Graf Ciano's über die Ergebnisse seiner Unterredungen mit Hitler und Neurath sowie über die Beziehungen Italiens zu Deutschland.
- 2) Mitteilungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Staatssekretärs an Graf Ciano über die Entwicklung der österreichisch-deutschen Beziehungen [...]
- 3) Besprechung diverser Fragen allgemein-europäischen Interesses (italienisch-englische Beziehungen, Locarno-Problem, Lage in Spanien, Lage in Frankreich, Mittelmeerproblem bolschewistische Propaganda, Verhältnis Tschechoslowakei zu Polen und Deutschland).
- 4) Verhältnis zum Völkerbund und Frage der Beteiligung Österreichs an dem voraussichtlich am 7. Dezember stattfindenden Völkerbund-Reformausschuss [...]

B. Militaria [...]

C. Wirtschaftliche Fragen.

- 1) Ergebnisse der Besprechungen Gesandten Dr. Schüller's in Rom.
- 2) Mitwirkung Österreichs beim Aufbau Abessinien's; allfällige Möglichkeit der Auswanderung [...]

Die Beziehungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich entwickeln sich auf Grund des Abkommens vom 11. Juli¹ in mancher Hinsicht nicht wünschgemäß. Von einzelnen Unebenheiten und zweitrangigen Schwierigkeiten abgesehen, die sich mit gutem Willen voraussichtlich reibungslos beheben lassen, muss doch, wenn die gesamte Entwicklung überblickt wird, festgestellt werden, dass die maßgebenden Faktoren des Deutschen Reiches bisher die durch das Abkommen vom 11. Juli bedingte Umstellung ihrer Auffassungen bezüglich Österreich nicht oder zumindest nicht restlos vollzogen haben.

(Beispiele: Die leitenden Faktoren des Deutschen Reichs, Regierung und Partei setzen ihre Versuche, sich in innere österr. Angelegenheiten einzumischen, fort!)

¹ Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

a) Einschüchterungsversuche Ministerpräsidenten Görings gegenüber Gesandten Tauschitz (anti-Restaurationsvereinbarung Deutschlands mit Jugoslawien, Androhung des Einmarsches nach Österreich im Falle einer Restauration unter Führung irgendeines Habsburgers, Pressure im Sinne einer weltanschaulichen Umstellung Österreichs zugunsten des Nationalsozialismus).

b) Zahlreiche Einmischungsversuche reichsdeutscher amtlicher und Parteifaktoren in Österreich selbst (Entgegennahme eines SA-Rapportes durch NSKK-Kommandanten Hühnlein in Obersteiermark, Protest des deutschen Konsuls in Linz wegen Unterdrückung nat. soz. Demonstrationen anlässlich Durchfahrt des NSKK-Korps, Anweisung der Reichsdeutschen durch den deutschen Generalkonsul in Innsbruck zum Tragen des Hakenkreuzabzeichens und Leisten des deutschen Grußes in Widerspruch mit dem der deutschen Gesandtschaft offiziell bekanntgegebenen Verbot, analoge Erlässe bayrischer Amtsstellen an die bayrischen Reisebüros, Unterstützung prominenter österr. Nationalsozialisten, insbesondere Amnestierter durch deutsche Parteistellen mit Geld, Gratis-Urlauben im Deutschen Reich, Aufrechterhaltung eines regen Kontaktes zwischen den Prominenten der österr. illegalen Nationalsozialisten mit den reichsdeutschen Parteistellen und Emigranten (vergl. die Dienstreise Leopold's und Schattenfroh's nach Berlin und München, ferner die zahlreichen Einladungen zum Nürnberger Parteikongress, dem Oktoberfest, der Gefallenen-Ehrung in München am 9. d. M. usw.).

c) Unkorrekte Haltung leitender deutscher Presseorgane (Beleidigungen Starhembergs im „Angriff“, fortgesetzte nat. soz. Propaganda insbesondere in der in Österreich zugelassenen „Essener Nationalzeitung“).

Es wirft sich daher die Frage auf, ob und gegebenenfalls wann mit einer Unterbrechung der von uns erwünschten Entwicklung auf dem Wege der Entspannung zu rechnen ist.

Wenn früher oder später eine neuerliche Trübung der österr.-deutschen Beziehungen oder ein akuter Konflikt eintreten sollte, kann Österreich nach wie vor mit einer wirksamen militärischen Intervention Italiens rechnen?

Wie verhält es sich mit der uns von Italien bisher gewährten praktischen Hilfe bei der Aufrüstung unserer Wehrmacht im Hinblick auf das aktuell gegebene Freundschaftsverhältnis Italiens zu Deutschland und mit besonderer Bezugnahme auf die uns in letzter Zeit gemachten Angebote Deutschlands?

(Es muss festgestellt werden, dass der Duce zu wiederholten Male auf eine sehr ausgiebige und rasche Wiederaufrüstung Österreichs gedrängt hat. Diese Vorstellungen Italiens sind in letzter Zeit noch insistenter geworden. Ist nach wie vor für Italien die Erhaltung und Verteidigung der Selbständigkeit Österreichs das Primäre im Vergleiche zu der allfälligen Einschaltung Österreichs in militär-politische Konzepte Italiens und des Deutschen Reiches? Passt es daher in Italiens Konzept, dass wir die materielle Hilfeleistung für unsere Aufrüstung dort nehmen, wo sie uns in geeignetster Weise geboten wird, insbesondere bei Deutschland? In welchem Maße würde gegebenenfalls Italien seine einschlägi-

ge Unterstützung aufrechterhalten wollen? Es muss darauf hingewiesen werden, dass in erster Linie Österreichs guter Wille und seine erfolgreichen und ausdauernden Bemühungen, eine Entspannung zwischen Österreich und Deutschland herbeizuführen, vornehmlich Italien und Deutschland zugutegekommen ist und die Voraussetzung für die Schaffung des gegenwärtigen italienisch-deutschen Freundschaftsverhältnisses gebildet hat.)

Die Auswirkung des 11. Juli auf die innerpolitischen Verhältnisse Österreichs.

1694

Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten am 11. und 12. November 1936

Interne Vorbemerkungen (geheim)

AdR, NPA

Italien/ Geheim I/III

(ohne Zahl)

o.O., o. D.

1) Beratungen der Konferenz:

Nach unserer Auffassung hätten sich die Beratungen auf eine Reihe von Themen politischer, wirtschaftlicher sowie allenfalls militär-politischer Natur zu beziehen. (Ein unverbindliches Verzeichnis der vorgeschlagenen Themata, die durch Fühlungnahme mit der kgl. italienischen und kgl. ungarischen Regierung beliebig ergänzt werden können, liegt bei.) Es würde sich empfehlen, dass die Beratungen der Programmpunkte sich im allgemeinen unter gleichzeitiger Anwesenheit der drei Außenminister und Beiziehung der für die Fragen zuständigen Mitarbeiter der Herren Minister stattfinden, da wohl jeder Minister das Interesse haben wird, den Gedankenaustausch in entsprechendem Notizen durch seine Mitarbeiter festhalten zu lassen. Die Betrauung eines der drei Teilnehmer mit dem Vorsitze erscheint überflüssig, zumal der österreichische Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten als Hausherr wohl die einzelnen Programmpunkte durch einleitende Worte zur Diskussion stellen wird.

2) Frage des deutschen Beobachters (Papen):¹

Die Teilnahme des Vertreters eines Nicht-Partnerstaates erscheint abwegig, da hiedurch der Charakter der Beratungen eine wesentliche Änderung erfahren würde und die einzelnen Teilnehmer selbstverständlich auf die Mithörerschaft des Beobachters Rücksicht nehmen müssten. Praktisch wäre es ausgeschlossen, dem einmal zugelassenen Beobachter in gegebenen Fällen zu bitten, sich zurückzu-

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 11/1681 und ADÖ 11/1682.

ziehen oder ohne sein Wissen Beratungen abzuhalten, da dies selbstverständlich Misstrauen erwecken und einen Misston hervorrufen müsste. Höchst bedenklich schiene es der Anregung Herrn von Papens zu willfahren, auch aus dem Grunde, weil hiedurch ein Präjudiz geschaffen würde; bei nächster Gelegenheit könnte sich irgendein anderer befreundeter Staat darauf berufen und die Mithörerschaft verlangen. Schließlich, aber nicht zuletzt, bekäme die Wiener Konferenz ein politisches Gesicht, das stark einem Block von Verschwörern ähneln würde. Die Absicht, den Eindruck eines Blockes zu erwecken, liegt aber unseres Wissens allen Teilnehmerstaaten der Römer Protokolle ferne.

3) Verhältnis Österreichs zu Deutschland.

Die Entwicklung dieser Beziehungen ist im Allgemeinen eine nicht ungünstige. Es ergeben sich jedoch leichtere und schwerere Unebenheiten aus der Tatsache, dass die deutsche Regierung und parallel mit ihr die österreichischen nationalen Kreise eine merkliche Ungeduld an den Tag legen, die Abmachungen vom 11. Juli² rascher als es dem Interesse einer normalen inneren Entwicklung in Österreich entsprechen würde, in die Tat umgesetzt zu sehen. (Deutsches Drängen auf Liquidierung des Emigrationsproblems, weitere Zulassungen von Zeitungen, Konstituierung reichsdeutscher NSDAP-Vereine, Versuche Papens sich in innere Verhältnisse einzumischen, Beziehungen der deutschen Gesandtschaft mit Leopold).

Diese Unebenheiten, denen vielfach der Charakter von Anfangsschwierigkeiten anhaftet, werden von uns nicht allzu tragisch genommen. Es besteht jedoch kein Zweifel, dass die „nationalbetonten Kreise“ den 11. Juli bisher vollkommen missverstanden haben. Sie erkennen nicht oder noch nicht, dass der 11. Juli ihnen den Weg der gleichberechtigten Mitarbeit am Aufbauwerk unter selbstverständlichen Voraussetzungen eröffnet hat. Sie scheinen den 11. Juli bisher dahin aufzufassen, dass ihnen hiedurch die Erreichung ihrer Sonderziele praktisch erleichtert wird. Bedauerlicherweise finden sie eine gewisse Unterstützung in diesem Sinne bei der deutschen Gesandtschaft.

Der Herr Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten ist seit dem 11. Juli wiederholt von Papen, sowie unlängst auch von Göring zum Besuche Berlins eingeladen worden. Papen versuchte darauf zu insistieren, dass der Besuch vor der Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten erfolge. Dr. Schmidt hat jedoch seinen Besuch in Berlin grundsätzlich für die zweite Hälfte November, also nach der Wiener Konferenz, in Aussicht genommen.

4) Tschechische Einladung an Staatssekretär Dr. Schmidt.

Die vorzeitig von einzelnen reichsdeutschen Blättern behandelte Absicht des Berliner Besuches hat Dr. Krofta dazu veranlasst, den Herrn Staatssekretär wegen einer Einladung sondieren zu lassen, auf der Hin- oder Rückreise nach Berlin in Prag Aufenthalt zu nehmen. Auf diese Sonderung wird unsererseits vorläufig

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

nicht geantwortet. Der Herr Staatssekretär wird hievon der ungarischen, der italienischen und der deutschen Regierung noch vorher Mitteilung machen.

In diesem Zusammenhange wäre die Frage, allenfalls im Laufe der Wiener Beratungen, zur Erwägung zu stellen, ob es nicht opportun wäre, dass Österreich, gleichsam als Eclaircur der Römischen Protokoll-Gruppe, allenfalls auch Deutschland, mit der Tschechoslowakei ins Gespräch komme. Von den erwähnten Regierungen steht die Bundesregierung ohne Zweifel mit Prag noch auf dem besten Fuße, sodass sich aus dieser inoffiziellen Wortführerschaft vielleicht günstige Ergebnisse für die beiden anderen Partner der Römischen Protokolle und Deutschland erzielen lassen könnten.

5) Haltung Belgiens und Auswirkungen auf das europäische Sicherheitsproblem. Die jüngst von Belgien bezogene Stellung zur Locarno-Frage bedeutet, dass das Prinzip der kollektiven Sicherheit sowohl im Westen wie im Osten Europas endgültig Schiffbruch erlitten hat. Belgien beabsichtigt, sich auf seine Vorkriegsneutralität zurückzuziehen und sich einseitig durch England und Frankreich seine Integrität garantieren zu lassen, ferner mit Deutschland einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Die Folgen dieser Haltung Belgiens sind zunächst die, dass Frankreich im Falle des ständig von ihm befürchteten deutschen Angriffes auf französisches Gebiet nicht mehr auf die aktive Mitwirkung der belgischen Armee (eines 8 Millionen-Volkes) rechnen kann; Frankreich steht daher in diesem Falle auf dem Kontinent allein und genießt nur die mehr oder minder hypothetische militärische Hilfe Englands. Die Sicherheit Belgiens würde durch die Garantie Frankreichs und Englands und einen Neutralitätsvertrag mit Deutschland voraussichtlich zwar gewährleistet sein. Andererseits bedeutet die Neutralität Belgiens eine wesentliche Verkürzung und Verstärkung der Angriffsfront der deutschen Armee gegen Frankreich. Weiters bedeutet die Haltung Belgiens, dass es sich von allen Verpflichtungen loslöst, die es unter den bisherigen Umständen gezwungen hätten, militärischen Beistand jenen Staaten zu leisten, die angegriffen werden (Artikel 16 des Paktes). Diese Sachlage wirkt sich selbstverständlich auch auf das osteuropäische Sicherheitsproblem aus, einerseits durch das Scheitern des Kollektivprinzips, zweitens durch die wesentliche Schwächung der militär-politischen Situation Frankreichs und die Wahrscheinlichkeit, dass Sowjetrußland bei den künftigen Sicherheitsverträgen keine bedeutende Rolle mehr spielen wird. Es muss angenommen werden, dass England seine überaus wichtige Unterstützung Frankreich nur unter der Bedingung leihen wird, dass es sich mehr oder minder von dem französisch-russischen Hilfevertrag zurückziehe, da die Erfüllung dieser Bedingung unzweifelhaft von Deutschland gefordert und von Italien unterstützt werden wird. England dürfte daher im Interesse des Zustandekommens eines westeuropäischen Sicherheitssystems diesen Wunsch Deutschlands kraftvoll unterstützen. Möglicherweise wird aber England versuchen, als Kompensation von Deutschland die Sicherung der mitteleuropäischen Staaten zu verlangen (Polen, Tschechoslowakei, Österreich), da es im Interesse Englands liegt, sich zwar für die Sicherheit anderer Staaten als Frankreich, Belgien und Hol-

land nicht zu exponieren, wohl aber alles beizutragen, damit der Friede auf dem Kontinent erhalten werde. Letztere Auswirkungen auf das osteuropäische Sicherheitsproblem strahlen selbstverständlich auch auf Österreich und Ungarn aus.

Für Österreich kann es nicht gleichgültig sein, ob Deutschland im Rahmen dieser Sicherheitsaktion sich dazu verpflichtet, weder Polen noch die Tschechoslowakei noch Österreich anzugreifen. Diese Bedeutung für Österreich und Ungarn würde noch durch die Tatsache erhöht, dass sich Deutschland hiezu nur unter der Bedingung bereiterklären dürfte, dass auch die Tschechoslowakei ihre intimen Beziehungen zu Moskau aufgibt. Es würde dies daher ein Zurückziehen Sowjetrusslands aus seiner jüngst eingenommenen Stellung in Mitteleuropa bedeuten. Für Ungarn würde diese Garantierung der Tschechoslowakei durch Deutschland wohl einen schweren Schlag gegen seine Revisionspolitik bedeuten.

6) Neue deutsch-italienische Mitteleuropa-Pläne.

Nach Andeutungen Ciano's in Berlin sind die italienischen und deutschen Fachleute im Begriffe „unter Ablehnung des Tardieu-Planes“³ einen neuen Entwurf zur wirtschaftlichen Organisation Mitteleuropas zu verfassen. Uns ist über diesen Plan nichts Näheres bekannt. Es wäre von größtem Interesse, hierüber Näheres zu erfahren, insbesondere inwieweit er sich mit den Plänen Dr. Hodža's deckt oder ob er auf der engen wirtschaftlichen Kollaboration Berlin und Roms unter Zuziehung der kleinen mitteleuropäischen Staaten aufgebaut sein soll.⁴

1695

Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten am 11. und 12. November 1936

Verhandlungsprogramm

AdR, NPA

Österreich/ Geheim 7/1

(ohne Zahl)

o.O., o. D.

A. Politische Themen.

1) Betrachtung der allgemeinen politischen Lage mit besonderer Berücksichtigung des politischen Verhältnisses zu Deutschland, Polen und zu den Staaten der Kleinen Entente

³ Siehe dazu besonders ADÖ 8 passim.

⁴ Zur Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten am 11. und 12. November 1936 siehe außerdem ADÖ 11/1681, ADÖ 11/1687, ADÖ 11/1689, ADÖ 11/1690, ADÖ 11/1695 – ADÖ 11/1699.

- a) Italiens,
 - b) Ungarns,
 - c) Österreichs.
- 2) Erörterung der wichtigsten europäischen Probleme
- a) italienisch-englische Beziehungen und Frage der Anerkennung des italienischen Imperiums,
 - b) Locarno-Problem (Auffassung Italiens über den Schritt Belgiens)
 - c) Völkerbund-Reform (Einstellung der drei Regierungen zum Völkerbund, etwaige Reformpläne, allfällige Aufgaben Österreichs auf der Völkerbundreform-Konferenz vom 7. Dezember)
 - d) Entwicklung der Lage in Spanien (Frage der Anerkennung der nationalistischen Regierung und deren Vertreter, Rolle des Neutralitätskomitees in London, das katalonische Problem)
 - e) Lage und Entwicklung in Frankreich,
 - f) Mittelmeer-Problem (Beziehungen der drei Protokollstaaten zu den Balkanmächten und Sowjetrußland),
 - g) Bolschewistische Propaganda (Organisierung der Abwehr, durch etwaige Polizeiübereinkommen),
 - h) das Verhältnis der Tschechoslowakei zu Polen und Deutschland

B. Militaria.

C. Wirtschaftliche Fragen.

- a) Im Zusammenhang mit den Besprechungen der Gesandten Dr. Schüller und Nickl in Rom
- b) Möglichkeit der Mitwirkung österreichischer bzw. ungarischer Arbeitskräfte (insbesondere Spezialisten und Ingenieure) beim Aufbau Abessinien; allenfalls Möglichkeit der Auswanderung dorthin.¹

¹ Zur Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten am 11. und 12. November 1936 siehe außerdem ADÖ 11/1681, ADÖ 11/1687, ADÖ 11/1689, ADÖ 11/1690, ADÖ 11/1694 und ADÖ 11/1696 – ADÖ 11/1699.

1696

**Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten
am 11. und 12. November 1936**

Österreichischer Kommunikee-Entwurf

AdR, NPA

Österreich/ Geheim 7/1

(ohne Zahl)

o.O., o. D.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und der Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Schmidt sind im Sinne der Römer Protokolle mit dem kgl. italienischen Minister des Äußern, Grafen Ciano, und dem kgl. ungarischen Minister des Äußern von Kánya in Wien zusammengetreten und haben am 11. und 12. November d. J. Beratungen gepflogen, bei denen sich von neuem die volle Übereinstimmung der drei Regierungen sowohl hinsichtlich der Probleme allgemeinen-europäischen Interesses wie auch bezüglich jener Fragen ergab, die die drei Signatarstaaten der Römer Protokolle unmittelbar berühren.¹

Die Vertreter Österreichs, Italiens und Ungarns haben zunächst die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Staaten sorgfältigst geprüft und ihre Absicht bekräftigt, die bisher von ihnen befolgte Politik einvernehmlicher Zusammenarbeit fortzuführen. Nachdem sie in diesem Zusammenhang zunächst einmütig das ersprießliche Wirken der Römer Protokolle hinsichtlich deren wirtschaftspolitischer Funktion hervorgehoben hatten, dankten die Vertreter Österreichs und Ungarns dem italienischen Minister des Äußern für die wirksame Unterstützung, die die Volkswirtschaft ihrer Länder seitens Italiens gerade wieder in jüngster Zeit erfahren habe. Die Vertreter der drei Regierungen haben ferner ihren Entschluss bestätigt, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den anderen Staaten im Wege zweiseitiger Abkommen zu entwickeln.

Die Vertreter der drei Staaten haben mit besonderer Genugtuung festgestellt, dass die Protokolle von Rom sich immer mehr als geeignet erweisen, dem Wiederaufbau des Donaubeckens zu dienen. Ebenso hat die Mitteilung der österreichischen Bundesregierung über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich auf Grund des Übereinkommens vom 11. Juli l. J.,² das sich als ein bedeutsames Element der europäischen Befriedungsarbeit erweist, lebhaftere Befriedigung erweckt.

¹ Römische Protokolle vom 17. März 1934 – ADÖ 9/1437; zur Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten am 11. und 12. November 1936 siehe außerdem ADÖ 11/1681, ADÖ 11/1687, ADÖ 11/1689, ADÖ 11/1690, ADÖ 11/1694, ADÖ 11/1695 und ADÖ 11/1697 – ADÖ 11/1699.

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

Der italienische Minister des Äußeren hat hierauf den Vertretern Österreichs und Ungarns persönlich eingehende und ergänzende Mitteilungen über seine Gespräche mit dem Führer und Reichskanzler sowie mit dem Außenminister des Deutschen Reiches gemacht. Die Vertreter Österreichs und Ungarns, welche beiden Ländern naturgemäß an allen den Donaunraum betreffenden Problemen vornehmlich interessiert sind, begrüßten es aufrichtig, dass nun auch dem bereits in den Römer Protokollen zwischen den beiden Donaustaaten und Italien erfolgten einschlägigen Einvernehmen auch die italienische und die deutsche Regierung beschlossen haben, in den auf das Donaubecken bezüglichen Fragen in freundschaftlichem Geiste zusammenzuarbeiten.

Die Vertreter der drei Protokollstaaten gaben ihrer einmütigen Auffassung Ausdruck, dass die Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Aufrüstung einem Grundprinzip der Gerechtigkeit entspricht und infolgedessen auch Österreich und Ungarn uneingeschränkt zukommt.

Der Minister des Äußeren Italiens benützte weiters diese Gelegenheit, um dem österreichischen Bundeskanzler und dem ungarischen Minister des Äußeren die besondere Genugtuung und den aufrichtigen Dank der italienischen Regierung für die Haltung auszudrücken, die die österreichische und die ungarische Regierung im Geiste der zwischen den drei Staaten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen hinsichtlich der im italienisch-abessinischen Konflikt gegen Italien angewendeten Sanktionen eingenommen haben.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und der ungarische Minister des Äußeren von Kánya haben ferner dem Minister des Äußeren Italiens, Grafen Ciano, den Entschluss ihrer Regierungen mitgeteilt, das italienische Imperium Äthiopiens formell anzuerkennen.

Graf Ciano hat der aufrichtigen Genugtuung der italienischen Regierung über diesen Entschluss Ausdruck verliehen und den Vertretern Österreichs und Ungarns die Bereitwilligkeit Italiens mitgeteilt, der Volkswirtschaft beider Länder die Teilnahme am wirtschaftlichen Aufbau Äthiopiens zu ermöglichen.

Die Vertreter der drei Protokollstaaten haben schließlich beschlossen, ihre nächste Zusammenkunft zu einem noch zu vereinbarenden Zeitpunkte in Budapest abzuhalten.

1697**Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten
am 11. und 12. November 1936**

Protokoll (geheim)

AdR, NPA

Italien/ Geheim I/III

Z. 38411/13

Wien, 12. November 1936

Gemäß den Römer Protokollen sind der österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg sowie Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Schmidt, der Minister des Äußern Italiens Graf Ciano und der Minister des Äußern Ungarns von Kánya in Wien am 11. und 12. November zusammengetreten.¹ Sie haben die allgemeine Lage sowie die Probleme geprüft, welche die drei Staaten besonders interessieren, und das vorliegende Protokoll abgefasst, um ihre Übereinstimmung hinsichtlich nachstehender Punkte festzulegen.

1) Die Vertreter Österreichs, Italiens und Ungarns haben die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Staaten sorgfältigst geprüft und ihre Absicht bekräftigt, die bisher von ihnen befolgte einvernehmliche Zusammenarbeit fortzuführen; sie haben ferner ihren Entschluss bestätigt, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den anderen Staaten im Wege zweiseitiger Abkommen zu entwickeln. Der österreichische Bundeskanzler und der Minister des Äußern Ungarns haben bei dieser Gelegenheit namens ihrer Regierungen ihrer dankbaren Genugtuung über die Ergebnisse Ausdruck verliehen, die bereits dank der wirksamen Unterstützung erzielt wurden, welche auch in letzter Zeit seitens der italienischen Volkswirtschaft jener Österreichs und Ungarns anlässlich der Angleichung der Lira gewährt worden ist.

2) Die Vertreter Österreichs und Ungarns haben den Minister des Äußern Italiens namens ihrer Regierungen den Entschluss der österreichischen, beziehungsweise der ungarischen Regierung mitgeteilt, das italienische Imperium Äthiopiens formell anzuerkennen. Der Minister des Äußern Italiens hat ihnen die herzliche Befriedigung der italienischen Regierung über diesen Entschluss ausgesprochen. Verhandlungen zwischen der österreichischen und italienischen Regierung, beziehungsweise zwischen der italienischen und der ungarischen Regierung zum Zwecke der Anpassung – soweit dies tunlich ist – der in Geltung stehenden Verträge an die neue Rechtslage werden ehestens aufgenommen werden. Die italienische Regierung wird im Rahmen der Möglichkeit den Wünschen der österrei-

¹ Römische Protokolle vom 17. März 1934 – ADÖ 9/1437; zur Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten am 11. und 12. November 1936 siehe außerdem ADÖ 11/1681, ADÖ 11/1687, ADÖ 11/1689, ADÖ 11/1690, ADÖ 11/1694 – ADÖ 11/1696 und ADÖ 11/1698 – ADÖ 11/1699.

chischen und der ungarischen Regierung nach Beteiligung ihrer Volkswirtschaft, ihrer technischen Elemente und ihrer spezialisierten Arbeitskräfte an der wirtschaftlichen Ausbeutung Abessinians gebührend Rechnung tragen.

3) Die Vertreter der drei Regierungen haben mit Befriedigung das harmonische Wirken der Protokolle von Rom und deren vollkommene Eignung für die Zwecke des Wiederaufbaues des Donaubeckens hervorgehoben. Sie sind darüber einig, in dieser Politik fortzufahren. Gleichzeitig haben die Vertreter der italienischen und der ungarischen Regierung mit Genugtuung die Mitteilungen der österreichischen Bundesregierung über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich auf Grund des Übereinkommens vom 11. Juli zur Kenntnis genommen.

4) Der Minister des Äußeren Italiens hat persönlich die Vertreter der österreichischen und der ungarischen Regierung von seinen Gesprächen mit dem Führer und Reichskanzler sowie mit dem Außenminister des Deutschen Reiches in Kenntnis gesetzt; der österreichische Bundeskanzler, der österreichische Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten und der Minister des Äußeren Ungarns haben ihre lebhafteste Befriedigung über den seitens der italienischen und der deutschen Regierung gefassten Beschluss ausgedrückt, die auf das Donaubecken bezüglichen Probleme im Geiste freundschaftlicher Zusammenarbeit zu behandeln. Die Vertreter der drei Regierungen haben in dieser Hinsicht einmütig ihren Entschluss bekräftigt, einvernehmlich in Gewissheit des Zusatzprotokolles Nr. 2 vom 23. März 1936 vorzugehen.

5) Die Vertreter der drei Regierungen haben ihre volle Übereinstimmung darin festgestellt, dass dem Standpunkt der österreichischen Regierung und dem der ungarischen Regierung hinsichtlich der „Gleichheit der Rechte“ auf dem Gebiete der Aufrüstung die Berechtigung zuzuerkennen ist und dass diese Gleichberechtigung einem Grundprinzip der Gerechtigkeit entspricht. Die drei Regierungen werden sich bezüglich deren Verwirklichung auf dem Laufenden halten.

6) Für den Fall, dass Italien beschlösse, den Völkerbund zu verlassen, würden sich Österreich und Ungarn mit Italien und gegenseitig besprechen, um hinsichtlich der einzunehmenden Haltung einen Entschluss zu fassen.

7) Die Vertreter der drei Regierungen anerkennen, dass der Kommunismus den Frieden und die Sicherheit Europas gefährdet und bekräftigen ihren Entschluss, die kommunistische Propaganda in ihren Ländern mit allen Kräften zu bekämpfen.

8) Die Vertreter der drei Regierungen haben mit Genugtuung festgestellt, dass die seitens Österreichs und Ungarns im italienisch-abessinischen Konflikt, insbesondere hinsichtlich der Frage der Sanktionen, eingenommene Haltung nicht nur den zwischen den drei Staaten bestehenden Beziehungen freundschaftlicher Zusammenarbeit entsprechen, sondern überdies der Erhaltung des Friedens und der Sache der Sicherheit in Europa genützt hat. Sie sind der Auffassung, dass der Artikel 16 des Völkerbundpaktes in seiner heutigen Fassung Gefahren für den

Frieden birgt und daher weitgehend abgeändert werden muss. Sie waren einmütig in der Auffassung, dass die Signatarstaaten der Römer Protokolle – im Falle, dass einer von ihnen in einen bewaffneten Konflikt verwickelt würde – im Bewusstsein der zwischen ihnen bestehenden Bande der Freundschaft Mittel zu suchen und anzuwenden haben werden, die praktisch die Wahrung einer wohlwollenden Neutralität, d.h. die Enthaltung von allen Maßnahmen militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Charakters gegen jenen der drei Staaten bedeuten würden, der in den Konflikt verwickelt ist.

Schuschnigg m.p.

Ciano m.p.

Kánya m.p.

1698

Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten am 11. und 12. November 1936

Interne Zusatzbemerkungen (geheim)

AdR, NPA

Italien/ Geheim I/III

Z. 38411/13

o. O., [12. November 1936]

Zur Frage eines italienisch-österreichisch-ungarischen Defensiv-Bündnisses¹

Ein Defensivbündnis zwischen den drei Rompakt-Staaten ist nicht zu empfehlen und zwar aus folgenden Gründen:

- 1) Es kann geradezu als ausgeschlossen bezeichnet werden, dass Italien und Ungarn auf ein Defensivbündnis zu dritt mit uns unter Ausschluss Deutschlands eingehen würden. Damit fiel aber einer der Hauptzwecke (Vorkehrungen gegen deutsche Velleitäten, die gegen Österreich gerichtet wären) weg.
- 2) Ein mit Einschluss Deutschlands abgeschlossener Defensivvertrag wäre aber gleichbedeutend mit der vertraglichen Besiegelung eines Blockes und bliebe selbstverständlich nicht geheim. Er würde ebenso natürlich Gegenmaßnahmen der anderen Staaten hervorrufen, das heißt die von allen europäischen Staaten perhorreszierte Blockbildung würde kräftigst in die Wege geleitet werden!
- 3) Es bedarf wohl kaum einer weitschweifenden Phantasie um sich vorstellen zu können, dass ein solches Defensivbündnis Österreich sehr leicht und sehr bald in

¹ Römische Protokolle vom 17. März 1934 – ADÖ 9/1437; zur Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten am 11. und 12. November 1936 siehe außerdem ADÖ 11/1681, ADÖ 11/1687, ADÖ 11/1689, ADÖ 11/1690, ADÖ 11/1694 – ADÖ 11/1697 und ADÖ 11/1699.

Komplikationen einbeziehen kann, die außerhalb der unmittelbaren Interessensphäre Österreichs liegen (z. B. ein sowjetrussischer Angriff auf Deutschland, rumänische Kontroverse mit Ungarn).

4) Schließlich müssen wir uns vor Augen halten, dass der casus foederis bei Defensivbündnissen bekanntlich sehr weitgehenden Interpretationen unterliegt. Das heißt die immanente Gefahr besteht, dass die Partner zur Vertragserfüllung aufgefordert werden, wenn auch der betreffende angeblich angegriffene Partner im Grunde genommen den Angriff provoziert hat.

1699

Unterredungen Staatssekretär Schmidt mit italienischem Außenminister Ciano und ungarischem Außenminister Kánya im Rahmen der Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten vom 9. bis 12. November 1936

Gesprächsanmerkungen¹

AdR, NPA

Österreich/ Geheim 7/1

Z. 44084/13

Wien, 16. November 1936

A. Militaria

1) Italienisches Ausrüstungsmaterial und deutsche einschlägige Angebote Graf Ciano gegenüber wurde auf die erheblichen Verzögerungen in der Lieferung des uns versprochenen Ausrüstungsmaterials (Flugzeuge, Kanonen etc.) hingewiesen. Ciano erklärte sich bereit, diese Verzögerung ehestens nachzuholen und die Ablieferungen nunmehr zu beschleunigen. Auf die Ciano gestellte Frage, inwieweit nach Auffassung Italiens unsere Belieferung mit dringenderem militärischem Ausrüstungsmaterial seitens Deutschlands in Frage kommen könne, meinte Ciano, dass wir hiebei vermeiden sollten, auf deutsche Angebote einzugehen, die uns politisch gefährlich werden könnten, d. h. uns in eine starke Abhängigkeit von der deutschen Wehrmacht und der deutschen Rüstungsindustrie

¹ Laut einer Mitteilung an Gesandten Berger-Waldenegg in Rom, Wien, 16. November 1936, war Gesandter Hornbostel der Verfasser der Gesprächsanmerkungen, die „aufgrund der Mitteilungen des Herrn Staatssekretärs“ erstellt wurden – AdR, NPA Österreich/Geheim 7/1, Z. 44084. Römische Protokolle vom 17. März 1934 – ADÖ 9/1437; zur Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten am 11. und 12. November 1936 siehe außerdem ADÖ 11/1681, ADÖ 11/1687, ADÖ 11/1689, ADÖ 11/1690, ADÖ 11/1694 – ADÖ 11/1698.

brächten; Hingegen sähe er kein Bedenken, wenn wir die uns nützlich erscheinenden Materialien, sowohl hinsichtlich Qualität als insbesondere Quantität, aus Deutschland bezögen.

2) Anlässlich der Diskussion über den Punkt 8 des Verhandlungsprotokolles (künftige Haltung der Partner für den Fall, dass einer derselben in einen kriegerischen Konflikt verwickelt wäre) versuchte Herr von Kánya neuerlich – wie er dies bereits anlässlich des Besuches des Herrn StS. in Budapest getan hatte – einen Vorstoß in der Richtung eines Defensivbündnisses zu machen. Er wies darauf hin, dass ihm eine solche Defensivabmachung natürlich nur bei einer allfälligen Konflagration in Mitteleuropa wichtig erschiene. Ciano nahm gegen diesen Versuch energisch Stellung, indem er darauf hinwies, dass solche Abmachungen in einem wirklichen Ernstfall kaum von irgendeiner Bedeutung wären; diesem Standpunkt haben sich auch die österreichischen Herren angeschlossen. Hierauf reduzierte von Kánya seinen Vorschlag auf ein engeres Zusammengehen der Generalstäbe, wobei er (aus den uns bekannten Gründen) auf die Einbeziehung Deutschlands in ein solches Arrangement Wert legte; ihm liegt besonders an einer Intensivierung des Informationsaustausches und der einvernehmlichen Erörterung der in Betracht kommenden Eventualfälle, selbstverständlich hätten diese Besprechungen strengstens geheim gehalten zu werden. Ciano sowie auch die österreichischen Herren lehnten eine Einbeziehung Deutschlands absolut und unbedingt ab, sie stimmten aber einer intensiveren Fühlungnahme der drei Generalstäbe der Protokollstaaten untereinander zu, wobei festgestellt wurde, dass der Kontakt an und für sich bereits ein zufriedenstellender ist.

B. Fragen des Donaupraumes.

1) Bilaterale Wirtschaftsverträge

Zunächst wurde übereinstimmend von allen drei Partnern betont, dass auf dem Wege zweiseitiger Verträge der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit den außerhalb der Protokolle stehenden Donaustaaten möglich und erwünscht ist.

2) Interessement Deutschlands

Bezüglich der in dem Communiqué über den Besuch Cianos in Berlin enthaltenen Bemerkung über das gemeinsame freundschaftliche Vorgehen in Fragen des Donaupraumes zwischen Deutschland und Italien gab Ciano ohne weiteres zu, dass er und Neurath in Berlin die Einteilung des Donaupraumes nach Interessensphären sowohl in geographischer Hinsicht als auch bezüglich der Importkategorien besprochen und beschlossen hätten; dazu werde eine demnächst in Rom zusammentretende Kommission eingesetzt, die diese Fragen in ihren Einzelheiten zu erörtern hätte. Auf den zwar höflichen aber dezidierten Widerspruch der Österreicher und Herrn von Kányas hat Ciano ihnen eingeräumt, dass diese Kommission nicht beschließen werde, ohne dass Österreich und Ungarn vorher zu den einzelnen Fragen Stellung genommen hätten. Österreichischerseits wurde

sowohl die Einteilung nach geographischen Zonen wie auch nach Importkategorien kategorisch abgelehnt und zwar letztere unter Hinweis darauf, dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Handelsverkehr ja auch eine möglichst große Freiheit bezüglich der Kompensationen benötige und eine Monopolisierung gewisser Kategorien des Importes uns dieser Freiheit berauben würde.

(Anmerkung: Der Herr Staatssekretär hat in diesem Zusammenhang den Auftrag erteilt, sowohl durch die Gesandtschaft in Rom als auch durch die in Berlin unablässig unser Interesse an den geheimnisvollen Beratungen der erwähnten Römer Kommission zu bekunden und zu verhindern, dass wir etwa vor ein *fait accompli* gesetzt werden.)

Im Zuge dieser Konversation wurde auch eindeutig hervorgehoben, dass nach wie vor die Römer Protokolle für alle drei Partner das Primäre darstellen und es kam auch hiebei in entsprechender Form zum Ausdruck, dass das von Italien an den Tag gelegte Vorgehen bei seinen jüngsten Verhandlungen mit Deutschland nicht dem Buchstaben und dem Geiste der Römer Protokolle entsprochen habe. Ciano hat hierauf ausdrücklich zugesichert, dass in Hinkunft bezüglich der Frage des Donauraumes nichts ohne unsere vorherige Kenntnis geschehen werde und insbesondere wir auf dem Laufenden der Beratungen der oberwähnten Römer Kommission gehalten werden würden.

C. Politische Fragen.

1) Kleine Entente

Ciano gab ausführliche Erklärungen über die Absichten Italiens, seine Beziehungen zu Jugoslawien zu verbessern, wogegen sich Herr von Kánya zurückhaltend verhielt. Bezüglich der Tschechoslowakei waren sich Ciano und Kánya in den heftigen Beschuldigungen gegen dieses Land wegen der starken Einflussnahme Sowjet-Russlands, der Konzessionierung von Flugplätzen an die Russen u.s.w. einig. Ciano erwähnte unter anderem, dass Hitler den Ungarn immer wieder rate, ihren Dynamismus in der Revisionsfrage nicht zu zersplittern, sondern ausschließlich gegen die Tschechoslowakei zu konzentrieren.

(Anmerkung: Der Herr Staatssekretär hatte den bestimmten Eindruck, dass diese Einstellung Ciano's in erster Linie auf die Beeinflussung durch Hitler zurückzuführen ist.)

Betreffs Rumäniens äußerte Ciano die Auffassung, dass dieses Land mit den engen tschechoslowakisch-sowjetrussischen Beziehungen nicht einverstanden sei und ernste Versuche mache, sich Polen wieder zu nähern. Hiebei ergingen sich sowohl Ciano wie Kánya in längeren Ausführungen über die Wertlosigkeit der Beziehungen Bukarests wie auch Prags mit Paris.

2) Spanien

Ciano erklärte, dass Italien sich mit Deutschland dahin geeinigt habe, die Regierung Franco in Spanien sogleich nach dem Fall Madrids anzuerkennen, wo-

bei er allerdings über eine diesbezügliche Andeutung des Herrn StS. hinzufügte, dass Franco ohne Zweifel die Übernahme der Macht nach dem Fall Madrids den fremden Staaten notifizieren werde. Ciano wiederholte weiters den bekannten, mit Deutschland gemeinsam gefassten Beschluss, unter keinen Umständen ein bolschewistisches Regime in Spanien zuzulassen; äußerstenfalls würde dies zu einer Konflagration führen. Ciano zufolge habe sich in Frankreich die Haltung gegenüber Spanien bereits wesentlich geändert und die Mehrheit der französischen öffentlichen Meinung sei heute gegen ein bolschewistisches Spanien. In diesem Zusammenhang glaubt Ciano auch nicht an einen baldigen Sturz Blums, zumal Letzterer in steigendem Masse eine stillschweigende Unterstützung bei der französischen öffentlichen Meinung finde. Es müsse heute bereits zwischen der französischen Regierung und dem französischen Volk ein starker Unterschied gemacht werden.

3) Völkerbund

Die österreichischen Herren wie auch Herr von Kánya haben Ciano unumwunden erklärt, dass für uns ein Austritt aus dem Völkerbund nicht in Frage kommen kann. Unsererseits wurde diese Haltung wie folgt begründet:

- a) bleibt der Völkerbund für uns die Brücke nach dem Westen, insbesondere zu England,
- b) Italien hat im Falle seines Austrittes hiefür einen unmittelbaren Anlass in der Haltung des Völkerbundes während des abessinischen Konfliktes, während wir auf keinen solchen konkreten Anlass hinzuweisen vermöchten und die Reformbedürftigkeit des Völkerbundes wohl kaum als zureichender Grund für den Austritt hingestellt werden könnte.
- c) die sehr ausschlaggebenden wirtschaftlichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Völkerbund (z.B. wie die früher oder später in Aussicht genommene Konvertierung der „IBA“, ferner Bindungen bei Aufnahme von Anleihen und Kreditoperationen).

Ciano wie Kánya haben sich bei der Behandlung dieses Punktes in wegwerfender Weise über den Völkerbund ausgelassen und sind auf unsere Anfrage hinsichtlich der von uns einzunehmenden Haltung im Reformausschuss vom 7. Dezember 1936 meritorisch überhaupt nicht eingegangen. Ciano erzählte weiters in diesem Zusammenhang, dass ursprünglich die Absicht bestanden habe, am 18. d. M. bei dem großen Faschistenrat in Rom den Austritt Italiens aus dem Völkerbund zu verkünden; hievon sei man jedoch in allerletzter Zeit mit Rücksicht auf die sich anbahnende Entspannung des Verhältnisses zu England abgekommen und man habe diesen Schritt nunmehr retardiert.

(Der Herr StS. hat den Eindruck, dass diese Retardierung auch wesentlich auf die von Österreich und Ungarn eingenommene ablehnende Haltung zurückzuführen ist, da wahrscheinlich Italien hoffte, durch den gemeinsamen Austritt Italiens, Österreichs und Ungarns, wodurch fast ganz Mitteleuropa aus dem Völkerbund ausfiele, den Völkerbund vollkommen lahmzulegen.)

4) Locarno

Ciano gab einige Aufklärungen über die von Italien und Deutschland in der Frage des Locarno II eingenommene Haltung, wobei er erwähnte, dass Italien gegen eine Verbindung des künftigen Locarnopaktes mit dem Völkerbund Stellung nehme. Ciano glaubt, angesichts der den englischen Versuchen immer wieder gemachten Schwierigkeiten, nicht, dass es zu einem Abschluss eines Locarno II kommen werde. Allerdings hänge die Entwicklung der Sicherheitsfrage des Westens in erster Linie von der Gestaltung der Beziehungen zwischen Italien und England ab. Kategorisch hätten Italien wie Deutschland den französischen Vorschlag abgelehnt, den künftigen Locarnopakt auf zwei sich überschneidenden Dreieckkonstruktionen aufzubauen.

5) Abessinien

Graf Ciano erklärte sich bereit, hinsichtlich der von uns und Ungarn ausgesprochenen Wünsche nach Beteiligung am Wiederaufbau Abessiniens Österreich und Ungarn ebenso gut zu behandeln wie Deutschland; über einen weiteren modus procedendi wurden allerdings hiebei keine näheren Mitteilungen gemacht.

1700**Gesandter Hornbostel an
Gesandten Berger-Waldenegg (Rom)**

Weisung

AdR, NPA

Österreich/ Geheim 7/1

Z. 44088/13

Wien, 17. November 1936

Über den Verlauf des Besuches des kgl. italienischen Ministers des Äußern Grafen Ciano in Wien und der hierauf folgenden Wiener Konferenz der drei Signatarstaaten der Römer Protokolle sowie über die Ergebnisse der bei diesem Anlasse geführten Verhandlungen sind Sie durch die in der Tagespresse erschienenen reichhaltigen amtlichen Verlautbarungen im Allgemeinen informiert.¹

Zu den im abschließenden Communiqué vom 12. d. M. angeführten Ergebnissen der Unterredungen beehre ich mich, Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Momente zu lenken und Sie zu ersuchen, diese in Ihren einschlägigen Konversationen entsprechend zur Geltung zu bringen.

¹ Wiener Zeitung, Nr. 313, 13. 11. 1936; Römische Protokolle vom 17. März 1934 – ADÖ 9/1437; zur Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten am 11. und 12. November 1936 siehe außerdem ADÖ 11/1681, ADÖ 11/1687, ADÖ 11/1689, ADÖ 11/1690, ADÖ 11/1694 – ADÖ 11/1699.

Der zweitägige Aufenthalt des kgl. italienischen Ministers des Äußern, Graf Ciano, in Wien² galt dem Gegenbesuch der italienischen Regierung auf die mehrfachen Besuche des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Staatssekretärs für die Auswärtigen Angelegenheiten beim Herrn italienischen Regierungschef Mussolini und der italienischen Regierung. Die Anwesenheit Grafen Cianos wurde selbstverständlich dazu benützt, eine Reihe von Einzelfragen zu erörtern, die die österreichisch-italienischen Beziehungen unmittelbar betreffen, so insbesondere die soeben zum Abschluss gelangten Wirtschaftsverhandlungen im Zusammenhang mit der Abwertung der italienischen Lire. Weiters galten die Besprechungen auch der Vorbereitung der am 11. und 12. abgeführten Verhandlungen der Wiener Konferenz der Außenminister der drei Römer Protokollstaaten. Diese Konferenz ist auf Grund des Zusatz-Protokolles Nr. III vom 23.III. 1. J. zu den Römer Protokollen³ zusammengetreten, das bekanntlich die periodische Zusammenkunft der Außenminister der eine Gruppe bildenden drei Signatarstaaten der Römer Protokolle vorsieht. Die Tatsache, dass diese erste Konferenz der Außenminister in Wien stattgefunden hat, unterstreicht in sinnfälliger Weise sowohl die Gleichberechtigung der drei Partner im Rahmen der in den Protokollen verankerten gemeinsamen Interessen, sowie die internationale Position Österreichs innerhalb der Römer Protokoll-Gruppe wie auch im Donauraume überhaupt. Die Wiener Konferenz stellt daher den Beginn einer Reihe analoger periodischer Zusammenkünfte der Außenminister der drei Staaten dar – die nächste Zusammenkunft wird zu einem noch zu vereinbarenden Zeitpunkte in Budapest stattfinden – und entbehrte daher schon aus diesem Grunde des sensationellen Momentes, das ihr von einem Teil der Auslandspresse im Voraus angedichtet worden war.

Bezüglich der behandelten Materien wären nachstehende Einzelheiten hervorzuheben:

Zunächst wurde übereinstimmend von allen drei Partnern betont, dass auf dem Wege zweiseitiger Verträge der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit den außerhalb der Protokolle stehenden Staaten möglich und erwünscht ist. Hier sei – bloß in Anbetracht der vor Zusammentritt der Konferenz vielfach verbreiteten Vermutungen, wonach Deutschland den Römer Protokollen beizutreten beabsichtige bzw. hiezu eingeladen würde – nur nebenbei erwähnt, dass hievon niemals die Rede war und das Deutsche Reich aus naheliegenden Gründen auch nicht mit dem Gedanken umgeht, sich unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen der Römer Gruppe anzuschließen. Ebenso wenig hat sich das Deutsche Reich, wie es gleichfalls in der Auslandspresse verlautete, bei der Wiener Konferenz durch einen Beobachter vertreten lassen.⁴ Es wurde jedoch im Zuge

² ADÖ 11/1693.

³ Zusatzprotokolle zu den Römischen Protokollen vom 23. März 1936 – ADÖ 10/1603A.

⁴ Dazu bereits ADÖ 11/1681, ADÖ 11/1682 und ADÖ 11/1694.

der Beratungen das durch das österreichisch-deutsche Abkommen vom 11. Juli⁵ und durch die italienisch-deutsche Annäherung im Zusammenhange mit dem Besuche Grafen Cianos in Berlin erzielte freundschaftliche Verhältnis der Protokollstaaten zum Deutschen Reich und die sich hieraus ergebende einvernehmliche Zusammenarbeit hinsichtlich der den Donaauraum betreffenden Probleme eingehend erörtert. Bei diesem Anlasse wurde seitens der Vertreter der drei Regierungen neuerlich die bereits im Zusatzprotokoll II vom 23.III.1936 enthaltene Bestimmung bekräftigt, wonach die drei Partner in allen auf den Donaauraum bezüglichen Fragen – von gewöhnlichen zweiseitigen Handelsverträgen naturgemäß abgesehen – nur nach vorherigem Einvernehmen vorgehen werden.

Dem Wesen der Römer Protokolle und den Beziehungen offener und herzlicher Freundschaft zwischen den drei Partnern entsprechend, hat der Herr kgl. italienische Außenminister ferner die österreichischen und ungarischen Vertreter rückhaltlos über die Absichten und Ziele der italienischen Außenpolitik hinsichtlich der bedeutungsvollen Fragen informiert, die die gegenwärtige europäische Lage bestimmen. Im Besonderen berichtete Graf Ciano über seine anlässlich des Besuches bei der deutschen Reichsregierung empfangenen Eindrücke und die von ihm mit den leitenden Faktoren Deutschlands geführten Unterredungen. Hierauf wurde die bereits bekannte Stellungnahme der Regierungen der Protokollstaaten zur Frage der „Gleichberechtigung“ auf dem Gebiete der Wiederaufrüstung erörtert und von neuem bekräftigt. Es wäre – wie angesichts gewisser Vermutungen und Gerüchte, die im Auslande kursieren, bemerkt werden sollen – abwegig, in dieser neuerlichen Bestätigung den Auftakt zu irgendwelchen konkreten Maßnahmen der in Frage stehenden Regierungen auf diesem Gebiete erblicken zu wollen. Insbesondere ist nach den uns erteilten Aufklärungen der ungarischen Regierung auch kein neuerlicher Schritt Ungarns im Sinne einer Änderung der gegenwärtigen einschlägigen Verhältnisse in diesem Lande zu gewärtigen.

Zu der im Communiqué verlautbarten Anerkennung des italienischen Imperiums in Abessinien durch Österreich und Ungarn ist hervorzuheben, dass dieser formale Akt den realen Gegebenheiten in einer überdies den Interessen der zwei Partnerstaaten, Österreich und Ungarn, dienlichen Weise Rechnung trägt. Graf Ciano hat sich bekanntlich initiativ bereit erklärt, die österreichische und die ungarische Volkswirtschaft durch Einsetzung ihrer technischen Elemente und Zurverfügungstellung spezialisierter Arbeitskräfte an der wirtschaftlichen Ausbeutung Abessiniens im Rahmen der Möglichkeiten teilnehmen zu lassen. Ferner wurde beschlossen, ehebaldigst Verhandlungen zu dem Zwecke aufzunehmen, um – soweit dies tunlich und wünschenswert ist, die in Geltung stehenden Verträge mit der italienischen Regierung an die neue Rechtslage anzupassen.

⁵ Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

Von den zahlreichen im Laufe der Unterredungen zur Sprache gelangten Themen seine schließlich noch die Einstellung zum Völkerbund und zur kommunistischen Propaganda hervorgehoben. Der Standpunkt Italiens gegenüber dem Völkerbund ist allgemein bekannt. Wenn auch der Austritt Italiens aus dieser Organisation gegenwärtig nicht bevorzuestehen scheint, so wurde doch seitens der österreichischen Vertreter betont, dass Österreich aus mehrfachen Gründen an seiner positiven Einstellung zum Völkerbund, dessen Reformbedürftigkeit nach Anschauung der drei Staaten außer Frage steht, festhält; den gleichen Standpunkt nimmt auch Ungarn in dieser Frage ein. Einmütigkeit bestand schließlich zwischen den drei Partnern hinsichtlich der Erkenntnis, dass der Kommunismus den Frieden und die Sicherheit Europas gefährdet, sowie auch bezüglich ihres Entschlusses, die kommunistische Propaganda in ihren Ländern nach wie vor mit allen Kräften zu bekämpfen. Irgendwelche einschlägige Abmachungen oder Bindungen sind hierbei – im Gegensatz zu diesbezüglichen Vermutungen, die im Auslande angestellt wurden – nicht eingegangen worden.

1701

Verhandlungen Staatssekretär Schmidt mit deutschem Außenminister Neurath am 21. November 1936 in Berlin

Protokoll (vertraulich, nicht zu veröffentlichen)

AdR, NPA

Deutschland/ Geheim I/III

Z. 44300/13

Berlin, 21. November 1936

Der Österreichische Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten, Schmidt, und der Deutsche Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr von Neurath, haben am 21. November 1936 in Berlin im Namen ihrer Regierungen die schwebenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen von größerer Bedeutung erörtert, insbesondere soweit sie sich aus der Durchführung des österreichisch-deutschen Übereinkommens vom 11. Juli d. J.¹ ergeben. Dabei ist das Einverständnis der beiden Regierungen über folgende Punkte festgestellt worden:

¹ Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640; die Einladung des deutschen Außenministers Neurath an Staatssekretär Schmidt zum Berlinbesuch hatte Botschafter Papen am 12. Oktober 1936 am Ballhausplatz überreicht – ADÖ 11/1677, worauf am 9. November 1936 Termin und Gesprächsinhalt des Zusammentreffens festgelegt wurden – ADÖ 11/1692.

I. Stellung zum Kommunismus.

Die beiden Regierungen anerkennen, dass der Kommunismus den Frieden und die Sicherheit Europas gefährdet und bestätigen ihre Absicht, die kommunistische Propaganda in ihren Ländern mit allen Kräften zu bekämpfen.

II. Die Zusammenarbeit im Donauraum.

Die beiden Regierungen stimmen in der Auffassung überein, dass sie sich an neuen, weitergehenden wirtschaftlichen Kombinationen im Donauraum – bilaterale Wirtschaftsverträge ausgenommen – nicht ohne vorheriges Einvernehmen beteiligen werden. Diese Feststellung bezieht sich, soweit Österreich in Betracht kommt, selbstverständlich nicht auf die in den römischen Protokollen und ihren Zusätzen enthaltenen einschlägigen Bestimmungen.

III. Durchführung des österreichisch-deutschen Übereinkommens vom 11. Juli 1936.

1. Stellung der Reichsdeutschen in Österreich.

Die Beflaggung von Gaststätten pp. in Österreich durch Hissen der deutschen Reichsflagge zusammen mit den österreichischen Flaggen wird gestattet, wenn solche Gaststätten von deutschen Reichsangehörigen besucht werden, die aus besonderen Anlässen wie Kongresstagungen, Tagungen von Vereinigungen, Gesellschaftsreisen usw. im Lande weilen.

2. Gegenseitige kulturelle Beziehungen.

a) Bei allen die gemeinsame deutsche Kultur betreffenden Fragen, insbesondere auch bei internationalen wissenschaftlichen Kongressen, ist eine enge Zusammenarbeit der österreichischen und reichsdeutschen Teilnehmer zwecks gemeinsamen Vorgehens und Auftretens anzustreben.

b) Staatsangehörige beider Länder sollen grundsätzlich die Möglichkeit haben, die Mitgliedschaft in unpolitischen wissenschaftlichen Vereinen des anderen Landes zu erwerben und sich an Arbeitsgemeinschaften dieser Vereine zu beteiligen. Zweifel an dem wissenschaftlichen Charakter der einzelnen Vereine werden im gemeinsamen Einvernehmen erörtert und geklärt werden.

Die wissenschaftlichen Akademien treten in eine engere wissenschaftliche Zusammenarbeit, wobei politische Momente ausgeschaltet bleiben müssen.

Die Österreichisch-Deutsche Wissenschaftliche Hilfe im Rahmen der deutschen Forschungsgemeinschaften wäre zu einer allgemeinen Organisation des wissenschaftlichen Austausches zwischen den beiden Ländern auszubauen.

c) Bei Berufungen von Hochschulprofessoren, Dozenten und wissenschaftlichen Hilfskräften sollen im gegenseitigen Einverständnis beiderseits soweit als möglich Staatsangehörige des anderen Teils berücksichtigt werden. Die Staatsangehörigkeit soll auf die Reihenfolge in den Vorschlagslisten keinen Einfluss haben. Neben den wechselseitigen Berufungen werden sich die Regierungen die Förderung von Gastvorlesungen und den Austausch von Professoren, Dozenten und wissenschaftlichen Hilfskräften an allen Fakultäten besonders angelegen sein lassen.

d) Die gegenseitigen Bücherverbote werden innerhalb einer angemessenen Zeit aufgehoben. Die Regierungen behalten sich aber vor, Verbote solcher Bücher aufrecht zu erhalten, die böswillige Angriffe gegen den Staat, seine Einrichtungen, seine Geschichte und führenden Persönlichkeiten enthalten.

e) Zur Organisation der kulturellen Zusammenarbeit der beiden Staaten wird ein gemeinsamer Ausschuss, der aus Vertretern beider Staaten zusammengesetzt werden soll, in Aussicht genommen. Dieser Ausschuss wird den Namen „Ausschuss für kulturelle Angelegenheiten zwischen Österreich und Deutschland“ führen.

3. Presse.

Es besteht Einvernehmen, die im Übereinkommen vom 11. Juli d. J. Punkt III niedergelegten Richtlinien weiterhin zur vollen Anwendung gelangen zu lassen und insbesondere den darin in Aussicht genommenen Abbau der Verbote hinsichtlich der gegenseitigen Einfuhr von Zeitungen und Zeitschriften fortzusetzen.

In diesem Sinne erklärt sich die Österreichische Bundesregierung bereit, nachstehende in Deutschland erscheinende Zeitungen zur Einfuhr bzw. Verbreitung in Österreich neu zuzulassen:

B.Z. am Mittag

Kölnische Zeitung.

Die Deutsche Reichsregierung erklärt sich ihrerseits bereit, nachstehende in Österreich erscheinende Zeitungen zur Einfuhr bzw. Verbreitung in Deutschland neu zuzulassen:

Neues Wiener Tagblatt

Neuigkeitsweltblatt.

Hinsichtlich Zeitschriften soll künftig grundsätzlich kein Verbot bestehen. Dabei sollen solche Zeitschriften von der Zulassung ausgeschlossen bleiben, deren Verbreitung vom Standpunkt der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unerwünscht erscheint. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen bis zum 31. Januar 1937 beiderseits zwischen den zuständigen Stellen Verzeichnisse derjenigen Zeitschriften ausgetauscht werden, deren Verbot noch weiter aufrechterhalten bleiben soll. Alle anderen Zeitschriften werden vom 31. Januar 1937 unter den allgemeinen, für die ausländischen Presseerzeugnisse geltenden Bestimmungen zugelassen werden. Es versteht sich, dass im Falle von gröblichen Verstößen gegen das Abkommen vom 11. Juli Zeitschriften auch weiterhin verboten werden können.

Beide Teile kamen ferner überein, von Zeit zu Zeit über eine weitere Steigerung der Zahl der gegenseitig zuzulassenden Zeitungen das Einvernehmen zu pflegen, um auf diesem Wege stufenweise zur grundsätzlichen Aufhebung der Zeitungsverbote zu gelangen.

4. Emigrantenanfrage.

Die Österreichische Bundesregierung erklärt sich bereit:

a) das ihr von der Deutschen Reichsregierung in Aussicht gestellte Verzeichnis von ungefähr 500 österreichischen Flüchtlingen, die ihre Rückkehr nach Öster-

reich erbitten, ehestens vom Gesichtspunkte der etwaigen Verfehlungen und der materiellen Lebensmöglichkeiten jedes Einzelnen zu überprüfen und das Ergebnis der Deutschen Regierung alsbald bekanntzugeben.

b) auch hinsichtlich weiterer Gesuche von Flüchtlingen die von der Deutschen Reichsregierung gelieferten Unterlagen nach obigen Gesichtspunkten ehemöglichst zu überprüfen und das Ergebnis der Deutschen Regierung zu übermitteln.

c) den im Sinn des obigen Punktes a) zur Heimkehr zugelassenen Flüchtlingen hinsichtlich ihres Fortkommens keine Hindernisse in den Weg zu legen. Diese Heimgekehrten werden weder einer gerichtlichen noch polizeilichen Verfolgung unterzogen.

d) Ansuchen von zur Heimkehr nicht zugelassenen Flüchtlingen um kurzfristigen Aufenthalt in Österreich mit freiem Geleit in besonders rücksichtswürdigen und dringenden Fällen (z.B. Todesfall oder schwere Erkrankung in Österreich lebender naher Angehöriger, Regelung nachweislich unaufschiebbarer Angelegenheiten) wohlwollend zu prüfen.

e) Die Möglichkeit für die Rückeinbürgerung österreichischer Flüchtlinge, denen die österreichische Bundesbürgerschaft aberkannt wurde und die staatenlos sind, durch Erlass der gesetzlichen Vorschriften zu schaffen.

5. Wirtschaftliche Beziehungen.

a) Zwischen den beiden Regierungen besteht Einverständnis darüber, dass der Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich alsbald in Angriff genommen werden soll, um den Umfang des Handelsverkehrs gegenseitig beträchtlich zu erweitern. Die Deutsche Regierung erklärt sich schon jetzt bereit, die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Österreich, insbesondere von Vieh, Holz und Molkerei-Erzeugnissen in das Reich in größerem Umfang zu steigern und den Überschuss der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Österreichs aufzunehmen, soweit hierfür die erforderlichen Schillingbeträge durch Steigerung der Ausfuhr aus dem Reich nach Österreich bereitgestellt werden können. Nach der eben erfolgten Aussprache über die zu einer durchgängigen Steigerung der gegenseitigen Ausfuhr führenden Mittel und Wege sind die beiden Regierungen übereingekommen, dass die Verhandlungen am 7. Dezember d. J. in Wien aufgenommen werden.

b) Von dem Schillingkonto der deutschen Verrechnungskasse bei der Österreichischen Nationalbank werden vom 25. November 1936 bis zum 31. Januar 1937 über die etwa noch vorhandenen früher für Zwecke des Reiseverkehrs zur Verfügung gestellten Mittel hinaus täglich 50.000 Schilling abgezweigt, die vom 15. Dezember ab für den Reiseverkehr aus dem Reich nach Österreich zur Verfügung gestellt werden. Sobald in den bevorstehenden Verhandlungen eine endgültige Regelung für die Finanzierung des Reiseverkehrs aus dem Reich nach Österreich getroffen ist, werden die auf diese Weise verauslagten Beträge auf die später für den Reiseverkehr reservierte Quote angerechnet, soweit sie nicht bereits vorher durch Einzahlungen aus den zurzeit zwischen den zuständigen österreichischen

und reichsdeutschen Stellen verhandelten zusätzlichen Geschäften abgedeckt worden sind.

Für die Zukunft erklärt sich die Deutsche Regierung damit einverstanden, dass ein angemessener Teil des aus der deutschen Ausfuhr nach Österreich anfallenden Schillingbetrages für die Finanzierung des Reiseverkehrs aus dem Reich nach Österreich zur Verfügung gestellt wird.²

Dr. Guido Schmidt m.p.

Freiherr von Neurath m.p.

1702

Verhandlungen Staatssekretär Schmidt mit deutschem Außenminister Neurath am 21. November 1936 in Berlin

Wirtschaftspolitische Ergebnisse¹

AdR, NPA

Deutschland/ Geheim I/III

Z. 44300/13

[Berlin, 21. November 1936]

Schillingbeschaffung für den Wintersportverkehr.

Trotz bis zur letzten Stunde mit Berufung auf strenge Weisungen des Präsidenten der Deutschen Reichsbank geleisteten Widerstandes konnte schließlich folgende Regelung festgelegt werden:

Von dem Schillingkonto der Deutschen Verrechnungskasse bei der Österreichischen Nationalbank werden vom 25. November 1936 bis zum 31. Jänner 1937 täglich 50.000 S abgezweigt, die vom 15. Dezember ab für den Reiseverkehr aus dem Reich nach Österreich zur Verfügung gestellt werden, in Summa also 3,400.000 S. Hiezu kommen noch die von der August-Vereinbarung restierenden Schillinge, die auf etwa 1 ½ Millionen S veranschlagt werden können.

Bezüglich der Abdeckung dieser neuen Schillinge wurde vorgesehen, dass sie in der Folgezeit durch Einzahlung aus dem derzeit in Verhandlung stehenden Rüstungsgeschäft erfolgen soll. Soweit dies nicht geschieht, werden die verausgabten Beträge auf die später für den Reiseverkehr reservierte Quote angerechnet werden, über die bei den bevorstehenden Verhandlungen im Zusammenhang mit der endgültigen Regelung der Finanzierung des Reiseverkehrs gesprochen werden soll.

² Weiter ADÖ 11/1702 und ADÖ 11/1703.

¹ Dazu bereits ADÖ 11/1677, ADÖ 11/1683, ADÖ 11/1692 und ADÖ 11/1701.

Die deutsche Regierung hat sich für die Zukunft damit einverstanden erklärt, dass ein angemessener Teil des aus der deutschen Ausfuhr nach Österreich anfallenden Schillingbetrages für die Finanzierung des Reiseverkehrs aus dem Reich nach Österreich zur Verfügung gestellt werde.

Ausbau der Handelsbeziehungen.

Die deutsche Regierung hat sich bereiterklärt, die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Österreich, insbesondere von Vieh, Holz und Molkereierzeugnissen in das Reich in größerem Umfange zu steigern und den Überschuss der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Österreichs aufzunehmen, soweit hierfür die erforderlichen Schillingbeträge durch Steigerung der Ausfuhr aus dem Reich nach Österreich bereitgestellt werden können. Bei der hierüber erfolgten näheren Aussprache, die sich mit den in dieser Beziehung bestehenden realen Möglichkeiten befasste, wurde Einvernehmen darüber erzielt, dass die gegenseitige Einfuhr durchgängig gesteigert werden soll. Die Verhandlungen der Delegationen sollen am 7. Dezember in Wien aufgenommen werden.

Deutscherseits wurde besonderes Interesse an der Beteiligung von öffentlichen Lieferungen in Österreich bekundet, wie z.B. am Ausbau der Elektrifizierung der Bundesbahnen. Hierbei wurde bemerkt, dass das hierzu erforderliche Kapital zwar nicht im Wege einer langfristigen Kreditoperation, sondern nur im Zuge eines auf 4-5 Jahre laufenden kaufmännischen Lieferungsgeschäftes zur Verfügung gestellt werden könnte. Außerdem wurde neuerlich das Interesse an der eventuellen Errichtung einer Stickstofffabrik in Österreich bekundet.

Filmtransfer.

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes sagte tunlichst beschleunigte Behandlung unserer Reklamation zu. Generaloberst Göring, der die Angelegenheit im Zusammenhang mit der Tobis-Sascha-Gesellschaft vorläufig an sich gezogen hat, erklärte, dass er die Reorganisierung der Gesellschaft in die Hand genommen habe und dass die damit zusammenhängenden Fragen unter bestimmten Voraussetzungen in der allernächsten Zeit geregelt werden sollen.

Donauraum.

Es wurde einvernehmlich der Auffassung Ausdruck gegeben, dass beide Regierungen sich an neuen weitergehenden wirtschaftlichen Kombinationen im Donauraum nicht ohne vorheriges Einvernehmen beteiligen werden. Deutscherseits wurde ausdrücklich erklärt, dass sich diese Feststellung, soweit Österreich in Betracht komme, nicht auf die in den Römischen Protokollen und ihren Zusätzen enthaltenen einschlägigen Bestimmungen beziehe und dass bilaterale Wirtschaftsverträge von dieser Feststellung ebenfalls ausgenommen sind. Bei der Aussprache wurde überdies deutscherseits erklärt, dass etwaige Gespräche zwischen Deutschland und Italien über die Interessen im Donauraum nicht ohne engste Mitarbeit mit Österreich verfolgt werden sollen.²

² Weiter ADÖ 11/1703.

1703**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an
Gesandten Tauschitz (Berlin)**

Weisung (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland
Z. 44337/13

Wien, 23. November 1936

Sie erhalten anbei zu streng vertraulicher Kenntnisnahme eine Aufzeichnung über die Reise des Herrn Staatssekretärs für die Auswärtigen Angelegenheiten zum Besuche der Deutschen Reichsregierung in Berlin am 19.-21. November l. J.. Bezüglich des Verlaufes des Besuches und die allgemeine Linie der dabei abgeführten Besprechungen wird auf die Berichterstattung der österreichischen Presse sowie auf die veröffentlichten Communiqués verwiesen.¹

Vom Inhalte der instehenden Aufzeichnungen wollen Sie in Ihren Gesprächen mit dortigen Persönlichkeiten nur in großen Zügen Gebrauch machen, und auf Einzelheiten nur insoweit eingehen, als dies notwendig erscheint, um allfällig auftauchende irrtümliche Anschauungen richtigzustellen.

Selbstverständlich wäre jeder missverständlichen Auffassung des Berliner Besuches in dem Sinne, dass sich mit ihm eine Änderung in den grundlegenden Richtlinien der österreichischen Außenpolitik vollzogen hätte oder angebahnt worden wäre, nachdrücklichst entgegenzutreten. An den Grundlagen, die – wie im h.a. Erlass vom 8. Juli l. J. Zl. 40118-13 ausgeführt² – die Voraussetzung für die fortschreitende Normalisierung der Beziehungen zum stammverwandten und benachbarten Deutschen Reiche bilden, hat sich nicht das Geringste geändert, und es liegt die Bedeutung der in Berlin gepflogenen Besprechungen vor allem eben darin, dass die im Abkommen vom 11. Juli l. J.³ niedergelegten Grundsätze beiderseits eine neuerliche Bekräftigung erfahren haben, sowie dass der Herr Staatssekretär die Überzeugung von der ernstesten Absicht der maßgebenden deutschen Stellen gewinnen konnte, die Richtlinien des erwähnten Abkommens gewissenhaft einzuhalten und die Belebung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Österreich ausschließlich auf dieser Basis zu fördern.

Über die Aufnahme des Berliner Besuchs des Herrn Staatssekretärs durch die dortigen maßgebenden Persönlichkeiten sowie durch die Presse wollen Sie gegebenenfalls berichten.

¹ ADÖ 11/1677, ADÖ 11/1683, ADÖ 11/1692, und ADÖ 11/1701 und ADÖ 11/1702.

² ADÖ 10/1637.

³ Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

1704**Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 211/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland
Z. 44405/13

Rom, 23. November 1936

Gelegentlich meines letzten Besuches beim Herrn Außenminister und beim Herrn politischen Generaldirektor habe ich auch diese Frage angeschnitten. Ich hatte den Eindruck, damit einen etwas wunden Punkt berührt zu haben, besonders als ich dem Gesandten Buti sagte, es käme mir vor, als ob Rom und Berlin aus dem Donaauraum ein Handelsobjekt machen wollten. Von meinen beiden Mitrednern wurde mir jedoch die bindende Versicherung zuteil, dass man mich über den Zusammentritt der deutsch-italienischen Wirtschaftskommission verständigen würde.

1705**Gesandter Tauschitz an Gesandten Hornbostel**

Telegramm Nr. 9 (Chiffre, statim, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/ Geheim I/12
Z. 44738/13

Berlin, 28. November 1936
(→ 20.30 Uhr)

Weizsäcker informierte mich soeben, dass Neurath über Rede Bundeskanzlers vor Amtswaltern in Klagenfurt¹ höchst erregt vorerst mich sprechen wollte, dann aber an Herrn von Papen folgende Depesche richtete, die ungefähr lautet: Ist diese Rede der Dank (oder Quittierung) für die herzliche Aufnahme, die Staatssekretär Schmidt in Berlin bei Regierungs- und Parteistellen gefunden hat? Glaubt Herr Bundeskanzler wirklich, dass er Nationalsozialismus in Österr. weiter rücksichtslos bekämpfen und mit uns gleichzeitig über gemeinsame Volks-tumsfragen verhandeln oder beraten könne? Unter solchen Umständen kommt mein Gegenbesuch in Wien in nächster Zeit nicht in Frage.

¹ „Offene Worte des Bundeskanzlers“ – Wiener Zeitung, Nr. 327, 27. 11.1936.

1706**Unterredungen Staatssekretär Schmidt mit ungarischem Ministerpräsidenten Darányi und ungarischem Außenminister Kánya am 29. und 30. November 1936 in Wien**

Aufzeichnung Gesandter Hornbostel (geheim)

AdR, NPA

Ungarn/ Geheim I/III

Z. 44541/13

Wien, 30. November 1936

1) Spanien.

Herr von Kánya erzählte, dass Herr Mussolini mit der Entwicklung in Spanien äußerst unzufrieden und deshalb sehr besorgt sei. Die spanischen Nationalisten seien stark zersplittert und in letzter Zeit sehr wenig erfolgreich. Mussolini habe sich daher zur Beistellung einer entsprechend getarnten Division (ca. 12.000 Mann) entschlossen. Auch der deutsche Botschafter Herr von Hassell habe sich sehr besorgt gezeigt und schien noch pessimistischer als Herr Mussolini, insbesondere hinsichtlich der Möglichkeiten, die Deutschland zur Förderung der nationalen Sache zur Verfügung stünden.

Sowohl seitens der Italiener als auch seitens des deutschen Botschafters sei in Rom auf Herrn von Kánya ein Druck im Sinne einer baldigen Anerkennung des nationalistischen Regimes durch Ungarn bzw. auch durch Österreich ausgeübt worden. Herr von Kánya habe demgegenüber eine ablehnende Stellungnahme bezogen und wiederholte dem Staatssekretär f. d. A. A. gegenüber, dass auch Ungarn keine Eile hinsichtlich der Anerkennung des Franco-Regimes an den Tag zu legen beabsichtige, im Übrigen aber gerne gemeinsam mit Österreich vorgehen möchte. Eine diesbezügliche Fühlungnahme zwischen beiden Regierungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit wurde ausgemacht.

2) Völkerbund.

Der Herr Staatssekretär f. d. A. A. und Herr von Kánya kamen überein, bei der während der Wiener Konferenz festgelegten Stellungnahme bezüglich der Frage unseres allfälligen Austrittes aus dem VB zu verharren, d.h. auch im Falle eines Austrittes Italiens unsere Haltung untereinander zu konzertieren und vom Gesichtspunkte unserer eigenen Interessen zu entscheiden.

Die Gesandten Pflügl betreffs seiner im Völkerbundreformausschuss einzunehmenden Haltung erteilten Weisung wurde Herr von Kánya mitgeteilt, der sie zur Kenntnis genommen hat.

3) Restaurationsfrage.

Herr von Kánya erzählte, dass Herr Mussolini ihn und Herrn von Darányi hinsichtlich ihrer Einstellung zu diesem Problem sondiert hätte. Ciano habe diesem

in deutscher Sprache geführten Gespräche beigewohnt, aber nichts davon verstanden und erst im Nachhinein sich von den ungar. Herren den Inhalt erzählen lassen, worauf er meinte, dass Italien heute nicht mehr denselben der Restauration eher günstigen Standpunkt einnehme wie vordem; Ciano schien diese Änderung in der Haltung Italiens seiner eigenen Einflussnahme im Sinne einer Orientierung nach Deutschland zuschreiben zu wollen. Auch Herr von Kánya ist der Auffassung, dass Ciano, selbst vom ungar. Standpunkte aus gesehen, nicht das richtige Verständnis für die Lage und die Bedeutung Österreichs habe.

4) Deutsch-italienische Zusammenarbeit im Donauraum.

Diese bisher nicht geklärte Frage versuchte Herr von Kánya in Rom einigermaßen aufzuhellen. Es ist ihm dies jedoch nicht gelungen und er glaubt, dass es sich bei der bekannten Feststellung im deutsch-italienischen Communiqué von Berlin eher um einen demonstrativen Akt als um eine konkrete Abmachung gehandelt habe.

5) Urteil Mussolini's über die österr. Staatsführung.

Mussolini hat den ungarischen Herren gegenüber in Superlativen vom Herrn Bundeskanzler gesprochen und sich auch sehr befriedigt über die Führung der österreichischen Außenpolitik ausgesprochen.

6) Ungarisch-deutsche Beziehungen.

Herr von Kánya erkundigte sich lebhaft darnach, wie sich die Deutschen (insbesondere Hitler) über Ungarn dem Herrn Staatssekretär f. d. A. A. gegenüber geäußert hätten. Der Herr Staatssekretär deutete Herrn von Kánya die Auffassung Hitlers hinsichtlich des ungarischen Revisionismus an. Herr von Kánya stellte auch die Frage, ob die angebliche Bemerkung Baron Neuraths den Tatsachen entspreche, dass „die Restauration Krieg bedeute“, was der Herr Staatssekretär verneinte. Schließlich erwähnte Herr von Kánya, dass auch Ungarn sich über einige kleine Schwierigkeiten in den Beziehungen zu Deutschland zu beklagen habe; so verlangten die Deutschen jetzt die Rücknahme der gegen drei Reichsdeutsche ausgesprochenen Ausweisungsverfügung, was Kánya nicht zuzugeben bereit sei. In diesem Zusammenhange erwähnte der Herr Staatssekretär, dass er annehme, der Ministerpräsident Dáranyi und Herr von Kánya würden wohl in absehbarer Zeit auch in Berlin einen Besuch abstatten, worauf Herr von Kánya eine ausweichende Antwort erteilte. Hingegen hat Herr Ministerpräsident von Dáranyi dem Herrn Staatssekretär gestern erzählt, dass die Absicht eines solchen Besuches für das Frühjahr bevorstehe und auch der Reichsverweser gerne in Berlin einen Besuch abstatten möchte, zumal man deutscherseits mit dem Gedanken umgeht, bei diesem Anlasse den Reichsverweser zur Weihe eines Kriegsschiffes einzuladen.

7) Österreichisch-ungarische wirtschaftliche Beziehungen.

Ministerpräsident von Dáranyi ersuchte den Herrn Staatssekretär während des Wiener Aufenthaltes die Weizenfrage zu erörtern, worauf der Herr Staatssekretär dem ungarischen Ministerpräsidenten die baldige Delegation des Herrn Gesandten Dr. Schüller zu diesem Zwecke nach Budapest in Aussicht stellte.

8.) Österreichisch-deutsche Beziehungen.

Über Ersuchen gewährte der Herr Staatssekretär Herrn von Kánya Einblick in das in Berlin am 21. ds. M. unterzeichnete Protokoll.¹

1707

Geschäftsträger Kunz an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Bericht Nr. 700/Res.

AdR, NPA
Deutschland
Z. 44692/13

Budapest, 30. November 1936

Ich werde nicht versäumen, von den in obzitiertem Erlasse¹ enthaltenen Informationen entsprechenden Gebrauch zu machen. Ich hatte dazu bereits anlässlich meines vorgestrigen Besuches bei Baron Apor Gelegenheit. Dieser erklärte mir, dass der Besuch des Herrn Staatssekretärs in Berlin hier eine durchaus freundliche Aufnahme gefunden habe, liege doch der Zweck, den er verfolge, durchaus auch in der Richtung der ungarischen Politik.

Dieser Auffassung bin ich übrigens auch sonst bei maßgebenden Persönlichkeiten begegnet. Die hiesige Presse hat sich analog verhalten.

1708

Gesandter Vollgruber an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 108/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland
Z. 44687/13

Paris, 30. November 1936

Heute Nachmittag suchte ich wieder einmal, nachdem ich ihn vorige Woche nicht erreichen konnte, den Herrn politischen Direktor am Quai d'Orsay auf. Ich lenkte das Gespräch bald auf die Reise Herrn Staatssekretärs nach Ber-

¹ ADÖ 11/1701.

¹ ADÖ 11/1703.

lin², um wenn möglich festzustellen, ob aus diesem Anlasse wieder irgendwelche „préoccupations“ am Quai d’Orsay in Erscheinung getreten wären. Herr Bargeton schien mir zuerst nicht besonders willig auf dieses Thema einzugehen. Als ich dies merkte, fragte ich ihn, ob der Quai d’Orsay auch über diese Besprechungen von Herrn Puaux genügende und zufriedenstellende Informationen erhalten habe, oder ob es irgendwelche Punkte gebe, die ich ihm allenfalls erklären könnte. Der Herr Direktor antwortete, der Quai d’Orsay hätte von uns zwar auch diesmal ausreichende Informationen erhalten, trotzdem wäre nach dem Besuche Herrn Staatssekretärs in Berlin zunächst doch „nicht Alles klar“ gewesen. Die Situation sei aber durch die Rede des Herrn Bundeskanzlers in Klagenfurt, die er (Herr Bargeton) sehr begrüßt habe, aufgehellt worden. Denn diese Rede wäre „die Rede des Regierungschefs eines wirklich unabhängigen Staates“ gewesen. Nach dieser Bemerkung Herrn Bargetons schien mir, der erhaltenen Instruktionen gemäß, kein Grund mehr vorhanden, bei diesem Gesprächsthema zu verbleiben.

Der Herr Politische Direktor setzte unsere Unterhaltung fort, indem er fragend sagte, „jetzt kämen wohl bald andere Reisen Herrn Staatssekretärs an die Reihe“. Ich erklärte, von weiteren Reiseplänen Herrn Staatssekretärs nichts zu wissen, worauf Herr Bargeton meinte, vielleicht bestünden auch tatsächlich keine weiteren Reisepläne, er erinnerte sich nur, von solchen in irgendeiner Zeitung gelesen zu haben. Ich meinte, mir wäre auch diese Zeitungsmeldung entgangen, und fragte, wohin diese Reisen gehen sollten. Der Herr Politische Direktor antwortete nicht sofort und so fuhr ich, fragend, fort, ob er an eine Reise nach Prag denke. Herr Bargeton antwortete daraufhin, recht stockend, er habe allerdings an die Möglichkeit einer baldigen Reise nach Prag gedacht, die sich doch „ganz natürlich an die bisherigen Reisen anschließen ließe“. Ich sagte dem Herrn politischen Direktor, dass es nicht in der Gepflogenheit des Ballhausplatzes liege, seine Vertreter im Auslande über solche Dinge frühzeitig zu informieren und dass daher der Umstand, dass ich von weiteren Reiseplänen Herrn Staatssekretärs nichts wüsste, nicht bedeuten müsste, dass solche nicht bestünden.

In der hiesigen Presse wurde der Besuch Herrn Staatssekretärs ruhig aufgenommen und nüchtern beurteilt. Die Blätter beschränkten sich im Allgemeinen auf die Wiedergabe der amtlichen Nachrichten. Der „Temps“, der sich als einziges der großen Blätter, redaktionell mit dieser Reise befasste, bezog eine Stellung, die eigentlich alle Eventualitäten offen ließ.

² Berlinbesuch Staatssekretär Schmidt 19. – 21. November 1936 – ADÖ 11/1677, ADÖ 11/1683, ADÖ 11/1692 und ADÖ 11/1701 – ADÖ 11/1703.

1709**Gesandter Franckenstein an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 325/Pol. (vertraulich)

AdR

Gesandtschaft London

Z. 44645/13

London, 1. Dezember 1936

Ich habe gestern Sir Robert Vansittart, der in den letzten Tagen sehr stark in Anspruch genommen war, aufgesucht, und ihn auf Grund der mir zugekommenen Informationen, die Ergebnisse des Besuches des italienischen Ministers des Äußern in Wien und Ihre Visite in Berlin betreffend¹, informiert.

Ich legte ihm dar, dass die österreichische Anerkennung der Annexion Abessinien eine logische Folge unserer Haltung während des italo-abessinischen Krieges bilde, deren Motive ja seitens der britischen Regierung durchaus verstanden worden seien. Vansittart machte nicht die geringste Einwendung und begrüßte meine Bemerkung, dass Österreich aus verschiedenen Gründen an seiner positiven Einstellung zum Völkerbunde festhalte, der allerdings auch nach unserer Ansicht sehr reformbedürftig sei. Meine Ausführungen über unser besseres Verhältnis zu Deutschland waren ihm willkommen. Ich hob besonders hervor, dass die vollkommene Unabhängigkeit und Gleichberechtigung Österreichs bei dem Berliner Besuche deutscherseits wiederholt anerkannt wurden und dass dies als ein bedeutsamer Erfolg unserer Politik zu werten sei. Meine Mitteilung, dass sich bei Ihren Gesprächen mit den deutschen Staatsmännern eine weitgehende Übereinstimmung bezüglich des Bestrebens nach Erhaltung des Weltfriedens ergab, machte auf Vansittart einen sehr guten Eindruck. Er war erfreut zu hören, dass eine politische Blockbildung und militärische Abmachungen mit Deutschland nicht in Frage gekommen und dass wir weder aufgefordert noch gewillt seien, bezüglich eines Feldzuges gegen den Kommunismus mit Deutschland spezielle Bindungen einzugehen. Ich legte ihm dar, dass der Kommunismus, den wir sowohl vom staatlichen wie vom religiösen Standpunkte verurteilen, in Österreich mit allen gesetzlichen Machtmitteln erfolgreich bekämpft wird. Vansittart meinte, dass der Zusammenschluss Deutschlands und Japans unter so gewaltiger Aufmachung hier merkwürdig berühre, da der Kommunismus in diesen Gebieten ja unterdrückt sei und den Regierungen so gewaltige Machtmittel zur Verfügung ständen. Diese Abmachungen müssten Misstrauen erwecken und die internati-

¹ Wienbesuch Ciano 9. –12. November 1936 im Rahmen der Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten – ADÖ 11/1693; außerdem ADÖ 11/1694 – ADÖ 11/1699. Berlinbesuch Staatssekretär Schmidt 19. – 21. November 1936 – ADÖ 11/1677, ADÖ 11/1683, ADÖ 11/1692 und ADÖ 11/1701 – ADÖ 11/1703.

onale politische Spannung verschärfen. Auch die heftige Kampagne, die seitens Deutschlands gegen die Tschechoslovakei geführt werde, missbilligte er, weil er sie für unbegründet hält. Er meinte, dass das Ziel, die französisch-tschechoslowakisch-russischen Übereinkommen zu sprengen, damit nicht erreicht werden würde, und zitierte die Fabel von La Fontaine, in der die milde Sonne den Sieg über den wilden Sturm davontrug, mit dem sie eine Wette eingegangen war, wer von beiden einen Wanderer rascher dazu bringen würde, seinen schützenden Mantel abzulegen. Auch im Falle der Tschechoslovakei würde der deutsche Sturmwind die Wirkung haben, dass dieses Land an der Bündnispolitik nur noch zäher festhalte.

Ich informierte Vansittart auch über unsere günstigere Wirtschaftslage und das Entgegenkommen, das uns seitens Italiens und Deutschlands in dieser Beziehung gezeigt werde. Im gleichen Sinne äußere ich mich auch zu den Mitgliedern der Regierung und anderen maßgebenden Persönlichkeiten, die ich bei den zahlreichen Banketten treffe, denen ich beiwohne. Ich kann immer wieder feststellen, dass unsere gebesserte Lage und unsere hervorragenden Leistungen bewundernd anerkannt werden und dass wir warme Sympathien genießen. Mein Argument, dass wir uns auch deshalb enger an Deutschland und Italien schließen mussten, weil Großbritannien uns keine bündigen Zusicherungen einer Hilfeleistung außerhalb des Rahmens des brüchig gewordenen Völkerbundes geben könne, findet hier allgemein Verständnis. Bekanntlich hat Eden in seinen letzten Reden die britische Politik nur bezüglich Frankreichs und Belgiens festgelegt und der englischen Tradition gemäß die Entscheidung hinsichtlich des britischen Vorgehens in anderen europäischen Fragen von der Beurteilung der Situation im gegebenen Momente abhängig gemacht.

Über die Besserung der Beziehungen zwischen England und Italien äußerte sich Vansittart sehr zuversichtlich. Er glaubt, dass die alte Freundschaft bald wieder hergestellt sein werde und dass sich Mittel und Wege finden lassen, um den Stein des Anstoßes – die Anerkennung der Annexion Abessiniens – beiseite zu räumen. Er stimmte meiner Bemerkung zu, dass die Errichtung eines kommunistischen Regimes in Spanien auch für Großbritannien eine ernste Gefahrenquelle bilden würde, meinte aber andererseits, dass die Anerkennung der Regierung Francos seitens Deutschlands und Italiens diese beiden Staaten dazu treiben könnte, ihm nötigenfalls in einem solchen Maße Unterstützung zu leisten, dass dies für Frankreich und Russland unerträglich wäre.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die hiesigen maßgebenden Kreise und die britische Presse trotz unserer immer enger werdenden Beziehungen zu Deutschland, Ungarn und Italien, in welchen die Anzeichen einer Blockbildung erblickt werden, in Würdigung unserer Motive und Notwendigkeiten eine durchaus freundliche Haltung einnehmen.

1710**Gesandter Marek an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 585/Pol.

AdR

Gesandtschaft Prag

Z. 44698/13

Prag, 3. Dezember 1936

Zum Unterschied von den anfänglich reichlich nervösen und übertriebenen Kommentaren der tschechischen Presse und gewisser politischen Kreise, herrscht, wie ich mich gestern persönlich überzeugen konnte, bezüglich obiger Staatsbesuche bei der tschechoslowakischen Regierung eine durchaus nüchterne und ruhige Auffassung vor. Ich hatte es gar nicht nötig, bei meiner gestrigen Unterredung mit Herrn Außenminister Dr. Krofta die mir gütigst zur Verfügung gestellten Informationen über den Berliner Besuch (Erlass Zl. 44.337-13 vom 23. v. M.)¹ zu benutzen, weil ich konstatieren konnte, dass das tschechoslowakische Außenministerium scheinbar über sehr ähnliche Informationen verfügt. Dass auch die an die Besuche des Herrn ungarischen Reichsverwesers, namentlich in Rom, geknüpften Kombinationen insbesondere in Bezug auf Revision und Aufrüstung, sich nicht bewahrheitet haben, erfüllt den tschechoslovakischen Außenminister mit lebhafter Genugtuung und lässt ihn die momentane internationale Spannung ruhiger beurteilen.

Dass das Berliner Regime Österreich gegenüber gar so zahm geworden sei und die volle Selbständigkeit und Souveränität des Landes scheinbar rückhaltlos respektiere, weise vielleicht darauf hin, dass sich Deutschland in Wirklichkeit doch nicht so stark fühle, als es gerne glauben machen wolle. Man habe übrigens in Prag auch das Gefühl, dass sich Berlin in letzter Zeit von Henlein distanzieren. Auch dies dürfte den gleichen psychologischen Grund haben.

Dieses Gefühl einer gewissen Unsicherheit sei begreiflich, wenn man bedenkt, dass Deutschland bereits einen empfindlichen Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen habe, die sich durchwegs doch nicht durch Ersatzprodukte ersetzen lassen. Man fange keinen Krieg an, wenn man schon zu Beginn mit derartigen Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Die Mittelmächte lebten 1914 im größten Überfluss und hätten doch schon nach zwei Jahren Not gehabt. Wie wäre es erst im heutigen Deutschland! Dazu komme, dass es in Deutschland trotz aller gegenteiligen Versicherungen unter der Oberfläche gäre, sozialrevolutionäre und kommunistische Tendenzen greifen insgeheim um sich – auch kein Moment der Stärke.

¹ ADÖ 11/1703.

Die Erklärungen Herrn Mussolinis in Mailand hätten Herrn von Kánya nur Unannehmlichkeiten gebracht und haben Rosenbergs Stellungnahme zum Revisionismus provoziert. Zum Glück scheine Herr von Kánya eine nüchterne und besonnene Politik machen zu wollen und die aufgepeitschten Wogen nationaler Leidenschaften dürften sich auch in Ungarn bald glätten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich einer kleinen, an sich ganz unbedeutenden Episode Erwähnung tun, die mir aber heute, im Zusammenhalte mit dem mir zur Einsicht gütigst überlassenen Berichte des Herrn Geschäftsträgers Kunz, ddo. Budapest, 21. November l. Js. Zl. 120/Pol.² doch nicht ganz uninteressant zu sein scheint. Mein ungarischer Kollege, Herr von Wettstein, kritisierte gestern zu mir das seiner Ansicht nach merkwürdige Benehmen des deutschen Gesandten Dr. Eisenlohr, der sich seit einiger Zeit merklich von ihm distanzieren. Er habe tags zuvor Herrn Eisenlohr bei sich zum Diner gehabt und dieser habe sich ausschließlich mit Gesandten Dr. Wellner, dem Stellvertreter Dr. Kroftas, unterhalten, und mit dem Gastgeber nur einige belanglose Worte gewechselt. Herr Eisenlohr lasse sich jetzt überhaupt vollkommen von den Tschechen „einwickeln“. Herr von Wettstein meinte spöttisch, Herr Eisenlohr möchte eben gerne bald Botschafter werden und habe es sich zum Ziel gesetzt, Prag mit Berlin zu versöhnen.

Dass das „Einwickeln“ von tschechischer Seite in Bezug auf die Deutschen fleißig betrieben wird, war auch vor wenigen Tagen zu beobachten, als der neue deutsche Militärattaché, Herr Oberstleutnant Toussaint, durch ein solennes Willkommdiner durch den Generalstabschef selbst in einer Weise gefeiert wurde, wie es bisher noch bei keinem der hiesigen fremden Militärs der Fall war. Es geschehen Zeichen und Wunder!

1711

Bundestag der Republik Österreich

Stenographisches Protokoll zur 29. Sitzung

Sten. Prot. BT

Wien, 3. Dezember 1936

Abg. Dr. Funder: Hohes Haus! Die Beratung des Budgets bedeutet natürlich nicht nur Prüfung von Zifferreihen, sondern ebenso die Prüfung der inneren und äußeren Lebensbedingungen des Staates, eine Übersicht über seine Beziehungen zur Umwelt und eine Kontrolle, unter welchen Erwartungen oder Besorgnissen wir unsere Beziehungen zur Außenwelt an dem Platze, der uns in Europa gesetzt ist,

² Geschäftsträger Kunz an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten, Bericht Nr. 120/Pol., Budapest 21. November 1936 – AdR, Gesandtschaft Budapest Z. 44365/13.

einrichten müssen. Über unsere außenpolitische Lage, darüber, inwieweit unsere Außenpolitik als richtig angesehen werden kann, uns Rechenschaft zu geben, ist umso wichtiger in einer Gegenwart, die dieses Festland in immerwährender, beständiger Unruhe und mehrere Erdteile einem gefährlichen Angriff umstürzlerischer Kräfte ausgesetzt sieht.

Das vergangene Jahr war für uns außenpolitisch ereignisreich wie nicht bald eines. Die Veränderungen, die es für uns gebracht hat, sind bedeutend.

Mit Genugtuung kann heute verzeichnet werden, welche Früchte das große staatsmännische Werk bis nun getragen hat, das wir mit dem Namen der Römerprotokolle vom 17. März 1934 bezeichnen, jener Staatsvertrag, den uns Bundeskanzler Dollfuß als ein Fundament unserer Außenpolitik hinterließ¹. In der Präambel des ersten Protokolls bekennen sich die Staaten Österreich, Italien und Ungarn zu dem „Bestreben, die Erhaltung des Friedens und den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas auf der Grundlage der Achtung der Selbständigkeit und der Rechte jedes einzelnen Staates zu fördern“, und zu der „Überzeugung, dass die Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen den drei Regierungen die realen Vorbedingungen einer weiteren Kooperation mit andern Staaten zu schaffen vermag“.

Diese Worte sind nicht auf dem Papier geblieben. Wir freuen uns dessen, nicht nur weil die aufrichtige Zusammenarbeit, in der Italien seinen Partnern im gegenseitigen Wirtschaftsverkehr freundschaftliches Entgegenkommen erwiesen hat (*lebhafter Beifall*), in dieser Zeit fortdauernder ökonomischer Krisen des Festlandes doppelt wertvollen Nutzen brachte und vorbildlich wurde dadurch, dass sie das bisherige handelspolitische Absperrungssystem wirksam durchbrachen. Die praktische Erfahrung ist heute so weit, dass man mit nüchterner Sachlichkeit sagen kann, dass die Römerprotokolle einer der besten Aktivposten in der europäischen Friedenspolitik geworden sind; sie sind es geworden durch die Stetigkeit, die sie im Donaauraum geschaffen haben, durch die absolute Loyalität des Willens, mit diesem Zusammenwirken auch „die tatsächlichen Voraussetzungen für eine umfassende Zusammenarbeit mit anderen Staaten herzustellen“, und durch ihre Erprobung zum Nutzen des Friedens in der kritischen internationalen Phase, die während des abessinischen Krieges entstanden ist.

Die Verfestigung, die von den Römerprotokollen ausging, gehört auch zu der Vorgeschichte des 11. Juli², zur Beendigung des schmerzlichen Konfliktzustandes zwischen den beiden deutschen Staaten, der wahrlich der gesamtdeutschen Sache Schaden gebracht hat. Es war ein ehrenvoller Frieden, den Österreich geschlossen hat. Diejenigen, die dieses Abkommen dennoch mit Kritik, Zweifel und Ablehnung umranden, möchte man fragen, ob sie Feindschaft und nachbarlichen Krieg in irgendwelchen Beziehungen und gar zwischen deutschen Staaten für

¹ ADÖ 9/1437.

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

einen erträglichen und vernünftigen Dauerzustand halten können und ob nicht ein verantwortungsbewusster Staatsmann vor Gott und der Welt verpflichtet ist, an Stelle der Feindschaft den Frieden zu setzen, wenn er ihm unter ehrenvollen Bedingungen erreichbar ist. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Natürlich wird jeder, der diesen Frieden will, jeden Einsatz von Klugheit, Vorsicht und geduldiger Konsequenz zu leisten haben, damit der Friede seinen gewollten Sinn und Wert erhalte und in allen seinen Teilen und Wirkungen geistiges Gemeingut des ganzen deutschen Volkes werde. Es wird dabei niemals und nirgends zu vergessen sein, dass unsere völkische Zusammengehörigkeit ihren Adel aus der Kulturgemeinschaft empfängt, und diese wird umso fester verankert und umso harmonischer sein, je stärker und freier ihre im Christentum ruhenden Wurzeln in die Öffentlichkeit und ihre Einrichtungen ausgreifen.

Österreich hat in diesen harten Jahren den Willen zu seiner Unabhängigkeit mit Erfolg außer Zweifel gestellt und durch seine tapfere Selbstbehauptung unzweifelhaft seine internationale Stellung gestärkt. Diese Geltung erwarb es nicht zuletzt auch durch die Haltung, die es in Genf eingenommen hat, als durch die Sanktionen gegen Italien der europäische Friede in das gefährlichste Minenfeld geriet, das er seit 1918 passiert hatte.

Das kleine Österreich hat als erster Staat gegen die von Großmächten geführte Sanktionspolitik fast des ganzen Völkerbundes Stellung genommen und dadurch im Verein mit Ungarn und auch der Schweiz die Einheitsfront der Sanktionsanhänger durchbrochen. Diese Haltung Österreichs hat viel Kritik erfahren, und es war gerade kein liebenswürdiger Rat, als man uns empfahl, Österreich solle zusehen, dass es nicht eines Tages das Schicksal Abessinien erleide. Seit damals hat sich das allgemeine Urteil wesentlich geändert, und heute weiß man, dass unsere Haltung die richtige war. (*Zustimmung.*)

Aber diese Politik, die ebenso in der natürlichen Gebundenheit an untrennbare nachbarliche Wirtschaftsbeziehungen begründet war wie in der Zuverlässigkeit gegenüber einem Freunde, der uns in schwieriger Lage beigestanden war – diese Politik war nicht nur klug und vorausblickend, sondern auch mutig und entschlossen. In einer außerordentlich gefährlichen internationalen Krise, die Europa hart an den Rand eines neuen Großkrieges geführt hat, hat das kleine Österreich im Verein mit anderen kleinen Staaten durch seine beharrliche Haltung eine unabmeßbare Verschärfung der Weltkrise verhindert, indem es einer unrichtigen Politik die Möglichkeit nahm, sich restlos durchzusetzen. (*Beifall.*)

Es hat sich gezeigt, dass auch ein kleiner Staat selbst in großen politischen Fragen mitbestimmend eingreifen kann, und es hat sich überdies erwiesen, dass eine tapfere und entschlossene Stellungnahme einer schwächlichen Neutralität, einem ängstlichen Zwischen-den-Stühlen-Sitzen immer vorzuziehen ist. Wir haben dargetan, dass wir nicht etwa nur ein kümmerlicher Schützling irgendwelcher Großmächte sind, der nur in deren Schatten leben kann, sondern dass wir bereit sind, entschlossen auf die Weltbühne hinauszutreten und unabhängig unsere Meinung

zur Geltung zu bringen, auch wenn diese anderen Anschauungen, auch solchen von Stärkeren, entgegen ist. Und man darf sogar sagen, dass wir dadurch, dass wir es verhindern halfen, dass der Konflikt auf die Spitze getrieben werde, einen Dienst dem Völkerbund erwiesen haben, den wir, dankbar für seine Leistungen zum Nutzen unseres Landes, wenn auch für reformbedürftig – für sehr reformbedürftig! -, so doch als unentbehrliches Friedensinstrument ansehen.

Wir haben auch erwiesen, wieviel dieses selbständige und unabhängige Österreich seinen Freunden zu geben vermag. Vielleicht werden jetzt manche leichter verstehen, was wir unter der Mission Österreichs begreifen. Unsere Überzeugung von der besonderen friedlichen und ausgleichenden Mission Österreichs auf diesem Fleck Erde, an diesem Schnittpunkte nationaler und ökonomischer Interessensphären, ist kein freundliches Phantasma; sie ruht in politischer Realität und hat es erwiesen. (*Zustimmung.*)

Vielleicht darf man darin über unsere Grenzen hinaus das vielsagende, politisch bedeutungsvollste Ergebnis unserer Außenpolitik erblicken und den Beweis des Wertes der Unabhängigkeit und Selbständigkeit Österreichs vor seinen Freunden und vor seinen Gegnern. Sicher hat zu dem allgemein guten Verlauf der Dinge beigetragen, dass das Verhältnis zu unseren Nachbarn und Freunden in persönlicher Fühlungnahme eifrig gepflegt und so von jenem gesunden Leben durchblutet wird, das aus gegenseitigem Vertrauen erwächst. Auch weiterhin soll als unsere Parole gelten: Klare und offene Stellungnahme in allen inneren und äußeren Problemen, keine Zweideutigkeiten, kein Zwielficht, keine Politik zwischen zwei Stühlen, wir sollen einer der klarsten Faktoren Europas sein, über dessen Haltung in keiner Hinsicht ein Zweifel bestehe, ein zuverlässiger Freund seiner Freunde, ein entschlossener Gegner dem, der ihm übel will.

Friedrich von Gentz schrieb 1813 von dem damaligen Österreich:

„Im Sonnenschein der Gesundheit und Stärke eines Staates mit ausgebreiteten Mitteln oder unbeschränkter Macht auf dem Weltschauplatz eine Rolle zu spielen, ist so schwer nicht. Aber von allen Seiten beengt und von allen Seiten von widerstrebenden Elementen und tausendfältigen Hindernissen umringt, ein von Wind und Wetter 20 Jahre lang geschlagenes Schiff durch Klippen und Untiefen wieder aufs offene Meer zu führen – diese Kunst ist nur wenigen gegeben!“

Mit aller notwendigen Bescheidenheit dürfen wir dieses Wort auf die Veränderungen anwenden, die in der außenpolitischen Stellung Österreichs geschaffen worden sind.

Wir Österreicher haben viele Plagen und Sorgen, aber wir sind auch nicht ohne Erfolge, die uns Vertrauen und Zuversicht geben können.

Wir können uns jedoch nicht der eigenen Sorgen erinnern, ohne auch der Sorgen und Leiden eines Volkes zu gedenken, dem wir uns durch christliche Gesittung und Kultur und auch heute noch durch einstige enge staatliche und dynastische Beziehungen verbunden fühlen. Mit dieser Zuneigung und heißem Mitempfinden gedenken wir Österreicher des spanischen Volkes, das heute sich unter beispiel-

losen Opfern eines grausamen und barbarischen Feindes erwehrt. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) In seiner Freiheit verteidigt das heroische Spanien auch das christliche Abendland. Möge sein Martyrium das Unterpfand seines Sieges und seines Auferstehens sein zu neuer Glorie! (*Großer, lang anhaltender Beifall und Händeklatschen.*)

1712

Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 236/Pol.

AdR, NPA
Deutschland
Z. 45255/13

Rom, 19. Dezember 1936

Vor einigen Tagen bei einem Diner auf der polnischen Botschaft hat mich Graf Ciano beiseite genommen und mir gesagt, es liege ihm so ganz besonders am Herzen, dass österreichischerseits nichts erfolge, was seitens Deutschlands als gegen den freundschaftlichen Geist des Akkords vom 11. Juli¹ gerichtet angesehen werden könnte.

Ich habe dem Herrn Minister nur erwidert, dass die Historie unserer Beziehungen zum Dritten Reich in den letzten Jahren wohl beweise, dass Sünden wider den Geist der Volksgemeinschaft nur von der anderen Seite begangen worden sind.

Die Äußerung Graf Cianos, an und für sich belanglose Phrase, gewinnt nur darum Bedeutung, weil sie mir gegenüber kurz nach dem offiziellen Communiqué der Bundesregierung in Angelegenheit der allzu lebhaften Begrüßung der deutschen Brüder durch einheimische Unentwegte erfolgte.

¹ Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

1713

Gesandter Baar-Barenfels an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 6/Pol.

AdR, NPA

Gesandtschaft Budapest

Z. 34477/13

Budapest, 13. Januar 1937

Ich habe heute meinen ersten Besuch beim Herrn Ministerpräsidenten v. Darányi gemacht. Herr v. Darányi begrüßte mich in herzlichster Weise.

Er erwähnte seine Vorsprache beim Herrn Bundeskanzler Schuschnigg und die Frage des Austausches von Offizieren, die bei dieser Unterredung behandelt worden war und die er sehr begrüßte. Er hob jedoch hervor, dass bisher nicht so viele österreichische Offiziere nach Ungarn kamen, als ungarische nach Österreich. Als Folge seiner Unterredung mit dem Herrn Bundeskanzler hat sich Herr v. Darányi bereits mit dem Honvédminister in Verbindung gesetzt, der der Sache auch freundlich gegenübersteht, um die künftigen Modalitäten zu besprechen.

Zu den wirtschaftlichen Fragen bemerkte der Ministerpräsident, dass das wirtschaftliche Verhältnis bisher noch nie so günstig war wie jetzt und dass auch die Frage der Schweine und des Weizens, wie er glaube, einer günstigen Erledigung entgegenstehe; leider stoße aber die Ausfuhr ungarischen Weines nach Österreich noch immer auf Schwierigkeiten. Ich hatte den Eindruck, dass es ihm hiebei nicht so sehr auf einen wirtschaftlichen Erfolg, als auf einen Achtungserfolg für Ungarn ankäme. Er betonte, es zwar zu verstehen, dass Österreich momentan in größeren Mengen italienische Weine einführen müsse und deshalb von Ungarn nicht beziehen könne. Ich erwiderte ihm hierauf, dass es sich wohl nicht um italienische, sondern für uns um Südtiroler Weine handle.

Herr v. Darányi unterließ nicht hervorzuheben, dass er sich während seines Urlaubes in Österreich außerordentlich wohl gefühlt habe.

Schließlich forderte er mich unter Berufung auf die alte Kameradschaft auf, mich stets, wann immer ich es nötig fände, an ihn direkt zu wenden, er werde mir immer zur Verfügung stehen und mir besonders auch hinsichtlich der Innenpolitik stets in voller Aufrichtigkeit seine Informationen geben.

Ich besuchte heute auch Herrn v. Kánya. Dieser kam auf die alten Zeiten zu sprechen, ohne dass dabei besondere politische Äußerungen fielen.

Politisch interessant war nur die Äußerung Herrn v. Kányas über das englisch-italienische Abkommen. Es sei nur bedauerlich, bemerkte Herr v. Kánya, dass das Abkommen weder von einer Abrüstung noch von einer Beschränkung der Rüstungen spreche. Immerhin habe das Abkommen, wie Herr v. Kánya vom ungarischen Gesandten in London erfuhr, in England sehr befriedigt. Auch Rom

sei damit ziemlich zufrieden. Ebenso könne es für Ungarn als günstig bezeichnet werden, da es doch dem allgemeinen Frieden dient und seine Auswirkungen bis zu uns reichen. Natürlich hänge viel davon ab, ob ein ähnliches Abkommen zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reiche zustande kommen werde.

Über die in den Zeitungen erschienenen Meldungen über angeblich bevorstehende Auslandsreisen des Herrn Reichsverwesers scheinen nach meinen Informationen in der Regierung noch keine endgiltigen Beschlüsse gefasst worden zu sein.

1714

Gesandter Hornbostel an Gesandten Tauschitz (Berlin)

Weisung (streng vertraulich)

AdR, NPA

Deutschland/Geheim IV/1

Z. 34574/13

[Wien,] 17. Januar 1937

Bekanntlich hat der „Angriff“ vom 5. v. M. eine auch vom dortigen Vertreter der „Amtlichen Nachrichtenstelle“ an den Bundespressedienst gemeldete Nachricht über angebliche „Durchreisen von Sowjetrussischen Offizieren“ durch Österreich gebracht. Hierauf erfolgte im Wege einer Traktatus-Meldung der Wiener Amtlichen Nachrichtenstelle das in Abschrift zuliegende Dementi.

Nun hat laut einer Meldung Gesandten Berger-Waldeneggs von gestern Ministerpräsident Göring unserem Gesandten gegenüber u.a. wieder die Beschwerde vorgebracht, dass „russische Offiziere und Agenten über Österreich nach Spanien reisten, ohne dass unsererseits Maßnahmen zur Verhinderung getroffen würden und dass auch in allerletzter Zeit ihm und der italienischen Regierung zwei starke Transporte von Sowjet-Offizieren durch Österreich bekannt geworden wären.“

Italienischerseits wurde Gesandten Berger-Waldenegg auf seine Anfrage erklärt, dass der italienischen Regierung von den oberwähnten sowjetrussischen Transporten durch Österreich nichts bekannt sei, was sich ohneweiters daraus erklärt, dass solche Transporte weder in jüngster noch auch in weiter zurückliegender Zeit jemals stattgefunden haben.

Gesandter Berger-Waldenegg wird daher u. E. angewiesen, sowohl der italienischen Regierung als auch dem deutschen Botschafter gegenüber festzustellen, dass die szt. Meldung des „Angriff“ jeder Grundlage entbehrt hat und demgemäß unsererseits auch kategorisch dementiert worden ist, dass ferner zu jener Zeit eine neuerliche Verschärfung der Modalitäten bei der Erteilung von Visen an sowjetrussische Staatsangehörige eingeführt und schließlich die österr. Grenzbehörden

angewiesen worden sind, alle Reisenden ohneweiters zurückzuweisen, bei denen der Verdacht vorliegt, dass Spanien ihr mit dem Zwecke der Teilnahme an den kriegerischen Operationen verbundenes Reiseziel ist. Letztere Maßnahme erwies sich insbesondere mit Rücksicht auf einzelne – allerdings zahlenmäßig nicht sehr starke – Gruppen von aus der Tschechoslowakei durchreisenden Personen, die sich vermutlich nach Spanien begeben wollten, als zweckmäßig. Hieraus geht eindeutig hervor, dass alle einschlägigen Nachrichten und Behauptungen vollkommen haltlos sind und systematische Verleumdungsversuche darstellen, denen unsererseits auf das Energischste immer wieder entgegengetreten werden muss. Bei dem gleichen Anlasse hat Herr Göring auch seiner Besorgnis darüber Ausdruck gegeben, dass sich in jüngster Zeit die Verhaftungen von „Nationalen“ in Österreich wieder mehrten, sodass von einer „neuerlichen Verfolgungswelle“ gesprochen werden müsse. Auch diese Behauptung des Herrn preußischen Ministerpräsidenten entbehrt jeder Grundlage, da einerseits Verhaftungen von „Nationalen“ seit geraumer Zeit überhaupt nicht vorgekommen sind, andererseits die Anhaltungen und Verfolgungen von Nationalsozialisten wegen staatsfeindlicher Betätigung sich auch in den letzten Wochen in dem seit dem 11. Juli¹ sehr beschränkten Ausmaß halten.

Ich beehre mich, Sie auftragsgemäß zu ersuchen, auch Ihrerseits im dortigen Außenamt die vollkommen haltlosen Beschwerden Herrn Görings, die er, wie angenommen werden muss, außer Gesandten Berger-Waldenegg auch anderen Mitrednern gegenüber vorbringen dürfte, zur Sprache zu bringen und zu betonen, dass wir es befremdlich und peinlich empfänden, dass trotz allen amtlichen Feststellungen österreichischerseits von so hochgestellter deutscher Seite derartige grundlose Behauptungen neuerlich aufgetischt werden. Wir müssten uns insbesondere auf das Energischste dagegen verwehren, dass aus irgendwelchen mehr oder minder durchsichtigen und keineswegs einwandfreien Gründen Österreich immer wieder der Schwäche oder gar der Parteinahme für bolschewistische Machenschaften verdächtigt werde. Diese Verleumdungen stünden nicht nur mit unseren wiederholten zwischenstaatlichen Erklärungen (vgl. das Protokoll der Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten sowie das jüngste Berliner Protokoll)² in diametralem Widerspruch, sondern stellen den tatsächlichen Sachverhalt auf den Kopf.

Wollen Sie auch bei erster Gelegenheit Ministerpräsidenten Göring persönlich eingehend in obigem Sinne aufklären und über Ihre einschlägigen Gespräche berichten.

¹ Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

² Wiener Konferenz der Römer Protokollstaaten am 11. und 12. November 1936 – ADÖ 11/1697 und Protokoll der Verhandlungen Staatssekretär Schmidt mit deutschem Außenminister Neurath am 21. November 1936 in Berlin – ADÖ 11/1701.

1715

Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär SchmidtBericht Nr. 15/Pol. (geheim)¹

AdR, NPA

Deutschland/ Geheim IV/1

Z. 34680/13

Rom, 17. Januar 1937

Mein ungarischer Kollege hatte um eine Audienz bei Ministerpräsident Goering angesucht und in loyaler Weise mich hievon telephonisch in Kenntnis gesetzt. Ich habe darauf den deutschen Botschafter ersucht, auch mich für eine Vorsprache bei Herrn Goering vorzumerken.

Ich erhielt die Antwort, dass der Herr Ministerpräsident mich sehr gerne am Samstag Abend empfangen wolle und sich nur entschuldigen lasse, dass er erst spät abends zur Verfügung stehen könne.

Als ich nun gestern abends in die Villa Madama kam, musste ich noch eine halbe Stunde zuwarten, weil der König von Spanien bei Goering war. Wie ich später erfuhr, dauerte der Besuch des Königs über eine Stunde. Dass die Diskussion eine sehr lebhaft war, konnte ich im Nebenzimmer, in dem ich zuerst allein, dann in Gesellschaft des ungarischen Gesandten wartete, deutlich vernehmen.

Nach dem König von Spanien wurde ich zum preußischen Ministerpräsidenten gebeten. Dieser empfing mich in herzlicher Form und betonte, es freue ihn sehr, mich zu sehen und es sei ihm ein Bedürfnis, über zwei Fragen mit mir zu sprechen. Nun werde ich mich bemühen, im Nachstehenden möglichst getreu den Gedankengang zu wiederholen, den mir Herr Goering entwickelte und den er mich ersuchte, Ihnen, Herr Staatssekretär, zu dem er aufrichtiges Vertrauen besitze, zu vermelden.

Er hätte in der letzten Zeit aus Österreich Nachrichten, die ihn sehr beunruhigt hätten. Diese Nachrichten seien ihm auch bis hierher nach Rom nachgeeilte. Sie bewegen sich in zwei Richtungen:

Erstens melde man ihm, dass über Österreich eine direkte Welle von Verfolgungen der Nationalen gehe. Er, Goering, sei bisher stets ein treuer Verfechter des Akkords vom 11. Juli² gewesen. Über ausdrücklichen Wunsch von Ihnen, Herr Staatssekretär, hätte er zum Beispiel auch die Breslauer Rede gehalten und es sei ihm gelungen, bei den Parteigenossen Verständnis für das Juliübereinkommen zu erwecken, damit aber auch fuer die Herstellung guter Beziehungen zu Österreich.

¹ Dazu auch Gesandter Berger-Waldenegg an Gesandten Hornbostel, Telegramm Nr. 4 (Chiffre, geheim), Rom 18. Januar 1937 – AdR, NPA Deutschland/Geheim IV/1, Z. 34574/13.

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

Nun schaffe man eine unmögliche Situation, wenn man jeden, der nur irgendwie seine Bewunderung fuer Hitler oder für im Deutschen Reiche heilige Gedanken äußere, einkerke. Er sei unendlich besorgt, dass dieses Vorgehen, das doch eigentlich nicht von dem freundschaftlichen Geiste des Juliakkords getragen sei, wieder leicht dazu führen könnte, Hitzköpfe zu Verzweiflungstaten zu verleiten. Er hatte nach der Berliner Besprechung mit Ihnen, Herr Staatssekretär, das Gefühl einer erfolgten Klärung. So, wie er Ihre Erklärung, Herr Staatssekretär, dass Österreich sich als ein deutscher Staat fühle und deutsche Politik führen werde, mit Dank zur Kenntnis genommen habe, so habe er die Selbständigkeit dieses Österreichs anerkannt. Natürlich wolle er Niemandem das Wort reden, der sich gegen die Staatsautorität vergehe, aber schließlich müsse man als Mensch Mitleid mit den Verzweifelten haben. Die Durchreise durch Kufstein und überhaupt durch Tirol hätte in ihm einen düsteren Eindruck von Trostlosigkeit aller, die er sah, hinterlassen. Ganz besonders in Kufstein hätte er nichts als Gendarmen erblickt und hinter diesen ein paar traurige Gesichter, die ihm verstohlen zugewinkelt hätten. Er hätte den Vorhang herabgelassen, um nicht ein paar arme Teufel, weil sie vielleicht „Heil Hitler“ oder „Heil Goering“ gerufen hätten, hinter Kerkermauern zu bringen. Herr Staatssekretär hätten in Berlin ganz richtig gesagt, man könne nicht verlangen, dass alle Sicherheitsdirektoren sich von einem Tag auf den anderen sofort richtig – d.h. im Sinne des Juliakkords – umstellen. Nun seien aber Monate verflossen und das Verhältnis bessere sich nicht, ja verschlechtere sich in der letzten Zeit. Wenn das Übereinkommen vom 11. Juli in Brüche gehen sollte, was dann? Nach seiner Auffassung und seiner Kenntnis seien leider in Österreich Elemente am Werke, denen dieses Übereinkommen nicht passe und die ohne Unterlass bemüht sind, Gift zu säen.

Die zweite Frage, die ihm schwere Sorge mache, sei folgende: Österreich habe sich wiederholt in anerkennenswerter Weise als antibolschewistischer Staat bekannt. Nun sei es aber nach seinen Meldungen Durchzugsland fuer die von Russland nach Spanien reisenden Kommunisten geworden. So hätte die Österreichische Regierung in der allerletzten Zeit zwei Transporte sowjetrussischer fuer Spanien bestimmter Offiziere durchgelassen. Er könne mir sagen, dass man sich auch hier in Rom sehr über dieses Faktum gewundert habe. (Da ich morgen ins Palazzo Chigi gehe, werde ich dort feststellen, ob dieses „Wundern“ der italienischen Regierung in dieser Form den Tatsachen entspricht.) Italien und Deutschland bilden eine Barriere gegenüber solchen Reisenden, sie begnügen sich nicht, die Pässe nur oberflächlich anzusehen. Er wisse, dass in der Tschechoslovakei eine Zentrale fuer den bolschewistischen Menschenexport nach Spanien bestehe, die die Leute mit scheinbar regulären Pässen versehe. Wenn Österreich antibolschewistisch eingestellt sei, woran er doch nicht zweifeln wolle, dann sollten wir doch eine etwas genauere Überwachung der Reisenden veranlassen, um zu verhindern, dass jene Elemente, die unsere Freunde Italien und Deutschland bekämpfen, sich ständig über Österreich frisch rekrutieren.

Er sei überhaupt der Meinung, dass die Bolschewikengefahr eine geradezu imminente und dass Österreich davon in erster Linien bedroht sei. Er verstehe es nicht, dass diese Gefahr in Österreich selbst scheinbar recht gering eingeschätzt werde. Denn nach seinen Informationen sei gerade Österreich von einem gut organisierten kommunistischen Netz überzogen, das in jedem Momente in Aktion treten könne.

Die Unterredung mit Herrn Goering dauerte über eine halbe Stunde. Ich verhielt mich mehr minder rezeptiv und erwiderte nur gelegentlich Seiner Exzellenz, dass er hinsichtlich unserer antibolschewistischen Einstellung völlig beruhigt sein könne, sie bestehe nach wie vor.

Herr Goering nahm dann noch meine Mitteilung, dass ich Ihnen Herr Staatssekretär, von seinen Äußerungen Meldung erstatten werde, mit großer Befriedigung zur Kenntnis.

Morgen, Montag, begeben sich, wie ich weiter oben schon berichtete, in das Auswärtige Amt. Ich werde trachten, zu erfahren, wie weit der deutsche Staatsmann seine mir gegenüber entwickelten Gedankengänge auch im Palazzo Chigi an den Mann brachte, und darüber berichten.³

1716

Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 18/Pol. (geheim)

AdR, NPA

Deutschland/Geheim IV/1

Z. 34719/13

Rom, 19. Januar 1937

Graf Ciano empfing mich heute in der liebenswürdigsten Weise, um mir zur Weitergabe nach Wien Informationen über die Gespräche zu geben, die zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten einerseits und Mussolini sowie ihm andererseits stattgefunden haben.¹ Der italienische Außenminister betonte, dass er an allen Gesprächen des Duce mit Herrn Goering teilgenommen habe, sodass ihm keine Äußerung des Letzteren entgangen sein könne. Er wolle mir vollkommen reinen Wein einschenken, richte aber an Sie, Herr Staatssekretär, die Bitte, von dem, was ich im nachstehenden melden werde, keinen Gebrauch zu machen.

³ Siehe weiter ADÖ 11/1716; zur persönlichen Reaktion Staatssekretär Schmidt auf Ministerpräsidenten Göring – ADÖ 11/1723.

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 11/1715.

Es versteht sich von selbst, dass eine eingehende gemeinsame Betrachtung der allgemeinen Lage erfolgte und dass mehr minder alle politischen Fragen von Interesse zur Diskussion gelangten, wobei eine erfreuliche Übereinstimmung in den Auffassungen Italiens und Deutschlands festgestellt werden konnte.

Die spanische Frage nahm einen weiten Raum bei diesen Besprechungen ein und hier war es wieder der militärische Teil, der vornehmlich interessierte. In den nächsten Tagen werden auf Seite Francos neue starke italienische und deutsche Kräfte eingreifen. In der Zwischenzeit will man die Beantwortung der englischen Note hinausziehen und erst abwarten, dass Franco diese Kräfte wirksam an einem Punkte einsetzt. Der Minister rechnet, dass der anzusetzende Stoß sich bis Ende der Woche fühlbar gemacht haben wird. Dann wird eine sehr höfliche, jede weitere Diskussion zulassende Beantwortung in analogem Sinne durch Italien und Deutschland erfolgen, er nannte – auf den Kalender schauend – den Samstag. Dann fügte er aber hinzu, dass, wenn Franco Kräfte wieder verzettelt, man sich tatsächlich fragen müsse, ob man noch etwas für ihn tun könne.

Nun bat ich ihn, mir zu sagen, ob man mit Goering viel über Österreich gesprochen und ob sich dieser nicht vielleicht über uns beklagt habe, so wie er es mir gegenüber tat. Erst wollte Graf Ciano nicht recht mit der Sprache herausrücken, dann sagte er plötzlich, dass Goering bei einer Besprechung beim Duce auf Österreich zu sprechen gekommen ist. Er hat ausdrücklich betont, dass er nur theoretisch und akademisch spreche und dass er seine persönliche Auffassung zum Ausdruck bringe. Dabei hat er den Gedanken entwickelt, dass der Zustand, dass ein 6 Millionen-Volk deutscher Rasse vor dem Tore Deutschlands steht, ohne Einlass zu erhalten, direkt gegen jede nationale Moral ist. Er begegnete bei seinen Ausführungen dem Schweigen des Duce und Cianos. Und als er dann gewissermaßen den Duce um seine Auffassung fragte, erwiderte dieser ziemlich knapp, dass die italienische Politik ein Zusammenarbeiten mit dem Deutschen Reiche, aber auch am Akkord vom 11. Juli² festhalten will. Goering brach darauf das Gespräch ab und ließ später durch eine dritte Person andeuten, dass er diese Konversation als nicht erfolgt anzusehen bitte. Im weiteren Verlaufe der Gespräche hat er noch mit Bedauern erwähnt, dass man in Österreich die nationalen Elemente in einer Art und Weise verfolgt, die dem Geiste des Juli-Akkords nicht entspricht. Er hat auch beigelegt, dass Leute, die auf den Bahnhof gekommen waren, ihn zu begrüßen, daran verhindert wurden, und dass er, um braven Leuten keine Schwierigkeiten zu bereiten, mit herabgelassenen Jalousien fahren musste. Lachend sagte dazu Graf Ciano, dass sein Schwager, der mitgefahren ist, ihm erzählt hat, dass solches Publikum nirgends zu sehen war und dass Goering immer mit offenen Jalousien fuhr.

Nun frug ich Graf Ciano, ob Italien sich vielleicht auch – gleich wie Goering mir gegenüber – darüber zu beklagen hat, dass wir uns zum Durchzugsland für die

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

Bolschewiken hergeben und dass wir sogar „Transporte“ sowjetrussischer Offiziere durchlassen.

Der italienische Außenminister antwortete mir, dass ihm darüber nichts bekannt und dass es ihm auch rätselhaft ist, wieso Goering mir sagen konnte, dass man in Rom ähnliche Wahrnehmungen gemacht hat. Darüber wurde überhaupt nicht gesprochen. Dann dachte er nach und sagte: „Aber ich weiß, dass er dem ungarischen Gesandten so ähnliche Bemerkungen über Österreich machte.“ Ich konnte mich nicht zurückhalten, dem Außenminister zu sagen, dass mir hier deutlich eine Taktik der Brunnenvergiftung vorzuliegen scheint.

Der Außenminister erzählte mir dann noch, aber mit der nochmaligen Bitte um absolute Verschwiegenheit, dass Goering eine Andeutung gemacht hat, wonach er – im Falle dem Führer etwas zustoßen würde – dazu ausersehen sei, das Heft in die Hand zu nehmen.

Goering ist jetzt nach Capri gefahren und wird sich Donnerstag auf der Rückreise einige Stunden in Rom aufhalten. Wie mir Graf Ciano noch sagte, wird er an diesem Tage noch eine Besprechung mit dem preußischen Ministerpräsidenten haben.³

1717

Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 25/Pol. (streng geheim)

AdR

Gesandtschaft Rom

Z. 34832/13

Rom, 21. Januar 1937

Gestern bin ich auf eine neue Brunnenvergiftung Herrn Görings gestoßen.¹

Der König von Spanien, bei dem ich – weil ich ihn näher kenne – in Audienz war, erzählte mir unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit, der deutsche Reichsminister hätte sich ihm gegenüber geäußert, Österreich täte besser daran, die Bolschewiken zu bekämpfen, als gegen die Nationalen in der Heimat zu Felde zu ziehen, unschuldige Vereine zu verbieten u.dgl.. Da ich schon im Besitze der dortigen Informationen war, konnte ich Seiner Majestät die Haltlosigkeit der Behauptungen Herrn Görings nachweisen und den Gegensatz von Dichtung und Wahrheit klarlegen. Der König folgte meinen Ausführungen mit großem Interesse. Jedenfalls war es gut, dass wir auf dieses Thema zu sprechen kamen, denn

³ Siehe weiter ADÖ 11/1717.

¹ Zum Aufenthalt Goerings in Rom siehe bereits ADÖ 11/1715 und ADÖ 11/1716.

Herr Göring hatte König Alfons die drohende Bolschewikengefahr in Österreich so eingeredet, dass dieser glaubte, anlässlich seiner Anwesenheit bei uns sie auch selbst als vorhanden festgestellt zu haben. Der König kam in seinem Gespräche ununterbrochen auf den ihm jedenfalls auch vom preußischen Ministerpräsidenten suggerierten Gedanken zu sprechen, gerade wir in Österreich sollten eine Art österreichischer Nationalsozialisten schaffen, um sie gegen die Bolschewiken loszulassen.

Seine Majestät hat mich noch ersucht, seine Person unter keinen Umständen mit dieser Sache in Verbindung zu bringen und unser Gespräch als nicht stattgefunden anzusehen.²

1718

Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 28/Pol. (geheim)

AdR

Gesandtschaft Rom

Z. 34901/13

Rom, 23. Januar 1937

Aus einem längeren Gespräche, das ich mit dem König von Spanien hatte, möchte ich folgende Bemerkungen Seiner Majestät hervorheben, die für uns vielleicht ein unmittelbares Interesse haben.

Vor allem ist es dem König gelungen, zwischen Erzherzog Eugen und Horthy zu vermitteln und damit die Herstellung eines gewissen Verhältnisses zwischen beiden anzubahnen.

Dann ist es Erzherzog Albrecht gewesen, der es zu verhindern wusste, dass die von der ungarischen Regierung und speziell vom ungarischen Generalstab anfänglich so begrüßte Teilnahme österreichischer Truppendeputationen beim Begräbnis Erzherzog Friedrichs zustande kam. Es sind gewisse Prätendenten-Velleitäten, die den Erzherzog befürchten ließen, dass – wenn das Begräbnis nicht rein ungarisch sei – seine Popularität darunter hätte leiden können.

Und dann sagte mir König Alfons mit der Bitte um Wahrung strengster Diskretion, Herr Göring hätte ihm mit einer argen Verärgerung erzählt, dass in Österreich schon wieder die Habsburgiade zu spielen beginnt. Deutschland ist aber wachsam und wenn da irgendetwas geschieht, so wird das deutsche Heer ohne Zögern mit aller Macht nach Österreich marschieren und Ordnung schaffen.¹ Ich sagte dazu

² Siehe weiter ADÖ 11/1718.

¹ Zum Aufenthalt Goerings in Rom siehe bereits ADÖ 11/1715 – ADÖ 11/1717.

dem König, dass hier wieder ein Traumgebilde des preußischen Ministerpräsidenten vorliegt, dass es ihn und Deutschland aber im übrigen nichts angeht, wie wir unser Haus bestellen und dass die deutsche Regierung unser gutes Recht, im eigenen Hause die Herren zu sein, ja auch anerkannt hat. Ich verwies hiebei auf die nach dem Abschluss des Juliakkords und dem Berliner Besuch sowohl von Ihnen, Herr Staatssekretär, wie auch vom Herrn Bundeskanzler in diesem Sinne wiederholt abgegebenen Erklärungen.

1719

Oberst Liebitzky an Bundeskanzler Schuschnigg

Bericht (streng vertraulich, geheim)

AdR, NPA

Italien/ Geheim I/1

Z. 36615/13

Rom, 23. Jänner 1937

Anliegend gestatte ich mir über meine längst fällig gewesene, aus verschiedenen Gründen verschobene Vorsprache bei M[ussolini] zu berichten. Sie erfolgte, mit Wissen des H. Gesandten [Berger-Waldeneegg], zum Zwecke der Betreibung der Lieferungsangelegenheiten. M. selbst kam auf unsere Innenlage zu sprechen.

Ich habe alle meine Wissenschaft so weit als nur möglich angebracht, und viel mehr gesagt, als ich in meinem Bericht schreibe.

Ich glaube zur Klärung und zur Verbesserung des Verständnisses für unsere Schwierigkeiten Manches beigetragen zu haben. Und es schien mir dies sehr notwendig, weil da, neben manchen berechtigten Eindrücken, auch viele absichtlich beigebrachte Beeinflussungen merkbar waren.

Wie ich schon letzthin mündlich erwähnte, schiene mir eine Aussprache von Mann zu Mann [...] schon recht angezeigt.

Die letzten Worte in der Blge. 2 waren sehr bestimmt gesprochen und recht trostreich anzuhören, allerdings ist immer eine Vorbedingung: unser Wille! Doch die Wacht am Brenner wird bestehen. Gott gebe nur, dass die span. Sache bald gut vorbeigehe.

Die mir offen gemachte Äußerung in Blge. 1., 1. Absatz, bitte ich ganz reservat zu behandeln. Ich möchte da das mir gezeigte Vertrauen nicht enttäuschen.

Über das Politische habe ich, außer Bericht an meinen Chef Ja[nsa]. und StS. Z[ehner], auch den H. Gesandten orientiert, umso mehr als der Inhalt mit vielem übereinstimmt, was in letzter Zeit von Ci[ano]. usw. zu hören war.

Im Allgemeinen habe ich den Eindruck keines besonderen Entzückens über unsere nordwestl. Nachbarn gehabt.

Audienz bei Min.Präsidenten Mussolini am 23. Jänner 1937.

Mussolini zur spanischen Frage:

Die Frage muss mit allem Nachdruck gelöst werden. Bis Mitte Feber werden wir in Spanien 40.000 Mann reguläre Truppen und 400 Geschütze, komplett mit allen Diensten, versammelt haben.

Es werden immer 4000 Mann transportiert und ausgeladen, das kann man natürlich nicht verbergen.

Die Deutschen, die etwa 7-8000 Mann, aber nur Freiwillige dort haben, haben uns gedrängt, dass wir die Truppen hinuntersenden, weil unsere Leute sich besser verständigen können und in kürzester Zeit spanisch können.

Die Deutschen haben hingegen „Dummheiten“ (mit der Bevölkerung) begangen. Sie haben aber viel Material geschickt.

Dass in Spanien bald Ordnung wird, ist unbedingt erforderlich und für Europa entscheidend. Es ist sehr viel, was wir da tun und kostet viel, aber es ist des Einsatzes wert. Aber man weiß nicht, ob dort nicht ein Funken den Krieg bringt. Man muss damit auch rechnen; aber die Sache muss gründlich zu Ende geführt werden.

Über das italienische Flugzeugmaterial:

Gleich als Gl. Franco Ende Juli um Hilfe bat, haben wir ihm Flugzeuge geschickt. Von den ersten 8 Seeflugzeugen verunglückten drei. Dann haben wir unsere Jagdflugzeuge (CR 32) in großen Mengen – Hunderte – hingesendet. Es hat sich als das beste Flugzeug bewährt, im Kampf mit allen Typen: Breguet, Devitine, Potez, Mulitplace und den berühmten russischen Martinbomber.

Alle Typen wurden bezwungen, bei kleinsten eigenen Verlusten wurden 126 feindl. Flieger, zum grossen Teil modernste, abgeschossen.

Auch die Deutschen erkennen dies an und verlangen zur Eskortierung ihrer Bombengeschwader unsere CR 32, denn ihr „Heinkel“-Jagdflugzeug ist absolut unterlegen.

Der Regierungschef kommt auf die Lage in Österreich zu sprechen:

„Wir beobachten die innere Lage in Österreich sehr aufmerksam; und wir haben in den letzten Monaten keine für uns besonders erfreulichen Eindrücke, besonders seit der Reise des Grafen Ciano glauben wir eine gegen Italien sehr unfreundliche Stimmung feststellen zu können.

Die österreichisch-italienische Freundschaft greift nicht tiefer ins Volk und ist nur eine ‚protokollarische‘, ein Werk der Diplomaten.

Das österreichische Volk betrachtet uns noch immer als den ‚Erbfeind‘, obwohl doch so viel Wasser in Donau und Tiber zu Tal geronnen ist. Da müssen wir uns fragen, ob wir königlicher als der König und österreichischer als die Österreicher sein sollen und dort helfen sollen, wo man unsere Hilfe gar nicht zu wollen scheint.

Die ‚Berliner Faktoren‘ sagen uns immer: Eure Politik in Österreich ist verfehlt, die Österreicher wollen Euch gar nicht! Die Mehrheit der Bevölkerung ist nationalsozialistisch und will zu Deutschland, will den ‚Zusammenschluss‘ (was – wie M. lächelnd beifügte – natürlich dieselbe Sache, wie der ‚Anschluss‘, die ‚Gleichschaltung‘ usw. ist); dann ist da – sagen die Berliner Faktoren – eine starke Gruppe der Sozialdemokraten, die wollen Euch Italiener nicht, weil Ihr Faschisten ‚Reaktionäre‘ seid. Die Freundschaft mit Italien wollen nur die ‚derzeit Regierenden‘. Was Ihr Italiener also in Österreich tut, ist ‚a fonds perdue‘. Es gibt da durch Kunst, Religion usw. gewisse Gemeinsamkeiten, aber die sind ohne Bedeutung. Bedeutungsvoll ist der Wirtschaftsverkehr, der hilft wohl der österreichischen Wirtschaft, aber die deutsche Wirtschaft wird dagegen, so sagen die Berliner Faktoren, der österreichischen noch weit mehr helfen. Also was wollt Ihr Italiener in Österreich?

Die Achse Rom-Berlin braucht ja gar nicht, sagen die Berliner, über Wien zu gehen. Bei den Ungarn ist es, sagen weiter die Berliner Faktoren, gerade umgekehrt: da hat die Volksmasse Sympathie für Euch Italiener und die regierende Schicht liebt Euch gar nicht.

Ich weiß wohl, fuhr M. fort, dass dies Alles nicht so stimmt, aber wir sehen die Stimmung in Österreich, ohne dass die Regierung etwas tut oder zu tun wagt, etwas – Berechtigtes – dagegen zu tun, um diese Stimmung gegen Italien zu ändern. Und wir wollen doch Österreich helfen, unser Interesse ist das alte, gleiche.“ Darauf erhob ich den Einwand, dass diese angebliche anti-italienische Stimmung wohl weit übertrieben sei, aber gewiss teilweise bestehe. Sie habe mehrere Gründe:

1. die noch nicht überwundene Bitterkeit über den unglücklichen Kriegsausgang;
2. Südtiroler Frage;
3. gerade die antiitalienische Propaganda der Nationalsozialisten, die trotz der Freundschaft Rom-Berlin immer wieder gegen Italien, als Hindernis des „Anschlusses“ losziehe.

(Mussolini nickt bei jedem Punkte bejahend mit dem Kopfe.)

Ich wies auf die Schwierigkeiten hin, die Österreich auch nach dem 11. Juli¹ habe, trotz der Entspannung sei unsere Lage nicht leichter, in mancher Beziehung sogar schwieriger geworden. Gerade in der Bekämpfung dieser Propaganda, die mit Verfälschung des Sinnes des Abkommens arbeite und sichtlich von außen ermutigt werde. Wir wüssten genau, aus direkten Äußerungen Prominentester, dass man die derzeitige Lage nur als eine „Übergangszeit“ betrachte und diese mangelnde Aufrichtigkeit die ganze Lage beeinflusse.

¹ Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

Ich wies auf die gerade in Rom gefallenen Äußerungen Goerings hin, dass „in Österreich die Nationalen, gegen den Sinn des Juliabkommens, verfolgt würden, Österreich auf die Bekämpfung des Bolschewismus vergäbe“ usw.²

M. interessiert: „Das hat er jetzt hier gesagt?“

Naturgemäss sei unsere Verteidigung durch Rücksichten auf das Abkommen behindert.

Ich fragte, wie reime sich diese antiitalienische Propaganda mit der Freundschaft Berlin-Rom.

Der Herr Regierungschef unterbrach mich und sagte: „Ich kenne diese Propaganda, die P.T. Herausgeber der „Illko“, des „österr. Beobachters“ und wie die Blätter alle heißen, versäumen nicht, mir sie zuzusenden und ich lese da viel antiitalien. Angriffe. So las ich, „dass die Flugspende nur 6.000 S. ergeben habe, weil die unwürdige Regierung Schuschnigg dem Heere die minderwertigen italienischen Flugzeuge aufdränge, dafür das viel bessere Material aus Deutschland zurückweise, die österreichischen Piloten in Italien ausbilden lasse, anstatt sie, wie natürlich, zu den viel besseren deutschen Piloten zu schicken“.

M. bemerkte dazu in Parenthese, dass die deutschen Piloten, die etwas können, nach dem Kriege in Italien, in den Schulen Grottaglie und Castiglione ausgebildet worden seien.

Ich wies daraufhin, dass die beste Propaganda für das neue Italien seine Besucher seien und dass die zahlreichen Offiziere z. B. die im Lauf der Zeit hier gewesen und die jetzt bei den Truppen seien, sehr beeindruckt seien.

M. fragte: „Warum macht StS. Zernatto (der ein junger, begabter Dichter ist) nicht etwas für die Stimmung gegen Italien, der doch mit 400 Amtswaltern hier war? Er müsste etwas machen. Auch gegen die NS-Propaganda kann man nicht ewig in der Verteidigung bleiben, man müsse doch zum Angriff übergehen, eine Idee haben.“ Ich antwortete, dass der Angriff gerade durch das Juliabkommen nicht gerade erleichtert werde.

Ich legte weiter dar, dass die von den Deutschen Faktoren gegebene Darstellung über unsere Innenlage der Wahrheit nicht entspräche; die große Masse der Bauern ist konservativ-katholisch, die Masse der ehemals sozialdemokratischen Arbeiter sei, 3 Jahre nach der Feberrevolution, noch indifferent, aber zufrieden, wenn ihre sozialen Rechte gewahrt bleiben, keineswegs aber nationalsozialistisch. Auch in der sonstigen Bevölkerung gibt es sehr starke vaterländisch gesinnte Gruppen.

Der kleinere, nicht allzu bedeutende Rest, die für den flüchtigeren Beobachter lauteste, sichtbarste, vielleicht auch aktivste Schicht, die sich durch das Abkommen mit Deutschland, eigentlich unverständlicherweise, gestärkt und gestützt fühlt, sind die Nazisten.

Ich sagte weiter, dass ich bei allen unlegbar großen Schwierigkeiten doch Optimist sei, das Heer ist gut, die Miliz komme in Schwung (Mussolini: „das ist

² Vgl. ADÖ 11/1715–ADÖ 11/1718.

eine der Hauptsachen, da darf man nicht sparen“) und die übrigen Schwierigkeiten würden wir überwinden, wenn Deutschland ernstlich vor Augen haben und unverändert begreifen müsste, dass Italien in jedem Falle an unserem Bestand und unserer wirklichen Unabhängigkeit interessiert sei und festhalte und wir auf Italien rechnen könnten, d. h. auf die Wacht am Brenner!

Mussolini antwortete: „Darauf können Sie rechnen. Aber wenn ich eine solche Rede halten würde, wäre Österreich nicht mehr unabhängig. Österreich selbst muss seine Unabhängigkeit wollen. Mit Deutschland aber müssen wir zu wirklicher Klärung kommen. Die Berliner müssen den Bestand Österreichs und seine innere Unabhängigkeit klar und deutlich anerkennen und eine aufrichtige Politik machen.“³

1720

Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 30/Pol. (streng vertraulich)

AdR

Gesandtschaft Rom

Z. 35021/13

Rom, 25. Januar 1937

In der Anlage unterbreite ich die Abschrift eines vom hiesigen Militärattaché an seine vorgesetzte Behörde erstatteten Berichtes.¹ Oberst Liebitzky hatte, um die in der letzten Zeit sich schleppend gestaltenden Materialsendungen Italiens zu beschleunigen, um eine Audienz beim Regierungschef angesucht.

Bei dieser Gelegenheit hat nun Mussolini die in der Meldung des Genannten enthaltenen Gedankengänge entwickelt.

Diese decken sich vollkommen mit jenen, die ich im Palazzo Chigi zu hören bekomme und über die ich sowohl in meiner politischen Berichterstattung, wie speziell auch in einem an Sie, Herr Staatssekretär, gerichteten offiziellen Privatschreiben Meldung zu erstatten die Ehre hatte.

Man zollt in Italien unserer Konsolidierung und unserem Aufschwung vollste Anerkennung, man hat absolutes Vertrauen zu den österreichischen Staatsmännern, man stellt aber mit Bedauern fest, dass diese Zusammenarbeit eine eher protokollarische ist und dass die richtige Verbindung von Volk zu Volk fehlt. Man hatte gehofft, dass die Amtswalter der Vaterländischen Front, die – bis auf

³ Siehe weiter ADÖ 11/1719.

¹ Dieser befindet sich in ADÖ 11/1719.

wenige Ausnahmen – sich hier nicht genug tun konnten an Begeisterung für das faschistische Italien, in der Heimat diese Begeisterung auch in eine sichtbare Propaganda für dieses Italien umsetzen werden. Und man findet sich in dieser Hoffnung getäuscht. Vor allem Graf Ciano, der den mangelnden Applaus in Wien nicht verwinden kann, wo München und Budapest geradezu Symphonien von Volksbegeisterung boten.

Von besonderem Interesse scheint mir die Äußerung des Duce, Österreich brauche eine Idee und müsse zum Angriff übergehen. Ganz das Gleiche hat mir in den letzten Tagen Graf Ciano gesagt und einen analogen Gedanken hat mir auch in der jüngsten Zeit Gesandter Buti entwickelt. Letzterer hat ausdrücklich betont, dass er darüber mit mir „rein theoretisch“ sprechen möchte. Er meinte, kein Staat und kein Volk könne heute vorwärtskommen, wenn es sich mit seiner Lage bescheide und nicht etwas anstrebe. Ich sagte ihm darauf, gerade Österreich hätte doch bewiesen, dass es eine Idee habe, vorerst die Idee „Österreich“ selbst, dann der Ausbau dieses Österreichs. Gewiss, meinte mein Mitredner, dies wäre großartig gewesen, jetzt aber dürfe man nicht stoppen, sondern jetzt hieße es wieder vorwärts. Ich bat Herrn Buti, mir zu gestatten, jetzt einmal konkret zu sprechen. Was solle nach seiner Meinung Österreich anstreben. Solle es einem revisionistischen Ideale nachgehen, was Niemanden, selbst seine Freunde nicht sonderlich freuen dürfte, oder sollte es seine Zukunft im Westen suchen, was nach meiner Meinung das Ende gerade jenes Österreichs bedeuten würde, für das Italien Interesse hat, oder sollte Österreich vielleicht wieder in Kroatien zu spekulieren beginnen, ein Beginnen, das gerade sein Chef für das Schlechteste halte. Was also? Ich gäbe ihm ganz Recht, dass Zentraleuropa an einem Hotelierstaat (Schweiz) genug habe! Nun bliebe für eine Expansionsbestrebung Österreichs nur der Norden und gerade Graf Ciano hätte mir einmal gesagt, dass die Frage Tschechoslowakei nur mittels eines Krieges zu lösen sei. Mein Mitredner gab die Richtigkeit meiner Argumentation vollkommen zu. Aus verschiedenen Äußerungen konnte ich auch entnehmen, dass die italienische Politik kein großes und kein besonders starkes Österreich wünscht, also kein Wiedererstehen der alten Monarchie.

Am Schlusse unserer Konversation frug mich Herr Buti plötzlich, ob das Restaurationsproblem keine Idee wäre, die die breiten Massen des österreichischen Volkes beschäftigen könnte. Darauf konnte ich nur antworten, dass ich sowohl über die Absichten meiner Regierung in dieser Frage wie über deren Stand nicht orientiert sei, dass aber unleugbar gerade in den breiten Massen der österreichischen Bevölkerung großes Interesse für die Idee einer Restauration zu finden sei.

1721**Staatssekretär Schmidt an preußisch (- deutschen)
Ministerpräsidenten Göring**

Schreiben (Abschrift)

AdR, NPA
Deutschland/ Geheim I/III
(ohne Zahl)

[Wien, 29. Januar 1937]

Von meinem Berliner Aufenthalt¹ habe ich als eine der mir wertvollsten Früchte die Überzeugung mitgebracht, dass durch unsere, mir in angenehmster Erinnerung stehende Gespräche eine Atmosphäre offenen männlichen Vertrauens zwischen uns beiden geschaffen wurde. Ich mache daher auch ohne Hemmung Gebrauch von Ihrem in so freundschaftlichen Geiste gemachten Anbot, mit Ihnen gegebenenfalls Dinge rückhaltlos auf schriftlichem Wege zu besprechen, die sich nicht oder nur mit geringerer Aussicht auf gegenseitiges Verstehen eignen, auf diplomatischem Wege behandelt zu werden. Ich wende mich deshalb vertrauensvoll an Sie, sehr geehrter Herr Generaloberst, um Ihnen einige Besorgnisse vorzutragen, die mir auf der Seele lasten und deren Zerstreung ich mir am ehesten von Ihrer verständnisvollen und freundschaftlichen Einstellung zum Abkommen vom 11. Juli² erhoffen darf.

Unser Gesandter in Rom, Baron Berger-Waldenegg, hat mir über die Unterredung, die er mit Ihnen zu führen die Ehre hatte, ausführlich berichtet.³ Aus seinem Bericht entnehme ich mit lebhafter Befriedigung, dass auch Eure Exzellenz sich unserer vertrauensvollen Aussprache in Berlin entsinnen. Leider ersehe ich aus dem Berichte Baron Bergers auch, dass ganz unbegründete und verzerrte Nachrichten über unsere inneren Verhältnisse den Weg zu Ihnen gefunden haben. Diese Nachrichten, von denen Euer Exzellenz Baron Berger gegenüber Erwähnung getan haben, betreffen einerseits eine angebliche „Verfolgungswelle“ gegen die national gesinnten Elemente in Österreich, andererseits die behauptete Nachlässigkeit der österreichischen Behörden gegenüber der bolschewistischen Gefahr, die österreichischerseits in einem solchen Maße übersehen würde, dass Österreich heute das einzige oder hauptsächliche Durchzugsland für Sowjetelemente auf ihrem Wege nach Spanien darstelle.

¹ Zum Berlinaufenthalt Staatssekretär Schmidt vom 19. –21. November 1936 – ADÖ 11/1677, ADÖ 11/1683, ADÖ 11/1692 und ADÖ 11/1701 – ADÖ 11/1703.

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

³ ADÖ 11/1715; außerdem ADÖ 11/1716 – ADÖ 11/1718.

Was nun den ersten Komplex von Gerüchten betrifft, so möchte ich Ihnen in aller Offenheit folgende Erwägungen unterbreiten:

Wie Sie sehr richtig Baron Berger gegenüber bemerkt haben, sind Elemente am Werk, denen das Übereinkommen vom 11. Juli nicht passt und die bemüht sind, Gift zu säen. Es mag unter diesen in Österreich auch einige wenige geben, die in ihrer übertriebenen patriotischen Sorge um ihr Vaterland in dieser Richtung zu weit gehen. Die wahren Saboteure des Abkommens, die ein Fortschreiten auf dem Wege der Befriedung erschweren, finden sich aber nur zu einem verschwindenden Teile in den Reihen der vaterländischen Bevölkerung Österreichs, sondern leider vor allem in den der Regierung unentwegt feindlich gegenüber stehenden Kreisen, die Sinn und Bedeutung des Abkommens nicht erfasst haben oder nicht erfassen wollen und nicht einmal davor zurückscheuen, den Namen des Herrn Reichskanzlers zu missbrauchen, um ihrer irre geleiteten Gefolgschaft einzureden, dass Deutschland nur aus „augenblicklichen außenpolitischen Opportunitätsgründen“ und „zum Scheine“ auf die Einmischung in die innenpolitischen Verhältnisse Österreichs zeitweilig verzichtet habe und dass die österreichischen illegalen Anhänger der Bewegung, zwar unter vorläufiger Enthaltung von Ausschreitungen und Terrorakten, jedoch unter Bewahrung ihrer illegalen Organisation für den Augenblick „Gewehr bei Fuß“ stehen müssen, bis der Führer wieder die Aufnahme des Kampfes um die Machtergreifung in Österreich anbefehle. In diesem Sinne gehaltene Rundschreiben dieser Kreise liegen uns in großer Menge vor und es gibt wohl keine Regierung der Welt, die an solchen Erscheinungen achtlos vorübergehen könnte. Dass überdies diese oppositionellen Kreise sich zum Teile nicht einmal an die ohnedies höchst problematisch verklausulierten „Waffenstillstandsweisungen“ ihrer illegalen Organisationen halten, sondern auch nach dem 11. Juli aktiv auftreten und bisweilen Ruhestörungen und Terrorakte verüben, ist bei dem Geiste, der aus den erwähnten Rundschreiben spricht, nicht verwunderlich. Zur Illustration der Geistesverfassung und des moralischen Verfalles einzelner solcher Elemente erlaube ich mir Ihnen, sehr geehrter Herr Generaloberst, – mit der Bitte um durchaus streng vertrauliche Behandlung – beiliegend eine Abschrift der Unterlagen für ein derzeit anhängiges Strafverfahren wegen begangener Terrorakte (Ing. F. Woitsche und Genossen) zur Verfügung zu stellen. Ein Kommentar zu den in der Anklageschrift enthaltenen buchstäblich haarsträubenden Handlungen und Absichten erübrigt sich.

Trotz aller dieser Tatsachen hat sich aber die österreichische Regierung in ihrem festen Willen, ihrerseits alles zu einer wahren, inneren Befriedung beizutragen, nicht beirren lassen und hat, der am 11. Juli v. J. abgegebenen Erklärung des Herrn Bundeskanzlers getreu, auf dem Wege der Amnestien, der Strafnachsichten und Strafeinstellungen tatsächlich die unseligen Ereignisse des Juli 1934 soweit nur möglich liquidiert. (In der Zeit vom 11. Juli bis 31. Dezember 1936 wurden für Personen, die sich für die nationalsozialistische Partei illegal betätigt hatten und daher straffällig geworden waren, folgende Gnadenakte gesetzt: 1.046 Personen

wurde der Rest ihrer gerichtlichen Strafen nachgesehen, 1.917 schwebende gerichtliche Verfahren wurden eingestellt, bei 12.618 Personen, die als Minderbeteiligte am Juliputsch 1934 teilgenommen hatten, wurde das gerichtliche Strafverfahren eingestellt, 1.625 Personen wurde der Rest ihrer Verwaltungsstrafen nachgesehen, 1.252 anhängige Verwaltungsstrafverfahren wurden eingestellt, aus dem Anhaltelager wurden insgesamt 226 Personen entlassen. Es sind daher insgesamt 18.684 Personen der Amnestie teilhaftig geworden.)

Wenn aber trotz dieser wohl einzig dastehenden Friedensbereitschaft und Milde der österreichischen Bundesregierung neuerlich von einer „verschärften Verfolgungswelle“ geflüstert wird, so beweisen die nachstehenden Zahlen, die ich den jüngsten mir vorliegenden Berichten entnehme, unzweideutig, dass es sich auch hier nur um Quertreibereien der oberwähnten „Unentwegten“ handeln kann, gegen die unsererseits tatsächlich nur insoweit eingeschritten wird, als es mit Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sowie des Ansehens der Bundesregierung unbedingt erforderlich ist. (Am 15. d. M. befanden sich nämlich im gesamten Bundesgebiet 399 Personen wegen nationalsozialistischer Betätigung in verwaltungsbehördlicher Haft (und zwar hievon 96 in Untersuchungshaft, 258 in Strafhaft, 45 im Anhaltelager); in gerichtlicher Haft befanden sich im gesamten Bundesgebiet am 31.12.1936 wegen nationalsozialistischer Betätigung in Untersuchungshaft 435 – unter diesen z. B. auch der oberwähnte Woitsche mit zahlreichen Genossen –, in Strafhaft 237 Personen.)

Wenn Ihnen, sehr geehrter Herr Generaloberst, ganz im Widerspruch zu diesen, wohl keines Kommentars bedürftigen Ziffern Darstellungen zugetragen worden sind, die von einer Verfolgungswelle wegen „nationaler Gesinnung“ sprechen, so ist dies für mich nur ein Beweis dafür, dass eben die unentwegten Kreise, die sich dem Geiste des Abkommens vom 11. Juli nicht einordnen wollen, systematische Quertreibereien anwenden und in diesem ihrem Bestreben bis zu einem gewissen Grade auch Unterstützung jenseits der Grenze finden, wo vielleicht bei vereinzelt untergeordneten Organen, trotz Ihrer von uns sehr beachteten und mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommenen Bemühungen zur Weckung eines allgemeinen Verständnisses für das Abkommen, dessen Sinn doch nicht richtig erfasst wird. Als Beispiele dafür, dass die österreichischen Illegalen – gewiss nicht im Sinne der Obersten Reichs- und Parteileitung – in ihrer, dem Abkommen in keiner Weise entsprechenden Kampfstellung von reichsdeutschen Stellen ermutigt werden, möchte ich nur folgende anführen: Die Aktion zur Gewährung von kostenlosen Urlaubsreisen und Erholungsaufenthalten im Reiche für amnestierte österreichische Nationalsozialisten, die planmäßige Entfernung von vaterländisch eingestellten Österreichern aus Anstellungen und Arbeitsplätzen im bayerischen Grenzgebiet, die von halbamtlichen Organisationen und auch von untergeordneten amtlichen Stellen ausgegebenen Weisungen an deutsche Reisende, nur gewisse nationalsozialistische Gaststätten in Österreich zu besuchen und andere, vaterländische, zu meiden. Diese und manche andere Erscheinungen, die alle

durchaus einwandfrei festgestellt wurden, lassen leider keinen Zweifel darüber, dass auch jenseits der Grenze nicht überall der klar zum Ausdruck gebrachte Wille der Reichsleitung bezüglich der Nichteinmischung in innere österreichische Verhältnisse geachtet wird und dass es immer noch Leute gibt, die dem Deutschtum einen Dienst zu erweisen glauben, wenn sie in Österreich Zwietracht säen und Teile der Bevölkerung gegen die Bundesregierung aufhetzen.

Ich glaube, dass diese Ausführungen Euer Exzellenz davon überzeugt haben werden, dass die Hindernisse gegen die von der österreichischen Bundesregierung ebenso aufrichtig wie seitens der Deutschen Reichsregierung gewünschte volle Auswirkung des Abkommens vom 11. Juli kaum auf Seiten der vaterländisch orientierten österreichischen Bevölkerung liegen, sondern vielmehr gerade bei denjenigen österreichischen „Unentwegten“, die uns des illoyalen Verhaltens deswegen bezichtigen, weil sie selbst den Sinn des Abkommens nicht begriffen haben. Ich verhehle mir nicht, dass die Umstellung von einer durch Jahre gezüchteten Kampfmentalität einer gewissen Zeit bedarf und bin deshalb auch weit entfernt, wegen dieser Erscheinungen an der absoluten Haltbarkeit des Abkommens und seiner Entwicklungsfähigkeit zu zweifeln, aber ich lege besonderen Wert darauf, Sie, sehr geehrter Herr Generaloberst, über die Lage, wie sie sich von uns aus gesehen ergibt, rückhaltlos in Kenntnis zu setzen, weil gerade Sie sehr viel, ja ausschlaggebend dazu beitragen können, dass die Versuche, Misstrauen zwischen die beiden Regierungen zu säen, fruchtlos bleiben.

Ich möchte nun noch auf die zweite von Euer Exzellenz Gesandten Berger-Waldenegg gegenüber gemachte Bemerkung über die „angeblichen Transporte sowjetischer Elemente nach Spanien durch Österreich“ kurz eingehen. Unsere weltanschauliche Einstellung gegenüber dem Bolschewismus ist zu bekannt, um darüber ein Wort zu verlieren. Und wenn auch, Gott sei Dank, uns innerpolitisch von der kommunistischen Seite her keine akute Gefahr droht, so halten wir dennoch an dem Grundsatz der schärfsten Bekämpfung des internationalen Bolschewismus unentwegt fest. Schon diese, anlässlich der Wiener Zusammenkunft der Außenminister der Römischen Protokollstaaten sowie in Berlin in ausdrücklichen Erklärungen bekräftigte grundsätzliche Einstellung unserer Regierung sollte eine Gewähr dafür bieten, dass solch gänzlich haltlose Erfindungen, wie die von den „russischen Spanientransporten über Österreich“ keinen Glauben finden. Ganz im Gegenteil, haben wir bereits im Herbst v. J. die Maßnahmen bezüglich Erteilung von Ein- und Durchreisevisa für Sowjetbürger wesentlich verschärft und vor allem an die Bedingung der vorherigen Genehmigung durch unser Außenamt geknüpft. Weiters wurden, da wir feststellen konnten, dass östliche Elemente, insbesondere aus der Tschechoslowakei, in kleineren Gruppen ihren vermuteten Weg nach Spanien über Österreich zu nehmen versuchten, die österreichischen Grenzbehörden angewiesen, alle Österreich transitierenden Personen ohne weiters an der Grenze zurückzuweisen, wenn sich irgendwie der Verdacht ergäbe, dass ihre Reise die Teilnahme an den Kämpfen in Spanien zum Ziele habe. Von

diesen Maßnahmen haben wir auch die betreffenden Nachbarstaaten informiert. Tatsächlich sind vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1936, also in drei Monaten, insgesamt bloß 45 sowjetrussische Staatsangehörige durch Österreich nach der Schweiz bezw. Frankreich durchgereist, von denen etwa bei einem Drittel angenommen werden konnte, dass Spanien ihr Reiseziel sei; unter diesen befanden sich aber zum Teil auch Personen mit ihren Familienangehörigen, denen auf Grund ihrer Ausweisdokumente diplomatischer Charakter zukam und deren Zurückweisung daher nicht in Frage kommt. Von irgendwie ins Gewicht fallenden Zuzügen, sei es sowjetrussischer Staatsangehöriger, wie etwa Militärpersonen, sei es von für das rote Regime in Spanien angeworbenen Freiwilligen anderer Nationalitäten, kann somit überhaupt nicht die Rede sein. Dass mit den oberwähnten Unzukömmlichkeiten hinsichtlich des Durchzuges roter Freiwilliger nicht nur Österreich mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, geht u. a. auch aus dem interessanten Artikel der „Essener Nationalzeitung“ vom 21. d. M. hervor, der unter dem Titel „Jüdische Menschenhändler“ erschienen ist und feststellt, dass gegenwärtig der kürzeste und billigste Weg nach Spanien nicht mehr über Österreich und die Schweiz sondern über Deutschland zu führen scheine.

Ihnen, sehr geehrter Herr Generaloberst, all dies so ausführlich vorzutragen, erschien mir notwendig, um Ihre Zweifel zu zerstreuen und Sie in die Lage zu versetzen, gegenteiligen Redereien mit konkreten Tatsachen entgegenzutreten. Indem ich mich der Hoffnung hingebende, dass Euer Exzellenz dieses Schreiben als das auffassen werden, was es tatsächlich ist, nämlich ein offenes Wort von Mann zu Mann und von Deutschem zu Deutschem, bleibe ich mit der Versicherung meiner besonderen Wertschätzung.

Herrn Generaloberst ganz ergebener Schmidt m.p.⁴

⁴ Das Antwortschreiben des preußisch (- deutschen) Ministerpräsidenten Göring an Staatssekretär Schmidt, Berlin, 2. Februar 1937, AdR, NPA, Deutschland/Geheim I/III (ohne Zahl): „Euer Exzellenz! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Mit aufrichtigem Dank bestätige ich Ihnen den Empfang Ihres ebenso offenen wie freundlichen Briefes vom 29. Januar. Es ist richtig, dass ich in Rom mit Ihrem Gesandten über die in Ihrem Brief angezogenen Dinge gesprochen habe. Wenn ich die zweite Frage vorwegnehme, so deshalb, weil sie an sich durch Ihr Schreiben bereits erledigt ist. Ich hatte seinerzeit in verschiedenen deutschen Zeitungen gelesen, dass mehrere Züge mit russischen Fliegeroffizieren durch Österreich gefahren wären und dass sich hierbei sogar die Betreffenden noch ungebührlich aufgeführt hätten. Da dies in großer Aufmachung in den Zeitungen erschien und ich keinerlei Dementis hörte, habe ich die Dinge für richtig angenommen. Der Vorgang war mir allerdings ganz unverständlich. Es freut mich nun, zu hören, dass ich mich in einem Irrtum befunden habe. Ich werde selbstverständlich überall diesen meinen Irrtum richtig stellen. Besonders erfreut bin ich über die Mitteilung, dass Ihrerseits alles geschehen soll, roten Zuzug nach Spanien durch Österreich zu verhindern. Ich weiß, dass man von der Tschechoslowakei mehrfach versucht hat, denselben durch Deutschland zu leiten. In einigen Fällen konnten wir die Dinge feststellen und zugreifen. Damit wäre diese Angelegenheit erledigt. Was allerdings die kommunistische Gefahr in Österreich anbelangt, so möchte ich doch sagen, dass ich aus eigener Beobachtung sowie durch Rücksprache mit sehr ersten Leuten die Überzeugung gewonnen habe, dass die kommunistische Gefahr dort nicht

mit jenem Ernst angesehen wird, der gegenüber dieser einzigen Gefahr geboten erscheint. Ich höre aus zuverlässiger Quelle, dass die Roten in Österreich immer aktiver werden und dass sich sogar gewisse Übertritte von Radikalen aus dem nationalsozialistischen Lager in das rote vollziehen. Ich hatte auch Gelegenheit, infolge der Überwachung der internationalen Beziehungen der Komintern zu beobachten, dass in Österreich mit erhöhtem Nachdruck gearbeitet wird. Deshalb konnte ich die Klagenfurter Rede nicht ganz verstehen, in welcher der Herr Bundeskanzler die kommunistische Gefahr als für Österreich nicht akut ansah. Auf Grund einer reichen Erfahrung darf ich Ihnen versichern, dass die bolschewistische Gefahr solange in jedem Lande akut ist, als sie von Moskau aus hervorgerufen wird. Ich konnte mich deshalb des Eindrucks nicht erwehren, dass die Kräfte des österreichischen Sicherheitsdienstes noch so stark im Kampf gegen die Nationalsozialisten verkrampft sind, dass man hier den eigentlichen Feind nicht genügend erkannt hat. Ich weiß ferner aus zuverlässiger Quelle, dass die Roten sich gerade den Umstand zunutze machen, dass seitens der Österreichischen Regierung nach wie vor hauptsächlich gegen den Todfeind des Bolschewismus, nämlich gegen den Nationalsozialismus, vorgegangen wird. Ich habe nun zwar in dankenswerter Weise von Ihnen eine Aufklärung über den Umfang der Amnestie bekommen, muss aber darauf hinweisen, dass es sich hier wohl nur um die gerichtlich behandelten oder gerichtlich vorbereiteten Fälle handelt. Hingegen habe ich in Rom von den politischen Häftlingen gesprochen. Ich habe Unterlagen, dass hierbei von den Sicherheitsdirektoren und der Ihnen unterstellten Polizei sehr häufig die Taktik angewandt wird, Nationalsozialisten polizeilich in Gewahrsam zu nehmen, um sie dann dort oft wochenlang sitzen zu lassen, ohne sie irgendeinem Richter vorzuführen oder gegenüberzustellen, ja, dass zum Teil sogar die Häftlinge wieder entlassen werden, um sie wenige Tage später aufs neue zu verhaften. So ist mir eine Zahl zugegangen, dass seit dem 11. Juli auf diese Weise ca. 5000 Nationalsozialisten polizeilich inhaftiert worden sind. Besonders stark soll die polizeiliche Verhaftungswelle gegen Weihnachten gewesen sein, wo auch zahlreiche Frauen nur deshalb verhaftet wurden, weil sie bedrängten Volksgenossen, die Nationalsozialisten waren, durch Geschenke oder Stricken von warmen Gegenständen etc. geholfen haben. Es liegt mir hier eine Liste von zahlreichen solchen Fällen vor, darunter ein besonders krasser Fall, der sich in Wien ereignet haben soll, wo eine Frau Professor Pupini schon seit Wochen sich im Kerker befindet. Die Frau wurde kurz vor Weihnachten verhaftet, obgleich sie im schwangeren Zustande war und zwei kleine Kinder zu Hause zu versorgen hatte. Grund: Hilfe für arme Nationalsozialisten und Halten des Österreichischen Beobachters. Eine weitere Maßnahme, die dazu geführt hat, Stimmung gegen das Abkommen vom 11. Juli zu machen, soll die Amnestie von 160 roten Eisenbahnern zu Weihnachten gewesen sein, welche wieder in ihr Amt eingesetzt wurden, obgleich sie sich am Putsch des 12. Februar beteiligt haben, während gleichzeitig zu Weihnachten zahllose Nationalsozialisten nicht amnestiert wurden. Ob es sich hier um solche handelt, die in Polizeigewahrsam waren, weiß ich nicht. Ich selbst habe bei meiner Fahrt durch Österreich nach Rom den Eindruck gehabt, dass die Stimmung weit gedrückter war, als ich nach dem Abkommen annehmen durfte. An den Bahnhöfen drückte sich die Bevölkerung scheu im Dunkeln herum und wagte mir erst dann einen Gruß zuzuwinken, wenn sie sich umgesehen hatte, dass kein Gendarm in der Nähe war. Das alles hat mich mit ernster Sorge erfüllt. Wie Sie wissen, hatte ich Ihnen zugesagt, bei meiner nächsten Rede zu unterstreichen, dass wir zur Regierung Schuschnigg durchaus von Seiten des Reiches Vertrauen haben könnten. Ich habe diese Rede in Goslar gehalten. Abgüsse der Wachsplatte stehen zur Verfügung. Am gleichen Tage sprach der Herr Bundeskanzler in Klagenfurt vom Nationalsozialismus als Staatsfeind Nr. 1, nachdem der Kommunismus nicht akut sei. Ich möchte Ihnen, Herr Staatssekretär, nun betonen, dass ich nach wie vor bemüht bin, alles zu tun, um den Ausgleich zwischen unseren Ländern zu finden. Deshalb erfüllt es mich mit großer Sorge, dass

die Früchte des 11. Juli so langsam oder fast gar nicht heranzureifen beginnen. Man hat das Gefühl, dass jeder Tag wieder eine neue Verschärfung bringen könnte. Viele Nationalsozialisten, die den besten Willen haben, zum inneren Frieden zu gelangen, klagten mir, sie könnten das Gefühl nicht los werden, es trachten gewisse Kreise in Österreich dahin, die Nationalsozialisten absichtlich zu einem Gewaltschritt zu treiben, um dadurch anzuzeigen, dass man mit Ihnen eben nicht friedlich arbeiten könne. Ich brauche Ihnen wohl nicht zu versichern, wie empört ich über die Verbrechen bin, über deren Ausmaß Sie die Freundlichkeit hatten, mir eine Schrift zuzusenden. Ich habe sie mit großem Interesse durchgelesen, vor allem um festzustellen, ob irgendwelche deutschen Kreise hierbei eine Schuld trifft oder deutsche Kreise damit verbunden sind. Außer einigen etwas unklaren Tagebuchaufzeichnungen habe ich hierfür keinen Beweis finden können. Ich versichere Ihnen, dass ich mit aller Schärfe in solch einem Falle vorgehen würde. Es ist natürlich klar, dass die deutsche Partei dadurch, dass sie ausdrücklich zugesagt hat, sich im Inneren weiter nicht einzumischen, auch nicht verhindern kann, dass Hitzköpfe, Unbelehrbare und Böswillige derartige Verbrechen vollbringen, wie ich überhaupt manchmal die Sorge nicht los werden kann, dass Gegner des Abkommens absichtlich durch mißgeleitete Nazis oder solche, die es angeben zu sein, Provokationen hervorrufen lassen, die unsere Beziehungen zerstören sollen. Ich habe mir erlaubt, Ihnen schon damals zu sagen, dass auf keinen Fall Einzelaktionen mit der Gesamthaltung der verständigungsbereiten Nationalsozialisten identifiziert werden dürfen. In bin der festen Überzeugung, dass die meisten Nationalsozialisten, vor allem auch der ehemalige Gauleiter oder Landesleiter Leopold, eifrigst bemüht sind, alles zu tun, um das Abkommen zu halten und weiter auszubauen. Aber es wäre an der Zeit, dass nun eine solche innere Friedenspolitik einsetzt. Leider muss man ja gerade als Freund einer engen Zusammenarbeit feststellen, dass die Beziehungen dieser beiden Brudervölker noch ziemlich weit auch nur von normalen freundschaftlichen entfernt sind. Es herrscht noch zu viel Misstrauen beiderseits. Vor allem aber sind in Österreich – den festen Eindruck habe ich – gewisse Kräfte vorhanden, die alles einsetzen, um eine aufrichtige Freundschaft zu verhindern, und die sogar gegen die Männer innerhalb der Österreichischen Regierung arbeiten, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Länder einander näher zu bringen. Ich stimme absolut mit Ihnen überein, dass selbstverständlich auch in den Kreisen der unentwegten Nationalsozialisten sich viele Saboteure des Abkommens befinden, und ich werde selbst alles tun, um die Auffassung, als handele es sich für Reichsdeutsche lediglich um eine Opportunitätsangelegenheit, zu zerstreuen. Ich bin aber überzeugt, dass es um so leichter wäre, derartige Elemente auszuschalten, je eher irgend etwas in Österreich geschehen würde, was den Leuten gestattet, sich in irgend einer Form – vom Staat selbstverständlich beaufsichtigt – zusammenzutun, so dass jede illegale Betätigung von selbst aufhören würde. Ich bin überzeugt, dass, wenn man dem Leopold die Möglichkeit geben würde, auf seine Anhänger einzuwirken, er sehr bald die Gutgesinnten von den Unverbesserlichen trennen könnte, um so mit zum inneren Frieden beizutragen. Dann würden auch sehr bald solche Rundschreiben, von denen Sie berichten, an ihrem inneren Wert verlieren. Dass solche Rundschreiben zu verwerfen sind, brauche ich wohl nicht zu betonen. Wie ich höre, soll ja demnächst ein Teil der Ausnahme Gesetze in Wegfall gelangen, was sicherlich zur Befriedigung viel beitragen würde. Entscheidend aber ist und bleibt, dass der feste Verständigungswille der obersten Stellen sich beiderseits nach unten durchsetzt. Ich überlege mir selbst fortgesetzt, was geschehen könnte, um vor der ganzen Öffentlichkeit klar zu machen, dass die Beziehungen beider Staaten und vor allem beider Regierungen sich tatsächlich zu bessern beginnen. Es ist natürlich unerhört schwer, unseren Anhängern beizubringen, dass sie Vertrauen zur Regierung haben sollen, wenn die Exekutivorgane dieser Regierung gegen Leute nur deshalb vorgehen, weil sie sich zur Idee des universalen Deutschtums oder zur Größe des Reiches oder zur Größe des Führers

sympathisierend bekennen. Wie soll ein einfacher Mann etwas von Verständigung begreifen, wenn die Tatsache des Besitzes eines Führerbildes genügt, um ihm seitens eines missvergnügten Gendarms die Haft zu bescheren. Sie teilen mir mit, dass seitens einiger Reichsstellen das Verständnis für das Abkommen fehlt und dass solche Stellen zu einer gewissen Kampfstellung ermutigen. Ich möchte das keineswegs bestreiten, denn es wird sicherlich solche Stellen geben. Ich werde dafür sorgen, dass verstärkt auf diese Stellen eingewirkt wird; aber ich muss immer wieder darauf hinweisen, dass es eben schwer ist, diesen Stellen den Verständigungswillen klar zu machen, wenn sie – dicht an der Grenze sitzend – die von mir vorhin erwähnten Zustände sehen. Was die Entfernung von vaterländisch eingestellten Österreichern aus Arbeitsplätzen im bayerischen Grenzgebiet angeht, werde ich sofort Nachforschungen einleiten. Was den Besuch von Gaststätten, die als nationalsozialistisch bekannt sind, betrifft, so ist es natürlich hier menschlich verständlich, dass unsere Leute in erster Linie dorthin gehen, wo sie glauben, Freunde zu besitzen, als in solche Gaststätten, von denen sie wissen, dass deren Inhaber in den vergangenen Jahren besonders gegen Deutschland und gegen die österreichischen Nationalsozialisten aufgetreten sind. Ich glaube, dass ich dies menschlich so sehr verständliche Verhalten mit allen Machtmitteln nicht verhindern kann. Das wird sich eben in dem Ausmaße bessern, als die Verständigung auf beiden Seiten wächst. Unter allen Umständen werde ich dafür sorgen, dass selbstverständlich es kein Reichsdeutscher unternehmen darf, gegen die Bundesregierung zu hetzen oder Zwietracht zu säen. Wenn ich von einer neuen Verfolgungswelle sprach, so habe ich hier den Gesamteindruck zusammengefasst, den ich aus Nachrichten entnommen habe, die ich von zahlreichen Deutschen bekommen habe, die in Österreich zu Besuch weilten und die immer wieder auf diese politischen Haftaktionen hinwiesen und besonders darauf, dass mit aller Schärfe gegen jede auch nur harmloseste Einstellung zu Deutschland oder dem Nationalsozialismus vorgegangen wird. Es liegt eben immer noch eine gewisse Unnatürlichkeit über unserem Verhältnis. An sich wäre es doch logisch, wenn die Freundschaft zwischen beiden Völkern die engste und intimste wäre, statt dass immer noch mit so außerordentlich großer Vorsicht in Österreich gegenüber Deutschland verfahren wird. Eine gewisse Unnatürlichkeit wird zwar immer solange vorhanden sein, als bei beiden Ländern und beiden Staatsführungen eine vollkommen konträre Ideologie vorherrscht. Solange in Österreich der Nationalsozialismus als das Schlimmste vom Schlimmen gilt und Deutschland von demselben Nationalsozialismus vollkommen durchdrungen ist und alle seine unstreitbaren großen Leistungen ausschließlich auf den Nationalsozialismus aufbaut, wird diese Unnatürlichkeit gegeben. Ich habe viele Österreicher gehört, die mir immer wieder entgegengehalten haben, dass sie es nicht verstehen können, wenn die Regierung einerseits alles Nationalsozialistische vollständig verwirft und erklärt, der Nationalsozialismus wäre nichts für Österreich und auf der anderen Seite in der eigenen Staatsstruktur genau alles dem deutschen Nationalsozialismus nachmacht, d. h. die gleichen Formen findet, die gleichen Organisationen, die gleichen Ausdrücke, die gleichen Satzungen, die gleichen Methoden, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Sie erklären, man braucht in Österreich nur statt des Krukenkreuzes das Hakenkreuz zu setzen und statt des Wortes vaterländisch nationalsozialistisch, so wäre in Österreich das lebendige Spiegelbild von Deutschland vorhanden. Das, sehr verehrter Herr Staatssekretär, sind Dinge, an denen wir beide nicht vorbeigehen können und wo unsere Aufklärungs- und Überzeugungsmacht ihre Grenzen findet. Doch es steht mir nicht zu, hier Ratschläge oder Meinungen zu äußern. Ich habe lediglich mich bemüht, die Dinge realistisch zu sehen, um damit gleichzeitig aufzuzeigen, was man tun kann und was eben nicht möglich ist. Ich werde auch immer wieder gefragt, was heißt es denn, wenn die Österreichische Regierung betont, Österreich sei ein deutscher Staat und kann eben nur eine deutsche Politik und eine solche mit Deutschland treiben, wenn andererseits praktisch mehr oder weniger geschieht, was gegen

Deutschland ist. Sie betonen immer wieder aufs Neue, sobald sich der kleine Mann in Österreich zu Deutschland oder zum Deutschtum bekennt, wird er verfolgt, und fragen, wo also dabei die Linie der deutschen Politik seitens Österreichs liegen würde. Hierbei spielt natürlich auch die Betätigung für Habsburg eine schwerwiegende Rolle. Denn die deutsche Politik erfordert gebieterisch eine klare Einstellung gegen die Rückkehr der Habsburger, während die Österreichische Regierung die Betätigung für Habsburg ausdrücklich duldet, teilweise sogar wünscht. Auch dies ist ein sehr schwerwichtiges Moment für die Zukunft unserer Beziehungen. Gerade weil ich Deutschland und Österreich in Freundschaft zusammenbringen möchte, muss ich immer wieder auf diesen Punkt hinweisen und zum Ausdruck bringen, dass die Habsburger Frage keine interne österreichische Angelegenheit ist, sondern ein integrierender Bestandteil der deutschen Außenpolitik. Ich habe mir auch erlaubt, dies in aller Deutlichkeit überall dort, wo ich verantwortliche Stellen fand, auszusprechen. Ich betone noch einmal ebenso klar, dass von unserer Seite in keiner Weise gegen die Regierung Schuschnigg agitiert wird oder eine Einstellung vorhanden ist. Im Gegenteil, wir sind der Meinung und Überzeugung, dass Deutschland mit dem Herrn Bundeskanzler vertrauensvoll zusammenarbeiten könnte und dass deshalb von unserer Seite in diesem Sinne auf die österreichischen Nationalsozialisten eingewirkt werden könnte. Es liegt also nur bei der Bundesregierung, dieses enge Vertrauensverhältnis herzustellen. Wir sind jederzeit hierzu bereit, und ich würde mich persönlich glücklich schätzen, hierfür aufrichtig tätig sein zu können. Dass ich in Österreich einen rein deutschen Staat sehe, dessen Untergang es sein müsste, auf die Dauer eine Stellung gegen die deutsche Politik einzunehmen, habe ich stets betont. Dass auch die Zukunft einmal hier über unser beider Wünsche und Wollen gemäß den mächtigen Grundsätzen des Blutes hinweggehen wird, ist für mich ebenfalls klar. Aber ebenso klar ist es für mich, dass es Fragen der Zukunft sind und dass wir jetzt nur versuchen müssen, durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, eine fortgesetzte weitere Annäherung aus dem Unnatürlichen des derzeitigen deutsch-österreichischen Verhältnisses herauszukommen. Dieser Aufgabe werde ich meine ganzen Kräfte widmen, und darin weiß ich mich mit Ihnen, mit dem besten Deutsch-Österreicher hoffentlich einig. Ich bin glücklich und Ihnen außerordentlich dankbar, dass Sie den Weg, den ich Ihnen seinerzeit vorschlug, den Weg der persönlichen intimen Aussprache, gewählt haben. So ist auch mein heutiger Brief nur von Mann zu Mann geschrieben, und ich hoffe, dass wir auf diese Weise manches klären, abwenden und zutun können, was dazu beiträgt, zwei deutsche Staaten zusammenzuführen. Ich darf es offen aussprechen und habe es Ihnen schon gesagt, dass ich Ihnen mit ganz besonderer Sympathie zugetan bin und dass mir vielleicht dieser Umstand es gerade erlaubt, auch offen dort zu sprechen, wo ich vielleicht Ihrer Zustimmung nicht sicher bin. Aber alles das darf nicht der persönlichen besonderen Wertschätzung Abbruch tun. In diesem Sinne bin ich mit den besten Grüßen Ihr sehr ergebener Hermann Göring e. h.“

1722

Gesandter Tauschitz an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 26/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA

Deutschland/ Geheim I/III

Z. 35344/13

Berlin, 29. Januar 1937

Ich beehre mich zu berichten, dass ich die heutige Aussprache mit Reichsaußenminister von Neurath benützt habe, um mit ihm die Behauptungen des Ministerpräsidenten Göring gelegentlich seines römischen Besuches zu besprechen, sie richtigzustellen, bezw. ihm nachzuweisen, dass sie vollkommen haltlose Verleumdungen darstellen.¹ Ich ließ mich auftragsgemäß vernehmen und überreichte dem Reichsaußenminister auch eine Abschrift des Dementis der österreichischen Nachrichtenstelle über die Meldung des „Angriff“.²

Reichsaußenminister von Neurath ließ mich nicht ganz aussprechen, sondern wendete gleich ein, dass er die Angelegenheit bereits kenne und sie vom österreichischen Gesandten in Rom bereits erledigt wurde. Er habe einen Bericht seines Botschafters in Rom hier, nach welchem ihm die österreichische Gesandtschaft in Rom einen Beweis über die Haltlosigkeiten dieser Behauptungen gegeben habe und dass er auch den preußischen Ministerpräsidenten Göring auf seiner Rückreise durch Rom in diesem Sinne sprechen konnte. Neurath meinte, dass der Fall somit vollkommen erledigt sei.

Ich ging hierauf auf den 2. Teil ein, nämlich auf die Behauptungen, dass in der jüngsten Zeit die Verhaftungen der Nationalen in Österreich sich wieder mehrten und dass man von einer neuerlichen Verfolgung der Nationalsozialisten sprechen könne. Hiezu meint jedoch Neurath, dass er nun selbst der Ansicht sei, dass Göring recht habe, denn aus einem Berichte der deutschen Gesandtschaft in Wien gehe hervor, dass die Verhaftungen der Nationalsozialisten von 400 wieder auf 1000 angestiegen seien, was immerhin eine sehr beträchtliche Zahl sei. Nachdem ich dies bezweifle und betone, dass sich die Verhaftung von Nationalsozialisten seit dem 11. Juli 1936³ in sehr beschränktem Masse halte, meint Neurath, dass er sich die Zahlen kommen lassen wolle. Der genaue Bericht der deutschen Gesandtschaft vom 14. Jänner d. J. und zwar über ein Gespräch des Botschafters von Papen mit dem Herrn Bundeskanzler ergibt jedoch ganz andere Zahlen und

¹ Zum Besuch Görings in Rom und den in diesem Zusammenhang gefallenen Äußerungen siehe ADÖ 11/1715 –ADÖ 11/1718.

² AdR, NPA Deutschland/Geheim IV/1, Z. 34574/13.

³ Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

zwar heißt es in diesem Bericht, dass nach dem 11. Juli 1936 noch 40 nationalsozialistische Untersuchungsgefangene verblieben sind und dass deren Stand am 1. Jänner 1937 nur 435 betragen habe. Auf Grund der nun bekanntgegebenen Zahlen gab Herr von Neurath zu, dass man von einer neuerlichen Verfolgungswelle nicht sprechen könne und dass man schließlich bei Leuten, die irgendetwas Illegales angestellt haben, nichts machen könne und sie einsperren müsse.

Ich kann also berichten, dass auch der 2. Teil als erledigt betrachtet werden kann und dass der Außenminister die Haltlosigkeit der Behauptungen Görings zur Kenntnis genommen hat.

Ich bin bei Ministerpräsidenten Generaloberst Göring seit seiner Rückkehr bereits angemeldet, wurde jedoch zu einer Unterredung noch nicht eingeladen. [...] N.b. Nach Überreichung des Briefes des Herrn Staatssekretärs an Generaloberst Göring halte ich eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten nicht mehr für erforderlich.⁴

1723

Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 3/Pol. (geheim)

AdR

Gesandtschaft Rom

Z. 35178/13

Rom, 30. Januar 1937

In einem Gespräche, das ich gestern mit Graf Ciano hatte, kamen wir selbstredend sofort auf den Besuch Görings zu sprechen.¹

Die Unterredung, die der preußische Ministerpräsident mit dem Duce und italienischen Außenminister nach seiner Rückkehr von Capri hatte, brachte keine neuen Fragen aufs Tapet und war nur eine Art Rekapitulation der vorhergegangenen Causerien.

In der Frage Österreich, meinte mein Mitredner, hätte Göring entschieden den Rückzug angetreten und auf Grund meiner ihm durch den deutschen Geschäftsträger gegebenen Entkräftungen auch seine Behauptungen ziemlich fallen gelassen.

In dieser Hinsicht hätte sich Göring sehr loyal benommen – auf was auch ich in meinem eingangs bezogenen Berichte aufmerksam machen konnte – und zuletzt

⁴ ADÖ 11/1723.

¹ Dazu bereits ADÖ 11/1715 – ADÖ 11/1718.

hätte er überhaupt nur im Allgemeinen über die wenig freundschaftliche Interpretation des Juliakkords² in Österreich geklagt.

Als ich Graf Ciano von meinem letzten Gespräch mit Baron Plessen Kenntnis gab, meinte er: „Ja, ein aufgeblasener (dazu machte er eine illustrierende Geste) Göring ist nach Rom gekommen, ein wesentlich bescheidenerer (neuerliche Geste) ist von hier weggefahren.“

Der Herr Außenminister sagte mir dann noch, der Duce und er hätten bezüglich Österreich von Göring zwei bindende Zusagen erhalten. Erstens werde Deutschland den Akkord vom 11. Juli respektieren, solange Österreich darnach handeln werde. Zweitens werde Deutschland – falls es seine Haltung gegenüber Österreich ändern müsste – die italienische Regierung jedenfalls hievon in Kenntnis setzen. Ein Fall sei von Haus aus ausgenommen, es sei dies der einer eventuellen Restauration. In diesem Falle würde Deutschland sofort einmarschieren.

Graf Ciano zeigte sich über die beiden ersten Zusagen hochbefriedigt und meinte nur, wir müssten jetzt unter allen Umständen den Akkord vom 11. Juli peinlichst genau einhalten. Denn der Duce und er hätten Göring nicht im Unklaren gelassen, dass eine der Säulen der italo-deutschen Freundschaft gerade dieser Juliakkord ist.

Aus den weiteren Äußerungen Graf Cianos konnte ich hingegen herauslesen, dass Italien das Restaurationsproblem neustens mehr durch die deutsche Brille sehen gelernt hat. Ich möchte fast meinen, dass Italien in dieser Frage nachgegeben hat, weil es ihm ja schließlich nichts kostet. Denn während ich gerade in der letzten Zeit ein wohlwollendes Verständnis in der Habsburgerfrage feststellen konnte, schien mir Ciano gestern den deutschen Standpunkt zu teilen, wobei er bemüht war, die Schwierigkeiten aufzuzeigen, die eine österreichische Lösung dieses Problems von jugoslawischer Seite zu gewärtigen hätte. Es war das Breittreten des Themas Habsburg umso auffallender, als ich in dieser Frage meinem Mitredner eigentlich nicht folgte und nur auf den ausschließlich österreichischen Charakter dieser Frage verwies.

Ich habe den bestimmten Eindruck, dass die Aufrollung der Restaurationsfrage gegenwärtig nicht in das Konzept der italienischen Politik passt und dass die veränderte negative Haltung Cianos den einen Teil eines Kompensationsgeschäftes mit Deutschland bildet.

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

1724

**Unterredungen Österreichische Bundesregierung mit
deutschem Außenminister Neurath
am 22. und 23. Februar 1937 in Wien**

Pressecommuniqué

AdR, NPA

Deutschland (ohne Zahl)

[Wien, 23. Februar 1937]

Der Reichsminister des Auswärtigen Freiherr von Neurath hat in Erwiderung des Besuches des Staatssekretärs für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Schmidt in Berlin¹ am 22. und 23. d. M. der österreichischen Bundesregierung einen Besuch abgestattet. Der zweitägige Aufenthalt des Reichsministers in Wien hat den beteiligten Staatsmännern, Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg, Staatssekretär für Äußeres Dr. Guido Schmidt und Reichsminister Freiherr von Neurath, Gelegenheit zu eingehenden Besprechungen, die sich in einer überaus freundschaftlichen Atmosphäre abwickelten, geboten.

Diese betrafen in erster Linie die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Mit Befriedigung konnte festgestellt werden, dass sich das Abkommen vom 11. Juli 1936² als eine geeignete Grundlage für die Wiederherstellung eines vertrauensvollen und freundschaftlichen Verhältnisses erwiesen hat und geeignet erscheint, eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit in diesem Sinne zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang wurde auch auf den Abschluss des letzten Wirtschaftsabkommens vom 27. Jänner d. J. hingewiesen und dabei der Erwartung Ausdruck gegeben, dass die hierdurch erzielte Anbahnung eines regeren Austausches im Güter- und Fremdenverkehr sich günstig auf die allgemeine Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen auswirken werde. In kultur-politischer Hinsicht wurden die einzelnen vordringlichen Fragen des gegenseitigen kulturellen Verkehrs eingehend erörtert und der bereits anlässlich des Berliner Besuches des Staatssekretärs Dr. Schmidt in Aussicht genommene Ausschuss für kulturelle Angelegenheiten zwischen Österreich und Deutschland bestellt, der bereits am 25. d. M. seine Tätigkeit aufnehmen wird.

Hieran schlossen sich naturgemäß auch Aussprachen über die gegenwärtig im Brennpunkt des allgemeinen Interesses stehenden Fragen der europäischen und insbesondere mitteleuropäischen Politik, wobei völlige Übereinstimmung über

¹ Der Berlinbesuch Staatssekretär Schmidt vom 19.-21. November 1936 – ADÖ 11/1677, ADÖ 11/1683, ADÖ 11/1692 und ADÖ 11/1701–ADÖ 11/1703.

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

die der Außenpolitik beider Regierungen zugrunde liegenden gleichartigen Bestrebungen zur Erhaltung und dauerhaften Sicherung des allgemeinen Friedens festgestellt werden konnte.³

1725

Gesandter Hoffinger an alle österreichischen Gesandten und Geschäftsträger im Ausland

Zirkularerlass

AdR, NPA
Deutschland
Z. 36178/13

Wien, 25. Februar 1937

Bezüglich der Bedeutung und der Ergebnisse des Besuches des Reichsministers des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath in Wien wird zunächst auf das am 23. I. M. ausgegebene und der Presse zugegangene Kommuniké¹ und auf die ebenfalls in der Tagespresse veröffentlichten Trinksprüche verwiesen.²

Um die Reise des Reichsaußenministers hat sich, wie in solchen Fällen üblich, ein Gewirr von politischen Gerüchten gesponnen, die in diesem Falle umso sinnloser sind, als irgendwelche konkrete Beratungsgegenstände gar nicht zur Diskussion standen und der Staatsbesuch, der bekanntlich in erster Linie einen Courtoisieakt in Erwidern der Berliner Reise des österreichischen Staatssekretärs für die Auswärtigen Angelegenheiten nach Berlin³ darstellte, lediglich zur freundschaftlichen Besprechung der laufenden Fragen, der gegenseitigen Beziehungen und der Weltlage benutzt wurde.

Es kann daher in ganz kategorischer Weise und bei jedem sich bietenden Anlass den Phantasiemeldungen entgegengetreten werden, die diesen Besuch mit den heterogensten politischen Kombinationen in Verbindung brachten, wie z. B. der Einladung Österreichs zum Beitritt zu einer deutsch-italienisch-ungarischen Militärallianz, einem angeblich in ultimativer Form gestellten Verlangen Deutschlands nach dem Verzicht Österreichs auf die Restauration u.s.w.

Was den Inhalt der Besprechungen anlangt, so kann festgestellt werden,

³ Weiter ADÖ 11/1725.

¹ ADÖ 11/1724.

² Wiener Zeitung, Nr. 54, 23. 2. 1937.

³ Zum Berlinbesuch Staatssekretär Schmidt vom 19. – 21. November 1936 – ADÖ 11/1677, ADÖ 11/1683, ADÖ 11/ 1692 und ADÖ 11/1701-ADÖ 11/1703.

1) dass beide Regierungen an der durch das Abkommen des 11. Juli v. J. vorgezeichneten Linie festzuhalten und alle sich im Zuge der fortschreitenden Normalisierung der Beziehungen ergebenden Fragen in ruhiger und verständnisvoller Erörterung zu bereinigen entschlossen sind,

2) dass der Wille zur Verständigung und Zusammenarbeit sich bereits so gefestigt hat, dass auch offene Darlegungen über Schwierigkeiten und weltanschauliche Verschiedenheiten der Auffassung kein Hindernis der Verständigung bilden,

3) dass das ausschließliche Recht Österreichs zur Regelung seiner innerstaatlichen Fragen in keinem Stadium der Diskussion in Frage gestellt wurde,

4) dass der Überblick über die allgemeine europäische Lage keinen Anlass geboten hat, daran zu zweifeln, dass die Politik des Deutschen Reiches sich irgend einem Staate gegenüber in anderen Bahnen bewegen würde, als denen des Friedens in den nachbarlichen Beziehungen, die zu pflegen Österreich gegenüber allen Staaten und insbesondere seinen Nachbarn entschlossen ist.

Schließlich wird zu Ihrer Orientierung noch bemerkt, dass die Störung des Empfangs des Herrn Reichsministers durch unverantwortliche Elemente, die auf beiden Seiten als unerwünscht und peinlich empfunden wurde, sich in mäßigen Grenzen gehalten hat und in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden darf. Es hat sich im Wesentlichen darum gehandelt, dass einige größere Gruppen von Angehörigen der aufgelösten nationalsozialistischen Partei, im Vertrauen darauf, dass behördlicherseits bei der Begrüßung des Gastes Repressivmaßnahmen nach Tunlichkeit vermieden werden würden, die Kundgebungen zu Ehren des Reichsministers zu Demonstrationen für die nationalsozialistische Partei missbraucht haben, was zu einigen Zusammenstößen mit der über diese Taktlosigkeit empörten vaterländischen Bevölkerung und der staatlichen Exekutive geführt hat.

Gegenüber den vielfach in der Auslandspresse erschienenen maßlos übertriebenen Ziffern kann festgestellt werden, dass die Zahl der Demonstranten nach den reichlichsten Schätzungen 10-15.000 nicht überstiegen hat und dass in dieser Ziffer zahlreiche aus den umliegenden Orten eigens herbeigeholte Personen, ferner die bei jedem Anlass lärm lustigen Elemente des Großstadtmobs inbegriffen sind, sodass die an der parteipolitischen Kundgebung beteiligte Menge nur einen verschwindenden Prozentsatz der bodenständigen Bevölkerung Wiens darstellt, die sich in ihrer weitaus überwältigenden Mehrheit völlig korrekt verhalten hat. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache, auch gegenüber der dortigen Regierung.

1726**Gesandter Vollgruber an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 35/Pol. (streng geheim)

AdR

Gesandtschaft Paris

Z. 36389/13

Paris, 28. Februar 1937

Wie ich seinerzeit zu melden die Ehre hatte, haben mir sowohl der Herr Minister des Äußern als auch der Herr Generalsekretär gelegentlich meiner Antrittsbesuche im Juli v. J.¹ im Verlaufe des Gesprächs, als die Rede angesichts der damals ausgebrochenen Pressecampagne gegen die „Restauration“ auf die Frage der Einführung der Monarchie in Österreich kam, spontan erklärt, dass Frankreich an dieser Frage „nur ein indirektes Interesse“ nehme. Seit dieser Zeit hat mir niemand am Quai d’Orsay in dieser Sache, auch nicht privat, irgendeine Erklärung abgegeben oder etwas Konkretes gesagt, und auch bei meiner vorgestrigen Unterredung mit Herrn Delbos ist darüber nur das gesprochen worden, was ich bereits gemeldet habe. Ich habe allerdings, je weiter die Zeit fortschritt, immer mehr das Gefühl gehabt, als ob man am Quai d’Orsay, weil man darin das beste Bollwerk gegen den Anschluss sieht, der Wiedereinführung der Monarchie bei uns immer mehr und mehr zuneigte.

Bekanntlich hat in der diese Woche stattgefundenen Sitzung des Außenausschusses der Deputiertenkammer die „Restaurationsfrage“ das hauptsächlichste Gesprächsthema gebildet. Wie schon aus den Zeitungsmeldungen über diese Sitzung zu ersehen war und wie mir seither von einer sonst verlässlichen Seite bestätigt wird, hat sich der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Mistler, mehr oder weniger ablehnend aber objektiv geäußert, der Vizepräsident Herr Pezet hat sich sehr positiv ausgesprochen, die Rede des Vertreters der sozialistischen Partei war eine ideologische Ablehnung, er soll aber, meinem Gewährsmann zufolge, auf die Frage, welches von den zwei Übeln, Anschluss oder Restauration, er vorziehe, glatt geantwortet haben, dass er „in einem solchen Dilemma jedenfalls die Restauration lieber sehen würde“.

Der Herr italienische Botschafter fragte mich im Verlaufe unserer gestrigen Unterredung, nachdem ich ihm vertraulich gesagt hatte, dass ich wegen der Holzpräferenz bei Herrn Delbos war, ob man in Rom von der Rede des Herrn Bundeskanzlers beim Frontappell gewusst hätte, ehe sie gehalten wurde. Ich erwiderte, dass ich hierüber nicht informiert sei, und erzählte dem Herrn Botschafter, dass sich Herr Delbos über den Artikel Herrn Gajda’s „gewundert“ und ich nur auf die

¹ ADÖ 10/1638.

Rede des Herrn Bundeskanzlers verwiesen hätte, wonach nichts mehr über die „Restaurationsfrage“ gesprochen worden wäre. Ich fügte hinzu, mich persönlich hätte dieser Artikel „geschmerzt“. Herr Cerruti meinte, man müsse bedenken, dass die Habsburger in Italien eben nicht beliebt sein könnten, worauf ich sagte, dass ich dies wüsste, dass wir uns aber, und zwar nicht ganz ohne Erfolg, im Vereine mit dem Palazzo Chigi bemüht hätten, die in Italien weit verbreitete falsche Beurteilung zu korrigieren. Der Herr Botschafter fragte mich noch, ob ich die Wiedererrichtung der Monarchie in Österreich ohne eine mehr oder weniger gleichzeitige Restauration in Ungarn für möglich hielte, was ich bejahte, worauf die Unterhaltung über dieses Thema beendet war.²

Gestern abends sprach ich mit dem ungarischen Geschäftsträger, der natürlich auch dieses Thema anschnitt. Er sagte, er habe den Eindruck, dass sich in Frankreich eine große Wandlung in der Beurteilung der Frage der Einführung der monarchischen Staatsform in Österreich vollzogen habe, und dass Frankreich jedenfalls nichts dagegen tun würde, wenn es einmal dazu kommen sollte. Er habe am Vormittag mit dem Herrn italienischen Botschafter gesprochen, dessen Urteil noch weiter gehe. Herr Cerruti hätte ihm gesagt, er glaube, dass Frankreich gegebenenfalls sogar bereit wäre, etwas dafür zu tun, z. B. einen Druck auf die Kleine Entente auszuüben.

1727

Gesandter Berger-Waldenegg an Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 240 (Chiffre streng geheim)

AdR, NPA

Österreich/Geheim 2/11

Z. 36381/13

Rom, 2. März 1937

(13.55 → 16.30)

Brachte heute bei Minister des Äußeren mein Erstaunen über Artikel Gayda's, da ohne Weisung, in persönlicher Form zur Sprache.¹

Graf Ciano ersuchte mich, Wien zu melden, dass Gefühle Italiens für Österreich, seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit, unverändert sind, ebenso herzlich Gefühle für Person Bundeskanzlers.

Unberührt bleibe auch Standpunkt Italiens, dass Regierungsform innere Angelegenheit Österreichs ist.

² Dazu weiter ADÖ 11/1727 – ADÖ 11/1729.

¹ Dazu bereits ADÖ 11/1726; weiter ADÖ 11/1728 und ADÖ 11/1729.

Nur musste hiesige Regierung gegen französische Taktik Stellung nehmen, die ...² war, Achse Berlin-Rom, heute die Grundlage der italienischen Politik, durch Vorspiegelung einer vorliegenden Zustimmung Italiens zur Restauration, zu erschüttern.

Gedankengang der Artikel von Regierungschef gutgeheißen.

Bericht folgt.

1728

Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 56/Pol.

AdR, NPA

Österreich/ Geheim 2/11

Z.36458/13

Rom, 2. März 1937

Wie ich bereits zu melden die Ehre hatte, brachte ich bei meinem heutigen Besuch bei Graf Ciano die Artikel zur Sprache, die Virginio Gayda im Giornale d'Italia über die Restaurationsfrage in Österreich schrieb.¹

Da ich mich dabei lediglich auf meine persönliche Meinung berief, war es mir möglich, meine Befremdung über die Schreibart dieser Artikel schärfer zum Ausdruck zu bringen, als wenn ich auf Grund von Weisungen gehandelt hätte.

Ich bemerkte vor Allem, dass ein derartig sensationelles Aufbausuchen des vom Herrn Bundeskanzler in seiner letzten Rede doch genügend klargelegten Themas vollständig unnötig und inopportun war. Wiewohl in den beiden Artikeln stets die Phrase von der Regierungsform Österreichs als innere Angelegenheit dieses Landes wiederkehre, so müssten Gaydas Produkte gerade den gegenteiligen Eindruck, nämlich den der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs hervorrufen. Dann könne die Reperkussion, die die Artikel in der Auslandspresse gefunden haben und die letzten Endes auf die Vermutung einer Einflüsterung aus Berlin hinweise, auch nicht gerade im Interesse Italiens und seines Prestiges gelegen sein.

Ich erzählte Graf Ciano, dass man in den journalistischen Kreisen der westlichen Demokratien davon rede, dass Herr Göring selbst ihn telephonisch gerufen hätte, um eine solche Stellungnahme der italienischen Regierung in der Restaurationsfrage zu erzielen.

² Chiffre fehlt.

¹ Dazu bereits ADÖ 11/1726 und ADÖ 11/1727.

Schließlich gab ich dem Herrn Außenminister zu bedenken, dass die von ihm und dem Duce wie von uns allen gewünschte Vertiefung der Beziehungen von Volk zu Volk kaum dadurch gefördert worden sei, dass man einen großen Volksteil – das sind einmal die Legitimisten – eigentlich grundlos vor den Kopf stößt. Graf Ciano versuchte mir nun des Langen und Breiten die Gründe auseinanderzusetzen, die die italienische Regierung gewissermaßen dazu gezwungen haben, aus ihrer bisherigen Reserve hervorzutreten. Bei dieser Gelegenheit musste ich leider feststellen, dass man sich hier viele Argumente zurechtgelegt hat, die aus nationalsozialistischem Munde weniger befremdend wirken würden.

Vor Allem versicherte mir der Herr Außenminister, dass alle Gerüchte, die von einem vorgängigen Einvernehmen mit Berlin oder von einer aus Berlin gewordenen Anregung wissen wollen, aus der Luft gegriffen sind.

Graf Ciano ersuchte mich, dem Herrn Bundeskanzler und Ihnen, Herr Staatssekretär, ausdrücklich zu melden, dass die Gefühle der Freundschaft Italiens zu Österreich und der Wille Italiens, Österreichs Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu verteidigen, nach wie vor die Gleichen sind. Ebenso unverändert sind die Gefühle, die der Duce und er dem Herrn Bundeskanzler entgegenbringen, in dessen Person sie nach wie vor die unbedingte Gewähr für eine gedeihliche Entwicklung Österreichs erblicken.

Mit all dem haben die Artikel Gaydas nichts zu schaffen. Diese mit Wissen des Duce veröffentlichten Arbeiten des italienischen Publizisten sind einzig und allein infolge der Kampagne notwendig geworden, die die französische Presse einleitete, um in der Restaurationsfrage einen Gegensatz zwischen Rom und Berlin hervorzurufen. Diese Tätigkeit der französischen Presse, die übrigens seit Wochen zu beobachten ist, zielt darauf hinaus, die Lager zu erschüttern, auf deren Festigkeit die Achse Rom-Berlin beruht.

Diese Achse ist aber zum Rückgrat der italienischen Außenpolitik geworden. Italien ist jetzt an verschiedenen Punkten – Ostafrika, Spanien – mit starken Kräften engagiert; die englischen Rüstungen – wenn sie auch Italien direkt nicht beunruhigen – erfordern doch die größte Vorsicht. Auch hat Italien von Herrn Göring bindende Zusagen erhalten, dass Österreich und das mit diesem geschlossene Juliabkommen² respektiert würden mit Ausnahme eines Falles, den eines Restaurationsversuches.

Für Italien als Freund Österreichs stellt sich nun die Frage, wie es seinem Freunde am wirksamsten helfen kann ohne in die Gefahr zu geraten, mit ihm zusammen Schiffbruch zu erleiden. Gesten wie die vom Juli 1934 wiederholt man nicht in der Geschichte! Auch kann Italien nicht die Rolle eines Willensvollstreckers Frankreichs am Brenner spielen.

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

Italien muss daher gewissermaßen mit Deutschland zusammen und dadurch, dass es Deutschland an sich bindet, Österreichs Unabhängigkeit politisch verteidigen so wie es dies vordem mit den Bajonetten tat. Dieses „Arm in Arm gehen“ mit Deutschland, wozu Italien außenpolitisch entschlossen ist, geschieht also geradezu im Interesse Österreichs und hat auch, wie der mit herzlichem Beifall Italiens abgeschlossene Juliakkord beweist, in Österreich das richtige Echo gefunden.

Italien hat die Restauration der Habsburger in Österreich niemals als aktuell angesehen, weder in der Vergangenheit, noch jetzt, und wird sie auch in der Zukunft nie als aktuell betrachten.

Selbstverständlich ist die Frage der Regierungsform eine rein interne österreichische Angelegenheit. Das kann aber nicht so weit gehen, dass Italien eine Restauration nicht als etwas Gefährliches ansehen kann. Gefährlich für wen? Für Österreich gewiss in erster Linie, weil aber Italien mit dem Probleme der Unabhängigkeit Österreichs so innig verbunden ist, letzten Endes auch für Italien. Nun kam Graf Ciano auch auf die Frage „Habsburg“ zu sprechen und sagte, dass die Geschichte Italiens aus einem ständigen Kampfe gegen dieses Herrschergeschlecht besteht und dass im italienischen Volke keinerlei Sympathien für diese Familie bestehen. Davon hat die italienische Publizistik auch der letzten Jahre niemals Hehl gemacht. Er zitierte hiebei (so wie Gayda in seinem zweiten Artikel) die bekannten Äußerungen Mussolinis im *Popolo d'Italia*.

Ich unterbrach wiederholt meinen Mitredner, um ihn auf Irrtümer und Trugschlüsse aufmerksam zu machen, erhielt aber den Eindruck, dass in der Restauraionsfrage – was ich übrigens in Berichten schon wiederholt meldete – ein glattes Geschäft Italiens mit Deutschland auf Kosten Österreichs vorliegt.

Der Außenminister, der besondere Herzlichkeit und Freundschaft betonte, ersuchte mich noch zu melden, dass der Regierungschef und er sich freuen, den Herrn Bundeskanzler im April in Rom zu sehen, um ihm einen warmen Empfang zu bereiten und ihm auch mündlich volle Klarheit über die unverändert fortbestehende Freundschaft Italiens für Österreich zu geben.³

³ Weiter ADÖ 11/1729.

1729

**Gesandter Hornbostel an alle österreichischen
Gesandten und Geschäftsträger im Ausland**

Zirkulärerlass (streng vertraulich)

AdR, NPA

Österreich/ Geheim 2/11

Z.36427/13

Wien, 4. März 1937

Die im h.o. Erlass Z. 36.381-13 behandelten Artikel des „Giornale d’Italia“ haben in der breiten Öffentlichkeit eine umfangreiche und zum Teil lärmende Diskussion über die legitimistische Frage in Österreich beziehungsweise das sogenannte „Restaurationsproblem“ ausgelöst. Auf einige im Rahmen dieser Diskussion aufgetauchte irrige Schlussfolgerungen wurde bereits im vorzitierten Erlass aufmerksam gemacht. Im Nachstehenden sei nochmals der Standpunkt der Bundesregierung in dieser Frage präzisiert und in der erwähnten Pressepolemik häufig wiederkehrenden Auffassungen entgegengetreten, die zu einem vollkommen falschen Bild der gegebenen Sachlage führen und jeder Grundlage entbehren.¹

Der Herr Bundeskanzler hat bekanntlich in seiner großen Rede auf dem 3. Bundesappell der Vaterländischen Front vom 14. v. M.² zur Frage des Monarchismus in Österreich – der Herr Bundeskanzler vermeidet es stets absichtlich, aus den bekannten Erwägungen heraus, dieser Frage die Bezeichnung „Restauration“ zu geben – wörtlich Folgendes festgestellt:

„In letzter Zeit ist, nicht etwa von der Führung der Front veranlasst, in einem maßgeblichen Teil der österreichischen Tagespublizistik neuerdings in einem sehr vernünftigen und klaren Sinn die Frage des Monarchismus in Österreich zur Debatte gestellt worden. Wenn ich darauf zurückkomme und hievon spreche, so geschieht es nicht deshalb, weil ich etwas Neues zu diesem Thema zu sagen hätte, sondern weil doch wieder ein beträchtliches Echo auch jenseits der Grenzen des Landes zu vermerken war und ich mich für verpflichtet halte, im Interesse des Staates auf absolut eindeutige Klarheit Gewicht zu legen. Lassen Sie mich den Standpunkt Österreichs, der der Standpunkt der Front in dieser Frage ist, in drei Leitsätze zusammenfassen:

1. Das Wecken und Wachhalten der Ehrfurcht vor den großen geschichtlichen Werten österreichischer Tradition ist im Geiste der Front gelegen.
2. Die Frage der Staatsform in Österreich wird einzig und allein und ausschließlich vom Volke Österreichs entschieden, und zwar auf dem Boden der Verfassung.

¹ Dazu bereits ADÖ 11/1726 – ADÖ 11/1728.

² Wiener Zeitung, Nr. 46 vom 15. 2. 1937.

3. Es wird nicht experimentiert. Die monarchistische Propaganda hat sich in den innen- und außenpolitischen Rahmen des heutigen Österreichs einzufügen. Das österreichische Volk im gegebenen Fall zur Entscheidung zu rufen, ist ausschließlich Sache der Führung von Staat und Front.

Damit ist der Propaganda in der öffentlichen Meinungsäußerung zu dieser Frage eine klare Linie vorgezeichnet und eine eindeutige Grenze gezogen. Dieser Orientierung, der vom Standpunkt der Front und Österreichs nichts hinzuzufügen bleibt, zu folgen liegt – das sage ich im Bewusstsein meiner Verantwortung nach bestem Wissen und Gewissen – im Interesse des Volkes, des Landes und des Hauses Österreich.“

Für jeden mit den innerpolitischen Verhältnissen Österreichs einigermaßen Vertrauten bedeutete der oben zitierte 3. Leitsatz in erster Linie eine klare Grenzziehung für die, im Übrigen als positiver und wertvoller Beitrag zur Festigung des österreichischen Vaterlandsgefühles in der Vaterländischen Front zugelassene, monarchistische Propaganda und gleichzeitig eine Warnung an jene, die gegen die Grenzen, die durch die inner- und außenpolitische Lage Österreichs der monarchistischen Propaganda gezogen sind, zu exzedieren versuchen würden. Hieraus geht zwangsläufig hervor, dass die Annahme, als hätte eine wie immer geartete konkrete Absicht der Bundesregierung, die Wiederaufrichtung der Monarchie in Österreich in einem nahegerückten Zeitpunkte zu forcieren oder auch nur zur allgemeinen Diskussion zu stellen, den Anstoß zu der jüngsten Aufrollung dieser Frage gegeben, vollkommen abwegig ist. Tatsächlich ist dieses Problem nicht durch die Initiative der maßgebenden und verantwortlichen österreichischen Faktoren neuerlich aufgerollt worden. Es obwaltet vielmehr kein Zweifel, dass sich außerhalb Österreichs stehende Faktoren dieser Frage zu Zwecken bedienen, die auf der Ebene internationaler Spannungen und Kräftekonflikte zwischen den Großmächten liegen. Österreich hat aus diesem Grunde nicht nur kein Interesse daran, an dieser Polemik teilzunehmen, sondern vielmehr von derartigen sensationellen Stürmen, die rein innerpolitische österreichische Probleme ohne Österreichs Zutun umtosen, ferne und möglichst unberührt zu bleiben. Die Bundesregierung ist – wie gleichfalls auf das Unzweideutigste aus den obzitierten Feststellungen des Herrn Bundeskanzlers hervorgeht – seit jeher und in alle Zukunft entschlossen, jede Ingerenz von außen auf die Entwicklung der Frage der Staatsform Österreichs, von welcher Seite immer solche Versuche unternommen werden mögen, kompromisslos und kategorisch zurückzuweisen. Dies gilt selbstverständlich auch gegenüber etwaigen Versuchen solcher Art, die seitens von benachbarten oder nicht benachbarten Großmächten, aus welchen Motiven immer heraus, unternommen werden könnten.

Die Entschlossenheit der Bundesregierung und der vaterlandstreuen Bevölkerung Österreichs, den eingeschlagenen Weg zum Aufbau und zur Festigung des unabhängigen und selbständigen Österreich unverrückbar bis zu Ende zu gehen, straft auch die in der mehrerwähnten internationalen Diskussion wieder aufge-

tauchte Antithese „Habsburg oder Anschluss“ Lügen. Es ist durchaus irrig, wenn die Vermutung oder Befürchtung ausgesprochen wird, dass die Politik des heutigen Österreich zwischen diesen beiden Alternativen hin- und hergeschleudert und früher oder später zu einer Entscheidung in dem einen oder anderen Sinne gezwungen werden würde. Die innerpolitische Entwicklung Österreichs nimmt, unbekümmert um derartige aus der allgemeinen europäischen Unruhe und Nervosität geborene sensationelle und akademische Erörterungen, ihren vorgezeichneten Weg und das österreichische Volk und die österreichische Staatsführung werden, wie der Herr Bundeskanzler in seiner Frontappellrede festgestellt hat, den Zeitpunkt allein bestimmen, in dem eine Entscheidung in der Frage der Staatsform des Bundesstaates getroffen werden kann. Auch die soeben erwähnte Antithese „Habsburg oder Anschluss“ gehört zu dem bereits obenerwähnten Rüstzeug internationaler europäischer Auseinandersetzungen, die die Interessen Österreichs nur mittelbar berühren und die Politik, an der das heutige Österreich unentwegt festhält, in keiner Weise beeinflussen können.

Ich beehre mich, Ihnen vorstehende Gedankengänge auftragsgemäß mit dem Ersuchen zur Kenntnis zu bringen, sich derselben, insofern sie auch weiterhin auf dieses Thema angesprochen werden, in geeigneter Weise bedienen zu wollen.

1730

Gesandter Kohlruss an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 71/ Res. (streng geheim)

AdR, NPA

Österreich/ Geheim 2/11

Z. 36894/13

Rom (Vatikan), 12. März 1937

Aus im späteren Kontext dieses Berichtes ersichtlichen Gründen habe ich den letzten Passus der mit meiner Meldung von gestern Zahl 55/pol. vorgelegten Notiz des „Temps“ vom 4. d. M. zum Anlass genommen, um die ganze Unzulänglichkeit der darin zum Ausdruck gebrachten Stellungnahme in re Anschluss zu relevieren.¹

Ich bemerkte, dass es unbefriedigend sei, wenn der Eindruck entstehen könne, dass der Heilige Stuhl den Anschluss nur deshalb perhorresziere, weil die kirchenpolitischen Verhältnisse in Deutschland die denkbar ungünstigsten sind.

¹ Gesandter Kohlruss an Staatssekretär Schmidt, Bericht Nr. 55/Pol., Rom (Vatikan), 11. März 1937 – AdR, NPA Österreich/Geheim/2/11, Z. 36650/13.

Damit würden Erwägungen ermöglicht, als ob die Haltung des Heiligen Stuhles eine andere sein könnte, wenn die Lage der Kirche in Deutschland eine zufriedenstellendere wäre.

Seine Eminenz entgegnete darauf von seiner Seite aus zunächst nur so viel, ich bräuchte wahrhaftig keine Angst zu haben, es bestehe fürwahr keine Gefahr, dass sich die gegen den Anschluss angeführten Gründe in Deutschland ändern.

Als ich selbst dann ausdrücklich erklärte, dass das nicht genüge, dass wir eben die österreichische Selbständigkeit in jedem Fall, unabhängig von allen anderen Konsiderationen, endgültig aufrecht zu erhalten wünschten, bezeugte der Herr Kardinal seinerseits für diese unsere entschlossene Einstellung den gesunden Selbstverständlichkeitssinn.

Der eigentliche Grund, warum ich nun aber einmal eine solche sich bietende günstige Gelegenheit zu diesem Gesprächsthema aufgreifen wollte, ist nachstehender. Ich weiß es nämlich von einer ganz sicheren Quelle, dass seit jeher ein Steckepferd des Heiligen Vaters die Auffassung war, dass in einem freiheitlichen Staatsgebilde die Vereinigung aller Deutschen im Interesse der Kirche gelegen wäre, weil dadurch seiner Ansicht nach das katholische Element nicht nur wesentlich gestärkt, sondern angesichts der Tatsache, dass die Katholiken eine stärkere Fruchtbarkeit aufweisen als die Protestanten, das entschiedene Übergewicht über die letzteren erlangen würde.

Von solchen Ansichten habe sich Seine Heiligkeit schon seinerzeit als Nuntius in Polen im Hinblick auf die deutschen Minderheiten leiten lassen, sodass die damalige polnische Regierung sich bemüht gesehen hätte, in Rom zu verstehen zu geben, dass sie dem Nuntius die Pässe rückstellen müsste, wenn der Heilige Stuhl nicht selbst zur Abberufung Mgr. Rattis sich verstehen wollte.

Natürlich perhorresziere heute auch der Heilige Vater jeden Anschlussgedanken, der entwickelte Gedankengang sei aber eine Art fixe Idee des Papstes gewesen, die er zuletzt noch vor weniger als einem Jahr geäußert hätte.

Ich selbst habe in meinen, des öfteren auch stundenlangen Audienzen im Laufe der Jahre niemals eine Wahrnehmung in solchem Sinne gemacht, sondern immer gegenteilige Eindrücke vermittelt bekommen; trotzdem muss ich den streng vertraulichen Mitteilungen meines Mitredners Glauben schenken.

Dieser mein Mitredner machte mir von Vorstehendem nur zu meiner eigenen „absolut persönlichen“ Orientierung und zum Verständnis gelegentlicher Erscheinungen strengst vertraulich Mitteilung und ich bitte daher ergebenst, diesen Bericht nicht zu den Akten legen lassen zu wollen; jede weitere Verwendung des Gemeldeten oder diesbezügliche Anspielungen müssten bei der äußersten Beschränktheit des Kreises der hier Vertrauten zu unwiderrufflichen Kompromittierungen führen.

Die seinerzeitige Haltung des Heiligen Stuhles in der Saar-Frage erscheint in dieser Beleuchtung klarer, ebenso wie auch eine schon lange zurückliegende Bemerkung Seiner Heiligkeit zu einer andern geistlichen Persönlichkeit, welche schon

damals der monarchistischen Staatsform in Österreich das Wort redete, verständlicher wird; damals hätte Seine Heiligkeit gemeint, diese Zeiten seien nun endgültig vorbei, die kämen nicht wieder.

1731

Amtserinnerung Gesandter Hornbostel

AdR, NPA

Ungarn/ Geheim I/III

Z. 37130/13

[Wien,] 20. März 1937

Über die vom H. Bundeskanzler geführten Gespräche und empfangenen Eindrücke hat der H. Staatssekretär dem Gefertigten nachstehende Angaben gemacht:¹

1) Reise des H. Bundespräsidenten nach Budapest.

Diese wird ungarischerseits für die erste Maiwoche und zwar zwischen 2. und 6. Mai gewünscht. Desgleichen beabsichtigt die ungarische Regierung diesen Besuch mit größerem Pomp aufzumachen, auf drei Tage auszudehnen, eine Militärparade zu veranstalten, um einen möglichst geringen Unterschied gegenüber dem sodann bevorstehenden Besuch des italienischen Königspaares eintreten zu lassen. Der H. Bundespräsident würde in der Burg absteigen und die ungarische Regierung ersucht um entsprechend zahlreiche Begleitung, womöglich durch den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten. Der bisher in Aussicht genommene Termin zwischen 20. und 30. April kommt nicht mehr in Betracht, da zu jener Zeit Göring zur Jagd nach Ungarn eingeladen wurde.

2) Unterredung mit dem H. Reichsverweser von Horthy.o

Horthy war diesmal Österreich gegenüber positiv eingestellt, berührte seine seinerzeitigen Äußerungen dem H. Bundeskanzler gegenüber, die bekanntlich in dem Ratschlag kulminierten, Österreich womöglich an Deutschland „anzuschließen“, bezeichnete diese Äußerung als ein Missverständnis und interpretierte sie dahin, dass er damit nur eine weitgehende Verständigung mit Deutschland für zweckmäßig halte (wie dem H. Bundeskanzler angedeutet wurde, ist Horthy eine ähnliche „gaffe“ im vergangenen Sommer mit Hitler passiert, dem er unverhohlen seine dahingehende Auffassung bekanntgegeben hatte, dass Triest eigentlich dem Deutschen Reiche zustehe, was Herr Hitler für bare Münze haltend zum Gegenstand einer Sondage in Rom verwendete, woselbst naturgemäß entsprechend negativ reagiert wurde, sodass Horthy dann in Rom auch diese seine Auslassung

¹ Zum Budapest-Besuch Bundeskanzler Schuschniggs am 18. und 19. März 1937 siehe u.a. Wiener Zeitung, Nr. 78, 19.3.1937.

richtigstellen musste). Horthy leugnete dem H. Bundeskanzler gegenüber alle auf den jüngsten angeblichen „Putsch“ bezüglichen Nachrichten und lobte Ministerpräsident Daranyi in unterstrichener Weise.

3) Unterredung mit Daranyi und Kanya.

Von wesentlichem Interesse erscheint, dass bei der ersten Begegnung H. Kanya dem H. Bundeskanzler gegenüber noch in sehr deutschfreundlichem Sinne sich äußerte, während er am 2. Tage immerhin erkennbare Missstimmung gegen Deutschland zum Ausdruck brachte, wobei er auf die bekannten Rosenberg-Artikel, die natsoz. Propaganda aus Deutschland (jüngst wurden 4 weibliche Agitatorinnen ausgewiesen) und die aktive Unterstützung des Antisemitismus verwies. Den jüngsten „Putsch“ bezeichnete man dem H. Bundeskanzler gegenüber im Allgemeinen als einen „Angstreflex“ der Juden, der bereits auf den vorigen Herbst zurückführe. Alle Waffenunterstützungen und dgl., sowie die Beteiligung der deutschen Gesandtschaft wurden kategorisch negiert. Im Allgemeinen scheinen die ungarischen Regierungsmitglieder dem H. BK. gegenüber in dieser Frage sich sehr reserviert verhalten zu haben. Daranyi und Kanya gaben zu, dass sie bestrebt seien, mit Jugoslawien möglichst bald zu einer weitgehenden Aussöhnung zu gelangen und bestätigten, dass auch sie über einen demnächst bevorstehenden Besuch Ciano's in Belgrad informiert seien.

Gegenstand der Gespräche bildete auch das zuliegende gemeinsame Telegramm (A) an Herrn Mussolini anlässlich des 3. Jahrestages der Unterzeichnung der Römer Protokolle², ferner das in der Ausgabe der „Amtlichen Nachrichtenstelle“ beiliegende Communiqué (B). Bzgl. des Communiqués ist zu erwähnen, dass der einigermaßen sonderbare Satz „über das korrekte Verhältnis“ mit den Nachbarstaaten, von Herrn von Kanya formuliert wurde.³

Der H. Bundeskanzler sprach auch mit Honvédminister General Röder über den er sich sehr lobend ausspricht. Der H. Bundeskanzler hat ihm eine weitergehende Zusammenarbeit zwischen den beiden Militärverwaltungen versprochen und ihn zu den österreichischen Manövern eingeladen. Auch Honvédminister Röder ließ erkennen, dass wohl ein Zusammengehen mit Deutschland unvermeidlich, er aber gegenüber Deutschland stark abgekühlt sei. Er erwähnte auch, dass man stark die Rivalität zwischen Deutschland und Italien zu spüren bekomme.

² „Anlässlich der dritten Jahreswende der Unterzeichnung der Römer Protokolle sowie aus Anlass unserer gegenwärtigen Zusammenkunft in Budapest begrüßen wir Eure Exzellenz herzlichst im Geiste der sich aus den Römer Protokollen ergebenden freundschaftlichen Zusammenarbeit und versichern Eurer Exzellenz von neuem, dass wir unverrückbar an jenen Grundsätzen festhalten, die die Grundlage dieser Zusammenarbeit bilden. Schuschnigg, Daranyi“ – Wiener Zeitung, Nr. 79, 20. März 1937.

³ Ebd.

1732

**Unterredung Bundeskanzler Schuschnigg mit
tschechoslowakischem Ministerpräsidenten Hodža
am 26. März 1937 in Wien**Aufzeichnung Gesandter Hornbostel¹

AdR, NPA

Tschechoslowakei/ Geheim I/III

Z. 37547/13

Wien, 27. März 1937

Ministerpräsident Dr. Hodža, der schon seit längerer Zeit die Absicht hatte, anlässlich eines kurzen Erholungsurlaubs beim Herrn Bundeskanzler vorzusprechen, hat am 26. I. M. diesem einen privaten und informellen Besuch abgestattet, der zu einer etwa zweistündigen Besprechung allgemeiner Natur benutzt wurde. Zunächst wurden einige schwebende administrative Fragen, die lediglich Österreich und die Tschechoslowakei berühren, u.a. die Frage der österreichischen Emigration in der Tschechoslowakei, durchgesprochen, worauf Dr. Hodža auf die allgemeine Entwicklung der Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei, deren Interessen in mancher Hinsicht parallel gehen, unter Berücksichtigung der beizubehaltenden Bindungen beider Staaten einging. Dr. Hodža zeigte volles Verständnis dafür, dass Österreich an seiner bewährten Politik der Römischen Protokolle² festzuhalten entschlossen ist, ebenso wie auch die Tschechoslowakei ihren Allianzen und Vereinbarungen treu bleiben will. Weder das eine noch das andere hindere aber, nach der Ansicht der beiden Regierungschefs, dass Österreich und die Tschechoslowakei ihre auch bisher schon guten Beziehungen hauptsächlich auf der wirtschaftlichen Linie weiter entwickeln.

Es zeigte sich volle Übereinstimmung in dem Sinne, dass sowohl Österreich als die Tschechoslowakei alles begrüßen, was zu einer politischen Entspannung und zur Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen im Donaauraum beitragen kann, so z. B. auch das jugoslawisch-italienische Abkommen. Dr. Hodža gab hierbei seiner Hoffnung Ausdruck, dass auch die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn Fortschritte auf dem Wege der Normalisierung machen

¹ Gesandter Hornbostel an Gesandten Baar-Barenfels (Budapest), Weisung, Wien, 31. März 1937: „Wollen Sie Herrn von Kánya oder Baron Apór die beiliegende Aufzeichnung über die Unterredung des Herrn Bundeskanzlers mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Dr. Hodža unter ausdrücklicher Berufung auf einen Auftrag des Herrn Bundeskanzlers übergeben, und dabei betonen, dass der Herr BK besonderen Wert darauf legt, die kgl. ung. Regierung von dem Verlauf seiner Unterredung mit Herrn Hodža authentisch zu informieren.“ – AdR, NPA Tschechoslowakei/Geheim I/III, Z. 37547/13.

² Römische Protokolle vom 17. März 1934 – ADÖ 9/1437.

mögen, wobei er allerdings nicht verhehlte, dass er noch beträchtliche Schwierigkeiten erblicke und dass ihn im Allgemeinen die Haltung der ungarischen Regierung Prag gegenüber noch nicht zu großen Hoffnungen ermutige. Die Sprache Dr. Hodža's war jedoch auch in diesem Punkte eine sehr konziliante und ließ ausgesprochenen Verständigungswillen erkennen.

Der Bundeskanzler hat seinerseits hinsichtlich der Frage der ungarisch-tschechoslowakischen Beziehungen keine Stellung bezogen, sondern sich hiebei lediglich rezeptiv verhalten.

Auf dem Gebiete der gesamteuropäischen Politik ist – abgesehen von dem Bekenntnis zum Festhalten an der Allianz mit Frankreich und den Partnern der Kleinen Entente sowie an der Freundschaft mit England, die Dr. Hodža besonders betonte – noch hervorzuheben, dass der tschechoslowakische Ministerpräsident neuerlich betonte, dass zwischen Prag und Moskau keinerlei Militärbündnis bestehe und dass das tschechoslowakisch-russische Abkommen eine Art Notbehelf darstelle, den die Tschechoslowakei zwar derzeit nicht entbehren könne, der aber durchaus nicht einen Eckpfeiler seiner Politik bilde.

Irgendwelche konkreten Absprachen wurden während der Unterredung auf keinem Gebiete getroffen.³

1733

Unterredung Bundeskanzler Schuschnigg mit tschechoslowakischem Ministerpräsidenten Hodža am 26. März 1937 in Wien

Amtserinnerung Gesandter Hornbostel

AdR, NPA

Tschechoslowakei/ Geheim I/III

Z. 37430/13

Wien, 27. März 1937

Der H. BK. hat dem Gefertigten über den gestrigen zweistündigen Besuch Min-Präs. Dr. Hodžas Folgendes zwecks aktenmäßigen Festhaltens mitgeteilt:¹

Vorausgeschickt sei, dass die beiden Regierungschefs sich dahin geeinigt haben, Anfragen von dritter Seite gegenüber als ihre Gesprächsthemata anzugeben: Phoenix-Angelegenheit, wasserrechtliche Grenzfragen bei Hardegg und die Frage der Emigration in der Tschechoslowakei.

³ Weiter ADÖ 11/1733.

¹ Dazu siehe bereits ADÖ 11/1732.

Tatsächlich hat jedoch Dr. Hodža sehr ausführlich dem H. BK. seine Auffassungen über die Lage der Tschechoslowakei und seine Besorgnisse dargelegt. Dr. Hodža führte u. a. aus:

1) Verhältnis zu Deutschland: Er wisse zuverlässigst, dass Deutschland in den letzten Monaten des vorigen Jahres tatsächlich die Absicht gehabt habe, mit der Tschechoslowakei „anzubandeln“ und dass die Gefahr einer Konflagration daher sehr nahestand. Er glaube auch zu wissen, dass im Großen Faschistenrat in Rom im November v. J. diese Aktion Deutschlands als innerhalb der zwei nächsten Monate bevorstehend bezeichnet worden sei. Bei Italien stoße er nach wie vor auf vollkommene Ablehnung. Es sei unleugbar, dass die wesentliche Besserung der Situation England zu verdanken sei, das auch er vom machtpolitischen Gesichtspunkte gesehen wesentlich höher einschätze als Frankreich, auf das er gegenwärtig nicht sehr gut zu sprechen sei. In diesem Zusammenhange beteuerte Hodža neuerlich, dass zwischen der Tschechoslowakei und Sowjetrußland kein militärisches Bündnis bestehe und wies alle gegenteiligen, immer wieder auftauchenden Gerüchte und Informationen kategorisch zurück. Man könne der Tschechoslowakei letzten Endes nicht übel nehmen, dass sie in ihrer schwierigen Lage sich auf einen Großstaat stütze, der das gleiche vitale Interesse an dem Fortbestand der Tschechoslowakei habe. Hinsichtlich Polens glaubt er, dass es sich im Falle einer Konflagration nicht aktiv gegen die Tschechoslowakei beteiligen würde. Bezüglich H. Stojadinović bemerkte Hodža, dass er ihn für einen wendigen Politiker halte, der jedoch nur auf kurze Sicht, etwa auf zwei Monate, Politik mache. Mit der ungar. Regierung tue Hodža sich recht schwer (wegen der territorialen Revisionsansprüche) und fügte hinzu, dass er für Ungarn, wenn es einmal sich zu einem vernünftigen Regime entschließen könnte, die ganze Tasche voll Konzessionen, allerdings nichtterritorialer Natur habe (!?). In Ungarn habe er noch alte Verbindungen außerhalb der ungar. Regierung. Besonders unterstrich Hodža, dass man die weitgehende deutsche Einwirkung in Ungarn und auch in Rumänien nicht unterschätzen sollte.

2) Verhältnis zu den Westmächten: Hodža beabsichtigt, selbst zur Krönung nach London zu fahren und bei diesem Anlasse sowohl in London wie auch in Paris „festzustellen“, dass sowohl England wie Frankreich ein deutscherseits gesetztes *fait accompli* gegen die Tschechoslowakei nicht ruhig hinnehmen würden, wie beispielsweise die Rheinlandbesetzung. Er beabsichtige nicht die Frage zu stellen, sondern ausdrücklich diese Feststellung zu machen.

Hiezu bemerkte der H. BK. Dr. Hodža gegenüber, dass wir dieselbe Absicht haben, da sich ja hierin unsere Interessen vollkommen decken. Der H. BK. betonte neuerlich, dass Österreich keine territorialen Revisionsansprüche stelle und wir uns unter keinen Umständen für eine solche Politik einfangen lassen würden. Natürlich sei für Österreich ausgeschlossen, irgendwann oder irgendwie als Bundesgenosse der Tschechoslowakei aufzuscheinen, was aber nicht hindere, dass eine naturgegebene Parallelität unserer Interessen in dem eben berührten Belange bestünde.

3) Der H. BK. unterstrich Dr. Hodža gegenüber besonders die Notwendigkeit, den deutschen aktivistischen Parteien der Tschechoslowakei etwas Konkretes zu bieten und auch wirklich zu geben. Dr. Hodža äußerte sich in sehr ungünstigem Sinne über die Politik Henleins und seiner Leute und beteuerte, dass er fest entschlossen sei, dem staatstreuen deutschen Element, wie auch der magyarischen Minderheit, sehr weitgehende Konzessionen, insbesondere auf dem Gebiete der Beamteneinstellung und des Schulwesens zu machen, jedoch nicht bereit sei und auch nicht bereit sein könne, Henlein, dessen Staatstreue mit allem Grunde angezweifelt werden müsse, in diese Aktionen einzubeziehen, P.S.: Über die Habsburgfrage wurde nicht eingehender gesprochen, Einwände durch Dr. Hodža nur bei Erwähnung des Prager Besuches Tatarescus gestreift.

1734

Amtserinnerung Gesandter Hornbostel

AdR, NPA

Italien/ Geheim I/III

Z.374429/13

Wien, 27. März 1937

Gesandter Salata hat gestern abends auftragsgemäß dem H. BK. mitgeteilt, dass Herr Mussolini der Auffassung sei, die gegenwärtige starke Spannung zwischen Italien und England wegen der spanischen Frage lasse es opportun erscheinen, den für anfangs April in Aussicht genommenen Besuch des H. BK. bei H. Mussolini auf die zweite Hälfte April zu verschieben. H. Mussolini glaube annehmen zu müssen, dass es auch dem H. BK. sympathischer sein werde, nicht während der Hochspannung der Krise die Unterredung mit H. Mussolini abzuführen.

Streng geheim und mit der Bemerkung, dass er zu dieser Mitteilung nicht ermächtigt sei, fügte H. Salata bei, dass hier noch ein weiterer Grund für die Verschiebung mitspiele, nämlich die Erwägung Herrn Mussolinis, dass die Einschaltung einer entsprechenden Zeitspanne zwischen den jüngsten Vorfällen beim Wiener italien.-österr. Ländermatch¹ und dem Besuch des H. BK. opportun erscheine.

Der H. BK. ist, wie er dem Gefertigten sagte, der Auffassung, dass wir uns dieser neuerlichen Verschiebung gegenüber vollkommen ruhig zu verhalten und neugierigen Anfragen gegenüber über den Termin zu sagen hätten, dass ein Termin noch nicht feststehe, wohl aber der vom Kanzler in Aussicht genommene Besuch

¹ Zum Abbruch des Fußball-Ländermatchs zwischen Österreich und Italien am 21. März 1937 siehe u.a. Wiener Zeitung, Nr. 81, 22. 3. 1937.

im Laufe des April stattfinden dürfte. Von irgendeiner demonstrativen Reise nach anderer Richtung, etwa Riviera u. dgl. will der H. BK. jedenfalls absehen.²

1735

Gesandter Marek an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 162/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA

Tschechoslowakei/ Geheim 5/1

Z. 37751/13

Prag, 5. April 1937

Herr Ministerpräsident Dr. Hodža kehrte am 1. April abends von seinem kurzen Osterurlaub aus Wien¹ nach Prag zurück und empfing mich am 2. April vormittags. Er war von seiner Unterredung mit dem Herrn Bundeskanzler sehr befriedigt und aus der Unterhaltung die wir führten ging wiederum hervor, wie hoch Herr Dr. Hodža den Herrn Bundeskanzler schätzt und verehrt.

Ich brachte die Sprache sodann auf den allfälligen Aufenthalt Herrn Präsidenten Dr. Beneš während seiner Durchfahrt aus Belgrad in Wien, und bat Herrn Dr. Hodža um nähere Informationen hierüber. Der Herr Ministerpräsident erzählte mir, dass der Herr Präsident mit der Bahn in Wien eintreffen und von dort mit dem Auto nach Preßburg weiterfahren wolle. Da sei ihm, Dr. Hodža, der Gedanke gekommen, ob es in diesem Falle vielleicht wünschenswert² wäre, wenn der Herr Präsident bei dieser Gelegenheit unserem Herrn Bundespräsidenten im Vorüberfahren „Guten Tag“ sagen würde. Er habe in Wien von dieser seiner Idee dem Herrn Bundeskanzler Mitteilung gemacht und erwarte unsere Stellungnahme zu dieser Anregung. Da ich bereits in der Lage war, dem Herrn Ministerpräsidenten die Anschauung der Bundesregierung über diese Frage auseinander zu setzen, entledigte ich mich des erhaltenen Auftrages und legte dem Herrn Ministerpräsidenten nahe, den geplanten Besuch Herrn Dr. Beneš beim Herrn Bundespräsidenten lieber auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Herr Dr. Hodža erklärte sogleich, dass er unsere Anschauung im Gegenstande würdige und begreife und sie akzeptiere. Er glaube, Herr Dr. Beneš werde unter

² Zu der dann tatsächlich am 22. und 23. April 1937 in Venedig stattgefundenen Konferenz Bundeskanzler Schuschnigg und Staatssekretär Schmidts mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini und dem italienischen Außenminister Ciano siehe ADÖ 11/1745 – ADÖ 11/1748.

¹ Dazu bereits ADÖ 11/1732 – ADÖ 11/1733.

² Handschriftliche Randbemerkung Staatssekretär Schmidt oder Gesandter Hornbostel: „gar nicht!“

diesen Umständen wahrscheinlich nicht im Auto aus Wien weiterfahren, sondern die Reise in seinem Salonwagen fortsetzen. Herr Dr. Hodža wollte wissen, wer Herrn Dr. Beneš bei der Durchreise durch Wien am Bahnhof begrüßen würde und ob speziell auf die persönliche Anwesenheit des Herrn Bundeskanzlers dabei zu rechnen wäre.³ Diese Frage konnte ich dem Herrn Ministerpräsidenten nicht beantworten, versprach aber, mich in Wien zu erkundigen. Ich hatte aus dem Gespräch den Eindruck gewonnen, dass Präsident Dr. Beneš nur dann über Wien fahren würde, wenn ihn der Herr Bundeskanzler zumindest am Perron begrüßen würde.

Ich war noch nicht lange in meinem Büro und gerade mit der Abfassung der gegenständlichen telegraphischen Anfrage nach Wien beschäftigt, als mich Herr Dr. Hodža, der inzwischen mit Herrn Dr. Beneš gesprochen haben mag, anrief und mich bat die Anfrage in Wien zu unterlassen. Die Sache sei gegenstandslos geworden, da sich Herr Dr. Beneš entschlossen hätte, nicht über Wien zu fahren. Ich habe hierüber kurz unter Zl. 161/Pol. vom 2. April l. Js. bereits berichtet.⁴

1736

Gesandter Marek an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 163/Pol.

AdR, NPA

Tschechoslowakei/ Geheim 5/1

Z. 37752/13

Prag, 5. April 1937

Im Verlaufe eines Gesprächs mit Herrn Ministerpräsidenten Dr. Hodža¹ entwickelte sich zwischen mir und dem Herrn Ministerpräsidenten eine zwanglose Unterhaltung, aus der ich einige interessantere Punkte wiedergeben möchte.

Wir sprachen über die gerade in Belgrad tagende Beratung der drei Außenminister der Kleinen Entente und Herr Dr. Hodža bemerkte – scheinbar unter Beziehung auf seine Unterredung mit dem Herrn Bundeskanzler – er hätte „die Sache in Belgrad auf gleich gebracht, es sei ein faux pas geschehen, der gut gemacht werden müsste“. Es handle sich um den gewissen Vorschlag wegen eines allgemeinen

³ Handschriftliche Randbemerkung Staatssekretär Schmidt oder Gesandter Hornbostel: „oho! Das ist zuviel verlangt!“

⁴ Gesandter Marek an Staatssekretär Schmidt, Bericht Nr. 161/Pol., Prag 2. April 1937 – AdR, Gesandtschaft Prag, Z. 37694/13; Fortsetzung des Berichts Mareks über die Unterredung mit Hodža – ADÖ 11/1736.

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 11/1735.

Unterstützungspaktes der Kleinen Entente und Frankreichs, von dessen Existenz er leider viel zu spät erfahren habe. Er sei ein Feind aller solcher diplomatischen und Genfer Formeln und Pakte und was würden ihm schon drei Divisionen nützen, die ihm die Jugoslawen vielleicht im Falle eines Angriffes durch Deutschland zu Hilfe schicken würden und die er noch dazu erst ausrüsten müsste. Abgesehen davon, dass weder Österreich noch Ungarn das jugoslawische Militär durchlassen würde und der Weg über Rumänien und Karpathorussland sei weit.

Wichtiger als solche Pakte seien wirtschaftliche Verträge und der Ministerpräsident hoffe, dass vielleicht doch bald ein wirtschaftlicher Pakt mit Deutschland zu Stande kommen werde, wo jetzt die Geneigtheit hiefür groß zu sein scheine. Es wäre an der Zeit, wenn Deutschland erkennen würde, in welcher Art und Weise es seinen legitimen Einfluss in Mitteleuropa auszuüben hat, nicht in Form einer politischen Hegemonie, sondern einer wirtschaftlichen Kooperation, bei der es sicherlich besser auf seine Rechnung kommen würde, als durch Erzeugung politischer Unruhe.

Mit Ungarn werde vorläufig auch nur wirtschaftlich zu reden sein und es wäre schon sehr viel, wenn sich Ungarn wenigstens in dieser Richtung seiner Pflichten in Mitteleuropa bewusst werden würde. Politisch sei mit Ungarn noch nicht zu reden, trotz der Enttäuschungen, die das Land seit 20 Jahren erlitten habe. Wahrscheinlich werden noch gute weitere 10 Jahre vergehen und noch mindestens drei große Enttäuschungen kommen müssen, ehe eine nächste Generation in Ungarn soweit sein wird, um sich mit den Nachbarn auch politisch zu verständigen. Die Ungarn werden noch einmal erkennen müssen, dass Ihnen weder Mussolini noch Hitler die Revision bringen und dass auch kein einziger englischer Lord für die ungarische Revision auf dem Schlachtfelde kämpfen wird.

Wir sprachen dann, über die, sich aus dem italienisch-jugoslawischen Vertrag für Mitteleuropa ergebenden Möglichkeiten. Herr Dr. Hodža glaubte mit Bedauern konstatieren zu müssen, dass Italien ganz unzuverlässig sei, der Duce müsse täglich irgendeine andere „Combinazione“ seinem Volke vor Augen führen, er spiele einmal mit der Tschechoslovakei, dann gegen die Tschechoslovakei, einmal auf der Achse Berlin-Rom, dann wieder gegen Deutschland, brüskiere heute die Engländer, um morgen mit ihnen zu liebäugeln, gründe heute ein Imperium in Afrika und morgen in Budapest und es sei unmöglich, sich auf Italien zu verlassen.

Schließlich kam Herr Dr. Hodža auch auf einige seiner jüngsten Interviews zu sprechen und insbesondere auf seine Erklärung gegen die Restauration in Österreich. Seine Erklärungen gegen den Legitimus seien auf Baron Wiesner gemünzt und gegen dessen Agitation gerichtet. Es sei sehr klug von der Wiener Presse gewesen, dass sie in ihren Wiedergaben diesen Passus ausgelassen habe. Dr. Hodža habe so deutlich sprechen müssen, damit sich nicht das wiederhole, was man ihm im vergangenen Jahr eingebrockt hätte. Damals hätte Herr von Papen oder dessen Agenten dem verstorbenen Gesandten Nastasievic eingeblasen, der tschechoslovakische Ministerpräsident sei für eine Restauration der Habs-

burger und Dr. Beneš hätte eine Zusammenkunft mit der Exkaiserin Zita gehabt. Herr Nastasiević, der in manchen Dingen recht naiv gewesen sei, habe diese Sensation brühwarm nach Belgrad berichtet und es habe doch einige Mühe gekostet, das dort entstandene Misstrauen zu zerstreuen. Wenn man sich in Belgrad auch bald davon überzeugen konnte, dass Herr Dr. Beneš nicht mit der Exkaiserin konferiert habe, so sei man doch durch einige Zeit der Ansicht gewesen, der Standpunkt Prags gegenüber der Restauration der Habsburger habe sich geändert. Für die Idee eines wirtschaftlich und politisch befriedigten Mitteleuropa wäre es der Tod, schloss Herr Dr. Hodža, wenn diese Idee in irgendeiner Weise mit der Restaurationsfrage verquickt werden würde.

1737

**Unterredung Generalstabschef FML Jansa mit
ungarischem Generalstabschef FML Rátz
am 5. April 1937 in Wien**

Gedächtnisprotokoll¹ (streng vertraulich)

AdR, NPA

Ungarn/ Geheim I/III

Z. 37848/13

[Wien,] 5. April 1937

FMLt. Rátz ist der Auffassung, u. zw. wie er sagt in Übereinstimmung mit dem Kriegsminister Gl. Röder, dass es bis 1940 in Europa Frieden geben werde, weil Italien das Abkommen mit Jugoslawien für 5 Jahre abgeschlossen hat und Deutschland, trotzdem es im kommenden Jahr mit seiner materiellen Rüstung fertig sein werde, Ruhe zur Bildung personeller und wirtschaftlicher Reserven brauche.

Die Kl. Entente betrachtet FMLt. Rátz als eine gegen Ungarn absolut und geschlossen eingestellte Einheit. Ungarn habe also immer mit drei Feinden zu rech-

¹ Pro domo Gesandter Hornbostel, Wien, 9. April 1937: „FML. Jansa überließ mir seine Aufzeichnung über den Besuch des ungar. Generalstabschefs Rátz zur h.o. Kenntnisnahme. Bemerkenswert ist die immer wieder auftauchende Angst der Ungarn, Österreich könnte sich zur Tschechoslowakei allzu gut stellen. Im Zusammenhang damit die bekannte Auffassung weiter ungar. Kreise über die legitim. Frage. Hervorzuheben wäre auch die kriegerische Haltung Ungarns und die damit zusammenhängende Unzufriedenheit mit Italien, das Ungarn eine neutrale Rolle (!) zuweisen möchte. Typisch für die Globuskurzichtigkeit der Ungarn ist das Übersehen der militärischen und politischen Potenz Frankreichs und Englands.“ – AdR, NPA Ungarn/Geheim I/III, Z. 37848/13.

nen, von denen die Tschechoslowakei aus vielen Gründen derjenige ist, gegen den zuerst alle Kräfte eingesetzt werden müssten.

In diesem Zusammenhang sagte er, dass der deutsche Chef des Generalstabes, G. d. A. Beck ihm gelegentlich des Begräbnisses des GO. Seeckt gesagt habe, dass im Falle einer europäischen Konflagration die Tschechoslowakei der erste Feind sei, mit dem Deutschland abrechnen müsse. (P. d. Göring sagte im Herbst 1936 Gleiches zu GM. Löhr.)

Wenn Ungarn nicht sofort angreifen würde, so entstünde das schwierige Problem, die ungarische Armee vor dreiseitigem Angriffe möglichst intakt bis an die österreichische Grenze zurückzuführen. Auf meinen Einwurf, dass diese militärisch schwierige Lage sich nur außenpolitisch auflockern lasse, sagte FMLt. Rätz, dass er seit seinem Amtsantritt dahin wirke. Ungarn könne seine Interessen am leichtesten gegenüber Jugoslawien zurückstellen. Eine Annäherung Ungarn-Jugoslawien werde auch von Deutschland betrieben. Trotzdem sei kein Fortschritt zu merken.

Als große Sorge Ungarns und damit als eigentliches Thema der sondierenden Besprechung des FMLt. Rätz ergab sich die ungarische Befürchtung, dass Österreich in ein vertrauliches Verhältnis zur Tschechoslowakei gelangen könnte. Er war sichtlich beruhigt, als ich ihm sagte, dass mir diese ung. Gedanken ganz abwegig erscheinen, da Österreich fest entschlossen sei, seine Unabhängigkeit nach allen Seiten, wenn nötig auch mit der Waffe in der Faust, zu bewahren. Trotzdem blieb er bei dem Thema und gab an, aus österr. legitimistischen Kreisen erst kürzlich die Kombination Ungarn-Tschechoslowakei-Österreich als erstrebenswertes Ziel gehört zu haben. Er müsse aber betonen, dass ein solcher Gedanke daran scheitern müsste, dass jeder der drei Staaten die Führung für sich beanspruchen würde, denn auch Ungarn würde sich nie einer österr. oder tschechischen Führung unterordnen. Aus diesem Grunde sei auch die Habsburgerfrage für Ungarn undiskutabel, denn alle Kreise ausnahmslos verlangen einen ungar. National-König, d. h., wenn selbst ein Habsburger in Frage käme, dürfte er nur auf dem ungar. Throne König sein und seine Rechte sowie die Rechte des ungar. Volkes müssten vorher genau abgesteckt werden. Auf meinen Einwurf, dass ich auch andere ungar. Meinungen kenne, sagte FMLt. Rätz mit Betonung, „nein, da sind alle Meinungen übereinstimmend u. zw. sogar auch jene der Sozialdemokraten“.

Im europäischen Kräftespiel sind die Augen des FMLt. Rätz, außer auf die Kl. Entente nur nach Deutschland und Italien gerichtet. Deutschland bezeichnet er als einen wohl schwer zu ertragenden Freund, von dem Ungarn aber nie lassen könne, denn als Feind wäre Deutschland für Ungarn vernichtend. Ungarn müsse daher seine bestehende militärisch intime Freundschaft mit Deutschland dauernd erhalten. Italien verlangte von Ungarn in einem Konfliktsfalle stets nur Neutralität und will nicht verstehen, dass Ungarn nicht neutral bleiben könne, sondern sofort losschlagen müsse.

Frankreich und England werden von FMLt. Rátz wenig beachtet, weil er meint, dass die inneren Verhältnisse Frankreichs seine außenpolitische Aktionskraft immer mehr abschwächen und England auch keine Geschlossenheit aufweise.

Unter den obwaltenden Verhältnissen in Europa sei es daher auch nicht möglich, bindende militärische Abmachungen zu treffen, weil bereits zu Mittag die am Morgen gestellten Voraussetzungen geändert sein können. Ich pflichtete ihm hiezu bei und sagte, dass es die vornehmste Pflicht jedes Kleinstaates sei, zuerst einmal seine eigene Verteidigungsfähigkeit sicher zu stellen.

Eine von mir lancierte Bemerkung über die Deckung ungar. Kriegsmaterial-Bedarfes durch die österr. Industrie fand ihre Erwiderung dahingehend, dass Ungarn wohl eine Angleichung und Vereinheitlichung des österr. und ungar. Kriegsgerätes anstrebe, doch sei es nicht seine Sache sondern jene Röders, darüber zu sprechen.

1738

Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 87/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Italien/ Geheim I/III
Z. 37921/13

Rom, 7. April 1937

Graf Ciano brachte heute auch die Sprache auf den zu erwartenden Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Rom und gab seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, dass nunmehr der Zeitpunkt – zweite Hälfte April – feststehe.¹ Der Herr Außenminister fügte aber bei, dass er aus der ihm aus Wien vorliegenden Berichterstattung nicht recht klar sehe, wie lange sich der Herr Kanzler in Rom aufhalten wolle. Es gäbe zwei Möglichkeiten, entweder der hohe Gast bliebe zwei oder drei Tage in Rom, dann würden Empfänge und Festlichkeiten veranstaltet werden, oder er ziehe es vor – worauf die Berichterstattung Herrn Salatas hindeute – nur einen Tag in Rom selbst zu bleiben, dann würde der Duce es sich zur Ehre rechnen, ein großes Frühstück in der Villa Madama zu geben. Was nun den Termin anlange, würde Graf Ciano bitten, zwei Momente in Betracht zu ziehen, erstens, dass am 21. April das offizielle Fest des Natale di Roma gefeiert wird,

¹ Zu der dann tatsächlich am 22. und 23. April 1937 in Venedig stattgefundenen Konferenz Bundeskanzler Schuschnigg und Staatssekretär Schmidts mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini und dem italienischen Außenminister Ciano siehe ADÖ 11/1745 – ADÖ 11/1748.

und zweitens, dass er Ende des Monats nach Tirana fahre, um den „kleinen Verbündeten“ zu besuchen. Er würde daher vorschlagen, für den Besuch des Herrn Bundeskanzlers die Tage zwischen dem 22. und etwa 26. zu wählen. Graf Ciano bat noch über Termin und Dauer des Besuches ehestmöglich informiert zu werden, damit wieder er seine Dispositionen treffen könne.

1739

Oberst Liebitzky an Generalstabschef FML Jansa

Bericht (Abschrift)

AdR, NPA
Italien/ Geheim I/III
(ohne Zahl)

Rom, 12. April 1937

Wie wir, vorerst streng vertraulich, erfahren, wird der H. BK. am 22. und 23. April, aller Voraussicht nach, mit M. in Ven[edig] zusammentreffen.¹ Wie ich dazu aus besonderer Quelle höre, werde M[ussolini] ihm dabei „offen Alles sagen, was er gegen Österr. auf dem Herzen habe“. Es wird daher gerade keine erfreuliche Unterredung sein. Nicht sehr angenehm ist, dass einerseits Gf. Ci[iano], anderseits auch StS. Schm[idt] dabei sein sollen, während vielleicht gerade eine Aussprache unter vier Augen bei einem ganz privat gehaltenen Besuch das Allerbeste gewesen wäre. Nun wird ja der H. BK. auch seinerseits Einiges entgegenzuhalten haben (Form der Haltung in der Restaurationsfrage usw.), ob er auch Gelegenheit nehmen wird, M. an das fixe Versprechen in der Art.-Materialfrage zu erinnern, kann ich wohl nicht beurteilen, doch wäre es gerade als Gegenvorwurf vielleicht sehr gut und wirkungsvoll.

Nur zur persönlichen Orientierung des hochgeehrten Herrn Feldmarschallleutnants möchte ich anführen, dass in den letzten Tagen die italien. Presse sich in versteckten Verdächtigungen der österreichischen Politik erging, dass diese für die Tschechoslowakei in Ungarn und Polen als Vermittler sich betätige, etwas, was ja, wohl unter Berliner Druck, als besonders verpönt gilt.

(Allerdings hat man den Eindruck, dass die Tschechen sich an uns anhängen und Österreich kompromittieren wollen, um daraus in ihrer Angst und Isolierung irgendwie Nutzen zu ziehen. Die tschechischen Funktionäre bemühen sich sichtlich die Unterredung des H. BK. mit Hodža, den Besuch in Ungarn usw. geheimnisvoll zu interpretieren, wie wenn, Gott weiß, was zu Gunsten der CSI. geschehen wäre.) [...]

¹ Siehe dazu ADÖ 11/1734, ADÖ 11/1738 und ADÖ 11/1745-ADÖ 11/1748.

1740**Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 93/Pol. (streng geheim)

AdR, NPA
Jugoslawien V/4
Z. 38280/13

Rom, 15. April 1937

Im Sinne des eingangs bezogenen Erlasses¹ habe ich im Palazzo Chigi zu erfahren getrachtet, ob die Gespräche Graf Cianos mit Herrn Stojadinović sich tatsächlich im Rahmen der mir mitgeteilten Gedankengänge bewegt haben.

Ich hatte zufälliger Weise Gelegenheit, sowohl mit dem Herrn Außenminister wie auch mit dem gesandten Buti eingehende Gespräche abzuführen.

Um mit dem zweiten einfacheren Punkte zu beginnen, konnte ich wohl feststellen, dass der jugoslawische Premier tatsächlich noch immer Bedenken in dem Sinne der Möglichkeit einer Restauration in Österreich geäußert hat. Es ist nun unzweifelhaft, dass Graf Ciano seinen Mitredner dadurch beruhigte, dass er ihm eine gewissermaßen bindende Erklärung dahingehend abgab, dass Italien in der Habsburgerfrage in einer Linie mit Deutschland und Jugoslawien steht. Bei dem Kuhhandel, der anlässlich des Besuches Görings in Rom abgeschlossen wurde, hat das Dritte Reich als Gegengabe außer einem „vorläufigen“ Désinteressement an Österreich auch die Partnerschaft Jugoslawiens als Apport eingebracht. Dies steht für mich außer Zweifel und ich habe in meiner Berichterstattung übrigens auch wiederholt auf diese fast zwangsläufige Entwicklung hingewiesen. Was ist daher natürlicher, als dass Herr Stojadinović nicht bloß auf dem Umweg über Berlin, sondern auch aus direkter Quelle, Rom, wissen wollte, dass er mit einer kategorischen Ablehnung der Restauration seitens Italiens rechnen könne. Dann, aber auch nur dann, konnte er letzten Endes auf die Unterstützung der beiden Partner der Kleinen Entente in dieser Frage verzichten. Denn diese hatten ihre Schuldigkeit nur solange zu tun, als nicht die völlige Übereinstimmung von Berlin, Rom und Beograd in der Habsburgerfrage sichergestellt war. Es ist der römischen Politik eigentlich als Zeichen der Ehrlichkeit zu werten, dass sie ihren Standpunkt in diesem belange eindeutig präzisiert (=geändert) hat. Zeitweise höre ich zwar noch immer Versuche heraus, uns mit den Möglichkeiten einer schöneren Zukunft zu vertrösten. Diese Töne stammen aber nicht von Graf Ciano, der ein ausgesprochener Gegner Habsburgs und auch nicht der Mann ist, der Verstimmungen mit etwas Elastizität in der Politik zu vermeiden sucht.

¹ Erlass, Wien vom 6. April 1937 – AdR, NPA, Jugoslawien V/4, Z. 37771/13.

Wenn ich aus dem vorher Gesagten nun den Schluss ziehe, ergibt sich, dass jede Besorgnis Herrn Stojadinović' hinsichtlich einer Restauration in Österreich infolge der dezidierten Sprache Graf Cianos gewichen sein muss.

Schwieriger war es mir, von dem Teil des Gespräches den Schleier zu lüften, der die Gefahr der Verspeisung des Rotkäppchens Österreich durch den bösen Wolf Deutschland betrifft. Einige glücklich plazierte Worte machten die Sache leichter als ich dachte und ich konnte mit absoluter Sicherheit feststellen:

1) dass der Ausspruch Herrn Stojadinović' nicht zu Graf Ciano erfolgte, sondern schon früher einmal zum französischen Gesandten. Zu Graf Ciano ist er höchstens als bon-mot, dessen man sich freut, wiederholt worden.

2) dass der Ausspruch richtig lautete: „Den Kapaun Österreich, wenn er fett ist, werden nicht wir verspeisen, sondern Berlin.“

Herr Stojadinović ist, wie man mir im Außenamte erzählte, ein ungeheuer witziger Erzähler, an dessen Sarkasmus der italienische Außenminister und seine Begleitung großen Gefallen fanden. Auch dieses bon-mot des jugoslawischen Ministerpräsidenten erregte, als er es erfuhr, Graf Cianos Heiterkeit und ganz ohne Nebenabsicht sagte er: „Den Witz muss ich dem Duce erzählen.“ So verhält es sich in Wahrheit, was später daran gedeutet und verdreht wurde, beruht entweder auf falschen Informationen oder ist Brunnenvergiftung.

Der Versuch nun, Ausspruch und die Umstände, unter denen er erfolgte zu klären, haben dazu geführt, auch Zusammenhänge aufzudecken und verwandte Themen anzuschneiden, die zu einer Verbreiterung des Bildes geführt haben, das zu zeichnen ich mir ursprünglich vorgenommen hatte. Und doch möchte ich, selbst auf die Gefahr hin, etwas weitschweifig zu werden, Gedankengänge wiedergeben, die zwar um den eben behandelten Kernpunkt der Frage herumliegen, aber doch interessante Schlüsse zulassen.

Die Frage, ob man nicht vielleicht Österreich für Dritte aufpäpple, ist nicht allein in Belgrad, sondern auch schon früher in Rom gestellt worden. In Rom waren zwei Befürchtungen entstanden: die erste, ob man der Dynamik des Nationalsozialismus à la longue eine gleich starke Gegenkraft entgegensetzen könne, die zweite, ob nicht die Gefahr vorhanden sei, dass Österreich sich von der faschistischen Ideologie entferne und damit gewissermaßen in Konnexen mit der Tschechoslowakei zum Exponenten der westlichen Demokratie im Herzen Europas werde. Es wäre vollkommen falsch, das Kind nicht beim wahren Namen zu nennen, und völlig wertlos, sich Illusionen vorzuzaubern. Es besteht derzeit in Italien ein Misstrauen gegen uns, das aus Teilen unserer Presse herausgelesen und von Berlin aus in jeder erdenklichen Weise genährt wird. Ich bemühe mich, diesen Bedenken, wo uns wie ich nur kann, in dezidiertester Weise entgegenzutreten.

Man kann die Ressentiments, die in weiten Kreisen des österreichischen Volkes gegen Italien einfach bestehen, hier absolut nicht begreifen und kriedet es dem Regime und vornehmlich der Vaterländischen Front an, dass es mit der Verbrüderung nicht vorwärts geht.

Man versteht in Rom auch nicht den demokratischen Zug in vielen Kreisen Österreichs und nimmt es wieder dem Regime übel, dass es die demokratischen Ideen nicht ausmerzt. Daraus erkläre ich mir auch eine in den letzten Monaten eingetretene Revision der italienischen Politik in Austriacis in dem Sinne, dass eine Vergrößerung Österreichs eigentlich nicht mehr gewünscht wird. Stand z. B. Italien vordem einer Vergrößerung Österreichs auf Kosten der Tschechoslowakei freundlich gegenüber, so würde es gegenwärtig für seine Zustimmung sicherlich Garantien verlangen.

Hinsichtlich der Tschechoslowakei müssen wir damit rechnen, dass die italienische Politik schon lange nicht mehr mit einem ewigen Bestande dieser Republik rechnet, daher jede Vertiefung der Beziehungen zwischen Prag und Wien mit Misstrauen betrachtet.

Selbstredend lässt sich in all diesen Fragen die mehr oder minder erfolgreiche Ohrenbläse des großen deutschen Bruders herauslesen. Ich bin weit davon entfernt, zu behaupten, dass das Verhältnis Rom-Berlin von Liebe diktiert wird. Liebe hat dabei sicherlich nicht viel zu tun, aber die europäische Entwicklung lässt vorläufig beiden antidemokratischen Staaten keine andere Wahl als unbedingtes Zusammenhalten. Und auch damit muss man für die nächste Zeit wenigstens als mit einer unabänderlichen Tatsache rechnen.

Dass Berlin seine Pläne auf Österreich völlig aufgegeben hat, glaubt man letzten Endes auch hier nicht. Aber vorläufig will man es glauben, weil der Zweifel nichts nützt, und man Realpolitiker genug ist, um zu wissen, dass es sich für Italien jetzt in erster Linie um Zeitgewinn handelt. Vielleicht ist Herr Stojadinović in diesen seinen Gedankengängen ehrlicher. Und dann hat er so viel erreicht, was vor kurzem noch unerreichbar schien, dass er noch das letzte haben möchte: „die Sicherheit für den ungestörten Genuss“. Aus dieser Idee heraus, aus dem schließlich begreiflichen Wunsche, auf Kosten des bisher von allen Seiten begünstigten Österreichs möglichst viele wirtschaftliche Konzessionen für Jugoslawien zu erreichen, mag auch die Frage nach Frankreich gestellt und anlässlich des Ciano Besuches nach Italien wiederholt worden sein, ob es nicht klüger sei, das Hühnchen Jugoslawien zu füttern, dessen Bestand unter allen Umständen gesichert sei.

Eines ist auch noch sicher, ich habe es gegen das Versprechen strengster Geheimhaltung erfahren, Herr Stojadinović hat erklärt, dass es Jugoslawien nicht einfallen würde, für die Selbständigkeit Österreichs zu kämpfen, dass es aber die Aufrechterhaltung des status quo wünschen würde.

In all diese sich schneidenden politischen Fragenkomplexe spielt auch die kroatische Frage hinein. Herr Stojadinović hat sich seinen kleinen Verrat an den Ententepartnern von Italien mit dem Fallenlassen der Kroaten bezahlen lassen. Das schlechte Gewissen lässt Belgrad nun befürchten, dass Prag nach Zagreb Fäden spinnen könnte. Und hiesiges Misstrauen bringt wieder gewisse (demokratische und linksgerichtete katholische) österreichische Kreise damit in Verbindung, denen man den Wunsch zuschreibt, mit gleichgesinnten Prager Freunden Budapest debauchie-

ren, Zagreb in seinen Kampf gegen Beograd unterstützen und in Wien als Krönung aus dem „front patriotique“ einen „front populaire“ machen zu wollen. Ich wiederhole meine Bitte, diese aus vielen Gesprächen mit den führenden Männern im Palazzo Chigi gewonnenen Eindrücke streng geheim behandeln zu wollen.

1741

Gesandter Franckenstein an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 111/Pol. (vertraulich)

AdR

Gesandtschaft London

Z. 38320/13

London, 17. April 1937

Der britische Staatssekretär für Äußeres, der mich zum Diner einlud, führte ein längeres Gespräch mit mir, das ich im nachstehenden zusammenfasse:

Er sagte, dass es ihn sehr interessieren werde, mit Ihnen, Herr Staatssekretär, einen Gedankenaustausch zu haben. Er hat meine Einladung zum Lunch für den 10. Mai angenommen und ich hoffe arrangieren zu können, dass Sie ihn auch noch auf dem Landsitze des Unterstaatssekretärs für das Luftwesen, Sir Philip Sassoon, treffen werden. Wir sprachen über die Lage Österreichs, doch sagte ich ihm, dass ich es Ihnen, Herr Staatssekretär, vorbehalten wolle, die Richtlinien der österreichischen Politik zu erörtern. Ich erzählte ihm, dass unseren Nachrichten zufolge die deutsche Einstellung eine viel friedlichere geworden sei und zwar aus folgenden Gründen: Das Gentlemen Agreement zwischen Großbritannien und Italien hat in Berlin eine unangenehme Überraschung hervorgerufen; die Annahme, dass das Regime Blum unter allgemeiner Konfusion zusammenbrechen werde, hat sich als unrichtig erwiesen; desgleichen – infolge der in Spanien gemachten Erfahrungen – die Theorie, dass moderne Kriegswaffen einen Gegner rasch niederzwingen könnten und künftige Kriege von kurzer Dauer sein würden; einiges deutsches Kriegsmaterial hat sich nicht bewährt und vor allem hat das gewaltige englische Rüstungsprogramm einen tiefen Eindruck gemacht. Eden erwiderte, dass auch er die Theorie verwerfe, dass ein moderner Krieg von kurzer Dauer sein würde. Er bewundere das britische Volk, das mit solcher Ruhe die mit ungefähr 1 Million £ per Tag zu berechnenden Rüstungskosten auf sich nehme. Großbritannien wäre bereit, Deutschland finanziell und wirtschaftlich zu helfen, sobald hier mit Vertrauen darauf gerechnet werden könne, dass es die Sicherung des allgemeinen Friedens wünsche. Das Verhältnis Großbritanniens zu Italien beurteilt er optimistisch im Bewusstsein der Überlegenheit des Inselreiches. Wenn nur die die Festigung der alten Freundschaft erschwerenden, wiederholten Zwi-

schenfälle künftighin möglichst vermieden werden könnten, würde diese Entwicklung günstige Fortschritte machen. Die Italiener sollten begreifen, dass das englische Volk in keiner Weise „vindictive“ (nachträglich oder rachsüchtig) sei und Vergangenes, wenn es nicht wieder aufgewühlt werde, rasch vergesse.

Auf die spanische Frage übergehend, sprach Mr. Eden sein Bedauern darüber aus, dass nicht von Anfang an die beiden Parteien als kriegsführende Mächte anerkannt worden seien, eine Unterlassung, die nun immer wieder schwere Komplikationen zur Folge habe. Nach seinen aus sehr kompetenter Quelle stammenden Informationen dürfte sich der Bürgerkrieg noch beträchtliche Zeit, vielleicht ein Jahr lang, hinziehen. Die Arbeit des Nichteinmischungskomitees werde nun immer mehr ihre Früchte zeitigen. Sobald sich eine günstige Gelegenheit biete, würde die britische Regierung versuchen, vermittelnd einzugreifen, um den Bürgerkrieg zu beenden.

Dass die Leistungen Österreichs hier anerkannt werden – die warme Sympathie für unser Land zeigte sich auch in meiner Unterredung mit Eden – geht aus folgendem Passus in einem heutigen Leitartikel der Times hervor:

Österreich ist in den letzten achtzehn Monaten stärker geworden und hat mehr Selbstvertrauen. Politisch ist es stabiler, wirtschaftlich gekräftigter. Sein Handel hat zugenommen und dürfte sich noch weiter entwickeln. Das Heer ist stärker und besser ausgerüstet. Die österreichische Regierung ist sich der Lage ihres Landes als schmaler Keil zwischen zwei großen militarisierten Mächten bewusst; sie ist aber entschlossen, mit friedlichen Mitteln ihre eigene Politik zu verfolgen. Sie sucht sowohl mit Italien wie mit Deutschland ein Einvernehmen, will aber nicht einfach von diesen Staaten abhängen.

1742

Gesandter Marek an Staatssekretär Schmidt

Telegramm Nr. 2 (Chiffre, streng vertraulich)

AdR, NPA

Italien/ Geheim I/III

Z. 38342/13

Prag, 20. April 1937

(→ 14.10)

Dr. Hodža lässt Herrn Bundeskanzler bitten, ihm gleich nach Konferenz von Venedig¹ Mitteilung über das Ergebnis zukommen zu lassen. Er benötige möglichst genaue Informationen dringend. Auf meinen Einwurf, er werde Herrn Staatssekretär in London treffen, meinte Ministerpräsident, das wäre zu spät. Erbitte Weisung.

¹ Siehe dazu ADÖ 11/1734, ADÖ 11/1738 und besonders ADÖ 11/1745 – ADÖ 11/1748.

1743**Gesandter Wimmer an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 24/Pol.

AdR

Gesandtschaft Belgrad

Z.38566/13

Belgrad, 20. April 1937

Der Herr Ministerpräsident Stojadinović hat mich am 16. April in Audienz empfangen.

Nach einer kurzen persönlichen Einleitung wandte sich Herr Stojadinović der Politik zu. Er führte aus, dass die Beziehungen Jugoslawiens zu Österreich im Allgemeinen gute seien, die augenblickliche politische Konstellation in Europa sei ihnen günstig. So habe Österreich gute Beziehungen zu Deutschland, mit dem Jugoslawien besonders befreundet sei; es nähere sich Frankreich, einem Verbündeten Jugoslawiens. Und schließlich verbürge die neue italo-jugoslawische Freundschaft die Vermeidung von Komplikationen in dieser Richtung.

Ein Stein des Anstoßes sei die Habsburgerfrage. Er, Stojadinović, wisse zwar ganz genau, worum es sich bei der monarchistischen Propaganda handle. Er halte daher die Restauration für keineswegs aktuell. Aber auch dann, wenn sie aktuell wäre, würde die jugoslawische Regierung, obwohl sie diese Entwicklung ablehnen müsse, vor ihr nicht die geringste Angst haben. Außerdem glaube er nicht daran, dass sich z. B. Horthy jemals wieder selbst einen Vorgesetzten schaffen werde, nachdem er sich daran gewöhnt habe, ohne Vorgesetzten sich wohl zu fühlen. Aber aus politischen, vor allem auch innerpolitischen Gründen wäre er gezwungen, den Reden über eine Restauration der Habsburger mit ablehnenden Erklärungen entgegenzutreten.

In seiner letzten Deklaration habe er nun, um dem seitens des Herrn Kanzlers durch Conte Ciano vorgebrachten Wunsche zu entsprechen, von der Erwähnung der Habsburgerfrage abgesehen. In diesem Zusammenhange wolle er auch betonen, welche freundliche Aufnahme die Rede des Herrn Bundeskanzlers im Burgenlande am 14. April¹ bei der jugoslawischen Regierung gefunden habe, da die Äußerungen über die Staatsform in Österreich so vorsichtig gehalten seien. Ehe man jedoch an weitere Schritte denke, müsse jedoch einige Zeit vergehen, bis es sich zeige, ob das gegenseitige stillschweigende Einverständnis sich bewähre. Denn – wiederholte Stojadinović – er wisse zwar genau, dass eine Restauration nicht drohe, doch sei er aus politischen Gründen gezwungen, auf Äußerungen legitimistischer Propaganda sofort zu reagieren.

¹ Wiener Zeitung, Nr. 104, 15. 4. 1937.

Diesen Ausführungen gegenüber verwies ich – ohne die Überzeugung Stojadinović's von der Ungefährlichkeit der legitimistischen Idee zu erschüttern – auf die wiederholten Äußerungen der Bundesregierung, die an der prinzipiellen Beanspruchung des Rechtes, über die eigene Staatsform nur Österreich entscheiden zu lassen, keinen Zweifel übrig ließen. Stojadinović erwiderte, dass er hierüber nicht diskutieren wolle, doch könnten innerpolitische Angelegenheiten mitunter auch außenpolitische Konsequenzen haben.

Im Übrigen versicherte mich der Ministerpräsident seiner Bereitwilligkeit, an der Verbesserung der österreichisch-jugoslavischen Beziehungen aufrichtig mitarbeiten zu wollen.

Ich glaube, hier zur Frage der Stellungnahme Jugoslawiens zur Habsburgerfrage hinzufügen zu sollen, dass zwar allerdings im offiziellen Communiqué die Opposition gegen die Habsburger nicht erwähnt wurde; wie mir aber der französische Gesandte mitteilt, ist in dem geheimen, nicht veröffentlichten Protokoll über die jüngste Belgrader Beratung der Kleinen Entente die Ablehnung der Restauration in Österreich neuerlich schriftlich niedergelegt.

Trotz der allgemeinen Freundlichkeit habe ich bei der Unterhaltung mit Herrn Stojadinović doch nicht das Gefühl voller Ungezwungenheit gewinnen können und war versucht, eine Art sauren Untertones herauszufühlen. Eine definitive Behauptung wäre aber nach dieser ersten Unterhaltung gewiss vollkommen verfrüht; doch lässt auch die aus den Äußerungen Stojadinović's hervorgehende Vorsicht die Vermutung zu, dass die Hemmungen, die auf jugoslavischer Seite gegenüber Österreich bestehen, noch immer beträchtlich sind.

Einen Gegensatz hiezu bildete die in Gegenwart Stojadinović's abgeführte Unterhaltung mit dem Prinzregenten Paul. Allerdings war hier das Terrain durch Briefe vorbereitet, die Prinz Paul, wie er mir sagte, aus Athen von seinem Schwiegervater Prinz Nicolas, von seinem Onkel Demidoff und im Auftrage des Königs erhalten hatte. Die englisch geführte Konversation bot jedoch kein aktuelles Interesse, denn sie betraf zwar allerhand: englische Gärten, die Toiletten, die sich seine Gattin Prinzessin Olga derzeit in Paris kauft, Griechenland etc. – enthielt aber nicht ein Wort über jugoslavische Politik und kann daher nur als Mittel zur Anbahnung guter persönlicher Beziehungen gewertet werden. Prinz Paul scheint, wenn er guter Laune ist, ein Freund persönlicher Neckereien zu sein und erkundigte sich bei mir in Gegenwart Stojadinović's angelegentlich um dessen Leistungen als Solotänzer in Athen und ferner, ob ich das – in Belgrad berühmte – Prachtpalais der Österreichischen Gesandtschaft schon genau besichtigt hätte. Ich teilte ihm mit, dass das Bundeskanzleramt ganz seiner Ansicht sei und eine Lokalveränderung in wohlwollende Erwägung ziehe.

1744**Gesandter Tauschitz an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 116/Pol. (streng vertraulich)

AdR

Gesandtschaft Berlin

Z. 38478/13

Berlin, 21. April 1937

Ich beehre mich, zu berichten, dass sich der Besuch des Herrn Ministers Glaise-Horstenau, der heute in einem ihm vom Staatssekretär für Luftfahrt, General der Flieger Milch zur Verfügung gestellten Sonderflugzeug Berlin nach nahezu achttägigem Aufenthalt wieder verlassen hat, vollkommen programmäßig und in der angenehmsten Weise abgewickelt hat.

Der Herr Militärattaché und ich haben den Herrn Minister bei seiner Ankunft am Flugfeld erwartet, wo ich mich ihm für seinen Berliner Aufenthalt zur Verfügung gestellt habe. Über Einladung des Reichskriegsministers von Blomberg nahm ich an der Eröffnung des Reichskriegsarchivs in Potsdam und an dem darauffolgenden Frühstück in der Kriegsakademie teil. Am Abend war ich mit dem Minister Glaise-Horstenau und dem Militärattaché bei einem Diner des Reichskriegsministers, an dem auch der Reichsaußenminister Freiherr von Neurath und Reichsinnenminister Dr. Frick teilnahmen. Ich selbst veranstaltete auf der Gesandtschaft zu Ehren des Herrn Ministers am 19. April ein großes Frühstück, an dem Reichskriegsminister Generalfeldmarschall von Blomberg, Generaloberst Freiherr von Fritsch, Staatssekretär General der Flieger Milch, Marinekommandant Generaladmiral Dr. von Raedern [recte: Marinekommandant Generaladmiral Raeder], General der Flieger Kaupitsch [recte: General der Flieger Kaupisch], Legationsrat Altenburg und andere militärische Freunde des Ministers teilnahmen. Am 20. April war ein internes Frühstück auf der Gesandtschaft, zu dem nur die Funktionäre der Gesandtschaft und des Generalkonsulates gebeten waren.

Entgegen einigen Blättermeldungen beehre ich mich, zu berichten, dass ich an der Unterredung Hitler-Glaise-Horstenau nicht teilgenommen habe, weil der Herr Minister Wert darauf gelegt hat, mit dem deutschen Reichskanzler allein zu sprechen. Ich war nur, ähnlich wie beim Besuche des Herrn Staatssekretärs, nachher zu einer kurzen allgemeinen Unterhaltung und zum Fotografieren dazu gekommen. Der Herr Minister hat mich über seine Unterredung mit dem Herrn Reichskanzler, mit dem Reichsaußenminister, Ministerpräsidenten Göring, Minister Frick und Minister Dr. Goebbels in großen Zügen informiert. Ich berichte darüber jedoch nicht, weil er sich einen Bericht über seine Unterhaltung selbst vorbehalten hat.

Mein Eindruck über den Besuch war, wenn ich mir eine allgemeine Bemerkung erlauben darf, dass er zum gegenseitigen Verständnis und zur Klärung beigetragen hat. Bemerkenswert ist jedoch die Äußerung des Herrn Ministers am Ende seines achttägigen Aufenthaltes, dass er neuerdings zu der Überzeugung gekommen sei, es wäre hier manches schön und gut, man solle mit Deutschland außenpolitisch in engster Fühlung und Zusammenarbeit leben, man solle die wirtschaftlichen Beziehungen so gut als möglich ausbauen und ausgestalten, aber innerpolitisch und kulturell sollen sie uns vollkommen in Ruhe und nach unserer Façon selig werden lassen. Der preußische Kürassier-Stiefel wäre halt doch nichts für einen Österreicher.

Zum Abflug am Mittwoch, den 21. April bin ich mit Legationsrat Seemann und Oberst Pohl am Flugfeld, wo sich die Attachégruppenführer des Heeres und der Luftwaffe ebenfalls eingefunden haben, erschienen.

1745

Konferenz Bundeskanzler Schuschnigg und Staatssekretär Schmidt mit italienischem Ministerpräsidenten Mussolini und italienischem Außenminister Ciano am 22. und 23. April 1937 in Venedig¹

Gesprächsstoff²

AdR, NPA
Italien/ Geheim I/III
(ohne Zahl)

o.O., o. D.

A. Politische Fragen.

1) Entwicklung der österr.-italien. politischen Beziehungen:

Legitimistische Frage: Reise Dr. Wiesners nach Rom und Audienz bei H. Mussolini erfolgte über Initiative des H. Bundeskanzlers, mit dem Zweck, H. Mussolinis mäßigenden Einfluss bezüglich legitim. Propaganda auf Wiesner zur Geltung zu bringen; VF-Appell vom 14. Feber³ mit den bekannten drei Leitsätzen über die Frage der Staatsform und der legitim. Propaganda; dementsprechende Erläuterung des österr. Standpunktes gegenüber Reichsminister Baron Neurath,

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 11/1734 und ADÖ 11/1738.

² Amtserinnerung Gesandter Hornbostel, Wien, am 3. Mai 1937: „Schließlich liegt der in der Abteilung 13/Pol. zusammengestellte ‚Gesprächsstoff‘ für den H. Bundeskanzler bei, an den er sich in seinen Unterredungen in ziemlich erheblichem Maße gehalten hat.“ – AdR, NPA Italien I/III, Z. 38854/13.

³ Wiener Zeitung, Nr. 46, 15.2.1937.

der sich mit der österr. Stellungnahme zufrieden zeigte; wesentlicher Einfluss der plötzlichen, unaufrichtigen und ungeschickten Haltung der französ. Presse, die aus eigener Initiative Partei für die Restauration ergriff, mit dem offenbaren Zweck, das Habsburgerproblem als Keil zwischen Rom und Berlin zu missbrauchen; die italien. Abwehr dieser französ. Intriguen durch die Artikel Gaydas; die Auswirkung dieser Artikel in innerpolitischer Beziehung war eine ungünstige, wegen knapper Aufeinanderfolge auf die Erklärungen des Frontappells vom 14. Feber, wegen des überscharfen Tones, sie erweckten in staatsfeindlichen Kreisen, sowohl bei Braun wie Rot (siehe die Artikel der illegalen „Arbeiter-Zeitung“) Frohlocken wegen „Fallenlassens“ Österreichs durch Italien. Außenpolitische Auswirkung war gleichfalls insoferne ungünstig, als einerseits weite österr. Kreise, die für die österr.-italien. Freundschaftspolitik Verständnis hatten, sich hauptsächlich durch die bruske Methode verletzt fühlten, hiedurch Störung des von beiden Seiten erwünschten Anfreundungsprozesses von Volk zu Volk; andererseits gaben die Gayda-Artikel dem Ausland Anlass zu weitgehenden und unrichtigen Kommentaren hinsichtlich der italien.-österr. Freundschaft und der Sicherheitsfrage Österreichs.

(Auf die hiedurch verschlechterte allgemeine Stimmung sind auch zum Teil die bedauerlichen Zwischenfälle beim Fußballmatch des Palmsonntags zurückzuführen, denen freilich nur zum geringsten Teil politische Motive und in der Hauptsache psychologische und sportliche Beweggründe zugrunde liegen.)

Die immer wieder aufgestellte Antithese: „Habsburg oder Anschluss“ ist durchaus unrichtig und muss mit allen Mitteln bekämpft werden.

2) Ergebnisse des Belgrader Besuches Grafen Cianos.

Bedeutung des politischen Vertrages: Wie wird sich nach italien. Auffassung die Konsultativklausel des Art. 2 in den verschiedenen in Betracht kommenden Fällen auswirken (Kontroversen zwischen Ungarn und einem Kl. Ententestaat; solchen zwischen Österreich und einem Kl. Ententestaat, insbesondere Jugoslawien u. dgl.); beabsichtigt und vermag Jugoslawien früher oder später den Römer Protokollen⁴ beizutreten? Italienischerseits steht die Einführung eines besonderen Regimes im Warenverkehr mit Jugoslawien bevor: ist es analog dem Regime der Römer Protokolle? Einzelheiten!

Worin bestehen die laut Zeitungsmeldungen italienischerseits gemachten Versprechungen hinsichtlich der Behandlung der jugosl. Minoritäten in Italien? (Die Kenntnis dieser Zusagen wäre auch vom Gesichtspunkte aus wichtig, damit einer jugoslawischen Chantage Österreich gegenüber in der Frage der Kärntner Slovenen vorgebeugt werden könne.)

Die auf den Besuch Grafen Cianos in Belgrad folgende Kl. Entente-Konferenz hat ihren Standpunkt unterstrichen, dass keiner der Kl. Entente-Partner einen politischen Sondervertrag mit Ungarn abschließen dürfe! Wie wird sich dieser

⁴ Römische Protokolle vom 17. März 1934 – ADÖ 9/1437.

Grundsatz mit den Bestrebungen, die auf die allmähliche Einbeziehung Jugoslawiens in die Römer Protokollgruppe zielen, in Einklang bringen lassen?

Wie entwickeln sich seither die Beziehungen Italiens zu Rumänien und zur Tschechoslowakei?

3) Die österr.-tschechosl. Beziehungen.

Unterredungen des H. Bundeskanzlers mit MinPräs. Dr. Hodža in Wien: Gesamteindruck Dr. Hodžas von der europäischen Lage, schwieriges Verhältnis zu Deutschland, Aussicht auf Entspannung der Beziehungen zu Polen (ähnliche Sprache des polnischen Außenministers Beck), Schwierigkeiten der Entwicklung normalerer Beziehungen zu Ungarn, kategorische Dementierung militärischer Abmachungen zwischen Tschechoslowakei und Sowjetrußland; naturgegebener Parallelismus zwischen Tschechoslowakei und Österreich hinsichtlich der Gefährdung ihrer Grenzen durch Deutschland. Vorteile, die sich für Österreich aus der Vorlagerung der Tschechoslowakei, infolge Verkürzung der österr.-deutschen Grenze und „Schutzwall“-Stellung der Tschechoslowakei ergeben.

Interesse Österreichs an einer reibungslosen Nachbarschaft, intensivem Wirtschaftsverkehr und kulturellem Austausch (insbesondere mit den aktivistischen deutschen Elementen der ČSR) mit der Tschechoslowakei, wobei eine politische Bindung derzeit ausgeschlossen bleibt.

4) Beziehungen zu Deutschland.

Pressebeziehungen.

Sprunghaft wechselnd. Nach Neurath-Besuch ziemlich heftige Campagne, besonders gegen monarchische Richtung. Zeitungsverbote gegen österr. Zeitungen unmittelbar vor dem Besuch, offenbar als Pressionsmittel zur Erreichung der Zulassung weiterer deutscher Organe nach Österreich. Plötzliches Einlenken, „Osterfriede“, Einladung österr. Pressechefs Adam nach Berlin zur Aussprache. Am 8. April plötzlich Sturm und gröbste Angriffe wegen lächerlicher – übrigens schon fast geregelter Lappalie (Kranzniederlegungsaffäre Bruckner in Leonding) – scharfe gegenseitige Erklärungen, ungenügende Zurücknahme der deutschen Vorwürfe (in Deutschland nicht veröffentlicht), neuerliche Einladung zur Reise Adams nach Berlin, die aber erst in späterem Zeitpunkte stattfinden wird. Gesamteindruck, dass verschiedene Strömungen (Propagandaministerium, Außenamt, Parteiämter) durcheinander arbeiten; das Außenamt kann sich nur schwer durchsetzen.

Innerpolitische Beeinflussungen aus dem Reich.

Direkte Einflussnahme der deutschen Parteileitung auf die österr. illegalen Kreise im Großen und Ganzen nicht konkret feststellbar, wenn auch außer Zweifel stehend. Vereinzelt noch Fäden des NSDAP-Nachrichtendienstes (z. B. Zentrale in Schwaz) und von Organisationen wie Hitlerjugend u. dgl. nach Deutschland festgestellt. Erheblicher Schmuggel Propagandamaterials aus Deutschland immer wieder auch in allerletzter Zeit festzustellen. Intensive Versuche kultureller Durchdringung. Aufstellung der Auslandsorganisation der NSDAP innerhalb

der Deutschen Kolonie gibt Anlass zu Berührungen mit illegalen österr. Kreisen, trotz gegenteiliger Versicherungen. Gänzlich unbefriedigend noch immer Einstellung offizieller deutscher Kreise zu Emigrationskreisen, deren österreichfeindliche Betätigung („Hilfsbund“ und „Hilfswerk NW“ = Legion) in gar keiner Weise unterbunden wird, wenn auch österr. Legion fast zur Gänze aus Grenzgebiet abgezogen. „Unentwegte“ Stimmung in der Emigration behindert Repatriierungs- und Befriedungsaktion.

In den letzten Wochen übereinstimmende Nachrichten von erhöhter Tätigkeit der in Bayern (München, Dachau) liegenden SS-Standarte „Deutschland“, die überwiegend aus Österreichern und ausgebürgerten Österreichern besteht; auch positive Anzeichen von Neuanwerbungen zu dieser Standarte aus Österreich. Frage, ob stärkere Prätorianergarde für Hitler aus Nicht-Bodenständigen geschaffen werden soll, oder auf Wiederaufstellung einer neuen „österr. Legion“ zu irgendwelchen aggressiven Zwecken geschlossen werden muss, ist noch ungeklärt.

Fremdenverkehr.

Herbst- und erster Teil Wintersaison wiesen nur geringen deutschen Fremdenverkehr auf (Devisenmangel). Seit Mitte Jänner zunehmende Besserung; lebhafter Zustrom, der auch für die Sommersaison anzuhalten verspricht. Verhalten der Reisenden, abgesehen von vereinzelt Zwischenfällen, korrekt. Hingegen wahrzunehmen systematische Diskriminierung zwischen vaterländisch und nazistisch eingestellten Gaststättenbesitzern, indem erstere boykottiert und letztere bevorzugt werden. Organisation dieser „Erziehungsaktion“ scheint von österreichischen nazistischen Kreisen auszugehen, findet jedoch Unterstützung bei vielen reichsdeutschen untergeordneten Stellen trotz wiederholter offizieller Versicherung, dass eine Politisierung des Reiseverkehrs auch deutscherseits nicht gewünscht werde.

Kulturelle Beziehungen.

Der anlässlich des Besuches Staatssekretärs Dr. Schmidt in Berlin⁵ beschlossene und beim Neurath-Besuch ins Leben gerufene „Ausschuss für kulturelle Angelegenheiten“ hat seine erste Tagung in Wien abgehalten, die hauptsächlich gegenseitiger Information und Austausch von Wünschen diente. Ein Unterausschuss hat eine Reihe von Einzelfragen auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Betriebes und Unterrichtswesens geregelt. Auch auf kulturellem Gebiet Schwierigkeiten infolge a) Anwendung der reichsdeutschen „Ariergesetzgebung“ b) infolge Diskriminierung zwischen österr. Künstlern und Kunstunternehmungen nach politischen Gesichtspunkten.

Handelsbeziehungen.

Kommerzielle Abmachungen vom Jänner funktionieren im allgemeinen befriedigend, abgesehen von auch hier wahrnehmbaren Versuchen, nazistische österr.

⁵ Zum Berlinbesuch Staatssekretär Schmidt vom 19. – 21. November 1936 siehe ADÖ 11/1677, ADÖ 11/1683, ADÖ 11/1692 und ADÖ 11/1701 – ADÖ 11/1703.

Unternehmer zum Nachteil von patriotisch eingestellten bei der Vergebung von Aufträgen aus dem Reich zu bevorzugen.

5) Allgemeine europäische Fragen.

Spanien: Voraussichtliche Entwicklung in militärischer und politischer Hinsicht.

England: Besteht Hoffnung auf eine baldige italien.-englische Entspannung hinsichtlich der Mittelmeer- und afrikanischen Frage?

Frankreich: Entwicklung der inneren Lage Frankreichs und der italien.-französ. Beziehungen? (wann wird Frankreich endlich die in Abessinien geschaffene Lage anerkennen und einen Botschafter beglaubigen?)

Erwähnung des eintägigen offiziellen Besuches des H. StS. Dr. Schmidt bei H. Delbos auf Rückreise aus London und Pavillonöffnung (deutscherseits ohne weiters zustimmend zur Kenntnis genommen).

Balkan und Türkei: Beabsichtigt Italien in seiner Balkanpolitik nach den Belgrader Verträgen, wieder aktiver vorzugehen? Heranziehung Griechenlands und der Türkei? (Konkurrenz gegenüber den starken englischen und auch deutschen Einflüssen wirtschaftlicher und militär-politischer Natur).

Frage, ob Italien Wert darauf legen würde, dass wir die nach Entstehen der Balkan-Entente fallen gelassenen Verhandlungen wegen Abschluss eines Freundschafts-, Neutralitäts- und Schiedsvertrages mit der Türkei⁶ (gleich den italien. und ungar. Verträgen mit der Türkei) wieder aufnehmen? (Optischer Zweck der Gleichstellung gegenüber den beiden andern Partnern der Römer Protokoll-Gruppe; vielleicht praktischer Effekt der Erleichterung des schwerfälligen Handelsverkehrs).

Ägypten: Wird Italien auch auf die Verlassenschaftsabhandlungen nach in Ägypten verstorbenen Italienern durch die italien. Konsulate (sehr erhebliche Erbschaftsgebühren!) verzichten? Österreich befindet sich in analoger Situation (einige Millionäre in der österr. Kolonie).

6) Südtirol.

a) Das Enteignungsdekret vom 17. Feber 1937 (zu Gunsten des „Ente di rinascita agraria per le tre Venezie“) hat große Unruhe in Tirol ausgelöst (betroffene Verwandte im Alto Adige). Besonders bedroht fühlen sich die arg verschuldeten Gebirgs- und Kleinbauern (unter 80 ha). Wenn auch bisher keine Klagen über konkrete Fälle der Anwendung dieses Dekretes (das einen bedenklich weitgehenden Eingriff in das Prinzip des Privateigentums darstellt) bekannt wurden, so hat sich doch sogleich die nationalsozialistische illegale Propaganda in Österreich dieses Dekretes zur propagandistischen Ausnützung gegen das österreichische Regime und die „armselige italienisch-österreichische Freundschaft“ bemächtigt.

⁶ Tatsächlich handelt es sich dabei bloß um die Verlängerung des bereits 1924 mit der Türkei abgeschlossenen Vertragskonvoluts, auf dessen Basis die Republik Österreich seinerzeit mit der jungen Republik Türkei offizielle diplomatische Beziehungen aufgenommen hatte – BGBl 391/1924; dazu außerdem ADÖ 5/764.

Ersuchen um größte Milde bei der Handhabung und Ausübung einer wirksamen Kontrolle durch die Römer Zentralen.

b) Die Boykottierung vaterländisch gesinnter Österreicher im Alto Adige durch die Nationalsozialisten ist in Zunahme begriffen (Gastwirtschaften- und Geschäfte-Boykott).

c) Wäre grundsätzlich mit der Genehmigung einer österreichischen Konsulatschule in Bolzano ausschließlich für österreichische (und allenfalls reichsdeutsche) Kinder zu rechnen? (Gegenstück: die italienische Schule in Innsbruck!)

d) Dank für die Bereitwilligkeit Herrn Mussolinis, einigen besonders Geschädigten des Zusammenbruchs der Raiffeisenkasse in Gries Zuwendungen zu machen; ein endgiltiges Ergebnis ist uns bisher nicht bekannt geworden. (Wir haben 5 bzw. 7 solche besonders berücksichtigungswürdige und kinderreiche Bauern vorgeschlagen mit einer Gesamtsumme der Verschuldung von 185.000 bzw. 235.000 Lire.)

e) Die am Schicksal ihrer Verwandten und Freunde im Alto Adige interessierten Tiroler sind nach wie vor stark beeindruckt von:

1) der fortgesetzten minoritätsfeindlichen Politik des Präfekten Mastromattei in Bolzano,

2) der fast völlig mangelnden Handhabung der seinerzeitigen Erlässe für den deutschen Sprachunterricht,

3) der Möglichkeit, dass auf Grund der italienisch-jugoslavischen Annäherung den jugoslavischen Minoritäten in Italien weitergehende kulturelle Erleichterungen eingeräumt werden könnten, als den deutschen Minoritäten im Alto Adige (Bundespressediens und Heimatdienst machen alle, bisher erfolgreiche, Anstrengungen, um die daran interessierten Kreise in Österreich, insbesondere in Tirol, davon zurückzuhalten, letztere Frage in der Öffentlichkeit und der Presse zu behandeln, diese Frage wirkt sich aber ohne Zweifel ungünstig auf die österreichisch-italienische Freundschaft aus).

7) Frage eines Gegenbesuches Herrn Mussolinis in Österreich.

Zeitungsmeldungen zufolge beabsichtigt der Duce im Herbst l. J. einen persönlichen Gegenbesuch (seinen ersten Auslandsbesuch seit Gründung des faschistischen Regimes) in Budapest zu machen. Weiters beschäftigt sich die Weltpresse mit der angeblichen Möglichkeit, dass H. Mussolini im Laufe des Sommers den im Jahre 1933 von Hitler gemachten Besuch erwidere.

Es wäre vom Gesichtspunkte des Ansehens der Gruppe der Römer Protokollstaaten wie auch überhaupt kaum tragbar, dass H. Mussolini diesfalls nicht auch persönlich nach Österreich komme. Diese Frage könnte grundsätzlich, unter Berufung auf mehrfache seinerzeitige mündliche Zusagen des Duce, wie auch hinsichtlich Termines (falls im Sommer, etwa Salzburger Festspiele?) besprochen werden.⁷

⁷ Weiter ADÖ 11/1746 – ADÖ 11/1748.

1746

Konferenz Bundeskanzler Schuschnigg und Staatssekretär Schmidt mit italienischem Ministerpräsidenten Mussolini und italienischem Außenminister Ciano am 22. und 23. April 1937 in Venedig¹

Gesprächsaufzeichnung

AdR, NPA
Italien/ Geheim I/III
Z. 39357/13

o.O., o. D.

I.

Kurs der österreichischen Außenpolitik und Beziehungen Österreichs zu Deutschland.

Der B.K. stellt an der Spitze seiner Ausführungen die Feststellung, dass keinerlei Kursänderung in der österreichischen Außenpolitik, die nach wie vor geradlinig sein werde, vorliege, noch intendiert sei; alle gegenteiligen Gerüchte entbehren jeder Grundlage. Bezüglich des Verhältnisses Österreichs zu Deutschland, das für Österreich wohl von allergrößter Bedeutung ist, sei Folgendes zu sagen: Der Kontakt mit der deutschen Regierung könne im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden, sehr schwer sei es, mit den Organismen der NSDAP in Deutschland zu irgendwelchen positiven Ergebnissen zu gelangen. Die NSDAP-Kreise verfolgten den Zweck, die herzlichen Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland zu stören, indem sie einerseits die öffentliche Meinung in Österreich gegen Italien zu beeinflussen versuchten, andererseits sich in Italien bemühten, Österreich als italienfeindlich hinzustellen. Die österreichische Bundesregierung hat alles getan, um möglichst korrekte Beziehungen mit dem Deutschen Reich aufrecht zu erhalten. Darüber hinaus etwa eine Regierungsänderung durch Aufnahme von Nationalsozialisten vorzunehmen, komme nicht in Frage. Hingegen habe sich die Bundesregierung schon bisher bereitgefunden, durch alle möglichen Konzessionen das Verhältnis zu den Nationalsozialisten zu entspannen, wobei nicht außeracht gelassen werden dürfe, dass diese Politik in weiten Kreisen äußerst unpopulär wäre. Trotzdem bestehe Grund zur Zuversicht, dass auf diesem Wege allmählich eine Entspannung erzielt werden könne, wenn man auch andererseits verstehen müsse, dass Österreich den Nationalsozialismus als solchen bekämpft. Innenpolitisch, wirtschaftlich, militärisch und staatsfinanziell hat Österreich große Fortschritte gemacht und die innere Lage ist wesentlich gefestigt. Irgendwelche „Volksfront“-Ideologien sind in Österreich nicht vorhanden. Was

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 11/1734, ADÖ 11/1738, ADÖ 11/1745.

die „roten“ Kreise betreffe, so seien diese jedenfalls für die Unabhängigkeit Österreichs eingestellt und treten nicht aktiv gegen das heutige Regime auf.

Auf eine Frage S. Exz. Mussolinis über den Umfang der „Roten“ in Österreich und deren Verbindung mit der Tschechoslowakei antwortete der Bundeskanzler, dass sich die zahlenmäßige Stärke wohl schwer feststellen lasse, immerhin aber konstatiert werden könne, dass verschiedene Gruppen bestehen, von denen eine intransigent nach Moskau orientiert ist, die andere (der Emigranten) in der Tschechoslowakei ihre Stütze findet, die Mehrzahl der ehem. Sozialdemokraten jedoch heute nicht mehr rev. soz. denken, das heutige System in Österreich wohl unterstützen, wenn sie auch nicht mit dem Herzen gewonnen sind und für die Unabhängigkeit Österreichs eintreten. Letztere Kreise, denen keine übermäßige Bedeutung zuzumessen sei, könnten als „quasi rot“ bezeichnet werden und seien dezidiert anti-nationalsozialistisch. Bemerkenswert sei, dass heute bereits über 60% der Bewohner Wiens in der Vaterländischen Front organisiert seien.

Im späteren Verlaufe der Unterredung betonte der B.K., er möchte nicht den Eindruck erwecken, als ob Österreich mit Deutschland irgend einen Konflikt suche; im Gegenteil, es wolle gute Beziehungen mit Deutschland herstellen und unterhalten. Andererseits kann Österreich die derzeitigen reichsdeutschen Methoden der Politik und Kulturpolitik in Österreich nicht zulassen. Auch Österreich sei entschieden gegen Freimaurerei und ein Anhänger eines autoritären Regimes. Die Voraussetzung der guten Beziehungen Österreichs zu Deutschland bleibe die Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs und zwar nicht nur in formeller Beziehung, sondern auch essentiell. Der B.K. wolle auch nicht darüber diskutieren, wem letzten Endes die Geschichte recht geben werde. Er könne nur seiner Überzeugung Ausdruck geben, dass vom Standpunkte des deutschen Volkes es ein Unglück wäre, wenn Österreich verschwinden würde.

Exz. Mussolini äußerte sich zu diesem Thema ungefähr wie folgt (siehe auch die Ausführungen unter V): Er sei der Auffassung, dass die Österreicher zwar Deutsche seien, trotzdem aber ohne Zweifel Österreicher, vorwiegend katholischen Bekenntnisses, somit anderer Weltanschauung als die Mehrheit der Reichsdeutschen. Es sei auch selbstverständlich, dass Österreich die besten Beziehungen zu Deutschland nur unter der Voraussetzung pflegen kann, dass die Unabhängigkeit Österreichs restlos respektiert werde. Diese Respektierung der Unabhängigkeit sei eine *conditio sine qua non*. Österreich müsse fest auf dem Grund des Abkommens vom 11. Juli 1936² stehen, da es niemals gegen Deutschland Politik machen könne. (Hier warf Staatssekretär Dr. Schmidt ein, dass, von seinem in besonders herzlicher Atmosphäre verlaufenen Besuch in Berlin abgesehen, kaum positive Äußerungen einer freundlichen Einstellung des Deutschen Reiches zu Österreich und seinem Regime erfolgt seien. Dieser Umstand wirke sich sicherlich hemmend auf das Zustandekommen einer

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

freundschaftlichen Atmosphäre in den zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern aus. Dies müsse sich aber unbedingt in der Zukunft ändern, da andernfalls der BK. nur mit Schwierigkeit den von ihm innen- und außenpolitisch eingeschlagenen Weg der Befriedung erfolgreich weitergehen könne. Es müsste endlich einmal von jenseits der Grenzen der ehrliche Wille zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen mit Österreich dokumentiert werden.)

Exz. Mussolini schwebe vor, demnächst sowohl mit Min.Präs. Goering als auch General Blomberg darüber zu sprechen, ihm schienen die Militärs eine gute Brücke für die Anbahnung besserer Beziehungen darzustellen. Min.Präs. Goering habe anlässlich seines letzten Besuches in Italien sich mehrfach über die Haltung Österreichs gegenüber den Nationalsozialisten beklagt und das Interesse Deutschlands an den Deutschen in Österreich bekundet. Demgegenüber habe Exz. Mussolini in unzweideutiger Weise Goering erklärt, dass an die Unabhängigkeit Österreichs nicht gerührt werden könne, wenn er auch seit jeher den deutschen Charakter Österreichs anerkannt habe. In diesem Zusammenhang machte Exz. Mussolini die Anregung, ob nicht Ungarn, das in Berlin gerne gehört werde und mit Deutschland gute Beziehungen pflege, sich in Berlin im Interesse der Sicherheit der Unabhängigkeit Österreichs wirkungsvoll einsetzen könne. Im übrigen wiederholte Exz. Mussolini, dass er in diesem Sinne auch mit den demnächst eintreffenden deutschen Gästen, Neurath, Goering und Blomberg sprechen werde.

Im Verlaufe des Gespräches über dieses Thema äußerte Exz. Mussolini noch den Gedanken, dass je stärker die Gegensätze zwischen Deutschland und den Weststaaten würden, desto enger sich automatisch die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien gestalten müssten, was jedoch die Haltung Italiens in der österreichischen Frage nicht berühren könne. Schließlich betonte Exz. Mussolini noch die Bedeutung, die das österreichisch-deutsche Verhältnis auch für Italien habe. Bekanntlich habe die österreichische Frage den einzigen Reibungspunkt zwischen Italien und Deutschland dargestellt und er halte die von Österreich geführte Politik gegenüber Deutschland für richtig. In diesem Zusammenhange wurde zwischen den vier Mitrednern die von Prinzen Rohan eingeleitete Aktion kurz berührt. Es wurde festgestellt, dass Exz. Mussolini Prinzen Rohan nicht empfangen habe, wohl aber Exz. Graf Ciano, dem Prinz Rohan seinen Gedankengang ungefähr in folgendem Sinne entwickelt habe: BK. Schuschnigg müsse unter allen Umständen gehalten werden, widrigenfalls die unter Führung Bürgermeisters Schmitz stehende „Volksfront“-Bewegung (?) ans Ruder käme, was eine außenpolitische Umorientierung zur Folge hätte, um BK. Schuschnigg zu unterstützen, müsse ihm eine Verbreiterung seiner Regierungsbasis durch Aufnahme von drei nationalsozialistischen Ministern empfohlen werden. Über Einladung Grafen Cianos habe Rohan ein Memorandum in diesem Sinne überreicht. (Staatssekretär Dr. Schmidt wies darauf hin, dass Rohan sich nach seiner Rückkehr nach Wien als Sieger gefeiert habe und alle im Gange befindlichen Versöhnungsversuche sofort ins Stocken geraten wären. Der Staatssekretär wies hiebei auf die

ungünstige Optik solcher privater Machenschaften hin, da sie unverzüglich zu Gerüchten über ein „Fallenlassen Österreichs durch Italien“ Anlass gäben. Überhaupt könne konstatiert werden, dass die Nationalsozialisten in Österreich ihre Ansprüche jedes Mal steigerten, wenn sie der Meinung seien, dass der Kurs Österreichs im Auslande im Fallen begriffen sei.)

Staatssekretär Dr. Schmidt stellte resümierend fest, dass gegenwärtig kein Anlass vorliege, der österreichischen Frage ein besonders aktuelles Interesse zuzuwenden. Die Unabhängigkeit Österreichs sei ja u. a. durch die Römer Protokolle³ und das österreichisch-deutsche Abkommen vom 11. Juli 1936 gewährleistet und bilde eine feststehende Tatsache, die immer wieder in politische und publizistische Diskussionen hineinzuziehen weder im Interesse Österreichs noch auch der an dem Bestande Österreichs interessierten Staaten liege. Es sei auch für Österreich vollauf verständlich, dass unter den gegebenen Verhältnissen Italien mit Deutschland eng kollaborieren müsse. Aus dieser Erkenntnis heraus wird Österreich selbstverständlich trachten, alle Reibungen mit Deutschland zu vermeiden und auf dem Wege der Besserung der österreichisch-deutschen Beziehungen fortzuschreiten. Unter der Voraussetzung eines unentwegten Festhaltens an dem Grundsatz der Unabhängigkeit Österreichs bestehe gegenwärtig auch keine Notwendigkeit, die Frage der Unabhängigkeit besonders zu affichieren, es müsste nur alles vermieden werden, was zu Missdeutungen hinsichtlich der Einstellung Italiens, als des großen Freundes Österreichs, zu der Frage der österreichischen Unabhängigkeit Anlass geben könnte, wie dies z. B. zu befürchten wäre im Falle einer Einschränkung des österreichisch-italienischen Wirtschaftsverkehrs u. dgl. m..

II.

Restaurationsproblem.

Der Bundeskanzler führte aus, er habe selbst unablässig davor gewarnt, in dieser Frage allzu stark vorzuprellen. Er bekenne sich nach wie vor als Monarchist, wolle aber nichts über das Knie brechen, zumal die außen- wie innenpolitischen Voraussetzungen für eine Restauration derzeit nicht gegeben seien. So habe er auch die Audienz Gesandten a. D. Wiesners bei Exz. Mussolini angeregt, um auf den ersteren moderierend Einfluss nehmen zu lassen. Der BK. wies auf die Leitsätze hin, die er auf dem Vaterl. Front-Appell vom 14. Feber⁴ aufgestellt hat. Die monarchistische Bewegung in Österreich, die unzweifelhaft in Zunahme begriffen ist, könne insolange nicht verboten werden, als es eine nationale Bewegung gebe. Eine Unterdrückung der Monarchisten wäre gleichbedeutend mit dem Aufgeben einer wichtigen Waffe gegen den Nationalsozialismus. Der BK. sei sich aber durchaus bewusst, dass in einer schwierigen internationalen Situation die Restauration sich nicht verwirklichen lasse, denn jede Beunruhigung oder Gefährdung

³ Römische Protokolle vom 17. März 1934 – ADÖ 9/1437.

⁴ Wiener Zeitung, Nr. 46, 15.2.1937.

des Friedens müsse ausgeschlossen bleiben. Diesen Standpunkt habe er auch Baron Neurath gegenüber entwickelt und er sei sich darüber klar, dass man gegebenenfalls mit den Nachbarn Österreichs sprechen würde. Trotzdem bleibe die Frage der Staatsform unbedingt eine innere österreichische Frage und er könne sich auch nicht etwa von Jugoslawien vorschreiben lassen, einen Verzicht auf die Wiederherstellung der Monarchie auszusprechen. Der in Österreich zwangsläufig gepflegte Traditionsgedanke führe eben immer wieder zur Monarchie zurück. Abwegig sei es, zu argwöhnen, dass eine Linksmonarchie beabsichtigt wäre, eine solche sei ausgeschlossen und der BK. habe auch dem Thronanwärter Otto immer wieder eindringlich vor Augen führen lassen, dass eine wiederherzustellende Monarchie nur auf dem heutigen Regime aufgebaut werden könne. Es sei ihm auch nie eingefallen, Italiens Unterstützung für die Restauration in Anspruch zu nehmen. Wichtig wäre es, dass dieses Thema endlich aus der internationalen Diskussion verschwände. Der BK. sehe durchaus ein, dass unter den gegebenen Umständen sich Italien nicht für die Habsburger einzusetzen vermöchte.

Im Zusammenhang mit diesem Thema wurden auch die bekannten gegenständlichen Artikel Herrn Gaydas im *Giornale d'Italia* gestreift.⁵ Der BK. stellt fest, dass diese im Grunde nichts Neues enthielten und bloß in der Form etwas zu spitz ausgefallen seien und zu weitverbreiteten Gerüchten über ein Abrücken Italiens von Österreich Anlass gegeben hätten. Seitens der italienischen Herren wurde neuerlich darauf hingewiesen, dass diese Artikel ausschließlich eine Abwehr gewisser Tendenzen der französischen Presse bezweckt hätten, Deutschland von Italien zu trennen. Exz. Mussolini wies zu diesem Thema darauf hin, dass er schon dem verewigten Bundeskanzler Dr. Dollfuss gegenüber die Restauration als nicht aktuell bezeichnet habe. Es stehe außer Zweifel, dass wir alle Monarchisten seien. Aber ein Vorwegnehmen einer solchen Lösung hätte unabsehbare Komplikationen zur Folge, an denen Österreich zugrunde gehen könnte. Dies habe er auch Gesandten a. D. Wiesner gesagt. Die jüngste Erklärung des BK. in Eisenstadt⁶ begrüßte Exz. Mussolini als unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus zutreffend und zweckmäßig. Der Zukunft könne man nichts vorwegnehmen, zumal z. B. auch die spanische Frage das mitteleuropäische Problem beeinflusse. Was heute unmöglich sei, könnte später vielleicht wieder möglich werden.

III.

Beziehungen Österreichs zur Tschechoslowakei.

Der BK. führte aus, dass Herr Hodža Österreich keine politische Bindung vorgeschlagen hat und gab eine kurze Erklärung, wie es zu dem bekannten privaten Besuch Herrn Hodžas in Wien⁷ gekommen sei. Herr Hodža habe erklärt, mög-

⁵ Siehe dazu bereits ADÖ 11/1726 – ADÖ 11/1729.

⁶ Wiener Zeitung, Nr. 104, 15. 4. 1937.

⁷ Dazu bereits ADÖ 11/1732 und ADÖ 11/1733.

licht gute politische Beziehungen mit allen Staaten herbeiführen zu wollen. Mit Deutschland sei dies allerdings noch sehr schwer, desgleichen mit Ungarn. Zwischen der Tschechoslowakei und den Sowjets bestünden keine militärischen Abmachungen. Gegenüber Polen sei eine leichte Entspannung eingetreten. Herr Hodža habe wiederholt den Gedanken unterstrichen, dass je mehr die Tschechoslowakei isoliert werde, desto intensiver sie automatisch zu Sowjetrußland gedrängt werde. Der BK. habe Hodža die Frage vorgelegt, ob nicht durch Abtrennung gewisser Grenzgebiete Ungarn gewonnen werden könnte, was Herr Hodža unter Hinweis auf den Revisionshunger Ungarns und die stimmungsmäßig feindliche Einstellung gegenüber der Tschechoslowakei als unmöglich bezeichnet habe. Der BK. habe diese Stimmung Ungarns unter Hinweis auf die Grenzführung als verständlich bezeichnet. Herr Hodža trachte mit Italien ins Gespräch zu kommen. Die Beziehungen Österreichs zur Tschechoslowakei beschränkten sich hauptsächlich auf das wirtschaftliche Gebiet, außerdem verbinde sie das gemeinsame Interesse, nicht von Deutschland angegriffen zu werden. Der BK. führte aus, dass ein nicht provoziertes Angriff Deutschlands auf die Tschechoslowakei auch für Österreich tödlich sein müsste, da in allen Alternativen die deutschen Kräfte österreichisches Gebiet besetzen würden, sei es im Wege des Durchzuges, sei es nach Überrennung der Tschechoslowakei. Trotzdem denke der BK. keineswegs, irgendeinen Versuch einer politischen Bindung mit der Tschechoslowakei zu machen, zumal dies auch wegen der innerpolitischen Struktur der Tschechoslowakei für die österreichische öffentliche Meinung untragbar wäre. Der BK. schätze Herrn Hodža persönlich hoch ein, nicht aber Dr. Beneš.

In diesem Zusammenhange wies Exz. Mussolini darauf hin, dass die innerpolitische Struktur der Tschechoslowakei auch für die meisten anderen Länder, vielleicht mit Ausnahme Frankreichs und Englands, gewisse Hemmungen hervorrufe. Dies gelte natürlich besonders auch für Italien. In England neige die Entwicklung gleichfalls nach links und man spreche bereits von Volksfront-Tendenzen, auch ein Teil der anglikanischen Kirche predige für das rote Spanien und die innere Lage Englands ähnele immer mehr der Frankreichs, letztere aber sei sicherlich sehr schlecht. Hieran knüpfte Exz. Mussolini die Bemerkung, dass alle jene Staaten, die nach links gehen, sich immer mehr von Italien entfernen müssen; wenn England sich noch mehr nach links orientierte, so werde dies die Beziehungen mit Italien noch verschlechtern.

IV.

Spanische Wirren.

Hiezu äußerte sich Exz. Mussolini, dass sich zwei weltanschaulich entgegengesetzte Blocks gegenüber ständen. England stehe hinter den Kulissen. Wenn Rußland in diesem Kampfe siege, so würde der Bolschewismus eine starke Ausdehnung erfahren, wodurch insbesondere in Frankreich eine starke Welle ausgelöst würde. In der spanischen Sache habe Italien mit Deutschland eine gemeinsame

Front. Auf Seiten der Nationalisten kämpften dort italienische wie deutsche Freiwillige; eine Entsendung regulärer Truppen habe niemals stattgefunden. Seiner Ansicht nach werde Franco siegen, wenn auch heute hinsichtlich der Dauer des Konfliktes keine Voraussagen gemacht werden können.

V.

Beziehungen Italiens zu Deutschland.

Aus den Ausführungen Exz. Mussolinis ging hervor, dass Italien außenpolitisch stark im Mittelmeer engagiert sei. Das Gentleman-Agreement mit England habe bisher keine Verbesserung der Beziehungen gebracht, im Gegenteil, die Spannung habe sich durch gegenseitiges Ergreifen von Maßnahmen, Schaffung von maritimen Stützpunkten u. dgl. m. verschärft. Ein wichtiges Element der Beziehungen Italiens zu Deutschland bilde ferner eine weitgehende Solidarität der Regime, wenn auch gewisse Gegensätze (z. B. Katholizismus in Italien, Ungleichheit der Wirtschaftssysteme usw.) nicht zu leugnen sind. Hingegen hätten beide Länder die gleichen Feinde: den Marxismus, die Freimaurerei usw.. Marxismus wie Freimaurerei strebten nach nichts anderem, als das Regime in Italien wie in Deutschland zu vernichten. Diese Parallelität der Interessen bringe automatisch eine Solidarität zwischen den beiden Mächten mit sich. Die restlose Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs seitens Deutschlands sei nach wie vor eine unumstößliche Voraussetzung der italienisch-deutschen Beziehungen.

VI.

Beziehungen Italiens zu England und Frankreich.

Exz. Mussolini würde substantziellere Vereinbarungen mit England wünschen. In Frankreich neige die Lage immer mehr nach links und bringe dadurch Frankreich und Italien immer mehr auseinander, obwohl keine lebendigen Fragen zwischen beiden Staaten bestünden. Frankreich bekämpfe naturgemäß die Achse Rom-Berlin, verfüge übrigens über eine gute Armee und ein Großteil der französischen öffentlichen Meinung sei sich mit der Zeit darüber klar geworden, dass Frankreich es der Intervention Italiens im Weltkriege verdanke, dass die Invasion Frankreichs durch Deutschland verhindert wurde. Frankreich fürchte sich nach Auffassung Exz. Mussolinis zu Unrecht vor einem neuen Schlag Deutschlands. Er könne eine solche Annahme nicht für begründet halten, da dies Deutschland infolge der Maginot-Linie Hekatomben von Menschen kosten müsste.

VII.

Italienisch-jugoslavische Beziehungen.

Exz. Mussolini sagte zu diesem Thema, dass die italienischen Beziehungen zu Jugoslawien bisher immer schlechte gewesen wären. Heute müsse Italien darnach trachten, nach allen Richtungen seine Grenzen zu sichern. Gegen Frankreich

besitze Italien eine stark verteidigte Linie, die mit der Maginot-Linie zu vergleichen sei. Nur so könne Italien freie Hand im Mittelmeer bekommen. Während der Sanktionszeit habe England die kleinen Seemächte des Mittelmeeres solidarisiert und unter seinen Einfluss zu bringen versucht, jetzt sei Italien daran, diese Solidarität zu durchbrechen. Dazu gehöre auch die Abmachung mit Jugoslawien über die Unabhängigkeit Albaniens. Das Abkommen mit Jugoslawien sei durchaus solid und eröffne berechtigte Aussichten auf eine zunehmende Ausgestaltung der guten Beziehungen. Die Frage der kroatischen Emigration wird italienischerseits liquidiert werden. Was die Konzessionen gegenüber den jugoslawischen Minoritäten betreffe, so sei italienischerseits nur ein Versprechen gegeben worden, in freundschaftlicher Weise die einschlägigen Wünsche Jugoslawiens zu prüfen. Die jugoslawischen Minoritäten würden sicherlich nicht mehr in diesem Sinne erhalten, als die deutschen Minoritäten des Alto Adige. In diesem Zusammenhange fiel italienischerseits auch die Bemerkung, dass Ungarn, bezw. Außenminister von Kánya gleichfalls Verhandlungen über die Minoritätenfrage mit Jugoslawien führe. Die italienischen Konzessionen an die jugoslawischen Minoritäten werden sich auf den Privatunterricht der Sprache und der Verwendung der Minoritätssprache in religiösen Dingen wie auch in kulturellen Zeitungen erstrecken.

In wirtschaftlicher Beziehung habe Italien Jugoslawien ähnliche Vorteile zugesichert, wie seinerzeit Österreich und Ungarn. Exz. Graf Ciano wird die österreichische wie auch die ungarische Regierung auf dem Laufenden der diesbezüglichen Wirtschaftsverhandlungen Italiens mit Jugoslawien halten.

Bemerkenswert ist noch, dass Graf Ciano erklärte, der jugoslawische Ministerpräsident Stojadinović trete nachdrücklich für die Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs ein.

VIII.

Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Österreich und Italien.

Staatssekretär Dr. Schmidt wies auf die politischen Nachteile hin, die aus einer Einschränkung des Wirtschaftsverkehrs erwachsen würden; die optische Wirkung einer solchen Einschränkung würde sowohl in Österreich wie auch im Auslande eine äußerst schädliche sein, zu den österr.-italienischen Beziehungen sehr abträglichen Kommentaren führen und auf ein Abrücken Italiens von Österreich schließen lassen. Exz. Mussolini stimmte dieser Auffassung zu und erklärte, dass er grundsätzlich einer Erhaltung bezw. Ausweitung des Wirtschaftsverkehrs sympathisch gegenüberstehe, wies jedoch auch auf die schlechte vorjährige Ernte Italiens hin. Auf den Einwurf des Staatssekretärs Dr. Schmidt, dass durch den Rückkauf der Lausanner Anleihe die finanzielle Deckung für Italien bis September d. J. gegeben sei, stellte Exz. Mussolini in Aussicht, dass im Sinne der österreichischen Wünsche Alles im Bereiche der Möglichkeit geschehen werde.

IX.

Lieferung von militärischem Ausrüstungsmaterial.

Der H. BK. brachte die Angelegenheit der Rückstände in den militärischen Lieferungen Italiens, die es Österreich seinerzeit zugesagt hatte, zur Sprache und wies darauf hin, dass von den seinerzeit italienischerseits versprochenen 341 Geschützen, zum Teil mit Munitionsmaterial, bisher bloß 20 Batterien 8cm Feldkanonen mit Munition, 12 Batterien 10cm Feldhaubitzen und 21 Stück 15cm Autohaubitzen mit Munition, also insgesamt 149_Geschütze geliefert worden seien, somit fehlten noch: 1) 28 Batterien Feld-Haubitzen, 2) die Krupp-Haubitzen, 3) die Gebirgskanonen, also zusammen: 192 Geschütze und außerdem noch die in Aussicht gestellte Anzahl von 30,5cm Mörsern. Exz. Mussolini wies auf die große Inanspruchnahme Italiens durch die spanischen Ereignisse hin, die ein starkes Erfordernis an Kanonen ergeben hätten, versicherte aber, den fehlenden Teil der Lieferungen baldmöglichst nachzuholen.

X.

Minoritätenfragen des Alto Adige.

Der BK. trug unter Hinweis auf die Reperkussion, die die politische Entwicklung im Alto Adige auf die Bewohner Nord-Tirols habe, eine Reihe von auf die deutschen Minoritäten bezüglichen Fragen vor. Zu diesen äußerte sich Exz. Mussolini dahin, dass er Veranlassung getroffen habe, „*pietatis causa*“ den Gebirgsbauern, die durch den Zusammenbruch der Raiffeisenkassen von Gries bei Bolzano besonders stark betroffen worden und vom BK. besonders empfohlen worden seien, eine Entschädigung in dem erbetenen Ausmaße zuzuwenden. Im Übrigen erklärte Exz. Mussolini, dass er rückhaltlos zugebe, dass ein Großteil des Alto-Adige von Deutschstämmigen bewohnt sei, dieses Gebiet aber ohne Zweifel geographisch zu Italien gehöre. Die Lage dortselbst sei durch die nationalsozialistische Bewegung stark kompliziert, die Situation sei infolge der Haltung der Nationalsozialisten recht undurchsichtig. Im Prinzip wäre der Duce bereit, den dortigen Bewohnern gewisse Erleichterungen hinsichtlich der Verwendung der Muttersprache, der Zeitungen und des Privatunterrichtes einzuräumen, doch wüsste er nicht, wo die dortigen Deutschen eigentlich hinaus wollten. Hierauf erzählte Exz. Mussolini über den seinerzeitigen Empfang einer Deputation von 5 deutschen Vertretern aus dem Alto-Adige, die ihre Wünsche vorgebracht hätten. Von diesen habe er ohne weiters die Berechtigung der Einstellung der Namenswechsel und der Abänderung von Grabinschriften u. dgl. anerkannt. Was die Frage des Privatunterrichtes betreffe, so versicherte Exz. Mussolini, eine Überprüfung dieser Angelegenheit und womöglich eine Lösung bis Ende des Jahres. Hinsichtlich des Enteignungsdekretes stellte er fest, dass dieses im Grunde genommen bloß bereits bestehende Normen enthalte und in der Praxis die Anzahl von Enteignungen eine absolut geringfügige sei. Er stellte dem BK. die Übersendung eines dies-

bezüglichen Verzeichnisses in Aussicht. Weiters stimme er dem Grundsatz zu, dass die deutschen Minoritäten des Alto-Adige nicht weniger an Konzessionen eingeräumt erhalten würden, als die anderen Minoritäten in Italien. Bezüglich der österreichischerseits angeregten Gründung einer Konsulatsschule in Bolzano bzw. Meran äußerten die italienischen Herren Bedenken wegen der Gefahr eines Präjudizes für die Reichsdeutschen, wobei sie die Analogie mit der ital. Schule in Innsbruck aus dem Grunde bestritten, weil es sich in Innsbruck um eine Schule der dortigen italienischen Kolonie in einem deutschbesiedelten Gebiet, im Alto-Adige jedoch um eine deutsche bzw. österr. Schule in einem hauptsächlich von Deutschen bewohnten Lande handeln würde. Es erweise sich daher eine Zurückstellung dieser Frage als notwendig. In diesem Zusammenhange legte Staatssekretär Dr. Schmidt noch die nat. soz. Organisation der Reichsdeutschen in Österreich dar und wies auf die Schwierigkeiten, die sich hieraus ergeben, hin. Seitens der italienischen Herren wurde eröffnet, dass eine analoge Organisation auch in Italien bestehe, mit Ausnahme von Triest, das wegen der seinerzeitig aufgedeckten Attentatspläne gegen den verewigten Bundeskanzler Dr. Dollfuss von dieser Konzession ausgenommen sei.⁸

1747

Konferenz Bundeskanzler Schuschnigg und Staatssekretär Schmidt mit italienischem Ministerpräsidenten Mussolini und italienischem Außenminister Ciano am 22. und 23. April 1937 in Venedig¹

Amtliches Abschlusskommuniqué

AdR, NPA
Italien/ Geheim I/III
Z. 38854/13

Wien, 26. April 1937

Während der Zusammenkunft von Venedig hatten der österreichische Bundeskanzler und der Chef der italienischen Regierung mehrere Unterredungen, die von dem Geiste herzlicher Freundschaft getragen waren, der Österreich und Italien verbindet. In diesen erörterten sie sowohl die Beziehungen Österreichs wie Italiens zu den anderen Staaten, als auch jene Fragen, die die beiden Länder unmittelbar berühren.

⁸ Weiter ADÖ 11/1747 und ADÖ 11/1748.

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 11/1734, ADÖ 11/1738 und ADÖ 11/1746.

Der österreichische Bundeskanzler und der Chef der italienischen Regierung haben mit Genugtuung die vollkommene Übereinstimmung der Auffassungen der beiden Regierungen festgestellt und haben bei dieser Gelegenheit die Grundlagen, auf denen die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder beruhen, bestätigt. Im Besonderen haben sie neuerdings auf die ersprießlichen Ergebnisse der Anwendung der Römer Protokolle hingewiesen, die in vollem Einvernehmen mit Ungarn erfolgt, und der Zuversicht Ausdruck gegeben, dass ihre Zusammenarbeit dazu beitragen werde, die Bande der Freundschaft zwischen Österreich und Italien zu festigen.

Sie gaben ferner der Gewissheit Ausdruck, dass diese Zusammenarbeit zu dem gemeinsamen Ziele führen werde, die Voraussetzungen einer allgemeinen Systemisierung des Donaubeckens zu schaffen. Sie sind der Überzeugung, dass eine solche Systemisierung nützlichweise nicht ohne die aktive Mitwirkung des Deutschen Reiches ins Auge gefasst, noch verwirklicht werden könnte. Sie sind der Überzeugung, dass sowohl die Römer Protokolle, zu denen der Beitritt den anderen Donaustaaten unter bestimmten, von Fall zu Fall festzusetzenden Voraussetzungen freisteht, als auch die Abkommen, die seitens Österreichs wie Italiens im vorigen Jahre mit dem Deutschen Reich getroffen wurden, wie schließlich das jüngst abgeschlossene italienisch-jugoslawische Abkommen geeignet sind, eine günstige Entwicklung der mitteleuropäischen Lage zum Wohle der daran teilhabenden Länder wie auch im Interesse des europäischen Friedens zu gewährleisten.

Der österreichische Bundeskanzler benützte diesen Anlass, um mit dem italienischen Regierungschef die Frage des österreichisch-italienischen Wirtschaftsverkehrs eingehend zu erörtern und hiebei auf den wertvollen Beitrag hinzuweisen, den der intensive Außenhandel mit Italien zum Aufbau der Wirtschaft Österreichs leiste. Die beiden Regierungschefs haben beschlossen, auf diesem Wege fortzufahren.²

² Dazu die „Feststellungen des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg“ in Politische Korrespondenz V, Ausgabe B. Nr. 7, 26.4.1937: „Das Kommuniqué über die Besprechungen in Venedig spiegelt vollinhaltlich und wahrheitsgetreu den Umfang, die Ergebnisse und die Atmosphäre unserer Unterredungen mit dem italienischen Regierungschef und dem italienischen Außenminister. Es erfordert keinen weitläufigen Kommentar und lässt meines Erachtens auch keine haarspalterischen Auslegungen zu. Ich hatte schon vor meiner Abreise Gelegenheit, zu erklären, dass es in Venedig nicht darauf ankommen werde, neue politische Ziele abzustecken oder nach neuen Wegen zu suchen. Ich gab vielmehr der Überzeugung Ausdruck, dass meine Begegnung mit dem Chef der italienischen Regierung dazu beitragen werde, die vollkommen klare und eindeutige Linie, die unsere Politik seit mehr als drei Jahren einhält, zu unterstreichen. Tatsächlich hat sich in Venedig neuerlich und unzweideutig erwiesen, dass diese politische Grundorientierung unverändert aufrecht besteht wie in den vergangenen Jahren. Ich gedenke ebenso wie mein Mitarbeiter Staatssekretär Dr. Guido Schmidt der überaus herzlichen Aufnahme, die uns von den amtlichen Stellen, aber auch von der Bevölkerung Venedigs bereitet wurde. Dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch die mehrstündigen Unterredungen, die

wir mit dem Duce hatten, dessen kraftvolles und zielbewusstes Wollen den stärksten Eindruck auf jeden ausübt, der mit ihm zusammenkommt, und mit dem mich aufrichtige Wertschätzung und freundschaftliche Sympathie seit Jahren verbinden.

Die Feststellungen des Kommuniqués über die Venediger Besprechungen haben einerseits mancherlei Kombinationen nervöser Phantasie widerlegt, die der Begegnung ein übles Prognostikum gestellt hatten, und andererseits neuerdings volle Klarheit darüber geschaffen, dass die Wirksamkeit der römischen Protokolle und ihre konstruktiven Grundgedanken vollinhaltlich aufrecht bleiben und einen überaus wichtigen und unerlässlichen Kristallisationskern für die Organisierung der friedlichen Zusammenarbeit im Donaoraum bilden. Außer Debatte steht daher die Wahrung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit Österreichs als der Grundvoraussetzung wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit. Auch der Gedanke, der noch bei jeder Beratung der Protokollstaaten seinen Ausdruck gefunden hat, dass diese Staaten in ihrer Gruppierung weder eine Spitze gegen andere Mächte enthalten, noch sich auf die Ausschließlichkeit einer Blockbildung gründen, wurde in Venedig neu bekräftigt. Dass der etwaige Beitritt weiterer Staaten, wie dies im Kommuniqué gleichfalls festgehalten ist, an die Erfüllung entsprechender Voraussetzungen geknüpft ist, bedurfte eigentlich keiner weiteren Hervorhebung.

Ein irreführender Vorstoß

In allen diesen grundlegenden Fragen besteht keinerlei Unklarheit und ihre reibungslose und durchaus positive Erörterung gelegentlich der mehrstündigen Besprechungen in Venedig ergab abermals die volle Übereinstimmung der österreichischen Vertreter mit dem italienischen Regierungschef und dem italienischen Außenminister. Hingegen sehe ich mich veranlasst, auf einen Artikel des „Giornale d'Italia“ vom 23. d. M. zurückzukommen, der geeignet ist, missverständlichen Deutungen Tür und Tor zu öffnen, zumal da er knapp nach Abschluss der Besprechungen im Palazzo Corner und unmittelbar im Anschluss an das offizielle Kommuniqué veröffentlicht wurde. In diesem Artikel wird gesagt: „Tatsächlich werden die Nationalsozialisten in Österreich bald dazu aufgerufen werden, die Verantwortung in der Vaterländischen Front zu teilen, was den ersten Schritt zu einer direkten Teilnahme an der Regierung Österreichs bilden wird. Unmittelbar bevorstehend ist die Ernennung eines nationalsozialistischen Vertreters für die Vaterländische Front, der mit Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und dem Staatssekretär für die VF Zernatto die Festlegung sämtlicher zwischen den beiden nationalen Bewegungen in Schwebeliegenden Probleme behandeln wird.“ Es ist mir bekannt, dass diese Darlegungen, die die Behandlung einer rein innerpolitischen österreichischen Angelegenheit betreffen, in der europäischen Öffentlichkeit beträchtliche Beachtung finden und dass sie allerlei den Tatsachen widersprechende Schlussfolgerungen aufkommen lassen können. Ich halte daher eine grundsätzliche Klarstellung für geboten.

Der richtige Sachverhalt

Die Berufung des oben angeführten Artikels auf einen sachlichen Zusammenhang mit den Besprechungen in Venedig ist irreführend. Das befreundete Italien hat wie in der Vergangenheit so auch jetzt, seinem alten Grundsatz treu, in keiner Weise eine Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten Österreichs unternommen. Ich verweise darauf, dass ich auch in der Vergangenheit wiederholt Gelegenheit hatte, auf die vorbildlich strenge Einhaltung dieses Grundsatzes durch Italien ausdrücklich Bezug zu nehmen. Was also die Möglichkeit einer Mitarbeit einer nationalen Opposition in Österreich im Rahmen der VF betrifft, so sind jene Erklärungen festzuhalten, die ich als Frontführer der VF wiederholt in der Öffentlichkeit

abgegeben habe. Die anlässlich des Frontappells vom 14. Februar angekündigte Errichtung eines volkspolitischen Referates in der Frontführung ist nach wie vor beabsichtigt, weil alles, was vernünftigerweise zu einer weiteren Eingliederung der nationalen Kreise Österreichs in die Vaterländische Front unternommen werden kann, versucht wird. Selbstverständlich kann es sich aber dabei nicht um die Delegierung eines Vertreters der illegalen Nationalsozialisten handeln, sondern nur um die Bestellung einer geeigneten Persönlichkeit, die dem nationalen Lager entstammt und das Vertrauen des Frontführers genießt. Ich verweise hierbei auf analoge Bemühungen, durch die Bildung der „Sozialen Arbeitsgemeinschaften“ in der Front, deren Aufgabe es u. a. ist, die ehemals sozialdemokratisch orientierten Kreise im Rahmen der Vaterländischen Front zur Mitarbeit zu versammeln. Von einer Teilnahme an der Regierung war nicht die Rede. Ich erinnere daran, dass das Regime in Österreich Koalitionsregierungen ausschließt. Innerpolitisch liegt somit der österreichische Weg vollkommen klar. Es gibt für uns nur die Vaterländische Front, Parteien und Parteienvertreter in offener oder versteckter Form werden nie auf Anerkennung rechnen können.

Jede Blockbildung abgelehnt

In außenpolitischer Hinsicht wiederhole ich, dass Österreich gewillt ist, fest auf dem Boden der Römer Protokolle zu stehen und alle sich daraus ergebenden Verpflichtungen getreu einzuhalten. Die vollkommene Bewährung der Römer Protokolle, die das Bekenntnis zur Unabhängigkeit und Selbständigkeit Österreichs einschließen, wurde bei den Beratungen in Venedig unverändert festgestellt. In gleicher Weise wie durch die Römer Protokolle erachtet sich Österreich durch die Abmachungen vom 11. Juli 1936 verpflichtet, die uns mit dem Deutschen Reiche verbinden und von deren Bestand ich mir für beide Teile segensreiche Auswirkungen verspreche. Ich bin überzeugt, dass sie im Interesse der Staaten und im Interesse des gesamten deutschen Volkes liegen. Österreich hat mehr als einmal erklärt, dass es gewillt ist, und sich verpflichtet hält, in diesem gegebenen Rahmen ausschließlich jene Politik zu vertreten, die den Interessen des eigenen Landes entspricht, also österreichische Politik zu machen. Aus diesem Grunde lehnen wir auch jetzt und für die Zukunft jede Blockbildung ab; eine solche wird auch von den Römer Protokollen bekanntlich nicht intendiert. Wir werden alles daran setzen, um unseren Beitrag zur Erhaltung des Friedens zu leisten, an dem, wie ich glaube, nicht unser Staat allein interessiert ist. Aus dieser Einstellung ergibt sich von selbst auch die Beurteilung des Richtigkeitsgehaltes des erwähnten Artikels im „Giornale d'Italia“. Dieser Artikel mag sicherlich von dem Bestreben diktiert sein, dem Geiste der Römer Protokolle gerecht zu werden und die Auffassung Italiens und Österreichs in den grundlegenden Fragen der Außenpolitik zu unterstreichen. Soweit es sich jedoch auf das Gebiet der Vermutungen über innerpolitische Angelegenheiten Österreichs begibt, geht er in die Irre und verlässt die Linie, die bei den Beratungen in Venedig von den verantwortlichen Faktoren beider Länder ihren klaren Ausdruck fand. Zusammenfassend kann ich feststellen, dass alle meine an die Venediger Zusammenkunft geknüpften Erwartungen vollauf bestätigt wurden und wir als Gesamtergebnis buchen können: die neuerliche Bekräftigung der unveränderten österreichisch-italienischen Freundschaft, der Gleichrichtung aller auf einen dauerhaften wirtschaftlichen und politischen Frieden abzielenden Bestrebungen der beiden Regierungen und des gegenseitigen Interesses an der Erstarkung der Teilnehmer an der Römer Gruppe. Aus diesen außenpolitischen Tatsachen haben wir innerpolitisch keine anderen Folgerungen zu ziehen, als die, dass Österreich seinen geraden und zielführenden Weg fortzusetzen hat.“
Dazu weiter ADÖ 11/1748.

1748

Gesandter Hornbostel an alle österreichischen Vertretungen im Ausland

Zirkularerlass

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 38633/13

Wien, 27. April 1937

Über den äußeren Verlauf und das Gesamtergebnis der Zusammenkunft des H. BK und des H. StS.f.d.AA. mit dem italien. Regierungschef und Grafen Ciano in Venedig, die am 22. und 23. d. M. stattgefunden hat,¹ sind Sie aus den Tageszeitungen, dem abschließenden Communiqué, wie auch aus den Erklärungen des H. BK informiert, die er nach Rückkehr aus Venedig gegenüber der Politischen Korrespondenz abgegeben hat.²

Im Wesentlichen ist zu den oben erwähnten Informationen Folgendes beizufügen: Die Zusammenkunft der österr. und italien. Staatsmänner, deren Termin bekanntlich infolge einer Reihe von Ereignissen im politischen Leben Italiens, wie Tagung des Verteidigungsrates, Reise H. Mussolinis nach Libyen, akute Spannung infolge der spanischen Wirren usw. über den ursprünglich in Aussicht genommenen Zeitpunkt hinausgeschoben werden musste – übrigens erhielt die ursprünglich als Privatbesuch des H. BK geplante Begegnung über italien. Initiative den Charakter eines Staatsbesuches, dessen Vorbereitung naturgemäß einige Zeit in Anspruch nahm – hat sich nicht nur äußerlich in einem festlichen Rahmen abgespielt, sondern auch der unmittelbare Kontakt mit den italien. Staatsmännern und der italien. Öffentlichkeit trug den Charakter unveränderter freundschaftlicher Wärme und Herzlichkeit.

Das die Ergebnisse der Unterredungen zusammenfassende Communiqué bringt diese Stimmung zu eindeutigem Ausdruck und stellt fest, dass die beiden Regierungschefs bei Überprüfung aller die österr.-italien. Beziehungen wie auch die europäische Lage betreffenden Fragen sich in vollkommener Übereinstimmung der Auffassungen befunden haben. Von unleugbarer Bedeutung ist die Feststellung, dass der österr. Bundeskanzler und der Chef der italien. Regierung im Zuge ihrer Besprechungen „die Grundlagen, auf denen die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder beruhen, bestätigt“ haben. Diese Bemerkung bringt die von gewissen publizistischen Seiten in der letzten Zeit in Zweifel gezogene Tatsache neuerlich zum Ausdruck, dass sich in den Beziehungen zwischen Österreich und

¹ Dazu bereits ADÖ 11/1734, ADÖ 11/1738 und ADÖ 11/1745-ADÖ 11/1746.

² Das Abschlusscommuniqué der Venediger Zusammenkunft – ADÖ 11/1747; die Erklärungen Schuschnigg dazu in ebd., Anm.2.

Italien, trotz den wesentlichen Änderungen in der politischen Konstellation Europas, nichts geändert hat und Italien nach wie vor an der Unabhängigkeit und Selbständigkeit Österreichs als einem der Hauptelemente seiner europäischen Politik festhält. Tatsächlich ist diese Bekräftigung der italien. Einstellung in den Besprechungen von Venedig mehrfach eindeutig zum Ausdruck gelangt und italienischerseits auch erklärt worden, dass dieser Standpunkt bei jeder sich bietenden Gelegenheit den reichsdeutschen Staatsmännern gegenüber nach wie vor als unbedingte Voraussetzung enger Beziehungen Italiens zu Deutschland gilt. Die Kritik, welche von manchen, um das Schicksal Österreichs in übertrieben nervöser Weise besorgten Kreisen an dem abschließenden Communiqué in dem Sinne geübt wird, als ob es eine Bestätigung des unentwegten Festhaltens Italiens an der Unabhängigkeit und Selbständigkeit Österreichs vermissen lasse, geht daher fehl. Es versteht sich von selbst, dass die Frage der österr. Unabhängigkeit überhaupt nicht zur Diskussion stand, noch auch stehen konnte. Die Bekräftigung der unveränderten Haltung Italiens zu Österreich kam vielmehr initiativ von italien. Seite im Zusammenhang mit der Erörterung der italien.-deutschen Beziehungen in obigem Sinne zum Ausdruck, wobei resümierend von den Gesprächspartnern festgestellt wurde, dass in Anbetracht der die Unabhängigkeit Österreichs gewährleistenden Römer Protokolle³ und des österr.-deutschen Abkommens vom 11. Juli 1936⁴ die Eigenstaatlichkeit des unabhängigen und selbständigen Österreich eine feststehende Tatsache bildet, die immer wieder in politische und publizistische Diskussionen hineinzuziehen weder im Interesse Österreichs noch auch der an dem Bestande Österreichs interessierten Staaten liege. Ich darf Sie anweisen, auch Ihrerseits in Ihren Gesprächen diesen Gedankengang zu verwerfen. Die Venezianer Unterredungen boten auch Gelegenheit, um das bisherige Funktionieren der Römer Protokolle zu beleuchten und die Möglichkeiten deren weiterer konstruktiver Auswirkung auf die anderen Donaustaaten zu erörtern. Die neuerliche Bekräftigung des bereits in den Protokollen vom Jahre 1934 verankerten Grundsatzes, dass der Beitritt zu den Römer Protokollen unter Erfüllung gewisser Voraussetzungen auch den anderen Donaustaaten freisteht, enthält selbstverständlich – im Gegensatz zu gewissen in der ausländischen Öffentlichkeit aufgetauchten Vermutungen – keineswegs die Tendenz, den einen oder anderen Donaustaat aus der von den Römer Protokollstaaten angestrebten Systemisierung und Stabilisierung des Donaubeckens auszuschließen. Die im Communiqué verwendete Redewendung der „vom Fall zu Fall festzusetzenden Voraussetzungen“ erklärt sich zwangsläufig aus der Tatsache, dass die für einen allfälligen Beitritt zu dem System der Römer Protokolle in Betracht kommenden Staaten in voneinander wesentlich verschiedenen Beziehungen zu den Partnern der Römer Proto-

³ Römische Protokolle vom 17. März 1934 – ADÖ 9/1437.

⁴ Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

kolle stehen. Es versteht sich von selbst, dass der allfällige Beitritt z. B. Bulgariens oder auch des Deutschen Reiches an die Erfüllung anderer Voraussetzungen hinsichtlich der im Verein mit den drei Römer Protokollpartnern zu verfolgenden Politik geknüpft werden müsste, als etwa jener der Tschechoslowakei oder eines der beiden anderen Kl. Ententestaaten. Hier sei mit Rücksicht auf unbegründete Vermutungen, die im Zusammenhang mit dem Communiqué im Auslande hier und dort aufgetaucht sind, festgestellt, dass ein Beitritt des Deutschen Reiches zu den Römer Protokollen bisher von keiner Seite, also weder seitens der Protokollstaaten, noch auch seitens des Deutschen Reiches selbst, angeregt wurde.

Aus dem Schlusspassus des Communiqués geht die von beiden Gesprächspartnern neuerlich bekräftigte Absicht hervor, den gegenseitigen Wirtschaftsverkehr, allen sich einstellenden momentanen technischen Schwierigkeiten zum Trotz, zumindest in gleicher Intensität aufrecht zu erhalten und womöglich noch auszubauen.

Das mehrerwähnte Communiqué enthält bekanntlich keine Erwähnung der „Restaurationsfrage“, eine Tatsache, die von verschiedenen Seiten in der ausländischen Öffentlichkeit relativiert wurde. Dieser Umstand erklärt sich daraus, dass die sowohl seitens der österr. Bundesregierung in den Deklarationen des H. BK vom 14. Feber 1937 und seiner jüngsten Eisenstädter Rede⁵ als auch von Seiten der italien. Regierung eingenommenen Standpunkte in dieser Frage gegenseitig längst zur Kenntnis genommen worden sind und einer neuerlichen Diskussion nicht bedurften. Die Frage der monarchischen Staatsform Österreichs wie der Wiedereinsetzung des Hauses Habsburg wurde daher nur inzidenter im Zusammenhange mit der Schilderung der innenpolitischen Lage Österreichs berührt, bot jedoch aus obigen Gründen keinen Anlass zu einer weiteren Diskussion.

Wie Ihnen aus den eingangs bezogenen Erklärungen des H. BK gegenüber der Politischen Korrespondenz bekannt ist, hat ein unmittelbar nach Abschluss der Venezianer Besprechungen erschienener Artikel des bekannten Journalisten Virginio Gayda im „Giornale d'Italia“ einen bedauerlichen Misston in die durchaus befriedigende und freundschaftliche Atmosphäre der Entrevue dadurch gebracht, dass er in völlig unzutreffender und überdies besonders ungeschickter Weise angeblich bevorstehende Veränderungen in der österr. Bundesregierung im Sinne der Heranziehung natsoz. Elemente in einen unmittelbaren Zusammenhang mit den Besprechungen zwischen den Regierungschefs Österreichs und Italiens gebracht hat. Die österr. Erwiderungen auf diese publizistische Entgleisung sind in den eingangs zitierten Erklärungen des H. BK enthalten.⁶ Hiezu wird zur entsprechenden Verwertung in Ihren Gesprächen beigelegt, dass die italien. Regierung durch ihren Wiener Gesandten unmittelbar nach Erscheinen dieses Artikels der Bundesregierung zur Kenntnis gebracht hat, dass sie dieser rein privaten jour-

⁵ Wiener Zeitung, Nr. 46, 15.2.1937.

⁶ Siehe dazu außerdem ADÖ 11/1726 – ADÖ 11/1729.

nalistischen Äußerung vollkommen ferne stehe. Im gleichen Sinne hat sich auch der italien. Außenminister Graf Ciano unserem Gesandten in Rom gegenüber initiativ geäußert, indem er seiner Befriedigung über die offene Aussprache in Venedig, die den Weg für ersprießliche und intime Weiterarbeit geebnet habe, Ausdruck gab und hieran sein lebhaftes Bedauern über die weder von H. Mussolini, noch von ihm gutgeheißenen Entgleisung H. Gaydas aussprach, die er als journalistischen Missgriff bezeichnete.

In der Tat sind die innerpolitischen Verhältnisse Österreichs im Zuge der Unterredungen ausschließlich seitens des Herrn BK bei Schilderung seiner Bemühungen im Sinne einer inneren Befriedung Österreichs und dessen Beziehungen zu Deutschland zur Sprache gekommen, wobei sich H. Mussolini auch diesmal – wie in den mehrzitierten Erklärungen des H. BK gegenüber der „Politischen Korrespondenz“ erwähnt ist – jeder Ingerenz auf die innerpolitische Gestaltung Österreichs enthielt. Diese Tatsache hat denn auch Herr Gayda in seinem am 25. d. M. im „Giornale d'Italia“ erschienenen berichtigen Artikel unterstrichen. Vorstehende Informationen dienen zur Regelung Ihrer Sprache.

1749

Gesandter Marek an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 185/Pol.

AdR

Gesandtschaft Prag

Z. 38775/13

Prag, 27. April 1937

Am Samstag den 24. April wurde ich von Herrn Präsidenten Dr. Beneš empfangen und hatte mit ihm eine längere Unterredung, deren Inhalt ich hiemit kurz wiedergeben möchte.

Der Herr Präsident hatte zur Zeit unserer Unterhaltung noch keinerlei Berichte über die Entrevue in Venedig¹ und wollte von mir Näheres wissen. Da ich zu dieser Zeit erst in Kenntnis des offiziellen Kommuniqués war, musste ich mich nur auf die Wiedergabe dessen Wortlautes beschränken.²

Seiner Gewohnheit folgend, hielt mir sodann Herr Dr. Beneš einen längeren Vortrag, aus dem hervorging, dass die tschechoslowakische Außenpolitik zu allen schwebenden Problemen eine abwartende Haltung einnehmen wolle und keinerlei Initiative, auch nicht in den mitteleuropäischen Fragen, ergreifen werde. Die

¹ Siehe dazu ADÖ 11/1734, ADÖ 11/1738 und ADÖ 11/1745-ADÖ 11/1748.

² Das amtliche Abschlusskommuniqué vom 26. April 1937 – ADÖ 11/1747.

Tschechoslowakei wolle die Lösung der mitteleuropäischen Probleme nicht forcieren, sie sei aber immer bereit einer entsprechenden Einladung Folge zu leisten und an einer friedlichen Lösung mitzuarbeiten. „Unsere Verbindlichkeiten“, sagte der Herr Präsident, „sind nicht so, dass wir uns nicht mit Allen verständigen könnten. Wir sind bereit zu jedweder Détente in Europa beizutragen und wenn sich neue Vorschläge zu konkreten Verhandlungen in Mitteleuropa zeigen sollten, so werden wir uns ihnen gerne anschließen.“

Was Österreich anlangt, so wäre der Herr Präsident dafür, dass die kulturellen Beziehungen zwischen uns tunlichst verstärkt und intensiviert werden. Er wolle gerne seine persönliche Hilfe hiezu leihen. Es sei schade, dass wir unseren neuen Schiedsvertrag noch nicht unter Dach haben, doch nehme er an, dass inzwischen noch der alte Vertrag in Geltung stehe, sodass kein Vakuum vorliege.

Auf die allgemeine Lage in Europa übergehend, meinte der Herr Präsident, dass wir gegenwärtig alle in einer Periode des Übergangs leben, und dass es noch nicht sicher sei, wie sich die Dinge endgültig gestalten werden. Das Jahr 1936 brachte den Gipfelpunkt aller Schwierigkeiten und Spannungen, die namentlich von Deutschland und Italien ihren Ausgang genommen hatten. Seither hätten sich diese Spannungen wesentlich gemildert, insbesondere durch die Erklärung des deutschen Reichskanzlers, dass es von Deutschland aus keine Überraschungen mehr geben werde. Auch Italien habe sich bemüht, zur allgemeinen Entspannung beizutragen. Diese vielversprechende Entwicklung sei durch die Ereignisse in Spanien verschlechtert worden, obzwar der Präsident selbst nie geglaubt habe, dass sich aus den Wirren in Spanien ein europäischer Krieg entwickeln könnte, trotzdem in Spanien die Interessen der Großmächte aneinander geprallt sind, was immerhin Gefahren in sich birgt. Man habe vielfach hören können, fuhr Herr Dr. Beneš fort, dass die Tschechoslowakei ein zweites Spanien werden könnte. Warum gerade die Tschechoslowakei? Es handle sich doch nur darum, wo sich die Interessen der Großmächte später wieder treffen werden. Das kann genauso gut in der Tschechoslowakei wie in Österreich, am Balkan oder anderswo sein. Sicher sei, dass die Rivalität der Großmächte bisher immer bei den kleinen Staaten angefangen hat. Dort pflegen die Interessen der Großmächte zuerst auf einander zu stoßen und dort werden die Rivalitäten ausgetragen. England kämpfe z. B. in Spanien für seine Interessen im Mittelmeer, Frankreich, damit es nicht von drei faschistischen Regimen umgeben sei, Italien, weil es im Mittelmeer einen ihm willigen Bundesgenossen haben wolle, u.s.w.

Daraus sollte man, wie der Präsident immer predige, auch für Mitteleuropa die Nutzenanwendung ziehen und den Einfluss der Großmächte und ihre Rivalitäten so rasch als möglich und so gut es geht ausscheiden, damit Mitteleuropa nicht zum Tummelplatz dieser rivalisierenden Interessen werde. Heute oder morgen werden diese Rivalitäten zwischen Russland, England, Italien, Frankreich und Deutschland doch nur zur Austragung kommen und unsere Sorge müsste es sein, dass dies nicht auf unserem Territorium geschehe.

Stresemanns Ziel war es gewesen, durch die Vereinbarungen in Locarno eine franko-britische Alliance zu verhindern und auf andere Weise für Europa die wahrscheinliche Sicherheit zu erzielen. Hitler habe diesen Gesichtspunkt außer Acht gelassen, als er das Rheingebiet besetzte, und 14 Tage später, sei die franko-britische Alliance dagewesen. Für die Tschechoslowakei, und mit ihr für alle kleinen Staaten, sei Locarno das Günstigste gewesen, weil es an den Völkerbund gebunden war und die Kontrolle des Völkerbundes für die kleinen Staaten besser sei, als die Kontrolle einzelner Großmächte. Für Frankreich wiederum scheine die Alliance mit England günstiger zu sein und ihm eine größere Sicherheit zu bieten.

Eine Kriegsgefahr, wiederholte der Herr Präsident, glaube er aber nirgends zu sehen, alles was geschehe, seien diplomatische Schachzüge und man könne nichts anderes tun als warten, wie sich die Dinge entwickeln werden. Das wichtigste Problem bilde nach wie vor, wie und ob sich Deutschland der allgemeinen Situation anpassen und sich in die europäische Politik einschalten werde.

Ich versuchte hierauf das Gespräch auf die Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad und auf den Besuch des Herrn Präsidenten in der jugoslawischen Hauptstadt zu bringen, doch schien der Herr Präsident keine große Lust zu haben, mir auf dieses Gebiet zu folgen. In Bezug auf Ungarn bestätigte Herr Dr. Beneš bloß die mir vor wenigen Tagen von Herrn Dr. Krofta gemachten Mitteilungen, wonach gesonderte Abmachungen eines der drei Staaten der Kleinen Entente mit Ungarn ausgeschlossen seien. Ich hatte jedoch auch diesmal den Eindruck, dass nicht nur ein multilateraler Vertrag zugelassen werden würde, sondern dass immerhin die Möglichkeit separater Verhandlungen von Staat zu Staat besteht, dass aber die beiden anderen Vertragspartner der Kleinen Entente in diesem Falle ihre Zustimmung und ihr Einverständnis zu den Vertragsabmachungen geben müssten.

Unrichtig wären die Vermutungen gewesen, dass die Tschechoslowakei etwas gegen den italienisch-jugoslawischen Vertrag einzuwenden gehabt hätte und ganz überflüssig sei die italienische Angst gewesen, er, Beneš, würde den Jugoslawen abreden und dass er deshalb seinen Besuch in Belgrad angesagt habe. Sein Belgrader Besuch habe mit dem italienischen Vertrag überhaupt keinen Zusammenhang gehabt, er sei schon längst in Aussicht genommen gewesen. Und warum sollte die Tschechoslowakei gegen einen Vertrag sein, durch den ihr Bundesgenosse nur Vorteile habe. Der italienische Vertrag sei für Jugoslawien deshalb so wichtig, weil es jetzt an den Grenzen Ruhe haben werde und sich in Hinkunft seinen inneren Problemen, die ja nicht ganz erfreulich seien, widmen können. In Bezug auf den in Vorbereitung gestandenen Pakte Frankreichs mit der Kleinen Entente, behauptete Herr Dr. Beneš, dass Frankreich selbst der Kleinen Entente nie einen solchen Pakt angeboten habe. Vor zwei Jahren hätten Rumänien und Jugoslawien gerne mit Frankreich einen ähnlichen Vertrag geschlossen, wie ihn die Tschechoslowakei mit Frankreich besitze, doch sei Frankreich damals nicht dafür zu haben gewesen, weil sich Herr Laval von seinen Verhandlungen mit Mussolini

einen französisch-italienischen Pakt versprach. Erst als Titulescu später neuerdings sehr insistierte, habe Frankreich den gewünschten Pakt in Aussicht gestellt, jedoch unter der Bedingung, dass die Kleine Entente untereinander und dann mit Frankreich den Pakt schließen müsste. Nur so hätte das französische Parlament einen Pakt annehmen können, der auch für Frankreich Vorteile gebracht hätte. Es sei nicht ausgeschlossen, dass man in Frankreich gegenwärtig sogar ganz zufrieden damit ist, dass es zu dem gegenseitigen Hilfeleistungspakt mit der Kleinen Entente nicht gekommen sei.

Auf meine Frage, ob nunmehr auch zwischen Italien und Rumänien ein ähnlicher Vertrag wie mit Jugoslawien abgeschlossen werden wird, antwortete Herr Dr. Beneš, „sollen sie es machen, wenn sie wollen. Wir werden sie nicht hindern.“ Weiter ließ sich der Herr Präsident auf dieses Thema nicht ein.

Zum Schluss sprachen wir noch über innerpolitische Angelegenheiten und Herr Dr. Beneš meinte, dass die Befriedigung der nationalen Minoritäten in der Tschechoslowakei zu seinen vordringlichsten Aufgaben gehöre. Er habe sich fest vorgenommen, diese Frage innerhalb der sieben Jahre seiner Präsidentschaft zu bereinigen. In dieser Hinsicht bleibe er seinem ursprünglichen Konzepte treu, er habe schon während der Friedensverhandlungen aus Paris nach Prag geschrieben, man müsse mindestens einen Deutschen in die Regierung nehmen. Damals sei es nicht dazu gekommen, weil die Deutschen nicht wollten. In der Verfassung sei aber alles enthalten, was die Nationalitäten in der Tschechoslowakei befriedigen könne und es handle sich nur darum, diese Verfassungsbestimmungen, die bisher nicht zur Gänze in Erscheinung getreten sind, durchzuführen. Auf eine Diskussion, ob die Tschechoslowakei ein „Nationalstaat“ oder ein „Nationalitätenstaat“ sei, werde sich der Präsident nicht einlassen und er werde auch keinerlei Vereinbarungen oder Pakte mit den Parteien brauchen. „Wenn Sie wollen“, sagte der Herr Präsident, „so bin ich in dieser Beziehung kein Tscheche!“ Auch die Ungarn werden ex Verfassung die ihnen gebührenden Rechte bekommen, das prozentuelle Verhältnis innerhalb der Gesamtbevölkerung werde bei jeder Nationalität in allen Belangen berücksichtigt werden müssen. Er schmeichle sich, dass er den tschechischen Nationalismus gebrochen habe und er rufe mich zum Zeugen an, wie anders man jetzt die Nationalitätenfragen, auch innerhalb der radikalen tschechischen Bevölkerung, beurteilt als früher. Der sudetendeutschen Partei werde dadurch viel Wind aus den Segeln genommen werden, sie werde wohl nicht aufhören zu bestehen, aber nach den nächsten Wahlen werde das Verhältnis zwischen den Parteien wieder so werden, wie es vor den letzten Wahlen der Fall gewesen sei.

Ein vielleicht nicht uninteressantes Detail möchte ich noch nachtragen, der Herr Präsident bezeichnete sein Bündnis mit Russland als eine „Rückversicherung“, die hoffentlich nicht werde in Funktion treten müssen, die aber, wenn es notwendig wäre, in Erscheinung treten könne.

1750
Außenpolitisches Exposé Staatssekretär Schmidt
am 29. April 1937 im Außenausschuss
des österreichischen Bundestages

Skizze¹

AdR, NPA
Österreich 7/1
Z. 38855/13

o.O., o. D.

A. Beziehungen Rom-Berlin.

Diese Beziehungen für uns mit Rücksicht auf geographische und geopolitische Lage von ausschlaggebender Bedeutung. „Achse“ Rom-Berlin durch Normalisierung des Verhältnisses Wien-Berlin auf Grund 11. Juli² ermöglicht, da österreichische Frage einzige Reibungsfläche zwischen Rom und Berlin bildete. Mussolini erklärt, dass Linksbewegung der Weststaaten und Vordringen russischen Bolschewismus Italien und Deutschland zwangsläufig und zunehmend in eine Solidarität drängt. Je weiter Weststaaten nach links rücken, desto enger wird automatisch Verhältnis Rom-Berlin. Italien wie Deutschland müssen sich gegen Links-Ansturm verteidigen. Ziel des Bolschewismus³ aller Schattierungen ist Niederringung des autoritären Regimes in Italien und Deutschland. Solidarität äußert sich in erster Linie in Spanien. Ganz wesentliche Unterschiede zwischen italienischem und deutschem Regime werden von Mussolini zugegeben, u.a. katholische Weltanschauung in Italien, Verschiedenheit der Wirtschaftspolitik u. dgl. Voraussetzung bleibt für italienisch-deutsches Verhältnis restlose Anerkennung und Achtung der Unabhängigkeit Österreichs. Mussolini hat dies bei jeder Gelegenheit den reichsdeutschen Staatsmännern nachdrücklichst unterstrichen, wird dies auch anlässlich bevorstehender Besuche Herrn von Neuraths und Blombergs tun. Italien muss daher Wert darauflegen, dass das Verhältnis Wien-Berlin sich möglichst reibungslos gestalte. Mussolini sieht aber vollkommen unsere diesbezüglichen Schwierigkeiten ein, billigt vollauf Politik des Herrn Bundeskanzlers

¹ Amtserinnerung Gesandter Hornbostel, Wien, am 3. Mai 1937: „Für das von H. Staatssekretär für die Ausw. Ang. am 29. April gehaltene Exposé im Außenausschuss des Bundestages wurde hierseits die zuliegende formlose Skizze abgefasst. Der Herr Staatssekretär hat jedoch laut seiner Mitteilung frei gesprochen. Das hierseits verfasste und von Bürgermeister Schmitz nach Erhaltung des Exposés ergänzte zuliegende Kommuniké ist in den Tagesblättern vom 30. April l. J. erschienen und hat laut Mitteilungen verschiedener Diplomaten, insbesondere des italienischen Gesandten, einen ausgezeichneten Eindruck gemacht.“ – AdR, NPA, Österreich 7/1, Z.38855/13; das angesprochene Kommuniké – ADÖ 11/1751.

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

und betont, dass Festhalten am 11. Juli für die Erhaltung des Friedens in Mitteleuropa von essentieller Bedeutung [sei]. In Venedig haben wir Eindruck gewonnen, dass enges Verhältnis Rom-Berlin hauptsächlich auf spanischen Konflikt zurückzuführen ist und nach Liquidierung des letzteren wahrscheinlich Abschwächung erfahren wird.

Unter den gegebenen Umständen muss mit Achse Rom-Berlin absolut gerechnet werden. Charakteristisches Detail, dass noch im März 1936 Mussolini uns gegen Gömbös bei Abfassung der Römer Zusatzprotokolle³ in dem Bestreben unterstützte, erhoffte Ausdehnung der Protokolle durch Aufnahme Deutschlands, nicht in Zusatzprotokolle aufzunehmen; jetzt hat Italien darauf gedrängt, die „aktive Mitwirkung“ Deutschlands unbedingt ins Communiqué aufzunehmen. Die ursprünglichen Vorschläge der Italiener über diesen Passus waren noch stärkere und wurden von uns abgelehnt.

Mussolini gab zu, dass auch er Anlass hat, über natsoz. Bewegung in Südtirol zu klagen. Diese macht er hauptsächlich dafür verantwortlich, dass er an den friedlichen Zielen der Deutschen in Südtirol zweifeln müsse.

B. Beziehungen Rom-Wien.

Trotz engster Zusammenarbeit Rom-Berlin ist unser Verhältnis zu Italien meritorisch und gefühlsmäßig unverändert geblieben. Insbesondere gleiche Herzlichkeit, warme Sympathie und großes Verständnis Mussolinis für Herrn Bundeskanzler. Wir haben Mussolini unsere innen- und außenpolitische Lage auseinandergesetzt und bei ihm volles Verständnis gefunden. Unsererseits wurde dargelegt: unbedingtes Festhalten an den Römer Protokollen, Erwartung, dass sich der konstruktive Geist derselben auch auf weitere Donaustaaten auswirken werde unter selbstverständlicher Mitwirkung Deutschlands. Ferner, dass unsererseits jede Reibung mit Deutschland vermieden wird. Von deutscher Seite Bekundung ehrlichen Willens zu freundschaftlicher Gestaltung der Beziehungen bedauerlicherweise fehlt, Schwierigkeiten darin liegen, dass wir nach Besserung zwischenstaatlicher Beziehungen streben, trotzdem aber unter allen Umständen den Nationalsozialismus bekämpfen wollen. Mussolini wurde kein Zweifel darüber gelassen, dass über das Maß bisheriger Konzessionen an die nationalen Kreise zwecks innerer Befriedung nicht hinausgegangen werden kann, insbesondere Aufnahme von Nationalsozialisten in Regierung nicht in Frage kommen kann. (In diesem Zusammenhange Machenschaften Rohans und Niederschlag in Artikel Gaydas.) Unsererseits wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Unabhängigkeit Österreichs eine unumstößliche Tatsache ist, die sogenannte „österreichische Frage“ daher aus der Diskussion verschwinden sollte. Unsererseits wird auf die gegenwärtige Notwendigkeit enger italienischer-deutscher Kollaboration tunlichst Rücksicht genommen werden, unter absoluter Voraussetzung, dass alles

³ Zusatzprotokolle vom 23. März 1936 – ADÖ 10/1603A.

vermieden werde, was zu falschen Annahmen im Sinne italienischen Desinteresses an Österreich Anlass bieten könnte.

Zur legitimistischen Frage wurden Gaydas Artikel⁴ berührt, vom Bundeskanzler erklärt, dass diese zwar nichts Neues enthielten, in der Form jedoch äußerst unzweckmäßig waren. Diese lösten unsinnige Gerüchte über Fallenlassen Österreichs durch Italien aus. Italienischer Hinweis auf französische Pressecampagne als Ursache dieser Artikel. Bundeskanzler wiederholte sein klares Bekenntnis zur legitimistischen Lösung, stellte fest, dass innere und äußere Voraussetzungen noch nicht eingetroffen sind, jede Störung des Friedens vermieden werden muss. Schützenhilfe Italiens vom H. Bundeskanzler niemals erboten. Frage der Staatsform bleibt unbedingt inner-österreichische Frage. Eisenstädter Rede des Bundeskanzlers von Mussolini ganz besonders gebilligt, insbesondere Unterstreichung der Unsinnigkeit der Antithese „Habsburg oder Anschluss“. Italienischerseits volles Verständnis dafür, dass dieses Thema aus der politischen Diskussion in Europa verschwinden sollte. Bundeskanzler hat im Zusammenhang mit Besprechung der Beziehungen zu Jugoslawien eindeutig erklärt, dass er sich keinesfalls einen Verzicht auf monarchische Lösung von irgendeiner Seite vorschreiben lassen würde.

Beziehungen Österreichs zur Tschechoslowakei wurden vom Herrn Bundeskanzler ausgeführt. Keinerlei Versuch einer politischen Bindung weder unsererseits noch seitens Hodžas. Gemeinsames Interesse an Intensivierung Wirtschaftsaustausches sowie Parallelismus hinsichtlich Gefährdung des Bestandes beider Länder seitens Deutschlands. Bundeskanzler erläuterte Situation Herrn Hodžas, der durch seine Isolierung automatisch Russland nähergebracht wird, jedoch keine militärischen Bindungen mit Russland zu haben beteuerte. Tschechoslowakei wird von Italien als *quantité négligeable* nicht ins Kalkül gezogen. Widerstände gehen auf linksgerichtete Struktur der Tschechoslowakei zurück. Feindliche Absichten Italiens gegen Tschechoslowakei sind nicht zum Vorschein gekommen.

C. Beziehungen Rom-Belgrad.

Seinerzeit schlechtes Verhältnis wurde nach italienischer Auffassung sehr herzlich und vielversprechend. Stojadinović lebhaft gelobt. Einigung Rom-Belgrad hauptsächlich auf Integritätserklärung hinsichtlich Albanien, Fallenlassen der kroatischen Irredenten durch Italien und Gewährung wirtschaftlicher Konzessionen seitens Italiens an Jugoslawien basiert. Hinsichtlich vielbesprochener Konzessionen Italiens an jugoslawische Minoritäten versicherte Mussolini, dass Erleichterungen keinesfalls über Ausmaß der den Südtirolern gewährten hinausgehen würden. Wirtschaftlich soll Jugoslawien ähnliche Vorteile wie wir erhalten, ohne Schädigung unserer und Ungarns Interessen. Diese Politik Italiens auf die Erkenntnis zurückzuführen, dass kleine Mittelmeer-Mächte, die während Sanktionsperiode von England ins Schlepptau genommen wurden, allmählich

⁴ Dazu bereits ADÖ 11/1726 – ADÖ 11/1729.

von Italien herangezogen werden sollen; ferner Bestreben Italiens, seine Grenzen zu sichern, einerseits Vertrag mit Jugoslawien andererseits starke militärische Abwehrstellung gegen Frankreich; Zweck: freie Hand für Mittelmeerproblem zu bekommen.

D. Südtirol.

Auch diese Frage wie bisher in offener freundschaftlicher Weise erörtert. Mussolini verspricht einzelne Konzessionen u.a. Entschädigung einiger vom Herrn Bundeskanzler vorgeschlagener Bauern, die durch Zusammenbruch Raiffeisenkasse Bozen besonders schwer betroffen sind. Mussolini verurteilt selbst gewisse Maßnahmen der italienischen Lokalbehörden, so insbesondere Namenswechsel, Grabinschriften-Änderungen u. dgl. Hinsichtlich Enteignungsdekretes wies Mussolini nach, dass dieses nur bestehende Maßnahmen zusammenfasse und die Zahl der seit Annexion Südtirols erfolgten Enteignungen minimal ist; er stellt ein diesbezügliches Verzeichnis in Aussicht. Bezüglich Privatunterrichtes verspricht Mussolini Überprüfung dieser Frage und Lösung bis Ende dieses Jahres. Wiederholte Zusicherung, dass jugoslawische Minoritäten nicht besser behandelt werden sollen, wie die Deutschen Südtirols.

E. Stand der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Italien (siehe Aufschreibungen des Gesandten Dr. Schüller.)

F. Zur europäischen Sicherheitsfrage.

Belgien wurde seitens Italiens und Frankreichs der Verpflichtungen aus dem Locarno-Pakt enthoben. Unter der Voraussetzung, dass Belgien sich selbst in vollkommen wehrhaften Zustand versetzt und an Völkerbundpakt festhält. Die Frage, inwieweit Belgien allfällige internationale Maßnahmen auf Grund § 16 (Durchzug militärischer Kräfte) anerkennen würde, scheint noch nicht restlos geregelt. Andererseits halten Frankreich und England ihre Verpflichtungen aufrecht, einseitig Integrität Belgiens gegen unprovokeden Angriff zu schützen. Auswirkung dieser Regelung auf das europäische Sicherheitsproblem eine sehr bedeutende: gefährdete Westgrenze Deutschlands wesentlich verkürzt. Möglichkeit eines zweiseitigen Nichtangriffsvertrages zwischen Deutschland und Belgien gegeben, Frankreich nunmehr gezwungen, seine Grenzen gegen Belgien à la Maginot zu befestigen. Besonders tangiert erscheint die Sicherheit Englands. Es ist anzunehmen, dass sich aus dieser Frage, noch weitläufige Generalstabsbesprechungen und Abmachungen zwischen Belgien, Frankreich und England werden ergeben müssen.

1751

**Außenpolitisches Exposé Staatssekretär Schmidt
am 29. April 1937 im Außenausschuss
des österreichischen Bundestages**Kommuniqué¹

AdR, NPA
Österreich 7/1
Z. 38855/13

[Wien, 29. April 1937]

Der Außenausschuss des Bundestages hielt heute nachmittags unter dem Vorsitz Herrn Obmannes Bürgermeisters Schmitz eine Sitzung ab, deren einziger Gegenstand die Entgegennahme eines Berichtes des St.S.f.d.AA. Dr. Schmidt über die außenpolitische Lage bildete.

St.S. Dr. Schmidt gab einen allgemeinen Überblick über die gegenwärtige politische Konstellation Europas und behandelte besonders eingehend die Beziehungen zwischen den Großmächten und die Auswirkungen auf die Außenpolitik Österreichs, wo bei er besonders die politische Zusammenarbeit Italiens mit Deutschland erörterte. Der St.S. referierte auch über die Ergebnisse der jüngsten Aussprache BK Dr. Schuschniggs mit dem ital. Regierungschef Mussolini in Venedig und stellte fest, dass das bewährte enge Verhältnis zwischen Österreich und Italien, das auf dem öst.-italien. Freundschaftsvertrag und den Römer Protokollen beruht, im Laufe der Venetianer Begegnung eine neuerliche Bestätigung erfahren hat.² In den Ausführungen des Staatssekretärs kam eindeutig die Entschlossenheit Österreichs zum Ausdruck, in der geraden und keinerlei Schwankungen unterworfenen Linie der Freundschaft mit Italien und des Festhaltens an den Römer Protokollen und dem Abkommen mit dem Deutschen Reich vom 11. Juli³ fortzufahren, die Beziehungen zu allen Staaten, insbesondere den Nachbarn, sorgfältig zu pflegen und zu vertiefen und das Hauptaugenmerk auch auf dem Gebiete der Außenpolitik der wirtschaftlichen Erstarkung Österreichs und der Förderung seines wirtschaftlichen und kulturellen Verkehrs mit dem Auslande zuzuwenden. St.S. Dr. Schmidt berührte im Laufe seiner Ausführungen ferner die wertvollen persönlichen Fühlungen zwischen österr. und ausländischen Staatsmännern und gedachte in diesem Zusammenhange des jüngsten persönlichen und privaten Charakter tragenden Besuches des polnischen Außenministers Beck in Wien wie

¹ Siehe dazu ADÖ 11/1750, besonders Anm.1.

² Zur Venediger Konferenz am 22. und 23. April 1937 siehe ADÖ 11/1734, ADÖ 11/1738 und ADÖ 11/1745- ADÖ 11/1748; Römische Protokolle vom 17. März 1934 – ADÖ 9/1437.

³ Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

des bevorstehenden Staatsbesuches des österr. Bundespräsidenten beim ungar. Reichsverweser von Horthy, mit dem die traditionelle Freundschaft [... unleserliche handschriftliche Ergänzung].

Den mit lebhaften Beifalle aufgenommenen Ausführungen des Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Dr. Guido Schmidt folgte eine eingehende Debatte, an der sich außer dem Obmanne Bürgermeister Schmitz die Mitglieder des Ausschusses Foradori, Dr. Funder, Raab und Dr. Tschurtschentaler beteiligten. Obmann Bürgermeister Schmitz fasste das Ergebnis der Beratungen dahin zusammen, dass der Außenpolitische Ausschuss des Bundestages die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs mit besonderem Danke zur Kenntnis nehme und dass darin sich die vollständige Übereinstimmung des Ausschusses mit der von der Bundesregierung vertretenen Außenpolitik kundgebe. Der Ausschuss begleitete diese Äußerung seitens Obmannes Bürgermeister Schmitz mit stürmischem anhaltendem Beifall.

1752

Unterredung Gesandter Hornbostel mit deutschem Gesandten Papen am 30. April 1937 in Wien

Gesprächsaufzeichnung¹

AdR, NPA

Deutschland / Geheim I/12

Z. 38807/13

[Wien,] 30. April 1937

Der Gefertigte wurde für heute nachmittags von H. v. Papen zu einer längst in Aussicht genommenen „Versöhnungs“-Aussprache gebeten. Aus dem mehr als einstündigen Gespräch verdient Folgendes festgehalten zu werden:

Papen führte bewegte Klage, dass die Befriedung nicht fortschreite. Man stehe heute nicht viel weiter als am 11. Juli.² Beiderseits werde viel Zeit mit dem Applanieren unzähliger kleiner Unebenheiten verloren, an das Wesentliche sei man noch immer nicht herangegangen. Im Einzelnen erwähnte er eingehender die Verzögerung der Einrichtung des Befriedungsreferates der V.F., die der H. BK bereits am 14.II. angekündigt habe; Papen habe Seyss präsentiert, sei zunächst auf

¹ Pro domo Gesandter Hornbostel, Wien am 3. Mai 1937: „Durchschlag dieser Aufzeichnung wurde dem H. StS zur allfälligen Mitteilung an den H. BK ausgehändigt.“ – AdR, NPA, Deutschland/Geheim I/12, Z. 38807/13.

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

Widerstand des H. BK gestoßen, der jedoch bald überwunden war. Nun werde aber Seyss seit vielen Wochen „zu Tod geredet“ und das Referat sei immer noch nicht aufgestellt. Ähnlich stehe es mit der Abänderung der Staatsschutzgesetzgebung. Die Folge sei eine merkliche Radikalisierung der Illegalen und er befürchte, dass wir sehr bald dahin kommen werden, den 11. Juli selbst bedroht zu sehen. Dieser sei schon jetzt nur mehr hohler Klang, da ihm wirkliches Leben versagt worden sei. Überall fände er immer nur Widerstände. Er habe wiederholt dem H. BK geraten, Leute aus dem „nationalen Vorfeld“ in die Regierung aufzunehmen (!!?), BM Glaise-Horstenau habe nichts ausrichten können, da ihm so gut wie kein Ressort anvertraut worden wäre; ohne das Sicherheitsressort sei das Innenportefeuille doch nur ein leerer Name, auch sei er ja kein Politiker und verstehe daher nicht, sich durchzusetzen. Auf eine konkrete Anfrage, nannte Papen Namen wie Hueber (den er besonders als „vernünftig, mäßig“ u. Schwager Goerings hervorhob), Seyss als Männer, die in die Regierung aufgenommen, ihm geeignet schienen, im Inland und im Reich Vertrauen einzufloßen und „die Sache vorwärts zu bringen“.

In diesem Zusammenhang erzählte Papen ohne Umschweife, dass er die „Illegalen“ bei sich versammelt und ihnen Seyss als Befriedungsmann in der V.F. vor einigen Wochen mundgerecht gemacht habe. Auch bei österr. militärischen Stellen – er nannte u. a. FMLt. Jansa, der „allerdings in Berlin böse Zeiten mitgemacht habe“ – stoße er immer wieder auf Widerstände, so erst kürzlich beim Besuch des rchsdt. Nachrichten-Chefs Canaris, der einen intensiven Nachrichtenaustausch einleiten wollte. Es sei doch widernatürlich, dass die Reichswehr in besseren Beziehungen zu Italien stehe als zu Österreich; da die fast durchwegs „konservativ“ eingestellt sei, bestehe doch keine Gefahr nat. soz. Einflussnahme auf das Bundesheer. Auch der diplomatische Nachrichten-Austausch wäre doch auf Grund des 11. Juli fast eine Selbstverständlichkeit. Er entwickelte seine dahin gehende Auffassung, dass nach der rchsdt. Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs am 11. Juli – den Wert dieser Anerkennung scheine man in Österreich nicht genügend zu würdigen – eine richtige Politik nur darauf ausgehen könne, eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten herbeizuführen, wobei dem selbständigen Österreich das Mandat des deutschen Vorpostens gegen Südost zufalle. Er könne ja „begreifen“, dass sich Österreich auf der Achse zwischen den beiden Großmächten „nicht sehr wohl fühle“ und bisweilen nach Westen Ausschau halte! Wir müssten aber gemeinsam und bald einen Weg finden – der Zeitpunkt scheine ihm geeignet und drängend – um „wirklich“ vorwärts zu kommen, etwa durch Annäherung der Militärs, der Außendienste u. dgl. m. Sonst müsse er allen Ernstes befürchten, dass wir rascher als man dächte in die Verhältnisse vor dem 11. Juli zurückfielen. Er habe auch erst dieser Tage dem H. Bundespräsidenten gegenüber die Bemerkung gemacht, dass er mit Unbehagen das erste Jubiläum des 11. Juli herankommen sehe, ohne auf irgendeinen greifbaren Fortschritt hinweisen zu können.

(Diesen, vielfach durch Zwischenreden unterbrochenen Bemerkungen Papens hielt der Gefertigte entgegen, dass die Wurzel des Übels das Misstrauen sei, das noch zwischen beiden herrsche, und zu Misstrauen hätte eben Österreich natürlich unvergleichlich mehr Berechtigung als das Reich. Auf eine Reihe von solchen Motiven (Emigranten-Einfluss, Hilfsbund, Übergewicht der Partei gegenüber der Reichsregierung) wurde hingewiesen, gewisse unfreundliche Äußerungen deutscher Stellen, Gegnerschaft hoher Parteileute gegen den 11. Juli angeführt u. s. w. Es sei Sache derjenigen im Reich, die eine wirkliche Aussöhnung wollten, eine Geste des guten Willens zu machen und das berechtigte Misstrauen und das Ressentiment weiter österr. Kreise zu überwinden. Die Haltung der Partei erwecke aber immer von Neuem den sehr bestimmten Eindruck bei österr. Vaterländischen, dass die NSDAP den 11. Juli nicht ernst nehmen wolle und nur als ein taktisches Mittel zu üblen Zwecken ansehe. Die Partei-Politik im Reich sei allein daran Schuld, dass das weite Gebiet der Kulturpolitik zur Aussöhnung fast gar nicht herangezogen werden könne. Einen Beweis liefere die neuste Phase des Kulturkampfes. Könne man der österr. Regierung zumuten, reichsdeutsche Zeitungen in österr. Café-Häusern aufliegen zu lassen, in denen wildeste Ausfälle gegen den Katholizismus und den Klerus mit Pauschalverdächtigungen gemischt enthalten sind? Wie lasse sich unter solchen Umständen ein „Pressefrieden“ herstellen? Es bestehe geradezu die Gefahr, dass aus diesem Grunde wieder ein Rückfall in die bösen Zeiten auf dem Gebiete der Presse eintrete.)

Papen bekannte sich deutlich als Gegner dieser Politik seiner Regg. versuchte den Kulturkampf historisch mit den „üblen Regierungsmethoden“ des stets mit der Linken kollaborierenden Zentrums zu begründen und teilte die Bedenken über die zu befürchtenden Auswirkungen. In diesem Zusammenhang streifte er die Möglichkeit, allenfalls die nach Österreich eingeführten Blätter zu einer Sonderausgabe für Österreich zu veranlassen, die die Hetzartikel gegen die Kirche und die Prozessberichte nicht enthielte. Er gestand ein, dass ihm diese Entwicklung im Reich auch einige Sorge bereite und die Auswirkungen auf Österreich, das dagegen reagieren müsse, nicht ausbleiben könnten. Er zerbreche sich den Kopf, wie man dieser Gefahr beikommen könne!

Schließlich beteuerte Papen, dass er in seiner Berichterstattung immer für BK Dr. Schuschnigg eintrete, immer wieder vor Angriffen auf seine Regierung (in Zusammenhang mit dem Austritt Neustädter-Stürmers z. B.) gewarnt habe, es gehe ihm aber „der Atem“ aus, wenn sich nicht bald ein deutlicher Fortschritt auf dem durch den 11. Juli vorgezeichneten Wege einstelle. Er wolle darüber nachdenken, wie nunmehr die Sache anzupacken wäre und gelegentlich um Fortsetzung unseres Gespräches ersuchen.

1753**Gesandter Franckenstein an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 126/Pol.

AdR, NPA
Italien/ Geheim I/III
Z. 38974/13

London, 5. Mai 1937

Ich habe Sir Robert Vansittart aufgesucht und mich im Sinne der obzitierten Weisung¹ über die Zusammenkunft der österreichischen Staatsmänner mit dem italienischen Regierungschef und Graf Ciano in Venedig² geäußert. Der permanente Unterstaatssekretär nahm meine Mitteilungen mit großem Interesse entgegen. Er zeigte sich sehr erfreut, dass die Besorgnisse, die in den an die Entrevue geknüpften hiesigen Zeitungskommentaren zum Ausdrucke kamen (h.a. Zl. 120/Pol vom 29. April l. J.)³ unbegründet waren. Er erwähnte, dass Großbritannien an der Wahrung der Unabhängigkeit Österreichs sehr interessiert sei und äußerte seine Befriedigung und Bewunderung, dass der Herr Bundeskanzler diese so furchtlos und entschieden aufrechterhalte und verteidige.

Ich habe auch dem hiesigen italienischen Botschafter gegenüber den von Virginio Gayda knapp nach der Entrevue veröffentlichten Artikel zur Sprache gebracht.⁴ Conte Grandi sagte es sei unrichtig, das Giornale d'Italia stets als das Sprachrohr der italienischen Regierung anzusehen; manche Artikel seien inspiriert, die meisten aber nichts anderes als persönliche Meinungsäußerungen Gaydas.

Ich übergab Sir Robert Vansittart eine Zusammenfassung der Ausführungen des Erlasses zur Informierung Mr. Edens.

¹ ADÖ 11/1748.

² Dazu ADÖ 11/1734, ADÖ 11/1738 und ADÖ 11/1745 – ADÖ 11/1748.

³ Gesandter Franckenstein an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten, Bericht Nr. 120/Pol., London, 29. 4. 1937 – AdR, Gesandtschaft London, Z. 38883/13.

⁴ Dazu bereits ADÖ 11/1726 – ADÖ 11/1729.

1754**Staatssekretär Schmidt an Bundeskanzler Schuschnigg**

Telegramm Nr. 435 (Chiffre, sofort zuzustellen)

AdR, NPA

Großbritannien I/III

Z. 39314/13

London, 13. Mai 1937

(20.53 → 14.V. – 8.00)

Dank der höchst anerkennenswerten Geschicklichkeit Herrn Franckensteins hatte ich heute Gelegenheit zu einer ausführlichen, ungestörten und langen Aussprache mit Herrn Eden und Vansittart. Ergebnis:

Eden erklärte sich im Laufe des Gespräches spontan bereit, in seiner gegenwärtigen Konversation mit deutschem Vertreter (Blomberg) und insbesondere im Zuge etwaiger zukünftiger Entspannungsverhandlungen mit Deutschland das ausgesprochene Interesse Englands an Erhaltung Friedens in Mitteleuropa und ganz besonders an Unantastbarkeit Österreichs deutlich zu unterstreichen. Seiner Auffassung nach wäre es von sicherer Wirkung, wenn Deutschland über die gegebenenfalls von England einzunehmende Haltung im Zweifel gehalten und dadurch vor unüberlegter Handlung abgeschreckt würde. Er teilt unseren Standpunkt, dass ausdrückliche „Garantie“ und dgl. provozierend wirken und daher unerwünschte Reaktion auslösen würde. Übrigens hält auch er Angriff auf Österreich für durchaus unwahrscheinlich. Er hatte günstigen Eindruck von seinem heutigen Gespräch mit Blomberg, der sich deutlich für Liquidation spanischen Abenteuers ausgesprochen hätte. Haltung Italiens ist hier vollkommen unverständlich, zumal man für Entspannung ernstlich eingenommen ist. Beilegung spanischen Konfliktes wird angestrebt und als ernstliche Entlastung auch der Lage in Mitteleuropa, insbesondere hinsichtlich Österreichs angesehen.

Aufdringliche und nervöse Sprache Hodžas wird von Eden keineswegs gebilligt, hingegen unsere gerade Linie taktvoller, ruhiger und konsequenter Politik, die Reizungen benachbarter Großstaaten vermeide, vollauf gutgeheißen.¹

¹ Weiter ADÖ 11/1755.

1755**Gesandter Hoffinger an Gesandten Franckenstein (London)**

Telegramm Nr. 8 (in Ziffern)

AdR, NPA
Großbritannien I/III
Z. 39314/13

Wien, 14. Mai 1937
(12.00)

Herr Bundeskanzler ersucht Herrn Eden für seine freundschaftlichen Dispositionen bezüglich Österreichs herzlich zu danken und ihm mitzuteilen, dass er den Ausführungen Edens über die einzuhaltende Vorgangsweise durchaus beistimmt.¹

Falls englischerseits zugestimmt wird, wünscht H. BK., dass Stellungnahme Edens zum Ausgangspunkt für Konversation in Paris genommen und darauf hingewirkt werde, dass französischerseits eine möglichst analoge, ebenso freundschaftliche aber auch ebenso diskrete Stellung eingenommen werde.

1756**Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 108/Pol. (geheim)

AdR, NPA
Großbritannien/ Geheim I/III
Z. 39448/13

Rom, 18. Mai 1937

Zur heutigen Abfahrt des Königs und Kaisers war ich auf die Bahn gegangen, nachdem ich vom Cerimoniale erfahren hatte, dass Seine Majestät mein Kommen besonders appreciieren würde. Der Monarch hat auch in der liebenswertesten Weise mit mir gesprochen und dabei betont, dass er die glänzende Reise des Herrn Bundespräsidenten nach Budapest mit dem größten Interesse verfolgt habe.

Ich war zirka 20 Minuten vor der Ankunft des Monarchen im Hofwartesalon, ebenso auch Graf Ciano, der bekanntlich Seine Majestät in die ungarische Kapitale begleitet hat.

¹ ADÖ 11/1754.

Nachdem Graf Ciano einige Höflichkeitsphrasen mit dem gleichfalls erschienenen jugoslawischen Gesandten ausgetauscht hatte, nahm er mich unter den Arm, zog mich beiseite und sagte, er müsse mir Verschiedenes sagen, was ihm sehr am Herzen liege.

Vor Allem mache er mich auf die westliche Presse aufmerksam, die Ihren Besprechungen in London und Paris, Herr Staatssekretär, einen besonderen politischen Anstrich geben und den Anschein erwecken möchte, als wäre die ganze Reise nur ein willkommener Anlass für eine politische Extratour gewesen. Sowohl der Duce wie auch er selbst glauben unbedingt an die Versicherungen, die der Herr Bundeskanzler und Sie, Herr Staatssekretär, in Venedig gegeben haben. Und nur dieser Glaube helfe ihnen beiden die unsympathischen Eindrücke zu überwinden, die diese Verneblungspolitik der westlichen Demokratien bei Jedem hervorrufen müsse. Man deute in der Presse dieser Länder sogar an, dass Sie, Herr Staatssekretär, in London und Paris das Terrain vorbereitet hätten, um in Genf eine Erklärung der englischen und französischen Regierungen zugunsten Österreichs zu provozieren.

Natürlich hielten dies der Duce und er nach der klaren Aussprache von Venedig für unmöglich, immerhin sei es bezeichnend, dass Ihre Reise, Herr Staatssekretär, zu solchen widerlichen Manövern benützt werde.

Auch versuche man Sie, Herr Staatssekretär, mit Herrn Hodža und dessen wilden Phantasien in Verbindung zu bringen. Er zweifle gar nicht, dass die verlockendsten Sirenengesänge erklungen sind, um Österreich in eine politische Kombination mit der Tschechoslowakei zu bringen. Auch in diesem Belange vertrauen Mussolini und er auf das politische Verständnis der österreichischen Regierung und auf die Ehrlichkeit der in Venedig geführten Sprache.¹ Prag sei heute nichts anderes als der politische Exponent in Mitteleuropa der antiitalienischen weil antifaschistischen, vom Freimaurertum und Bolschewismus geleiteten westlichen Demokratie. Eine politische oder gar militärische Annäherung Österreichs an die Tschechoslowakei würde Italien niemals verstehen. Der Duce habe darüber in Venedig auch keinerlei Zweifel gelassen und ausdrücklich erklärt, dass dies einer Sprengung der römischen Protokolle² gleichkäme.

Graf Ciano ersuchte mich dann, Ihnen, Herr Staatssekretär, zu melden, dass er ganz besonders verbunden wäre, wenn Sie mich in die Lage versetzen würden, ihn nach seiner Rückkehr aus Budapest ehestmöglich über Ihre Gespräche in London und Paris zu informieren.

Ich habe meinen Mitredner, der mir durch die verschiedenen Pressemeldungen recht stark impressioniert schien, wiederholt unterbrochen und ihm versichert, dass die Person des Herrn Bundeskanzlers und Ihre, Herr Staatssekretär, allein

¹ Zur Venediger Konferenz am 22. und 23. April 1937 siehe ADÖ 11/1734, ADÖ 11/1738 und ADÖ 11/1745- ADÖ 11/1748.

² Römische Protokolle vom 17. März 1934 – ADÖ 9/1437.

schon die vollste Gewähr für eine gerade und loyale Politik Österreichs bilden müssen. Wir hätten in der Vergangenheit schon so manchen Versuch der Gegner gesehen, die Staaten der römischen Protokolle zu entzweien, gerade gegenwärtig erleben wir einen neuerlichen Versuch, wir müssen aber einander genug Vertrauen entgegenbringen, um die sicher noch bevorstehenden weiteren Versuche einfach mit Verachtung zu quittieren.

Graf Ciano pflichtete am Schlusse meinem Gedankengange auch bei. Ich hielt es jedoch für sehr angezeigt, den italienischen Außenminister über die von Ihnen, Herr Staatssekretär, in den beiden westlichen Kapitalen abgeführten Gesprächen sobald als nur möglich aufzuklären. [...]

1757

**Gesandter Hoffinger an
Gesandten Berger-Waldenegg (Rom)**

Telegramm (in Ziffern, geheim)

AdR, NPA

Großbritannien/ Geheim I/III

Z. 39448/13

Wien, 21. Mai 1937

(19.00)

Wollen Sie sich unter Vorbehalt detaillierterer Mitteilungen über die durch Staatssekretär Dr. Schmidt in London und Paris geführten Gespräche¹ nach dessen Rückkehr nach Wien vorläufig dahin vernehmen lassen, dass Sie jetzt schon in der Lage seien, aufs Bestimmteste zu erklären, dass keine Änderung unserer bisherigen Politik in Frage kommt und alle diesbezüglichen Zeitungsmeldungen haltlose Kombinationen sind. Insbesondere wurde niemals der Versuch gemacht, zu einer „Garantieerklärung“ für Österreich zu kommen; die auch seitens Englands und Frankreichs nicht intendiert war. Die Londoner und Pariser Gespräche gehen nicht über den Rahmen des freundschaftlichen Kontakts hinaus, wie er zwischen allen Staaten üblich ist, und es scheint uns, dass Österreich genügend Beweise seiner loyalen und konsequenten Politik gegenüber seinen Freunden gegeben hat, um nicht wegen solcher Konversationen mit dritten Staaten verdächtigt zu werden. [...]

¹ ADÖ 11/1754 und ADÖ 11/1755.

1758**Gesandter Baar-Barenfels an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 101/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 39542/13

Budapest, 21. Mai 1937

Auf mein Ersuchen hatte ich heute um 4 Uhr Nachmittag eine ca. 20 Minuten währende Besprechung mit dem italienischen Außenminister Conte Ciano, die in besonders freundlicher und herzlicher Form verlaufen ist.

Außenminister Ciano sagte mir vorerst, dass er bei seinen Besprechungen mit den ungarischen Staatsmännern und besonders mit Außenminister Kánya bezüglich aller Fragen, die die Römerpakt-Staaten angehen, die Fragen die Mitteleuropa betreffen und die europäischen Fragen überhaupt das volle Einverständnis festgestellt habe. Dies gelte besonders bezüglich der neuerlichen Feststellung der Festigkeit und Nützlichkeit des Zusammenarbeitens zwischen Italien, Österreich und Ungarn auf Grund der Römer-Protokolle und der Wichtigkeit des Abkommens vom 11. Juli.¹ Er betonte bei dieser Gelegenheit besonders, dass die volle Unabhängigkeit und Selbstbestimmung Österreichs ein unveränderlicher Grundsatz der italienischen Politik sei, wie dies der Duce in Venedig Bundeskanzler Schuschnigg mitgeteilt habe.²

Bezüglich des Belgrader Vertrages mit Jugoslawien sei er mit Außenminister Kánya in vollem Einvernehmen.

Bezüglich des Verhältnisses Italien-Rumänien habe Graf Ciano Außenminister Kánya und den Rumänen ganz offen und klar zu wissen gegeben, dass ein Einvernehmen Italien-Rumänien einen vorherigen formellen Akkord zwischen Rumänien und Ungarn zur Voraussetzung haben müsse, ja noch mehr, denn Graf Ciano betonte, dass Rumänien Ungarn eine Satisfaktion für die Vergangenheit geben müsse.

Das Verhältnis Italien-Tschechoslowakei setze Graf Ciano bei uns als bekannt voraus. Graf Ciano ist der Ansicht, dass die Tschechoslowakei einen Teil der Achse Paris-Prag-Moskau darstelle, die mit ihrem betont aggressiv demokratisch-bolschewistischen Charakter im vollen Gegensatz zur faschistischen Politik ist. Graf Ciano habe diesbezüglich nichts hinzuzufügen.

¹ Römische Protokolle vom 17. März 1934 – ADÖ 9/1437; das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

² Anlässlich der Venediger Konferenz vom 22. und 23. April 1937 – ADÖ 11/1745 – ADÖ 11/1748.

Er erklärte mir ferner, dass die Mitteilungen Herrn v. Kányas sowie die Berichte der italienischen Botschafter in London und Paris über den Inhalt der Verhandlungen unseres Staatssekretärs mit der französischen und englischen Regierung seine volle Billigung habe.

Zum Schlusse erklärte er, dass er aus den Besprechungen mit Kányas und den Berichten von Paris und London entnommen habe, dass der bekannte Gayda-Artikel³ mehr Unheil angerichtet habe, als er sowieso befürchtet hätte und dass er neuerlich betone, (und hier sprach er mit viel Temperament und Wärme) dass Gayda weder vom Außenamte noch vom Ministerium für Propaganda und Presse auch nur die leisesten Informationen oder Andeutungen erhalten habe, dass er das Thema scheinbar auf der Straße oder von anderen Journalisten aufgefangen habe. Ciano habe Gayda zu sich berufen und sehr abgekanzelt. Graf Ciano bat mich, die Versicherung entgegenzunehmen, dass die absolute Selbstbestimmung und Souveränität Österreichs nicht nur ein Fundamentalpunkt der Politik des italienischen Imperiums sei, sondern auch eine Herzenssache des Duce, wie auch seine eigene.

Graf Ciano sagte mir dann lächelnd, dass ich es doch verstehen müsse, dass es auch in der Politik Italiens kleine Nuancen gäbe, dass sich die Außenpolitik den wechselnden Verhältnissen anpassen müsse und dadurch naturnotwendig da und dort zeitlich kleine Schwankungen entstehen müssten, dass aber die große Frage der Unabhängigkeit Österreichs unter allen Umständen gewahrt bleibe.

Er versicherte mir schließlich, dass ihn mein Besuch sehr gefreut habe und er mir dafür danke, weil er großen Wert darauf lege, dass zwischen ihm und dem Herrn Bundeskanzler volle Offenheit und volle Klarheit über alle uns betreffenden Fragen herrsche.⁴

1759

Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 117/Pol. (geheim)

AdR, NPA

Ungarn/ Geheim I/III

Rom, 25. Mai 1937

Zu dem Gespräche, das ich gestern mit Graf Ciano hatte und über das ich sofort telegraphisch berichtete, möchte ich noch nachfragen, dass ich den Eindruck hatte, der italienische Außenminister sei von seiner Reise besonders befriedigt. Wenn ich mich nun auf Grund unserer Unterredung frage, was wohl in Buda-

³ Dazu bereits ADÖ 11/1726-ADÖ 11/1729.

⁴ Weiter ADÖ 11/1759 und ADÖ 11/1760.

pest diese besondere Befriedigung ausgelöst hat, so glaube ich nicht fehlzugehen, wenn man sie – abgesehen von dem unerhört glanzvollen Empfang – vor Allem in folgenden politischen Momenten suchen soll.

Graf Ciano hat in Budapest hinsichtlich der Politik Österreichs vollkommen beruhigende Aufklärungen erhalten. Auch die ihm in die ungarische Kapitale nachgefolgten Nachrichten der italienischen Vertreter in London und Paris dürften die ihm in Budapest gewordenen Mitteilungen bekräftigt haben, so dass er jetzt in Ihren Besprechungen, Herr Staatssekretär, in London und Paris¹ eine politische Schlappe Englands und Frankreichs erblickt, was auch in der italienischen Presse bereits Ausdruck gefunden hat.

Graf Ciano hat ferner feststellen können, dass die ihm momentan unmittelbar nach der Achsenpolitik am Herzen liegende Heranziehung Jugoslawiens in Budapest volles Verständnis findet. Die Revisionsansprüche Ungarns gegenüber Jugoslawien scheinen ihm zum Teil nicht ganz unerfüllbar, zum großen Teil reiht er sie in die Kategorie jener theoretischen Revisionsansprüche, in der auch die Ansprüche Ungarns gegenüber Österreich (Burgenland) rangieren.

Graf Ciano hat sich weiters ganz besonders erleichtert gefühlt, als ihm in Budapest kein Zweifel gelassen wurde, dass dort kein Ideenwechsel hinsichtlich der Tschechoslowakei eingetreten ist.

Dass man ihm – wie ich herausföhlte – in Budapest zu verstehen gegeben hat, dass man bei aller Freundschaft für Berlin keine Übergriffe von dieser Seite dulde, macht ihm nicht nur nichts, sondern ist ja sogar Atout in seiner Hand in dem familiären Rivalitätsspiel Rom-Berlin um Mitteleuropa. Weiß er sich Österreichs und Ungarns in dieser Hinsicht sicher, so kann sich die Freundschaft mit Berlin für andere Zwecke umso inniger auswirken.

Das dürften so die angenehmsten Überlegungen sein, die Graf Ciano von seiner Reise nach Budapest heimgebracht hat.

Über den Gayda Artikel und die Ablehnung, die er in Wien erfahren hatte, muss man in Budapest des Langen und Breiten gesprochen haben. Der italienische Außenminister ist in seinem Gespräche mehrmals darauf zurückgekommen und hat wiederholt betont, dass weder der Duce, noch er, noch Alfieri von diesem Artikel etwas gewusst haben. Er sagte dann wörtlich: „Wir haben Herrn Gayda die Schrauben angesetzt um zu wissen, woher er diese Nachricht habe, und sind darauf gekommen, dass er sie von dem ‚besten Freunde der österreichischen Regierung‘ bezogen hat. Nun ich nenne Ihnen zwar streng vertraulich aber ganz offen den Namen, von Herrn Salata.“ Ich habe diese Eröffnung mit einem verbindlichen Lächeln entgegengenommen, da ich wohl weiß – ich verweise auf meine frühere Berichterstattung in dieser Angelegenheit – dass der Gayda Artikel die Resultante verschiedener Komponenten ist!²

¹ ADÖ 11/1754 und ADÖ 11/1755.

² Dazu bereits ADÖ 11/1726-ADÖ 11/1729.

1760**Gesandter Baar-Barenfels an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 106/Pol. (streng geheim)

AdR

Gesandtschaft Budapest

Z. 39802/13

Budapest, 28. Mai 1937

Ich habe soeben Gesandten Baron Apór aufgesucht, um mich mit ihm über die Rede des Herrn Außenministers im ungarischen Abgeordnetenhaus (siehe meinen gleichzeitig abgehenden Bericht Zl. 105/Pol. vom heutigen Tage)¹ und über laufende Fragen der Außenpolitik zu unterhalten. Hierbei sprach ich mit ihm auch über die Unterredungen, die der Ministerpräsident, der Außenminister und ich mit dem Grafen Ciano anlässlich seines Budapester Besuches hatten.² Baron Apór erzählte mir mit der Bitte um Geheimhaltung, Herr v. Kánya habe dem Grafen Ciano klar und energisch gesagt, dass, falls die Unabhängigkeit Österreichs durch die italienische Politik gegenüber Deutschland gefährdet würde, er andere Wege der Außenpolitik für Ungarn einschlagen müsste. Ungarn habe sich also in Erkenntnis, dass die Gefährdung der österreichischen Unabhängigkeit auch Ungarn bedrohe, hier wieder als getreuer Sekundant in der Stärkung unserer Unabhängigkeit erwiesen.

1761**Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 119/Pol. (streng vertraulich)

AdR

Gesandtschaft Rom

Z. 39797/13

Rom, 29. Mai 1937

Seit Graf Ciano aus Budapest zurückgekehrt ist, hat sich bei ihm in austriacis eine wesentliche Wandlung vollzogen.¹ Bei den verschiedenen Anlässen, bei denen ich ihn in den letzten Tagen sprach, war ein entschiedenes „Wohlwollen“ herauszule-

¹ Gesandter Baar-Barenfels an Staatssekretär Schmidt, Bericht Nr. 105/Pol., Budapest, 28.5.1937 – ADR, Gesandtschaft Budapest.

² Siehe ADÖ 11/1758.

¹ Vgl. ADÖ 11/1758 und ADÖ 11/1759.

sen. Das Misstrauen, dem ich vordem auf Schritt und Tritt begegnete, ist – vorläufig wenigstens – entschieden gewichen.

Nun musste man sich fragen, worauf dieser Stimmungsumschwung zurückzuführen ist und welche die Gründe für die fühlbare Veränderung in seiner Haltung sind.

Bei einer solchen Überlegung ergeben sich nun nachstehende Möglichkeiten.

Graf Ciano konnte in Budapest derart eindeutige Aufklärungen erhalten haben, dass er das Misstrauen gegen die österreichische Außenpolitik fallen ließ.

Er konnte ferner aus Budapest derart weitgehende Garantien für eine Italien genehme Politik Ungarns nach Hause gebracht haben, dass er der Überzeugung wurde, Österreich könne sich ohnehin nicht bewegen, die Linie der Politik sei Österreich vorgezeichnet.

Endlich konnte der italienische Außenminister in Budapest auch festgestellt haben, dass dem ihm stets vorschwebenden und in seiner Phantasie von Österreich begünstigten Schreckgebilde einer politischen Annäherung Wiens, Prags und Budapests in der ungarischen Kapitale kein Verständnis entgegengebracht wird. Die größte Sorge Italiens ist und bleibt einmal der vom Westen begünstigte Zusammenschluss Österreichs, Ungarns und der Tschechoslowakei zu einem mitteleuropäischen Gebilde.

Wozu wäre dann Italien in den Weltkrieg eingetreten, wo dieser Eintritt doch als letzte Konsequenz die Zertrümmerung der alten Monarchie hatte! Daher muss jede italienische Politik sich gegen die Wiedererrichtung eines Staates im Herzen Europas wenden, der stark genug wäre, eine eigene Politik zu führen, die naturgegebener Weise mit dem einen Finger nach Südtirol und dem anderen nach einer Ausfallspforte ans Meer weisen würde.

Erst dachte ich, der Schlüssel zur Beantwortung der gestellten Frage sei nur in Budapest zu finden. Aus den zufälligerweise gerade in den letzten Tagen erfolgten wiederholten Begegnungen mit Graf Ciano und Gesandten Buti glaube ich aber selbst mit einiger Wahrscheinlichkeit die Antwort auf die gestellte Frage geben zu können.

Der italienische Außenminister hat in Ungarn einerseits den sicheren Eindruck gewonnen, dass Budapest und Prag Feuer und Wasser bleiben, die sich nicht vereinen lassen. Andererseits kann ich annehmen, dass Herr von Kánya in diesem Zusammenhange dem italienischen Minister sein Misstrauen hinsichtlich eines geheimen Flirts Österreichs und der Tschechoslowakei ausgedrückt hat. Herr von Kánya hat hiebei – soweit ich herausspüren konnte – auch wirtschaftliche Argumente gebraucht und die Wundmale aufgezeigt, die eine nach Prag sich orientierende österreichische Politik der eigenen Wirtschaft zufügen würde. Durch diese beiden Feststellungen, andauernde Abneigung Budapests gegen Prag und unmöglicher ernsterer Flirt zwischen Wien und Prag, ist bei Graf Ciano die Sorge der möglichen Bildung eines mitteleuropäischen Gebildes geschwunden und er ist wieder gläubig geworden.

Und nun dürfte noch etwas hinzugetreten sein, was mir eigentlich völlig unerwartet kam.

Es scheint hier die Auffassung platzgegriffen zu haben, dass in London und in Paris ein ernsteres Interesse für Österreich nur insoweit besteht, als dieses zu den mitteleuropäischen Staaten gehört und dass den Westmächten nicht Österreich als solches am Herzen liegt, sondern nur das fonctionnement von Österreich in den Wechselbeziehungen zu den anderen Staaten im Zentrum Europas, letzten Endes zur Tschechoslowakei. Die Berichterstattung, die in Rom aus London und Paris vorliegt, scheint diese Auffassung verstärkt zu haben. Um es noch präziser auszudrücken, so sagt man sich hier, dass die Fragen, die Sie, Herr Staatssekretär, im Namen Österreichs stellten, Antworten erhielten, die eigentlich an Mitteleuropa gerichtet waren. Das Gleiche will man auch aus dem Pariser Communiqué herauslesen. Damit stünde man natürlich wieder vor dem Sorgegebilde „Mitteleuropa“, wenn man eben einerseits nicht ungarischerseits Garantien für ein „Nicht-Mittun“ hätte und man andererseits nicht in Budapest die Überzeugung von der Unmöglichkeit eines politischen Zusammenschlusses Österreichs und der Tschechoslowakei ohne Ungarn erhalten hätte.

Damit hatten sich die Befürchtungen Cianos, die schon schier einen pathologischen Anstrich genommen hatten, als unbegründet herausgestellt. Ihre anfänglich mit Misstrauen betrachtete Reise, Herr Staatssekretär, kehrte sich ins Gegenteil, denn Österreich erkannte – so argumentiert man – gerade im Laufe der Reise die einzige seiner Entwicklung nutzbringende Politik als die richtige, die es wieder in enge Parallelität mit der Achse Rom-Berlin bringen muss. Und der Plan der bösen Westmächte, ein zentraleuropäisches Gebilde aufleben zu lassen, wird hier vorläufig als Utopie angesehen. Kurz zusammengefasst: Italien braucht eine Neuorientierung Österreichs nach dem Westen nicht zu fürchten, sie ist rebus sic stantibus ausgeschlossen.

Das sind im Allgemeinen die Gedankengänge auf die ich, wenn auch natürlich in verschleierter Form, stieß. Das gibt aber auch dann die Aufklärung für die plötzlich eingetretene Veränderung und für das über Nacht wieder erwachte Vertrauen. Ein verloren geglaubter Sohn ist heimgekehrt!²

² Weiter ADÖ 11/1762.

1762**Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 120/Pol. (streng vertraulich)

AdR

Gesandtschaft Rom

Z. 39798/13

Rom, 29. Mai 1937

Mein Eingangs bezogener Bericht¹ wäre nicht vollständig, würde ich nicht auch eines Umstandes Erwähnung tun, der dazu beigetragen haben dürfte, die Auffassung Graf Cianos über die Politik Österreichs in einem uns günstigen Sinne zu beeinflussen.

Der italienische Außenminister hatte sich – jedenfalls auf Grund reichsdeutscher Einflüsterungen – die Ansicht gebildet, dass wir es seien, die den Akkord vom 11. Juli² mit einer Mentalreservation geschlossen hätten und dass wir ihn in der Folgezeit – derbe gesagt – gewissermaßen sabotiert hätten. Daher kam auch stets aus seinem Munde der Hinweis auf diesen Akkord und der Rat, ja nichts zu tun, was Berlin das Recht geben würde, eine Verletzung des Akkords zu behaupten.

Es scheint nun, dass Graf Ciano in Budapest³ einiges Erbauliches über die nationalsozialistischen Methoden der Propaganda zu hören bekam und dass man ihn auch in die näheren Details einweihte, die den verkappten Putsch vor einigen Monaten begleiteten. Der Minister, der bisher allen Meldungen, die auf eine Hand Berlins hinwiesen, eigentlich keinen rechten Glauben schenkte, scheint auf Grund der in Budapest erhaltenen präzisen Informationen seine Auffassung geändert zu haben und nunmehr auch selbst an, wenn auch entfernte, Zusammenhänge mit Berlin zu glauben.

Das bringt aber mit sich, dass er die von uns immer wieder behauptete Nazipropaganda nicht mehr als reines Hirngespinnst oder als überdimensionierte Exageration ansieht, sondern unsere Abwehrstellung zu begreifen beginnt.

Ich will damit nicht behaupten, dass eine solche Erkenntnis die Achsenpolitik bedrohen wird. Beileibe nein, aber man wird genauer zusehen, dass der Partner in Berlin, während er die Achse mit einer Hand dreht, nicht mit der anderen Gegenstände angreift, die „nicht zu berühren“ ausgemacht wurde.

¹ ADÖ 11/1761.

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

³ Siehe dazu u.a. ADÖ 11/1758 und ADÖ 11/1759.

1763**Gesandter Marek an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 239/Pol.

AdR

Gesandtschaft Prag

Z. 40013/13

Prag, 3. Juni 1937

Nach einem Diner beim Herrn Nuntius, das dieser zu Ehren des Herrn Präsidenten Dr. Beneš veranstaltet hatte, sprach ich eine Zeit lang mit dem Herrn Präsidenten, der von mir etwas über die Eindrücke wissen wollte, die Herr Staatssekretär in Paris und London gewonnen haben. Ich ließ mich im Sinne der mir zugekommenen Weisungen vernehmen und glaubte besonders betonen zu sollen, dass die Besuche Herrn Staatssekretärs in London und Paris neuerdings gezeigt haben, dass die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Österreichs zum europäischen Dogma geworden und daher selbstverständlich seien. Es sei daher, schon im österreichischen Interesse, gewiss nicht notwendig, immer wieder diese Selbständigkeit und Unabhängigkeit besonders zu betonen und hervorzuheben.¹

Herr Präsident Dr. Beneš gab mir vollständig Recht und sagte, dass dies auch seine Meinung sei. Im Übrigen würden die Dinge in Mitteleuropa ihren logischen Verlauf nehmen, den sie eben nehmen müssen und das Prinzip der Tschechoslovakei sei zu warten. Er sage es Herrn Dr. Hodža immer, man soll nichts überstürzen und nichts zu erzwingen suchen. Das heiße aber nicht die Hände in den Schoß legen, die tschechoslovakische Regierung habe auch im Innern noch genug zu tun. Mit Befriedigung könne der Präsident sagen, dass die Sache in der Tschechoslovakei gut vorwärts gehe und dass sein Bestreben, den Staat auf ein hohes Niveau zu bringen, der Verwirklichung zustrebe. „Wir werden“, sagte der Präsident, „so manchem, auch großen Kulturstaat, um 20 Jahre voraus sein. Wir sind es in der sozialen Gesetzgebung vor Frankreich und vor Amerika und wir werden es demnächst in der Frage der Minoritäten vor allen Ländern sein.“ Das, was die Tschechoslovakei, insbesondere in der Minoritätenfrage tun werde, werde ihr kein anderer Staat nachmachen können, denn dies hänge auch von der Mentalität des Volkes ab, die z. B. in Polen nicht gegeben ist.

Auf meine Frage, ob die Regierung die sudetendeutschen Postulate befriedigen wolle, antwortete Herr Dr. Beneš, er werde die Wünsche der Minoritäten auf seine eigene Weise befriedigen und Herrn Henlein in die wenig beneidenswerte Lage versetzen, in der sich seinerzeit auch Herr Lodgeman versetzt sah, dass er nämlich in seinem Herzen ihm, Dr. Beneš, werde Recht geben müssen, es aber

¹ Vgl. dazu ADÖ 11/1754 und ADÖ 11/1755.

nach außen hin, um sich bei den Wählern zu halten, nicht werde zeigen dürfen. Henlein werde eben weiterhin den Ultraradikalen spielen müssen, und er werde vielleicht mit der Zeit auf 50% der Stimmen herunterkommen und die Aktivisten werden aufsteigen.

Unser Gespräch wurde leider vorzeitig unterbrochen.

1764

Gesandter Wimmer an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 510 (Chiffre)

AdR

Gesandtschaft Belgrad
(ohne Zahl)

Belgrad, 12. Juni 1937
(14.00→17.30)

Jugoslawischer Ministerpräsident teilte mir mit, dass er mit dem deutschen Reichsaußenminister bezüglich Österreichs eingehend nur über die Restaurationsfrage gesprochen habe, in deren Ablehnung sie einig sind.

Im übrigen wünsche er das Gedeihen und die Unabhängigkeit Österreichs und würde jede Einmischung in die innere Politik ablehnen.

Jugoslawischer Ministerpräsident erklärte schließlich mit deutschem Reichsaußenminister keinerlei Verträge eingegangen zu sein.

1765

Gesandter Baar-Barenfels an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 116/Pol. (streng vertraulich)

AdR

Gesandtschaft Budapest
Z. 40489/13

Budapest, 13. Juni 1937

Anlässlich meines Gegenbesuches, welchen ich dem deutschen Gesandten Dr. Erdmannsdorf in den letzten Tagen abstattete (siehe obzitierten Bericht)¹ fragte

¹ Gesandter Baar-Barenfels an Staatssekretär Schmidt, Bericht Nr. 115/Pol., Budapest, 12.6.1937
– AdR, Gesandtschaft Budapest.

ich meinen Kollegen auch, wann ich von Baron Neurath anlässlich seines Buda-
pester Aufenthaltes empfangen werden könne. Dr. Erdmannsdorf setzte hiefür
Samstag, den 12. Juni, abends $\frac{1}{2}$ 7 Uhr, fest.

Der deutsche Reichsaußenminister empfing mich nun gestern gemeinsam mit
meinem italienischen Kollegen, Grafen Vinci, und war hiebei im Gegensatz zu
der äußerst frostigen Begrüßung auf dem Flugplatz auffallend nett und liebens-
würdig. Über den Zweck seiner Reise auf den Balkan und nach Budapest befragt,
erklärte Baron Neurath „nur dass wir mal da sind“.

Was das Verhältnis Deutschlands zur Kleinen Entente betreffe, so möchte er das
Verhältnis Jugoslavien-Deutschland-Italien als sehr gut bezeichnen; mit Rumäni-
en bestünden noch gewisse Schwierigkeiten und hier wären bis jetzt noch kaum
Ansätze für eine engere politische Zusammenarbeit vorhanden.

Die Beziehungen zu Rumänien müssten eben vorsichtig und langsam ausgebaut
werden und er sei hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Beziehungen eher
optimistisch.

Dagegen sei es ganz unmöglich, mit der Tschechoslowakei auf eine Plattform
zu kommen; Dr. Hodža sei ein Theoretiker, welcher jeden Tag einen neuen Plan
entwickle, den man nicht verstehen könne.

Auf meine Frage, ob nach seiner Auffassung die Entwicklung der politischen
Beziehungen zwischen Jugoslavien und Ungarn Fortschritte gemacht haben oder
nicht, und weiter, ob er nicht auch den Eindruck habe, dass sich das Verhält-
nis zwischen diesen beiden Staaten nach dem Besuche Beneš' in Belgrad wieder
etwas verhärtet habe, musste Dr. von Neurath, welchem letztere Frage augen-
scheinlich unangenehm war, dies zugeben; er hoffe jedoch, wie er sagte, auf eine
langsame Besserung, weil eben ein gutes Verhältnis zwischen diesen beiden Staa-
ten notwendig sei und kommen müsse. Herr von Kánya sei verständigungsbe-
reit, dagegen müsse Stojadinović gewisse Rücksichten auf seine Kleine-Entente-
Kollegen nehmen, nichts desto weniger sei aber er (Neurath) in dieser Beziehung
optimistisch.

Nach dieser Unterredung empfahl sich mein italienischer Kollege, während ich
Baron Neurath noch um eine Aussprache unter vier Augen bat.²

² Dazu weiter ADÖ 11/1766.

1766**Gesandter Baar-Barenfels an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 117/Pol. (streng vertraulich)

AdR

Gesandtschaft Budapest

Z. 40488/13

Budapest, 13. Juni 1937

Wie ich mit obzitiertem Berichte gemeldet habe, nahm ich die Gelegenheit wahr, den deutschen Außenminister nach dem Empfange des italienischen Gesandten und meiner Person unter vier Augen wegen seiner Belgrader Äußerungen über die Entwicklung des deutsch-österreichischen Verhältnisses zu interpellieren.¹

Baron Neurath fing, bevor ich überhaupt noch ein Wort darüber sprechen konnte, von selbst an, diese Angelegenheit zu erörtern und führte aus, er habe schon von Herr von Kánya gehört, dass wieder einmal eine große Intrigue gesponnen worden sei. Angeblich habe er sich in Belgrad über die Entwicklung der deutsch-österreichischen Beziehungen sehr pessimistisch geäußert und so weiter.

Hiezu müsse er mir sagen, dass er über dieses Thema in Belgrad mit niemandem gesprochen habe; es sei ihm vollkommen klar, dass dies eine Machenschaft des demokratischen Staatenblockes sein dürfte, hinter welcher wahrscheinlich wieder Dr. Hodža stecke (eine Gegenmine, welche gegen das Abkommen vom 11. Juli gelegt wurde).

Allerdings müsse er mir als großer Freund des Abkommens vom 11. Juli² erklären, dass er hinsichtlich der weiteren Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen sehr besorgt sei und große Bedenken habe, ob das Abkommen à la longue zu halten sei.

In nicht ganz logischem Aufbau führte Herr von Neurath dann weiter aus „Sie wissen ja, da Sie zu dieser Zeit Vizekanzler waren, dass der Führer zu diesem Abkommen von mir überredet wurde, dass ich ihn pflichtgemäß aufmerksam gemacht habe, dass er sich mit Parteikreisen in Deutschland und in Österreich in einen Gegensatz stelle und Schwierigkeiten haben werde, dass aber der Führer mir erklärt hat, er müsse das Abkommen abschließen, weil ich es außenpolitisch für richtig halte; Sie werden einsehen, dass ich mich daher gegenüber dem Führer für das Funktionieren des Abkommens vom 11. Juli verpflichtet halte“.

Ohne mich fürs Erste zu Wort kommen zu lassen, führte Herr von Neurath weiter darüber Klage, dass man in Berlin selbstverständlich nicht sofort entsprechende Maßnahmen von Wien erwartet habe, aber jetzt nach einem Jahr habe noch

¹ ADÖ 11/1765.

² Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

nicht einmal ein schrittweiser Abbau der Ausnahmegesetze angefangen, man habe nicht einmal versucht, das Problem der Emigranten zu lösen, und es seien auch nicht, wie besprochen wurde, nationale Persönlichkeiten in die Regierung aufgenommen worden; es sei nun begreiflich, dass bei dieser Lage der Dinge die Opposition in den Parteikreisen im Steigen begriffen ist. Die Katastrophe müsse ja nicht nahe bevorstehen, aber bei Fortsetzung des gegenwärtigen Zustandes wäre das Abkommen vom 11. Juli, wie schon gesagt, auf die Dauer nicht haltbar. Meinen Versuch, an dieser Stelle zu den bisherigen Ausführungen Stellung zu nehmen, unterbrach Herr von Neurath mit den Worten „Ich weiß, was Sie mir alles sagen werden, Nichteinmischung etc. Das alles hat mir schon Herr von Schuschnigg gesagt, das sagt mir Herr von Papen und ich verstehe auch ganz Ihren Standpunkt. Aber man kann eben Österreich nicht mit einer Mauer umgeben oder sagen Sie mir, wie ich das machen soll. Auch über diese Mauer möchten diese Luder (Emigranten und Nazipropagandisten) fliegen. Es ist uns bekannt, dass in Wien immer wieder NS-Beziehungen aufgedeckt werden, und es ist uns auch bekannt, dass der Name des Führers von seinen Unterführern durch Ausstreuung von Lügen und Erteilung von Befehlen und Weisungen, welche in seinem Namen ausgegeben werden, jedoch ganz im Gegensatz zu seinen ausdrücklichen Weisungen stehen, missbraucht wird.

Ich bin überzeugt, dass auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden ist, das Abkommen einzuhalten und durchzuführen, aber ich muss Ihnen offen sagen, dass ich mir keinen Rat mehr weiß und dass ich sehr, sehr pessimistisch in die Zukunft sehe, wenn eben nicht eine Änderung eintritt und die Heranziehung nationaler Kreise in Österreich raschestens erfolgt.“

Jetzt erst hatte ich Gelegenheit, mich im Sinne der erteilten Weisungen und entsprechend der durch die vorhergehenden Erklärungen Herrn von Neuraths geänderten Situation eingehend vernehmen zu lassen, sowie außerdem unter anderem auch zu unterstreichen, dass die Zusammenarbeit der beiden Staaten unter ausdrücklicher Achtung der österreichischen Souveränität und der Verpflichtung Deutschlands, sich in die inneren Verhältnisse Österreichs nicht einzumischen, beschlossen wurde.

In diesem Zusammenhang kam Herr von Neurath noch einmal auf das Emigrantenproblem zu sprechen, welches immer noch einer Lösung harre, indem er hinzufügte, dass die österreichischen Legionäre und Emigranten in Deutschland eben ein Herd der Unruhe seien, welche, wie er bereits erwähnt habe, selbstverständlich gegen die Intentionen des Führers auf eigene Faust Aktionen unternähmen und vorwärts drängten.

Das Ende der Unterhaltung war, dass wir uns gegenseitig die Nichteinhaltung des Abkommens vorhielten.

Herr von Neurath bat mich schließlich, die Details der Unterredung nicht nach Wien weiterzugeben, weil er Herrn von Papen Weisungen erteilt habe, die mit seinen Mitteilungen an mich konform seien, Ich fühle mich jedoch verpflichtet,

die Unterredung in extenso wiederzugeben, darf jedoch bitten, dieselbe streng geheim halten zu wollen.

Gestern abends anlässlich des Diners und des Empfanges zu Ehren Herrn von Neuraths hatte ich Gelegenheit, mit Herrn von Kánya und Baron Apór in der Angelegenheit Rücksprache zu nehmen.

Herr von Kánya, welcher bereits von Baron Apór informiert worden war und welchen ich in großen Zügen und in entsprechender Form über meine Unterredung mit Baron Neurath informierte, nahm meine Ausführungen und mein auftragsgemäßes Ersuchen um Entgegenhaltung des ungarischen Standpunktes Berlin gegenüber, mit leisem Lächeln und mit dem Bemerkten entgegen, dass er bereits mit Baron Neurath gesprochen habe und ihm gegenüber den ungarischen Standpunkt festgelegt habe.

Auf seine Frage, wie ich die Lage beurteile, erklärte ich, dass nach meinem Dafürhalten bei genügender Festigkeit gegenüber den deutschen Übergriffen in unsere Innenpolitik und bei Unterstützung unseres Standpunktes in Budapest wir sehr wohl in der Lage seien, an dem Abkommen vom 11. Juli, welches nicht nur für uns sondern auch für Deutschland große Vorteile hat, festzuhalten.

Herr von Kánya nahm meine Antwort, wie ich den Eindruck hatte, mit sichtlicher Befriedigung zur Kenntnis.

Unsere Unterredung, welche trotz des Festtrubels circa 20 Minuten dauerte, war unter den zahlreichen Gästen eine kleine Sensation und es folgte ihr unmittelbar darauf gleich eine zweite, denn Herr von Kánya unterhielt sich gleich nachher fast ebenso lange intensiv mit Herrn von Darányi, welcher sich schließlich daraufhin ostentativ und betont herzlich zu meiner Frau und mir gesellte.

Auch mit Baron Apór, welcher unseren Standpunkt vollkommen billigt, hatte ich eine längere Aussprache. Baron Apór wiederholte dasselbe, was mir Herr von Kánya bereits gesagt hatte und bestärkte mich in meiner Auffassung, dass nur durch ein festes und selbstbewusstes Auftreten auf die Dauer ein erträgliches Verhältnis auf der Basis gleichberechtigter Staaten mit Deutschland aufrechterhalten werden könne.

Mein Mitredner, welcher hiebei äußerst drastische Worte gebrauchte, teilte ganz meine Meinung, dass es sich hier um einen Generalangriff der radikalen Elemente der NSDAP handle, welche immer gegen das Abkommen vom 11. Juli eingestellt waren und welchen nun durch die nach ihrer Auffassung günstige außenpolitische Lage des Reiches ermutigt (Immobilisierung Frankreichs und Lähmung Russlands) der Kamm geschwollen sei; Ich bezweifle, ob Herr von Neurath, der vor einem Jahr stark genug war, den 11. Juli durchzusetzen, heute noch die Kraft hat, diesen Angriff abzuwehren.

1767**Amtserinnerung Gesandter Hornbostel**

AdR, NPA

Deutschland/ Geheim I/12

Z. 40608/13

Wien, 17. und 18. Juni 1937

Gesandter Tauschitz telefoniert um 16 Uhr 15 dringend:

Die Gruppe der österr. Industriellen hat bisher ihre Reise klaglos zurückgelegt. Desgleichen verlief gestern in Anwesenheit Ges. Tauschitz' der Besuch bei Reichskanzler Hitler ohne jeden Anstand. Erst heute ergab sich ein arger Anstand anlässlich des Empfanges bei MinPräs. Göring um 12 Uhr mittags (Ges. Tauschitz nahm nicht teil).

Staatsrat Urban meldet Tauschitz Folgendes:

Sämtliche Mitglieder unter Führung StR. Urban wurden von Göring um 12 Uhr empfangen. Göring hielt sofort eine Rede, in der er anfangs die Delegation herzlichst begrüßte und auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der beiden Staaten hinwies. Dann setzte er ungefähr, wie folgt fort: Heute sei Politik von Wirtschaft nicht zu trennen. Deshalb müsse er auch vor dieser Wirtschaftsdelegation von Politik sprechen. Das deutsche Volk hier und jenseits der Grenze müsse sich nicht nur in wirtschaftlicher und freundschaftlicher Form finden, sondern auch durch einen tatsächlichen Zusammenschluss. Es ist ein trauriger Ruhm, dass die österr. Unabhängigkeit sich auf Bajonette stützt, die noch dazu ausländische sind und von denen man nicht wisse, ob sie im Ernstfalle auch wirklich zur Verfügung stehen würden. Die österr. Presse nehme eine feindliche Stellung gegen Deutschland ein. Man nehme zumeist an, dass sich eine solche „Annäherung“ durch Truppen und Kanonen erzielen lasse. Solche Dinge lassen sich aber auch auf eine andere Weise machen. Arbeiterschaft und Industrie würden aufblühen, Arbeitslosigkeit würde verschwinden.

Das derzeitige Verhältnis ist in vielen Belangen unerfreulich. So werde er z. B. unter keinen Umständen dulden, dass man einem mit deutschem Geld in Österreich betriebenen Werke mit Frachtsätzen Belastungen auferlegt, durch die sich die Ware verteuert.

Göring hat mit dem letzten Worte seiner Rede sich mit kurzem Händedruck verabschiedet und den Saal verlassen, sodass eine Erwiderung nicht erfolgen konnte. Die Industriellen-Delegation ist im höchsten Masse aufgebracht und fragt, wie Staatsrat Urban persönlich nach Gesandten Tauschitz dem Gefertigten meldete, an, ob sie nicht die ganze Reise unverzüglich abubrechen habe. Die ganze Delegation sei einmütig dieser Auffassung und würde das Programm nur fortsetzen, wenn der Herr Bundeskanzler es aus irgendwelchen Erwägungen für absolut not-

wendig hielte. Die Sache sei umso dringender, als die Delegation wie auch Ges. Tauschitz, noch heute abends als Gäste MinPräs. Görings in die Oper geladen sind. Tauschitz und Urban bitten um womöglich unverzügliche Instruktion.

Fortsetzung der Amtserinnerung [18. Juni 1937]:

Der H. BK. hat nach Meldung des vorstehenden Sachverhaltes Auftrag gegeben, Ges. Tauschitz mitzuteilen: Die Teilnahme der Delegation und des Gesandten an der Opernvorstellung als Gäste Görings komme wohl nicht in Betracht. Tauschitz habe festzustellen, ob diese Ansprache Görings in irgendeiner Weise publizistisch deutscherseits ausgewertet werden wird. Wenn eine Garantie verschafft wird, dass nichts davon in die Öffentlichkeit gelangt, so bestehe der H. BK., um die Situation nicht auf das Schwerste zu komplizieren, nicht auf sofortigem Abbruch der Industriellenreise, überlasse es aber der Delegation evt. abzubrechen, wenn sie es ihrerseits für richtig und notwendig halte. Auch diesfalls würde der BK. eine solche Entscheidung der Delegation gegenüber der Öffentlichkeit decken. Wenn keine Garantie über vollkommene Diskretion hinsichtlich dieses Zwischenfalls zu erlangen sei, so erachte der BK. die Absicht der Delegation, die Reise sofort abzubrechen, als richtig.

Diese Entscheidung des H. BK. wurde Ges. Tauschitz und Staatsrat Urban telephonisch mitgeteilt, die sofort die schwersten Bedenken äußerten. Beide befürchteten, dass die Absage der Einladung in die Oper deutscherseits als schwerer Affront aufgefasst werde und zu unerfreulichen Weiterungen führen würde. Da ich mich mit den beiden Herren in eine Kritik der Entscheidung des H. BK. nicht einlassen konnte, habe ich die direkte Verbindung zwischen den beiden Herren in Berlin mit der Wohnung des H. BK. herstellen lassen.

Laut Mitteilung des H. StS., der dem erwähnten Gespräch des H. BK. mit Berlin beiwohnte, hat der H. BK. – wie übrigens bereits meinerseits Tauschitz nahegelegt worden war – Ges. Tauschitz angewiesen, den Sachverhalt sofort durch eine Rücksprache mit MinPräs. Göring zu klären, um letzterem die Möglichkeit zu geben, eine uns Genugtuung verschaffende Lösung herbeizuführen. Ges. Tauschitz meldete bald hierauf, dass er für $\frac{3}{4}$ 8 h zu MinPräs. Göring geladen worden sei, um mit ihm die Angelegenheit zu bereinigen. Falls sie bereinigt würde, würden die Delegation und er der Operneinladung Folge leisten.

Ges. Tauschitz hat abends um 22 h gemeldet, dass die Angelegenheit durch zufriedenstellende Äußerungen MinPräs. Görings ihm gegenüber bereinigt worden sei.

Heute vormittags meldete Ges. Tauschitz über sein Gespräch mit MinPräs. Göring ungefähr Folgendes:

Göring hat beteuert, niemandes Empfinden verletzt zu wollen, seine Rede sei vollkommen missverstanden worden, er habe von der seinerzeitigen Zollunionsidee gesprochen und auf diese bezögen sich seine Bemerkungen, die er im Zuge dieser Reminiszenzen bezüglich der „ausländischen Bajonette“ gemacht habe. Er habe ausdrücken wollen, dass die Zollunionsidee durch ausländische Bajonette

zu Fall gekommen sei und dies sei zu bedauern, da das Reich und Österreich ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet darstellen. In diesem Zusammenhange auch habe er auf die Vorteile hingewiesen, die die Realisierung dieses vorzeitig unternommenen Versuches hätte bringen können.

Im Übrigen habe MinPräs. Göring StR. Urban für heute Vormittag durch einen sehr freundlich gehaltenen Brief zu sich bitten lassen, um sich noch mit ihm auszusprechen. StR. Urban beabsichtigt, Göring bei diesem Anlasse eine eingehende Darstellung der Lage Österreichs und der österr. Politik zu geben.

Unter diesen Umständen haben Ges. Tauschitz und die Industriellen der Operneinladung Folge geleistet. Es ist zu keinerlei Zwischenfällen oder weiteren Unannehmlichkeiten gekommen.

Ges. Tauschitz erbat sich die Ermächtigung, die morgige Donaufahrt Linz-Wien mitzumachen und Montag mündlich im BKA zu berichten.

Dem H. StS. wurde Vorstehendes unverzüglich gemeldet.

1768

Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr.141/Pol.

AdR, NPA

Italien/ Geheim I/III

Z. 40741/13

Rom, 18. Juni 1937

Zu diesem Besuche¹ äußerte mir heute Graf Ciano neuerlich seine volle Zustimmung. Er betonte hiebei, dass er von allen Vorbereitungen, die zu diesem Ereignis führten, bis ins letzte Détail unterrichtet gewesen sei. Er fügte auch noch bei, dass er in diesem rapprochement zwischen Deutschland und England die wertvollste Ergänzung seiner Achsenpolitik sehe. „Diese Annäherung muss sich letzten Endes für die italienische Politik günstig auswirken“ meinte Graf Ciano, in welcher Äußerung ich die Bestätigung der in meinem Eingangs bezogenen Berichte niedergelegten Auffassung fand, dass Italien unbedingt „mitprofitieren“ will.

¹ Dazu Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär Schmidt, Bericht Nr. 140/Pol., Rom, 17.6.1937 – AdR, Gesandtschaft Rom (Quirinal), Z. 40740/13.

1769**Gesandter Tauschitz an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 173/Pol. (streng vertraulich)

AdR

Gesandtschaft Berlin

Z. 41129/13

Berlin, 25. Juni 1937

In meiner heutigen Unterredung mit Reichsaußenminister von Neurath habe ich mich zuerst über den Vorsitz in der voraussichtlich am 5. Juli d. J. zusammentretenden, im Juliabkommen¹ vorgesehenen Kommission der beiden Außenämter auftragsgemäß vernehmen lassen. Neurath erwiderte mir, dass er für die Situation Verständnis habe, da es ihm oft auch aus Personalmangel nicht aufginge und nahm die Mitteilung dankend zur Kenntnis.

Ich sprach ihm hierauf im Sinne des obzitierten Erlasses auf seine das Verhältnis Österreich-Deutschland betreffenden besorgten Äußerungen in Belgrad an. Neurath sagte mir, dass über seine diesbezüglichen Gespräche Wahres mit Unwahrem vermischt wurde und man aus kleinen Ententekreisen, insbesondere von Hodža, der sich für die ihm von Neurath versalzene Suppe rächen wollte, dazwischen gefunkt wurde. Es ist richtig, dass er sich besorgt geäußert habe, weil er allen Grund dazu gehabt habe, besorgt zu sein, denn die im Juliabkommen vorgesehene Entwicklung ging in Österreich viel zu langsam vor sich. Inzwischen ist ja, so sagte Neurath wörtlich, „eine Erleichterung eingetreten, indem Herr von Schuschnigg das nationale Referat eingerichtet und die zwei Herren“, wie sie heißen, war ihm nicht gegenwärtig, ich nenne natürlich die Namen, „in sein Vertrauen gezogen habe“.

Der weitere Verlauf des Gespräches hat nichts Neues gebracht. Es ist aber bemerkenswert, dass nun bei allen Unterredungen im Auswärtigen Amt die Lösung der Emigrantenfrage in den Vordergrund geschoben wird, so dass die Vermutung, es liege ein *mot d'ordre* vor, viel Wahrscheinlichkeit hat. Auch Neurath äußerte sich in diesem Sinne, indem er die Lösung der Emigrantenfrage als die vordringlichste bezeichnete und für Österreich die Aufhebung der Ausnahmegesetze und einen günstigen Fortschritt der inneren Befriedung durch weitere Heranziehung der nationalen Elemente wünschte.

Ich erwiderte Neurath, dass meine Regierung der Emigrantenfrage die größte Aufmerksamkeit zuwendet und sie ebenfalls für sehr wichtig hält; sie ist aber für Österreich gleichzeitig auch eine soziale Frage und könne daher meines Erachtens nur schrittweise gelöst werden.

¹ Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

Bezüglich der Ausnahmegesetze vertrete ich Neurath gegenüber den Standpunkt, dass dies eine ausgesprochen innerpolitische Angelegenheit der österreichischen Regierung sei und diese solange nicht aufgehoben werden können, solange es noch nationalsozialistische Terroristen, wie beispielsweise den Ing. Woitsche, gibt. Diese würden in dem Moment verschwinden, in dem sie die Unterstützung der deutschen Parteikreise verloren haben und wissen würden, dass sie in Deutschland keine Aufnahme finden. Der Fall Helferstorferstrasse habe doch deutlich gezeigt, dass Verbindungen zwischen den Illegalen in Österreich und den Parteikreisen in Deutschland bestünden.²

Neurath meint, dass dies solange sein wird, als es Emigranten in Deutschland geben wird, denn er könne nicht sämtliche Löcher verstopfen und sämtliche Briefe an Verwandte nach Österreich beschlagnahmen oder zensurieren. Ich gestatte mir dagegen die Bemerkung, dass die Unterstützungsgelder nicht von Emigranten, die ja arme Teufel sind, sondern von den offiziellen Parteistellen ausgehen müssen, die sie von einer oberen Instanz zur Verfügung erhalten. Neurath sagte, dass er dies, wenn es so sein sollte, eben solange nicht unterbinden könne, solange Emigranten hier wären, die betreut werden müssen; die Gelder können vielleicht auch in ausgesprochen unerwünschter und verbotener Weise verwendet werden.

Was nun das Juliabkommen anlangt, habe auch ich allen Grund, darüber Klage zu führen, dass von deutscher Seite die Vereinbarungen nicht eingehalten werden, bezw. nur sehr schwer zum Durchbruch zu bringen sind. So hat es beispielsweise ein Jahr gedauert, bis sich die parteiamtliche Seite dazu bequemt hat, die Wimpel- und die Abzeichenfrage für Reichsdeutsche in Österreich richtig aufzuzäumen und es wird nun wieder einige Zeit dauern, bis nun diese Angelegenheit, die mit dem Fremdenverkehr in innigem Zusammenhang steht und ihn immer wieder zu stören vermag, halbwegs funktionieren wird. Der Erlass des Oberfinanzpräsidenten München, der die Wimpelfrage in einer ganz eigenartigen Weise beleuchtet hat, ist bis heute noch nicht zurückgezogen.

Während die österreichische Regierung in der Organisationsfrage der reichsdeutschen Kolonie in Österreich weit über die Zugeständnisse des 11. Juli hinausgegangen ist, hat die Organisation der österreichischen Kolonie in Deutschland keinen Fortschritt machen können, weil, wie aus immer wieder stattfindenden Ausweisungen und sonstigen Schikanen hervorgeht, die Österreicher, die sich in Deutschland vaterländisch betätigen, verfolgt werden. Im Falle der Intervention der Gesandtschaft wird kommunistische Betätigung als Vorwand angegeben. (Siehe Fall Lindner).

Als ich in diesem Zusammenhange nun auch den Hilfsbund und die gleichgeschaltete Offizierstafelrunde Uexkyll-Gillenband [recte: Üxküll-Gillenband] erwähne und den Standpunkt vertrete, dass es auf die Dauer unhaltbar ist, dass auf dem Territorium

² Anfang Mai 1937 hoben die österreichischen Sicherheitsbehörden das Büro der illegalen NSDAP in der Wiener Helfersdorferstraße aus, und beschlagnahmten dabei entsprechendes Belastungsmaterial – AdR, NPA Österreich/Geheim 2/11, Z. 44187/13.

eines Österreich befreundeten Staates zwei der österreichischen Regierung scharf gegnerisch eingestellte Organisationen bestehen, verweist der Herr Reichsaußenminister wieder, wie so oft, auf die Emigranten, die er gerne los sein möchte und dann werde es einen Hilfsbund und dergleichen nicht mehr geben. Ich mache meinen Mitredner darauf aufmerksam, dass der Hilfsbund zum überwiegenden Großteil nicht aus Emigranten, sondern aus Österreichern, die schon vor dem Jahre 1933 hier gelebt haben und teils auch aus Reichsdeutschen bestünde. Mit materieller Unterstützung der Emigranten haben diese zwei Organisationen trotz ihres immer wieder betonten caritativen Charakters nichts zu tun.

Im allgemeinen bat ich den Herrn Reichsaußenminister, den deutschen, insbesondere den bayrischen Behörden, den Auftrag zu geben, bei Maßnahmen, wie zum Beispiel im Falle Lindner, vorher im Wege der Gesandtschaft das Einvernehmen mit den österreichischen Behörden zu pflegen und nicht kurzerhand mit der Ausweisung vorzugehen. Neurath meinte dazu, er hätte den Leuten gesagt, sie hätten Lindner wegen seiner kommunistischen Betätigung in Deutschland einsperren, nicht aber ausweisen sollen. Ich erwiderte ihm, dass von einer kommunistischen Betätigung Lindners in Deutschland gar nicht die Rede sein könne, denn man beschuldigt ihn ja nur kommunistischer Gesinnung, bzw. Betätigung im österreichischen Bergwerk. Ein Grund für eine Ausweisung ist somit nicht vorhanden, es könne sich nur um einen Vorwand handeln. Ich bat ihn nochmals, darauf zu dringen, dass solche Maßnahmen zünftighin nicht ohne Fühlungnahme mit der Gesandtschaft erfolgen sollen.³

Neurath meint, dass er sein Möglichstes tun wolle; von diesem Idealzustand wären wir allerdings noch weit entfernt. Er hoffe, dass die Kommission die Sache wieder um ein Stück vorwärts bringen werde. Zum Schlusse wiederholte er noch einmal: Emigrantenfrage, Ausnahmsgesetze, Heranziehung der nationalen Elemente.

1770

Gesandter Marek an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 279/Pol. (streng vertraulich)

AdR
Gesandtschaft Prag
Z.41463/13

Prag, 5. Juli 1937

Herr Ministerpräsident Dr. Hodža erzählte mir, dass er sich anlässlich seiner Zusammenkunft mit den Herrn Ministerpräsidenten von Rumänien und Jugoslawien

³ Anton Lindner (1880-1958), politisches Asyl in der Schweiz 1934-1945.

mit diesen u.a. auch ausführlich über die, den Mitteleuropa-Fragen gegenüber einzuhaltende Politik ausgesprochen habe, und dass man in diesem Punkte vollständig einig sei. Mit Deutschland und Italien werde man wirtschaftlich reden und Dr. Hodža wolle diesen Staaten keine Ruhe mehr lassen. Sie müssten endlich Farbe bekennen und in einer, jeden Zweifel ausschließenden Art erklären, ob sie einer wirtschaftlichen Organisierung der kleinen Donaustaaten zustimmen, oder nicht. Wenn ja, müssten sie sagen, was sie wollen, wenn nein, müssten sie sich erklären, warum nein.

Mit Ungarn werde man politisch reden und auch Ungarn werde endlich einmal klipp und klar sagen müssen, was es wolle.

Als Hauptziel schwebt dem Ministerpräsidenten vor, die bestehenden Präferenzsysteme des römischen Protokolles und der Kleinen Entente mit einander zu vergleichen und soweit es geht zu verschmelzen, Gemeinsames hervorzuheben und möglichst zu vereinigen, Trennendes zu eliminieren.

Herr Tatarescu sei mit diesem Plane sofort einverstanden gewesen, Herr Stojadinović habe nach einigem Zögern zugestimmt. Dies betrachtet Herr Dr. Hodža als den Haupterfolg seiner Reise nach dem Süden.

1771

**Staatssekretär Schmidt an preußisch (- deutschen)
Ministerpräsidenten Göring**

Privatschreiben

AdR, NPA
Deutschland/ Geheim I/III
Z. 41395/13

Wien, 12. Juli 1937

Ihr freundliches Schreiben vom 30. v. M. ist mir zugekommen und ich danke Ihnen herzlichst dafür.¹ Ich brauche wohl kaum erst zu betonen, dass ich mich außerordentlich freuen werde, anlässlich meiner vielleicht baldigen Anwesenheit in Berlin – möglicherweise wird dies noch Ende d. M. möglich sein – mit Euer Exzellenz eine Unterredung zu haben. Vorerst bin ich allerdings nicht in der Lage,

¹ Ministerpräsident Göring an Staatssekretär Schmidt, Berlin, 30. 6. 1937: „Ich würde mich sehr freuen, wenn wir uns, auch auf Grund Ihres eigenen meinem Schwager Rigele gegenüber geäußerten Wunsches, bald einmal über die laufenden und so wichtigen Dinge aussprechen können. Ich schlage hierzu eine zwanglose Unterhaltung vor, die im Laufe der kommenden Woche (aber nicht vor dem 10.7.) stattfinden könnte. Da es mir völlig unmöglich ist, zurzeit von hier abzukommen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mich hier besuchen könnten. Ich würde dann mein Haus in der Schorfheide (eine Autostunde von Berlin) als Treffpunkt vorschlagen, wo

den Zeitpunkt genau zu bezeichnen, da ich gegenwärtig durch Budgetverhandlungen, die mein Ressort betreffen, zurückgehalten bin und meine Abkömmlichkeit von hier auch von den Urlaubsdispositionen des Herrn Bundeskanzlers abhängt. Sobald ich aber die von mir längst geplante Reise in das Reich zeitlich festzusetzen vermag, werde ich mir selbstverständlich erlauben, Euer Exzellenz zu verständigen und mich wegen eines Ihnen zusagenden Termines unserer Begegnung anzufragen.

Ich möchte es nicht verabsäumen, schon jetzt meiner Hoffnung Ausdruck zu geben, dass auch diese in Aussicht genommene Besprechung mit Euer Exzellenz in derselben angenehmen Atmosphäre wie unsere letzte Begegnung, und zum Nutzen der Sache, die uns beiden am Herzen liegt, verlaufen wird.²

wir völlig ungestört sein würden. Falls es Ihnen angenehm ist, schicke ich gerne mein privates Flugzeug mit hervorragenden Piloten zur Abholung nach Wien. Ich bitte Sie mir mitzuteilen, ob Ihnen der Vorschlag zusagt und zu welchem Datum Ihnen ein solcher Besuch passen würde. Mit deutschem Gruß [Göring]“ – AdR, NPA Deutschland/Geheim I/III, Z. 41395/13.

² Die Antwort von Ministerpräsident Göring an Staatssekretär Schmidt, Motorjacht „Carin II“, 3.8.1937: „Da ich einige Tage auf meiner Jacht bin, um in Nord- und Ostsee zu kreuzen, erhielt ich Ihr Schreiben erst heute durch Kurier. Ich freue mich außerordentlich, dass aus unserem Wiedersehen etwas wird! Deshalb möchte ich nicht verfehlen, Ihnen sofort meine Zeitdispositionen zu übermitteln, damit Sie sich einen Ihnen passenden Tag und Ort aussuchen können. Also bis zum 10. oder 11.VIII. bin ich auf Bootsfahrt (Nord-Ostsee) ab 12.-14.VIII. Schorfheide, ab 15.VIII. in Berchtesgaden (Obersalzberg), wo ich ein Landhaus besitze. Sowohl in Carinhall als auch Obersalzberg würden wir ganz ungestört sein können. Etwa um den 1. Sept. herum fahre ich wieder nach Carinhall und bleibe dort bis zum Parteitag in Nürnberg. das wäre mein Programm; jeder Tag ab 12. August würde mir recht sein in Carinhall ebenso wie in Obersalzberg. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir nur den endgültigen Termin bald nennen könnten. In der Hoffnung, dass Sie sich auch jetzt einige Urlaubstage zur Erholung gönnen können, bin ich mit aufrichtigen Grüßen Euer Exzellenz ergebener Hermann Göring.“ – AdR, NPA Deutschland/Geheim I/III, Z. 41395/13. Weiter ADÖ 11/1777.

1772**Gesandter Tauschitz an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 187/Pol. (streng vertraulich)

AdR

Gesandtschaft Berlin

Z. 41731/13

Berlin, 12. Juli 1937

Am ersten Jahrestag des Abkommens vom 11. Juli¹ ist es naheliegend, eine Bilanz über das Ergebnis dieses Abkommens, bezw. seine Auswirkungen zu ziehen. Wie gleich vorweggenommen werden soll, fällt diese Bilanz erfreulicherweise, von hier aus gesehen, durchaus positiv aus, so dass der 11. Juli als ein Erfolg der österreichischen Bundesregierung gewertet werden muss.

Wenn ich mir vorerst die Änderungen in politischer Hinsicht, die sich vor allem in der Interventionstätigkeit der Gesandtschaft widerspiegeln, zu beleuchten erlauben möchte, so wäre vor allem festzustellen, dass seit dem Übereinkommen vom 11. Juli im Auswärtigen Amt sowohl im Tonfall, als auch hinsichtlich des Ergebnisses der Vorstellungen eine Besserung eingetreten ist. Wenn ich mich auch den Herren des Auswärtigen Amtes gegenüber aus taktischen Gründen immer über die Erfolglosigkeit meiner Interventionen beklage, so sind doch in der letzten Zeit eine Anzahl von positiven Erfolgen zu verzeichnen gewesen. Ohne auf die einzelnen Fälle einzugehen, kann doch vor allem gesagt werden, dass das beste Barometer für die Beziehungen zweier Staaten, die Presse, einen ganz anderen Ton angenommen hat und dass trotz der verschiedenen Störungen durch Angriffe und häufige Nadelstiche per Saldo eine fühlbare Besserung der Presseverhältnisse eingetreten ist.

Die früher so häufigen persönlichen Angriffe auf die Mitglieder der österreichischen Regierung und Funktionäre der Vaterländischen Bewegung haben so gut wie gänzlich aufgehört. Dies ist insbesondere auch bei den illustrierten Zeitschriften, wie z. B. der „Brennessel“, von der seinerzeit fast jede Nummer von gehässigen persönlichen Angriffen auf österreichische Staatsmänner strotzte, hervorzuheben. Die Angriffe richteten sich nun mehr gegen gewisse Erscheinungen, gegen die man deutscherseits Sturm laufen zu müssen glaubte, so gegen den Legitimus, den politischen Katholizismus, die Verjudung und anderes mehr.

Durch die Einstellung dieser persönlichen Gehässigkeit ergab sich immerhin eine ruhigere und sachlichere Art als sie früher herrschte. Selbst das in Berlin erscheinende Emigrantenblatt „Die Deutsch-österreichischen Nachrichten“ (DÖN) sah sich gezwungen, seinen Ton etwas zu dämpfen.

¹ Das „Gentleman Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich – ADÖ 10/1640.

Was die laufende Berichterstattung betrifft, so konnte eine auffallend sachlichere Einstellung zu den einzelnen Ereignissen konstatiert werden. Das Propagandaministerium hat, wie mir der Herr Reichsaußenminister sagte, eine Verfügung erlassen, dass sämtliche Berichte aus Österreich ihm zunächst vorgelegt werden müssen. Wenn diese Instruktion vielleicht auch nicht ganz genau so scharf formuliert ist und auch, besonders von den Parteiblättern, nicht auf das peinlichste eingehalten wurde, so scheint sich doch immerhin durch diese Maßnahme wenigstens eine gewisse Bremsung ergeben zu haben, die sich auf die Gesamtheit der Berichterstattung im Allgemeinen nicht ungünstig auswirkte.

Eine Sonderstellung nahmen naturgemäß jene Zeitungen ein, die durch das Abkommen vom 11. Juli 1936 in Österreich zugelassen wurden. Sieht man von der „Nationalzeitung“ Essen ab, die sich anscheinend als das Sprachrohr der Nationalsozialisten in Österreich fühlte, so kann man von den übrigen zugelassenen Blättern feststellen, dass sie nicht nur über österreichische Ereignisse in neutraler Weise berichtet haben, sondern vor allem auch, dass die sich in ihren redaktionellen Stellungnahmen vielfach Zurückhaltung auferlegten und nur in jenen Fällen schärfer losgingen, für die seitens des Reichspropagandaministeriums bestimmte Anweisungen gegeben wurden.

Ein großer Fortschritt konnte gerade in der letzten Zeit anlässlich der Verbreitung des Flugblattes mit den Gräuelmeldungen über die Behandlung der nationalsozialistischen Häftlinge in Garsten festgestellt werden. Es war das erste Mal, dass sich das Reichspropagandaministerium dazu bequeme, auf den Protestschritt der Gesandtschaft hin, dem Deutschen Nachrichtenbüro die Anweisung zu geben, wenigstens einen Auszug aus der amtlichen österreichischen Darstellung, der „Politischen Korrespondenz“, zu veröffentlichen. Wenn diese DNB-Veröffentlichung auch nur von einzelnen Blättern wiedergegeben wurde, so war unter diesen immerhin der „Völkische Beobachter“ München, was gewiss als ein Fortschritt bezeichnet werden kann.

Schließlich darf auch das eben abgeschlossene Presse-Abkommen, das nach seiner ganzen Anlage für Österreich gewinnbringend zu werden verspricht, als ein großer Erfolg des 11. Juli betrachtet werden, da dieses erst durch die seit diesem Stichtag eingetretene Verbesserung der Atmosphäre ermöglicht wurde.

Ebenso wie bei der Presse konnten aber auch bei den übrigen Beschwerden gegen die deutsche Publizistik in Zeitschriften, Parteihandbüchern und Büchern Erfolg erzielt werden. Die Vorstellungen, betreffend Angriffe und tendenziöse Darstellungen in Büchern haben gewöhnlich zwar nicht unmittelbar einen Erfolg gebracht, aber nach langen Bemühungen gelang es beispielsweise, aus dem Unterrichtsbuch „Wege zum deutschen Lesebuch“ die österreichfeindlichen Stellen zu entfernen, ebenso ist versprochen, dass aus dem Handbuch der Hitlerjugend bei der nächsten Neuauflage die Österreich betreffenden unrichtigen Stellen herausgenommen werden und ebenso ist zu erwarten, dass die andere österreichfeindliche Literatur aufhören werde. Was die sonstige antiösterreichische Propaganda, ob sie nun durch

den Hilfsbund, durch den VDA (Volksbund für das Deutschtum im Ausland) oder durch sonstige Organisationen bewerkstelligt wurde, kann ebenfalls erfreulicherweise gesagt werden, dass sie beträchtlich reduziert wurde und natürlich mit früheren Jahren gar nicht mehr vergleichbar ist. Ich glaube, mich nicht zu täuschen, wenn ich annehme, dass kein Ministerpräsident mehr ein Protektorat über ein Hilfsbundkonzert übernehmen wird. Ebenso darf angenommen werden, dass Vorträge, wie des Herrn Pudelko, kaum mehr geduldet werden; ferner wurde versprochen, den Versand von Flugschriften des Fichtebundes nach Österreich zu verbieten.

Von einem einigermaßen befriedigenden Ergebnis kann auch in Bezug auf die politische Beeinflussung des Reiseverkehrs nach Österreich gesprochen werden. Ich verweise auf den seinerzeit von mir gemeldeten Rückzug Essers und die nunmehr ergangene befriedigende Verfügung betreffend das Zeigen von Wimpeln und nationalen Abzeichen im Reiseverkehr mit Österreich. Der Erlass des Oberfinanzpräsidenten München ist allerdings noch nicht zurückgezogen, es dürfte aber wohl nicht mehr zweifelhaft sein, dass dies erfolgen wird. Offen bleibt noch die Forderung nach Zurückziehung der zweifellos bestehenden Verzeichnisse nationalsozialistischer Gaststätten in Österreich, die reichsdeutschen Touristen zwecks Meidung vaterländischer Lokale mitgegeben werden.

Etwas schwieriger verhält es sich mit der Ausweisungsfrage von in Deutschland lebenden Österreichern wegen vaterländischer Betätigung oder wegen vaterländischer Gesinnung, da in diesen Fällen kommunistische Betätigung vorgeschoben wird und ein gegenteiliger Beweis kaum erbringbar ist.

Bei Interventionen wegen Zulassung vaterländisch eingestellter Künstler oder Vereine waren zwei positive Erfolge zu verzeichnen, die naturgemäß vor dem 11. Juli undenkbar gewesen wären.

Die Interventionen auf wirtschaftlichem Gebiete zur Ausschaltung des politischen Einflusses waren aus Gründen, die ich mir schon in einem Berichte auszuführen erlaubt habe, deshalb schwieriger und auch nur deshalb ohne Erfolg, weil die Emigration gerade auf diesem Gebiete einen sehr starken Gegeneinfluss geltend gemacht hat (Dr. Kaspar, Hamerand). Den laufenden wirtschaftlichen Interventionen sind zwar naturgemäß durch die Kontingente und durch die Devisenlage gewisse Grenzen gesetzt, doch könnte immerhin innerhalb dieser Grenzen den österreichischen Wünschen mitunter mehr entgegengekommen werden.

Auf kulturellem Gebiete sind Vorträge, ich verweise auf den Vortrag Prof. Srbik, Prof. Bittner u.a., und Gastspielreisen, wie der Wiener Sängerknaben, des Männergesangsvereines, des Lehrer a capella-Chores, des Schubertbundes durch das Übereinkommen vom 11. Juli überhaupt erst möglich geworden. Solche Vorträge eröffnen einem weiten Kreis von Interessenten eine Einblicksmöglichkeit in österreichische Denkungsart, und tragen dadurch wesentlich zum besseren Verständnis der österreichischen Bestrebungen bei. Die kulturellen Veranstaltungen sind in besonderem Masse geeignet, die Kulturbedeutung Österreichs den Deutschen vor Augen zu führen. Schließlich wäre noch der Bruckner-Festakt in Regensburg zu

erwähnen, der naturgemäß auch ohne ein Übereinkommen vom 11. Juli nicht denkbar gewesen wäre. Gewiss gibt es gerade auf diesem Gebiete noch manches zu regeln, bezw. zu erreichen, vor allem auch die Teilnahme führender Persönlichkeiten an solchen Veranstaltungen, um dadurch die Anerkennung der österreichischen Einrichtungen und Kulturträger durch die hiesigen hiezu berufenen Stellen zu erreichen. Ein Kulturabkommen, das alle diese Fragen in geregelte Bahnen lenkt, wäre meines Erachtens in der zweiten Etappe anzustreben.

Am offensichtlichsten kommt die Bilanz schon deshalb, weil sie nicht nur gefühlsmäßig, sondern zahlenmäßig festgestellt werden kann, im Warenverkehr zum Ausdruck, der durch die Wirtschaftsverhandlungen im August v. J. und im Jänner d. J. eine beträchtliche Ausweitung erfahren hat. Ohne auf dieses der Bundesregierung besser als der Gesandtschaft bekannte Gebiet ins Detail eingehen zu wollen, wäre vor allem auf den Fremdenverkehr hinzuweisen, der prozentmäßig wohl die größte Steigerung aufzuweisen hat und der insbesondere in Österreich bei den betroffenen Kreisen sich deshalb so wohltuend ausgewirkt hat, weil er den durch die Franken-, Hollandgulden- und Tschechenkronen-Abwertung herbeigeführten Ausfall des Fremdenverkehrs aus diesen Ländern in großem Masse zu paralysieren vermochte. Ohne das Abkommen vom 11. Juli wäre es m. E. ohne eine Stützungsaktion für das Hotelgewerbe in dieser kritischen Zeit kaum abgegangen. Einen besonderen Vorteil aus der Erhöhung des Wirtschaftsverkehrs dürfte die österreichische Land- und Forstwirtschaft gezogen haben, da sich doch der Vieh- und Holzabsatz in sehr fühlbarem Masse gehoben hat. Für die Kärntner landwirtschaftlichen Brennereien, die noch im April d. J. unanbringliches Mastvieh stehen hatten, war jedenfalls der Viehaufkauf seitens einer deutschen Kommission, wie mir die Mitglieder der von mir seinerzeit gegründeten Brennereien mitteilten, die Rettung.

In diesem wirtschaftlichen Teil darf auch der Vortrag des Generaldirektors der Creditanstalt, Dr. Joham, über den ich seinerzeit berichtet habe, nicht unerwähnt bleiben, da er besonders geeignet war, einem großen Kreis von Fachleuten die österreichischen Verhältnisse in unaufdringlicher und sehr wirksamer Weise zu beleuchten und Verständnis für den österreichischen Selbständigkeitsgedanken zu erwecken. Der sogenannte Industriellenbesuch, der ebenso aufschlussreich für die Bundesregierung, als lehrreich für die Gesandtschaft war, wird sicher im Laufe der nächsten Zeit seine positiven wirtschaftlichen Ergebnisse bringen.

Den dienstlichen Verkehr mit den militärischen Behörden stellt der Militärattaché vor dem 11. Juli als korrekt und freundlich dar, ohne dass ein besonderes Entgegenkommen in rein militärischen Angelegenheiten von Seite des Heeres und ebenso auch von Seite der Luftwaffe gezeigt worden wäre. Außerdienstlich war schon auf Grund der Kriegskameradschaft von beiden Waffenteilen ein sehr freundliches Entgegenkommen, aber keine Bevorzugung gegenüber den anderen Militär- und Luftattachés vorhanden. Nach dem 11. Juli ist das Verhalten der Heeresstellen gegenüber dem Militärattaché viel besser geworden, wenn auch nicht so gut wie bei der Luftwaffe. Immerhin ist die erstmalige Einladung einer österreichischen

Offiziersabordnung zu den Manövern 1936, die Entsendung von 4 deutschen Offizieren zu den Winterübungen der österreichischen Gebirgsartillerie 1937 und die Zurverfügungstellung von Vorschriften geheimen Inhalts sonstiger militärischer Erfahrungen als ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen. Auffallend besser ist es bei der Luftwaffe, wo man direkt schon von einem Zusammenarbeiten sprechen kann. Die Erfahrungen über technische Neuerungen werden bereitwilligst zur Verfügung gestellt. Besonderes Entgegenkommen beim Vertragsabschluss über Flugzeugkauf, regelmäßig fortlaufende Ausbildung von österreichischen Offizieren und Mannschaften bei der Luftwaffe und Flugzeugbauwerken, bereitwilligstes Zeigen aller Fortschritte technischer Natur beim Besuch durch österreichische militärische Fachleute müssen besonders dankbar hervorgehoben werden.

Außerdienstlich kann eine Bevorzugung gegenüber anderen Militärattachés durch Einladung zu besonderen Besichtigungen, zu den privaten Veranstaltungen durch den Oberbefehlshaber des Heeres, den Generalstabschef, durch Göring, Milch und Kesselring, zu denen nur ein kleiner Kreis von Militärattachés herangezogen wird, verzeichnet werden. Der Militärattaché hebt weiters hervor, dass sich viele Offiziere vor und nach dem 11. Juli ihm gegenüber wiederholt geäußert hätten, dass sie volles Verständnis für die Bestrebungen Österreichs, die Selbständigkeit auch gegenüber Deutschland zu wahren, hätten.

Eine Besserung der Beziehungen zwischen den obersten Kommandostellen (Reichskriegsministerium zum österreichischen Landesverteidigungsministerium) wäre als nächstes Ziel anzustreben. Ich erlaube mir, eine Einladung des deutschen Generalstabschefs, General der Artillerie Beck, durch Feldmarschallleutnant von Jansa als Nächstes in Anregung zu bringen.

Schließlich darf ich noch auf die gesellschaftlichen Auswirkungen des 11. Juli hinweisen und zwar auch nur so weit, als sich darin eine Verbesserung der gegenseitigen staatlichen Beziehungen widerspiegelt. Vor dem 11. Juli war eine Einladung an Parteileute deshalb aussichtslos, weil sie eine solche, wenn sie nicht gleichzeitig, wie Staatssekretär Pfundtner, Lammers, Milch eine beamtete Stellung innehatten, ablehnten. Im Laufe der heurigen Saison erhielt ich Einladungen zu ausgesprochenen Parteileuten ohne beamtete Stellung, wie beispielsweise Reichsleiter Rosenberg, Stabschef der SA Lutze, Reichsleiter Bouhler, Gauleiter Bohle, persönlicher Adjutant des deutschen Reichskanzlers, Hauptmann von Wiedemann u.a., die ebenso meine Einladung ihrerseits annahmen. Dieser Umstand ist deshalb besonders bemerkenswert, weil bisher von diesen Herren, sowie von Ministerpräsident Göring, Reichskriegsminister Blomberg, Reichsinnenminister Dr. Frick, Reichsjustizminister Dr. Gürtner, Reichsarbeitsminister Seldte nur die besonders bevorzugten Missionschefs, wie der italienische, japanische und polnische Botschafter, der ungarische Gesandte eingeladen wurden. Als besondere Einladung muss auch die des Staatssekretärs Meissner in die Präsidialkanzlei am Vorabend des 30. Jänners und des 20. April für den Fackelzug anlässlich der Machtübernah-

me bezw. des Geburtstages des Deutschen Reichskanzlers gewertet werden. Bei diesen Einladungen war der Kreis der Bevorzugten allerdings ein etwas größerer. Ich kenne vom Ergebnis der Kommissionsverhandlungen in den Tagen vor dem 11. Juli d. J. nur das Presseübereinkommen. Es verlautet aber aus der Wilhelmstrasse, dass die Herren von ihrem Aufenthalt in Wien geradezu schwärmen, insbesondere über die vermittelnde Tätigkeit des Herrn Staatssekretärs entzückt und ebenso von der Haltung des Herrn Gesandten Hornbostel auf das angenehmste berührt sind. Ich glaube daher, mit Recht annehmen zu können, dass wir mit dem Ergebnis auch unsererseits zufrieden sein und dass wir somit mit großen Hoffnungen in das 2. Jahr der Wirksamkeit des Übereinkommens eintreten können. Rückschläge, die auf Grund fallweise stärker durchdringender Partei- oder Emigranteneinflüsse sich immer wieder noch einstellen können, sollen uns von dem durch die Politik des Herrn Bundeskanzlers eingeschlagenen Weg nicht abbringen lassen.

1773

Gesandter Tauschitz an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 189/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 41733/13

Berlin, 15. Juli 1937

Ich beehre mich, zu berichten, dass mich Ministerialdirektor von Weizsäcker heute vormittags aufrief und mitteilte, die Deutsche Reichsregierung habe den Abmachungen der in Wien in der Zeit vom 6.-10. Juli tagenden Kommission ihre Zustimmung gegeben. Bei dieser Gelegenheit äußerte Ministerialdirektor von Weizsäcker auch den Wunsch, sich mit mir über die Wiener Besprechungen zu unterhalten und vereinbaren wir hierfür eine Stunde.

Als ich nachmittags bei ihm eintrat, wiederholte er mir gegenüber die vormittags gemachte Mitteilung und fügte hinzu, dass auch der Führer und Reichskanzler gelegentlich der Zustimmungserteilung sich geäußert habe, er freue sich, dass die Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis geführt haben und nunmehr die freundschaftliche und friedliche Entwicklung in den deutschösterreichischen Beziehungen gesichert sei.¹

Ministerialdirektor von Weizsäcker äußerte sich nun im weiteren Verlaufe seiner Mitteilungen persönlich sehr befriedigt über seinen Wiener Aufenthalt und über

¹ Handschriftliche Randnotiz: „‘Mein Kampf!’ sic!“

den Geist, in dem die Verhandlungen geführt wurden. Er wundere sich nur, wie der Herr Staatssekretär neben seinen laufenden Geschäften in diesen vier Tagen so viel Zeit für die Kommission bzw. ihre Mitglieder erübrigen konnte. Er erzählte dann, dass der Herr Staatssekretär einmal mit ihm und Papen, ein zweites Mal mit Keppler, ein drittes Mal mit der ganzen Kommission am Kahlenberg gefrühstückt und schließlich sich noch für einen Heurigenabend freigemacht habe. Was das Ergebnis anlangt, so sei er hievon befriedigt, da er gesehen habe, dass man bei in freundschaftlichem Tone geführten Verhandlungen doch eine Menge Brauchbares für die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen erzielen könne. Er sei jedoch überzeugt, dass der Großteil des Ergebnisses auf den „persönlichen Einsatz des Herrn Staatssekretärs zu buchen ist, der eine von ihm aufrichtig bewunderte vermittelnde Aktivität entwickelt habe“.

Die eineinhalbstündige Unterhaltung mit dem Herrn Bundeskanzler wäre für ihn, so erklärte der Herr Ministerialdirektor weiter, außerordentlich instruktiv und von einem nachhaltigen Eindruck gewesen.

Die Aufklärungen des Herrn Ministers Dr. Glaise von Horstenu und die Bekanntschaft mit Staatsrat Dr. Seyss-Inquart und anderen führenden Persönlichkeiten bezeichnete er ebenfalls als sehr wertvoll. Im Allgemeinen wäre er von Wien charmiert und er hoffe, das wäre auch sein Herzenswunsch, dass die deutsch-österreichischen Beziehungen nun auf dem besten Wege sind, dauernd freundschaftlich zu werden.

Die im Schlussabsatz meines Berichtes Zl. 187/Pol. verwendeten Äußerungen stammen von Legationsrat Dr. Altenburg, er hat sie am Montag Legationssekretär Dr. Schwarzenberg gegenüber gemacht.²

1774

Amtserinnerung Gesandter Hornbostel

AdR, NPA
Italien/ Geheim I/III
Z. 41967/13

Wien, 23. Juli 1937

Im Zuge eines sehr eingehenden Gespräches, das der Herr StS. am letzten Tages des Staatsbesuches in Venedig¹ unter vier Augen mit Graf Ciano zu führen Gelegenheit hatte, wurde auch die Möglichkeit berührt, diese Konversation nach

² Gesandter Tauschitz an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten, Bericht Nr. 187/Pol., Berlin, 13. 7. 1937 – AdR, NPA Deutschland I/12, Z. 41731/13.

¹ Zur Venediger Konferenz vom 22. und 23. April 1937 siehe bereits ADÖ 11/1734, ADÖ 11/1738 und ADÖ 11/1745-ADÖ 11/1748.

einiger Zeit, etwa im Herbst, fortzusetzen: hiebei fiel auch die Anregung, daß der Herr StS. gegebenenfalls im Zuge eines Urlaubes oder einer kurzen Absenz sich für einige Tage nach Oberitalien begeben könnte. Der Herr StS. hat damals diese Idee bereitwillig zur Kenntnis genommen.

Offenbar auf Grund von Meldungen Ges. Salata's über die in Schwebel befindl. Reise- und Besuchspläne der nächsten Monate hat Ges. Salata am 21. d. M. auftragsgemäß beim H. StS. vorgeschlagen und ihm namens Gf. Ciano mitgeteilt, daß dieser sich sehr freuen würde, den Herrn StS. Ende Sept., vorzugsweise in Villa d'Este, zu einer freundschaftlichen Konversation begrüßen zu können.

Der Herr StS. hat dieser Anregung zugestimmt und einem späteren Zeitpunkte die Fixierung des Termines vorbehalten.

1775

Amtserinnerung Gesandter Hornbostel

AdR, NPA

Ungarn/ Geheim I/III

Z. 42898/13

Wien, 20. August 1937

Der ung. M. d. Ae, Herr von Kánya, der gestern vormittags auf seiner Urlaubsreise in Wien eingetroffen war, ließ mich um die Mittagszeit durch Geschäftsträger Bóbrik fragen, ob er mich im Laufe des Nachmittags besuchen könne.

Herr von K. suchte mich um 6 Uhr auf und erörterte mit mir eine Reihe von schwebenden Fragen, wobei er hinzufügte, dass er infolge seiner zweiwöchigen Abwesenheit im Allgemeinen nur aus den Zeitungen orientiert sei. Festgehalten zu werden verdienen aus der einstündigen Unterredung u.a. nachstehende Punkte:

1) Bevorstehendes Zurücktreten Italiens vom Brocchi-System.

Herr v. K. ist über diese plötzliche Haltung Italiens einigermaßen besorgt. Noch zwei Tage bevor er die Meldung von der bevorstehenden Handlungsänderung Italiens erhalten hatte, war ihm ein Bericht Gesandten Villanis aus Rom zugekommen, wonach Italien sich unter allen Umständen an die Römer-Protokolle¹ halten werde. Dieser Bericht stand im Zusammenhange mit dem auch uns bekannten Versuch Ministerpräsidenten Hodžas, Italien und Deutschland zu Besprechungen über die Donaufragen einzuladen. Umso befremdender wirkte daher die Meldung Ges. Nickls, dass die Italiener das gegenwärtige Regime mit Jahresende zu kündigen beabsichtigen. Er habe sofort durch Nickl den Italienern alle seine Bedenken

¹ Römische Protokolle vom 17. März 1934 – ADÖ 9/1437.

vorbringen lassen. Dem italienischen Gesandten gegenüber habe er darauf hingewiesen, dass es wirtschaftl. wie politisch unhaltbar sei, das Brocchi-System aufzugeben, ohne an dessen Stelle irgendein Präferenz-System treten zu lassen. Jedenfalls könne er unter keinen Umständen der ungarischen öffentl. Meinung und dem Parlamente gegenüber diesen folgenschweren Rückschritt verteidigen. Herr Mussolini müßte sich denn doch entschließen, seine Initiative der Öffentlichkeit gegenüber zu begründen. Graf Vinci gegenüber will H. v. K. boshaft bemerkt haben: „Vous avez roulé l'Autriche, maintenant c'est notre tour.“ Bezüglich der Beweggründe, die Italien zu diesem Schritte veranlassen, ist H. v. K. der Auffassung, dass es in erster Linie die äußerst schlechte finanzielle Lage Italiens ist, in zweiter Linie aber auch die vollkommene Abhängigkeit Roms von Berlin. Es sei daher gar nicht ausgeschlossen, dass Rom aus Liebedienerei gegenüber Berlin, da es wisse, dass man in Berlin das System der Römer-Protokolle nie geschätzt habe, auch ohne akuten Druck Berlins nunmehr im Zusammenhange mit dem italienisch-jugoslav. Vertrage das Brocchi-Regime einfach außer Kraft setzen wolle. Italien befände sich auch infolge des jugoslav. Vertrages ohne Zweifel in einer schwierigen Lage, da es ja Jugoslawien bis Jahresende eine gleiche Behandlung wie die Österreichs und Ungarns zugesagt habe. Kánya habe auch seinerseits alle Argumente bereits spielen lassen und vor allem, dass dieses Vorgehen Wasser auf die Mühle der Kleinen Entente sei, in deren Arme Ungarn wie Österreich getrieben würden. Er halte es für sehr zweckmäßig, sich mit den Italienern noch im Herbst eingehend über dieses sehr heikle Kapitel auszusprechen. Schließlich erwähnte Herr v. K. in diesem Zusammenhange, dass sich bereits im letzten Jahre das Regime zwischen Ungarn und Italien nicht mehr bewährt habe, sodass er dem Brocchi-System an und für sich nicht besonders nachweine; nicht nur nach außen müsse aber unbedingt ein Äquivalent geschaffen werden, sondern auch aus wirtschaftlichen Rücksichten sei ein tragbares neues System unbedingt erforderlich.

2) Beziehungen Ungarns zur Kleinen Entente.

Herr v. K. erwähnte ausführlicher seine seinerzeitigen versuche, über Anraten Neuraths und Cianos mit Jugoslawien zu besseren Beziehungen zu gelangen. Er habe einen kleinen Versuch unternommen, der anfangs von Stojadinović anscheinend sympathisch aufgenommen worden war. Unmittelbar nach Beneschs Besuch in Belgrad habe jedoch Stojadinović zurückgezuckt, sodass K. in keiner Weise weitergekommen sei. Auch mit Rumänien stagniere die Situation. Der ausgezeichnete rumänische Gesandte Bossy, der allerdings einen „sehr schwachen Chef“ in der Person Herrn Antonescus habe, hätte vor Monaten bei Kánya angeregt, die rumänisch-ungarischen Beziehungen zu konsolidieren und beantragt, dass Rumänien das ungarische Recht auf Wiederaufrüstung und die Besserstellung der magyarischen Minderheiten gegen den Abschluss eines ungar.-rumän. Nichtangriffspaktes konzediere. Auf dieser Basis konnte Herr v. K. unter keinen Umständen verhandeln; er wäre bereit gewesen, unter der Voraussetzung, dass rumänischerseits eine versöhnliche Geste, etwa auf dem Gebiete der Minderheiten gesetzt

würde, seinerseits in Verhandlungen einzutreten und eine Deklaration abzugeben, die im Wesentlichen einem Nichtangriffspakte (den er formell unter keinen Umständen schließen könne) gleichkäme. Die Konversationen sind bald ins Stocken geraten und die Lage der Minderheiten in Rumänien sei heute schlechter denn je. Mit der Tschechoslowakei komme es bis auf die günstig verlaufenen Handelsvertragsbesprechungen im Grunde genommen nicht um Haaresbreite weiter.

3) Legalisierung der Aufrüstung Ungarns.

Herr v. K. wiederholte, dass er für die Legalisierung der ung. Aufrüstung vonseiten der Kleinen Entente nicht bereit sei, irgendwelche politische Konzessionen zu machen. Wenn auch die ungar. Militärs darauf drängen, so sei es ihm doch bisher gelungen, seinen Standpunkt aufrechtzuerhalten. Demnächst werde wahrscheinlich eine Art Aufrüstungsanleihe in Ungarn aufgelegt werden. Zu diesem Zwecke wollten die Militärs sich durch Legalisierung des Aufrüstungsrechtes salvieren. K. sei jedoch mit seinem Standpunkte durchgedrungen, dass kein Bedenken dagegen obwalte, eine Aufrüstungsanleihe auch unter den gegenwärtigen nicht geregelten Rechtsverhältnissen zu begeben.

4) Spanien und die große Weltpolitik.

Kánya nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, dass wir auch nicht beabsichtigen, in unserer Haltung zur Frage der Anerkennung Francos vorläufig eine Änderung eintreten zu lassen. Er halte die von Ungarn und uns befolgte Politik in dieser Frage für äußerst zweckmäßig und durch unser mangelndes unmittelbares Interesse an Spanien begründet. Die Entspannung zwischen Italien und England führt er auf die panische Angst Italiens vor den englischen Aufrüstungen zurück. Mussolini, dessen Position trotz aller gegenteiligen Behauptungen, seiner Auffassung nach im letzten Jahre innen und außen stark gelitten habe, hätte die erste versöhnliche Geste seitens Mr. Chamberlain's dazu benützt, um einzulenken. Inwieweit Mussolini und Ciano in dieser Frage sich im Einklang befänden, sei noch unklar. Doch sei es bedauerlicherweise eine Tatsache, dass heute bereits Mussolini nicht mehr in allen Dingen der restlos entscheidende Faktor sei. Es werden viele Fragen durch die Clique Ciano von ihm ferngehalten. In der Angelegenheit der italienisch-englischen Entspannung dürfte allerdings Mussolini die Führung innehaben. Trotzdem sei die Abhängigkeit Roms von Berlin geradezu stupend. Er selbst habe feststellen können, dass öfters Anfragen, die er auch in kleineren Dingen gleichzeitig an Rom und Berlin gerichtet habe, fast textuell gleichlautend beantwortet wurden. Dies sei ohne Zweifel auf Ciano zurückzuführen, der eben doch nicht über die diplomatische Erfahrung und Überlegung verfüge, die beispielsweise Suvich ausgezeichnet hätten.

In diesem Zusammenhange erkundigte sich K. nach unseren Erfahrungen mit Paris und London und ließ durchleuchten, dass er seinerseits nicht viel von den durch Eden in letzter Zeit kundgegebenen Interesse England an mitteleuropäischen Dingen halte, obwohl Eden auch ihm in London ausdrücklich betont hätte, dass England in Mitteleuropa ein wesentliches Interesse an der Erhaltung

der Unabhängigkeit und der Integrität der durch die Friedensverträge dort geschaffenen Staaten habe.

Schließlich erkundigte sich Herr von Kánya, ob der Herr Staatssekretär und etwa auch der Herr Bundeskanzler nach Genf ginge, wobei er einfließen ließ, dass ihm dort zu gewärtigende Situation wenig geeignet scheine, nützliche Konversationen zu führen oder uns günstige Resultate zu erzielen. Alles hänge davon ab, ob bis dahin Italien doch wieder zur Mitwirkung gewonnen werden könnte.

1776

Gesandter Wimmer an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 49/Pol.

AdR

Gesandtschaft Belgrad

Z. 43258/13

Bled, 2. September 1937

In einer längeren Unterredung, die ich heute in Bled mit Ministerpräsidenten Stojadinović zu führen die Gelegenheit hatte, äußerte sich dieser zunächst in der üblichen zuversichtlichen Weise über die innerpolitische Lage. Nur „die Religion mache Schwierigkeiten, und die werde nun zur Beruhigung etwas aufs Eis gelegt“ – meinte er. Trotz der zur Schau getragenen Zuversicht ist es unverkennbar, wie sehr Stojadinović bestrebt ist, mit äußerster Behutsamkeit neuen Konflikten aus dem Wege zu gehen.

Auch in der Außenpolitik ist Stojadinovićs Auftreten auf Vorsicht eingestellt. Meine Frage, in welcher Weise sich die Konferenz von Sinaia¹ mit Österreich befasst habe, hätte er sicher noch vor kurzem mit einem Hinweis auf die Restauration der Habsburger quittiert. Hievon war diesmal keine Rede. Stojadinović versicherte mir, dass in Sinaia zum ersten Mal bei einer Konferenz der Kleinen Entente weder im guten noch im schlechten Sinne von Österreich überhaupt die Rede gewesen sei. „Wenn Sie bedenken“, sagte Stojadinović, „dass wir bisher immer etwas zu sagen gehabt haben“ – er begleitete dies mit einer von unten nach oben geführten hakenförmigen Bewegung seines Zeigefingers – „dann können Sie nicht unzufrieden sein.“

Über die Pläne für den Donauraum äußerte sich Stojadinović nicht näher, sondern verwies auf das offizielle Communiqué. Österreich scheint hiebei nicht in besonderer Weise besprochen worden zu sein.

¹ Wiener Zeitung, Nr.238, 29.8.1937.

Stojadinović schloss seine Unterhaltung mit der Versicherung, dass in Sinaia nicht das geringste Neue besprochen worden sei. Für die jugoslawische Regierung darf ich diese Versicherung als vermutlich richtig annehmen; für eine Initiative fehlt ihr auch auf außerpolitischem Gebiete seit der Konkordatskrise noch die nötige Stoßkraft.

1777

**Staatssekretär Schmidt an preußisch (- deutschen)
Ministerpräsidenten Göring**

Privatschreiben

AdR, NPA
Deutschland/ Geheim I/III
Z. 43484/13

Wien, 11. September 1937

Nach Wien zurückgekehrt, empfinde ich das aufrichtige Bedürfnis, Ihnen auch auf diesem Wege für die freundschaftliche Aufnahme, die mir in Ihrem Hause in der Schorfheide zuteil wurde, herzlichst zu danken.¹ Ich habe von meinem Aufenthalt in Carinhall, diesem Juwel erlesensten Kunstsinnens, und nicht zuletzt von unseren offenen Aussprachen, die sicherlich dem gegenseitigen Verständnis sehr förderlich waren, die angenehmsten Erinnerungen nach Hause genommen. Ich bitte Euer Exzellenz, Ihrer verehrten Gattin mit meinem ergebensten Dank für die mir in so besonders lebenswürdiger Weise gebotene Gastlichkeit meine verehrungsvollen Handküsse übermitteln zu wollen und bleibe mit der Versicherung meiner ganz besonderen Wertschätzung und herzlichen Grüßen

Euer Exzellenz ergebener
[Schmidt]

¹ Dazu bereits ADÖ 11/1771.

1778**Gesandter Marek an Bundeskanzler Schuschnigg**

Bericht

AdR, NPA

Tschechoslowakei/ Geheim I/III

Z. 43597/13

Prag, 15. September 1937

Herr Dr. Hodža bat mich gestern Abend zu sich und ich hatte Gelegenheit, mich im Sinne der mir mündlich erteilten Weisungen vernehmen zu lassen. Der Herr Ministerpräsident legt anscheinend großen Wert darauf, sobald als möglich mit Herrn Bundeskanzler zu sprechen und er will die Gelegenheit hiezu gleich nach dem Begräbnis des Altpräsidenten Masaryk, wenn möglich zwischen dem 25. und 28. September, herbeizuführen trachten.

Ich vergaß nicht zu erwähnen, dass es Herrn Bundeskanzler derzeit nicht leicht fallen würde, Herrn Dr. Hodža in der Tschechoslowakei aufzusuchen, dass Herr Bundeskanzler aber gerne einen Besuch des Herrn Ministerpräsidenten in der Wiener Privatwohnung, allenfalls zu einem intimen Frühstück, empfangen würde. Herr Dr. Hodža erwähnte bei dieser Gelegenheit seine Absicht, Herrn Bundeskanzler zu der Mozartfestwoche nach Prag Ende Oktober einzuladen (siehe meinen betreffenden Bericht an den Herrn Staatssekretär), meinte aber zugleich, dass ihm dieser Termin für die geplante Unterhaltung doch nur zu spät erschiene. Im Übrigen habe er keine Prestigegehlüste und werde sehr gerne auch nach Österreich kommen, nur möchte er nicht, dass man ihm nachsage, er fahre fortwährend nach Wien, um mit dem österreichischen Bundeskanzler zu sprechen, und deshalb wäre es gut, wenn sein Besuch diesmal ganz geheim bleiben könnte, ohne dass darüber ein Kommuniqué erscheinen würde.

Der Ministerpräsident ventilierte dann mehrere Möglichkeiten, die eine Zusammenkunft herbeiführen könnten, und fragte mich unter anderem, ob Herr Bundeskanzler allenfalls in die tschechoslovakische Gesandtschaft in Wien kämen. Ich antwortete darauf, dass Herr Bundeskanzler in der Regel keine Gesandtschaften besuchen und dass ein anderer Weg meines Erachtens gangbarer wäre. Darauf sagte der Herr Ministerpräsident, dass ihm selbst der kleinste Prätext, nach Wien zu fahren, genügen würde und fragte, ob nicht in den nächsten Tagen irgend eine Feier stattfände, zu der man ihn einladen könnte.

Schließlich machte Herr Dr. Hodža folgenden konkreten Vorschlag: Er werde jetzt schon in den tschechoslovakischen Blättern verlautbaren lassen, dass er nach dem Begräbnis Masaryks einen kurzen Erholungsurlaub antreten werde und er wolle dann zwischen dem 25. und 28. September ein Weekend in Baden bei Wien¹ verbringen,

¹ Die Unterredung Bundeskanzler Schuschniggs mit dem tschechoslovakischen Ministerpräsidenten Hodža fand sodann am 27.9.1937 in Baden statt – ADÖ 11/1779.

wo er allenfalls einen bekannten Arzt konsultieren könnte. Ob Herr Bundeskanzler bereit wären, ihn in Baden aufzusuchen. Für diesen Fall würde ihm, Hodža, auch gar nichts an der Geheimhaltung der Zusammenkunft liegen und Herr Bundeskanzler hätten selbst zu entscheiden, ob und in welcher Form von der Begegnung gesprochen werden soll. Dadurch, dass Herr Bundeskanzler zu Herrn Dr. Hodža nach Baden kämen, würde der „Nebengeschmack, dass er Ihnen so oft nachfahre“ verschwinden.

Herr Dr. Hodža erbittet eine möglichst umgehende Entscheidung.

Der Hauptgegenstand der Unterhaltung wird wohl das Verhältnis zu Ungarn sein, das den Ministerpräsidenten im Rahmen seiner mitteleuropäischen Pläne gegenwärtig vordringlich beschäftigt. Wie mir der Herr Ministerpräsident vertraulich erzählte, wolle man den Ungarn in der Minoritätenfrage möglichst entgegenkommen. Er habe darüber mit Herrn Tatarescu ausführlich gesprochen. Rumänien sei momentan der hauptsächlichste Stein des Anstoßes. Mit der tschechoslovakischen Minoritätenpolitik seien die Ungarn nicht unzufrieden, die Jugoslawen werden entgegenkommen und nur Rumänien betreibe eine Minoritätenpolitik, gegen die die Ungarn mit vollem Recht Einwendungen erheben. Nun sei aber die Sache so, dass die rumänische Regierung, obzwar König Carol dafür gewonnen sei, jetzt, vor den Wahlen, keine Geste in dieser Richtung machen könne, weil sie eine solche mindestens 10 Mandate kosten könnte. Niemand traue sich in Rumänien vor den Wahlen eine ungarfreundlichere Politik einzuschlagen, weil die Nationalisten dies für sich ausnützen würden. Dr. Hodža habe durch seine ungarischen Freunde die Wünsche Ungarns in dieser Richtung gesammelt, er werde Herrn Tatarescu genau informieren und brauche hiefür die Unterstützung Herrn Bundeskanzlers.

In Genf werde diese Sache jetzt nicht vorwärts kommen, da Herr Antonescu keine darauf Bezug habenden Instruktionen mitbekommen habe und sich allein nicht trauen werde, etwas Entscheidendes zu unternehmen. [...]

1779

**Unterredung Bundeskanzler Schuschnigg mit
tschechoslowakischem Ministerpräsidenten Hodža
am 27. September 1937 in Baden**

Aufzeichnung (streng geheim)

AdR, NPA

Tschechoslowakei / Geheim I/III

Z. 43977/13

[Wien,] 27. September 1937

Der Herr Bundeskanzler hat vereinbarungsgemäß Ministerpräsident Dr. Hodža am 27. d. M. um 17 h in Baden, Hotel Herzoghof, besucht und mit ihm eine Un-

terredung gehabt, die von 17 bis ½ 20 h gedauert hat.¹ Festgehalten zu werden verdienen aus dieser Unterredung nachstehende Teile:

1) Nachrichten.

Dr. Hodža erzählt, dass sich in Deutschland angeblich immer stärker Himmler vordränge, der eine aktivistische radikale Richtung vertrete, hauptsächlich hinsichtlich des Auslandsdeutschtums. Bezüglich der Tschechoslowakei soll nach den tschechischen Informationen der Plan bestehen, gelegentlich an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze einen Konflikt zu provozieren, um ihn je nach der Art der Gegenwehr zu einem Interventionsfall auszunützen. Hinsichtlich Österreichs vertrete Himmler die Meinung, es wäre zweckmäßig, in einer Stadt an der österr.-bayrischen Grenze einen kleinen Aufruhr zu provozieren, in diesem Ort eine nat. soz.-Regierung einzusetzen, daraufhin mit kleinen Kontingenten einzumarschieren, über Protest Dritter gleich wieder zu räumen, die Ausschreibung von Wahlen zu erzwingen und dann zu argumentieren, die Wiener Regierung sei nicht in der Lage, eine allgemeine Volkswahl durchzuführen, daher müsse eine nat. soz. Regierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eingesetzt werden, die die Wahl auszuschreiben hätte; diese Wahlen würden dann mit 99% (sic!) enden. Diese Mitteilungen stammten aus der Schweiz und zum Teil auch aus militärischen Kreisen. Durch Dr. Krofta habe Hodža diese Informationen in Genf den Engländern und Franzosen mitteilen lassen.

2) Angeblicher Austausch von Offizieren zwischen Österreich und Deutschland. Dr. Hodža fragt: „Haben Sie in der Armee reichsdeutsche Offiziere eingeteilt?“ Bundeskanzler: „Dies wäre völlig undenkbar!“ Dr. Hodža erklärt seine Frage damit, dass belgische Fliegeroffiziere, die sich in letzter Zeit bei der deutschen Armee zu Übernahmезwecken befunden hätten, ihrer vorgesetzten Stelle die dienstliche Meldung darüber erstattet hätten, dass sie im Reich „viele österreichische Offiziere angetroffen hätten“. Auf die Frage, woher dies komme, hätten sie die Antwort erhalten, es sei eine Reihe von österr. Offizieren in Deutschland und umgekehrt von deutschen Offizieren in Österreich bei der Wehrmacht eingeteilt. Ein deutscher General hätte auch erklärt, dass Frankreich sich zwar noch immer gegen den Anschluss wehre, dieser sei aber faktisch schon so weit vorbereitet, dass man ihn beinahe als perfekt bezeichnen könne. Die Belgier hätten diese Meldung nicht an Frankreich weitergegeben.

3) Tschechoslowakische Rüstungen und Verhältnis zu Deutschland.

Dr. Hodža bemerkte, dass die Tschechoslowakei heuer 5 Milliarden für Rüstungen ausbebe und im Laufe der nächsten 5 Jahre noch weitere 14 Milliarden Kč für diese Zwecke in Aussicht nehme. In diesem Zusammenhange stellte Dr. Hodža die Frage, ob Mussolini und Ciano anlässlich der Venediger Begegnung² gegen die Tschecho-

¹ Dazu bereits ADÖ 11/1778.

² Zur Venediger Konferenz am 22. und 23. April 1937 siehe bereits ADÖ 11/1734, ADÖ 11/1738 und ADÖ 11/1745-ADÖ 11/1748.

slowakei scharf gemacht hätten. Der H. BK. antwortete, dass ihm diesbezüglich nichts Bemerkenswertes in Erinnerung sei.

4) Beziehungen der Kl. Entente mit Ungarn.

Der italienische Gesandte in Bukarest habe sich in Sinaia³ sehr intensiv dafür bemüht, die Vertreter der Kl. Entente mit dem ungarischen Gesandten zusammenzubringen und wollte offenkundig den Eindruck erwecken, als ob ein etwaiger Erfolg im Wege der Annäherung unter seiner Patronanz zustande gekommen wäre. Die Minister der Kl. Entente hätten diese Bemühungen zum Teil lächerlich gefunden, weil sie sich über das Meritum einer Annäherung an Ungarn längst einig waren. Dr. Hodža glaubt, dass von Reichsverweser Horthy heftiger Widerstand geleistet wird und auch mit Herrn v. Kánya sei es nicht immer ganz leicht zu verhandeln. Trotzdem sei die Situation gegenüber früher unleugbar günstiger. Er sei jederzeit bereit, den Ungarn einen günstigen Handelsvertrag anzubieten. In der Minoritätenfrage bestünden ernste Schwierigkeiten, insbesondere hinsichtlich Rumäniens. Dr. Hodža ersuchte den H. BK. um Ermächtigung, ihn, allenfalls im Laufe der nächsten Wochen bitten zu dürfen, einen vermittelnden Schritt im Sinne der Annäherung bei Ungarn zu unternehmen. Er werde aber jedenfalls noch rechtzeitig diesbezüglich ein Aviso geben.

5) Ministerpräsident Stojadinović und die jugoslawische Lage.

Dr. Hodža ist darüber informiert, dass Neurath bei seinem Besuch in Belgrad nichts von dem erreicht hat, was er erreichen wollte und auch eine ziemlich merkliche Abkühlung zwischen Belgrad und Rom eingetreten sei. Die Italiener begannen in letzter Zeit bisweilen wieder mit der kroatischen Emigrationsfrage zu drohen. Falls hierin neuerliche Schwierigkeiten aufträten, empfiehlt Dr. Hodža, dass wir uns nicht wieder mit der Frage der kroatischen Emigration belasten. Es sei vielleicht nicht ausgeschlossen, dass Italien versuchen werde, den Schauplatz der kroatischen Emigrationspolitik aus Italien auf österreichisches und ungarisches Gebiet zu verlegen. Auf die Frage des H. BK., ob Dr. Hodža Stojadinović für sicher halte, antwortete Dr. Hodža mit einem raschen und eindeutigen „Nein“. Stojadinović sei in seinem eigenen Lande sehr unbeliebt, die serbische Opposition sei allerdings stark überaltert und die Jungen hätten keine Köpfe. Stojadinović sei ein ausgesprochener Zyniker und mache Politik nach den Methoden eines Kaufmannes und beurteile alles nur nach Bilanzmöglichkeiten. Stojadinović habe ihm überdies unlängst gesagt, dass keinerlei Schwierigkeiten zwischen Jugoslawien und Österreich bestünden. Die Tschechoslowakei sei an den jugoslawischen militärischen Lieferungen neuerdings finanziell beteiligt, allerdings mit nicht übermäßigen Beträgen, derzeit 100 Millionen Kč, immerhin aber handle es sich um Lieferungen, die früher nach Deutschland vergeben wurden.

6) Achse Moskau-Prag-Paris.

Diese Achse sei unbewaffnet. Bisher seien alle Versuche Moskaus, militärische Klauseln zu vereinbaren, immer wieder abgelehnt worden. Hodža wäre es äußerst

³ Wiener Zeitung, Nr.238, 29.8.1937.

unangenehm, sich von Moskau aus retten lassen zu müssen. Auf die Frage des H. BK. wie man in der Tschechoslowakei die russischen Justifikationen beurteile, erklärte Dr. Hodža (beinahe wörtlich): „Die Ermordung Tuchatschewskis als des zweifellos fähigsten Kopfes der Armee ist ausschließlich dadurch begründet, das Tuchatschewski die Armee dem Einfluss Stalins zu entziehen trachtete und den Traditionen der alten russischen Soldaten gemäß die Beziehungen mit Berlin aufrechterhalten wollte, wobei diese Vereinbarungen schon ziemlich weit vorgeschritten gewesen seien. Die Reaktion dagegen sei auf den Willen Stalins zurückzuführen, die russische Armee vollkommen dem kommunistischen Einfluss vorzubehalten.“

7) Besprechung Dr. Hodža – Blum.

Anlässlich des Begräbnisses Masaryks habe Dr. Hodža eine längere Besprechung mit Blum gehabt, wobei auch über Österreich gesprochen wurde. Blum habe gefragt, warum in Österreich keine Wahlen durchgeführt würden; diesfalls könnte man Österreich viel leichter unterstützen. Es wäre doch notwendig, dass die österr. Bundesregierung sich mit den Sozialisten zur Zusammenarbeit verbinde. Otto Bauer habe mit Blum darüber gesprochen und gemeint, dass ein Zusammengehen mit den Sozialisten möglich und der sicherste Wall gegen eine Überflutung durch Nationalsozialisten sei. Ein Gewährsmann der französischen Sozialisten sei vor einiger Zeit in Wien gewesen und habe mit Renner und Seitz Fühlung genommen. Diese hätten gegenüber dem Vertrauensmann den Standpunkt vertreten, dass sie einer Zusammenarbeit mit der Bundesregierung zustimmen und diese Zusammenarbeit für notwendig hielten. Der H. BK. führte hiezu aus: Ein Zusammenarbeiten mit ehemaligen Sozialisten im Rahmen der VF sei nur dann möglich, wenn keine Sondertendenzen verfolgt würden. Die ehemaligen soz. dem. Führer in die Front einzustellen sei ausgeschlossen, weil dadurch alle anderen vaterländischen Elemente aus der Front vertrieben würden, überdies seien diese ehemaligen Führer zum Teil überaltert und auch verjudet. Letzteres Argument sei natürlich Frankreich und insbesondere Blum gegenüber nicht verwendbar. Dr. Hodža wisse ja, dass bei uns der Antisemitismus keine rassenideologische Angelegenheit, sondern der Ausdruck der Gegenwehr seitens jener Bevölkerungsschichten sei, die durch die starke jüdische Zuwanderung wirtschaftlich verdrängt worden seien. Wahlen werden in Österreich wahrscheinlich im nächsten Jahre auf dem Boden unserer Verfassung, also im ständischen Sinne durchgeführt werden.

8) Sicherheiten für den Bestand der Tschechoslowakei.

Dr. Hodža gab im Laufe der Unterredung zu verstehen, dass er sich immer mehr um Sicherungen im Westen bemühe. Mit England sei es bekanntlich immer sehr schwer, doch hoffe er, dass auch die Engländer allmählich einlenken.

9) Sudetendeutsche.

Über dieses Thema wurden seitens Dr. Hodžas verschiedene Bemerkungen gemacht. Von Interesse ist die Mitteilung Dr. Hodžas, dass die beiden Fraktionsführer des Senats und des Abgeordnetenhauses der SdP ihm mitgeteilt hätten, dass

Henlein auf Einladung nach Nürnberg zum Parteitag fahren wolle. Dr. Hodža habe die beiden Parlamentarier gefragt, warum sie ihm das mitteilen, worauf diese geantwortet hätten: „Aus Gründen der Loyalität.“ Dr. Hodža hätte bemerkt, dass in der Tschechoslowakei jedermann volle Freizügigkeit genieße. Durch einen, in der sudetendeutschen Frage aktiven Aristokraten habe er Henlein sagen lassen, dass, wenn er nach Nürnberg ausreise, er nicht mehr damit rechnen könne, von ihm oder Dr. Beneš empfangen zu werden, worauf Henlein sich, die Gelegenheit des Todes Masaryks ausnützend, bei ihm habe melden lassen.

Der allgemeine Eindruck, den der H. BK. empfangen hat, ist der, dass Dr. Hodža stark besorgt ist und in Deutschland eine beträchtliche Gefährdung sieht. Der H. BK. hat sich in dieser Unterredung größtenteils rezeptiv verhalten und nur die österreichische Lage beleuchtet, wobei er betonte, dass er keinen Anlass habe, daran zu glauben, dass Italien seine Haltung Österreich gegenüber ändern werde. Die in dem Gespräche zwischen Göring und Staatssekretär Dr. Schmidt unlängst gefallene tschechenfeindliche Bemerkung Görings hat der H. BK. Dr. Hodža in wesentlich gemildeter und vager Form auf Insistenz Hodža's mitgeteilt. Weiters hat der H. BK. darauf hingewiesen, dass Österreich bemerkenswerte Anstrengungen unternehme, sich wehrfähig zu machen, und Dr. Hodža erklärt, dass Österreich sich keinesfalls widerstandslos zum Durchmarschgebiete missbrauchen lassen werde. Dr. Hodža betonte in diesem Zusammenhange, dass für die Tschechoslowakei die einzige Möglichkeit einer wirksamen Sicherung in einer angestregten und fortgesetzten Aufrüstung des Landes bestehe.